

# China und Russland – Verbündete oder Konkurrenten?

**Gunther Hauser**

Schriftenreihe der  
Landesverteidigungsakademie



UNSER HEER



Schriftenreihe der  
Landesverteidigungsakademie

Gunther Hauser

# **China und Russland – Verbündete oder Konkurrenten?**

**08/2025**  
Wien, Juni 2025

**Impressum:**

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung  
Rossauer Lände 1  
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung  
Alle Rechte vorbehalten

Juni 2025

ISBN 978-3-903548-14-5

Druck:

ReproZ W 25-3060  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort.....	5
Einleitung .....	7
Fragestellungen der Studie .....	19
Die außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Volksrepublik China .....	20
Xi Jinping baut seine politische Macht aus.....	32
China denkt globalökonomisch.....	37
Das Projekt „Neue Seidenstraße“ .....	45
Russlands Wahrnehmung als Großmacht .....	71
Außenpolitische Konzeptionen der Russischen Föderation .....	75
Russlands eurasische Wende .....	91
Die Nukleardoktrin der Russischen Föderation.....	106
Die Strategische Partnerschaft zwischen China und Russland.....	114
China und Russland – zwei ungleiche Länder auf dem Weg zur koordinierten Partnerschaft.....	114
Ausbau der Strategischen Partnerschaft.....	117
China und Russland bauen ihre Militärbeziehungen aus .....	121
Koordination in internationalen Organisationen.....	126
Die Erneuerung der Strategischen Partnerschaft.....	142
Chinas Rohstoffpolitik.....	153
Iran und Nordkorea .....	157

Regionale Aspekte chinesischer und russischer Interessen .....	160
Russlands Engagement in Afrika .....	160
Geopolitische Interessen in der Arktis .....	178
Chinas Ambitionen in der Arktis .....	179
Russische Ambitionen in der Arktis .....	184
Chinesische und russische Interessen am Westbalkan .....	188
Schlussfolgerungen und Ausblick .....	201
Literaturverzeichnis .....	222

## Vorwort

Die *Weltordnung* nach dem Zusammenbruch der Sowjetsysteme in Europa bzw. in Eurasien – also jene *Weltordnung* nach dem Kalten Krieg, die mit der deutschen Wiedervereinigung 1989, der Auflösung der Tschechoslowakei 1991 und den Sezessionskriegen im ehemaligen Jugoslawien 1991 bis 1995 und den Einleitungen der EU- und NATO-Erweiterungsprozesse Richtung Mittel- und Südosteuropa begann – ist spätestens mit der Annexion der Krim durch die Russische Föderation im Jahr 2014, dem acht Jahre später folgenden Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine und dem ökonomisch-militärischem Erstarken der Volksrepublik China *Geschichte*. Spätestens seit 2014 fordern die Russische Föderation und die Volksrepublik China die westliche Welt – bisher angeführt von den USA – geostrategisch, geoökonomisch und militärisch zunehmend heraus. Das gilt nun auch für jene Länder, die bisher an dem Konzept der militärischen Neutralität jedoch nicht an der politischen Neutralität des Landes strikt festhielten. So gilt auch für Österreich laut Aussage von Bundeskanzler Christian Stocker, dass der russische Präsident Wladimir Putin „*kein Freund und Partner*“ mehr sei.<sup>1</sup>

Während der 1990er und 2000er Jahre waren politische Entscheidungsträger in Washington D.C. und in vielen europäischen Hauptstädten noch überzeugt, sowohl die Volksrepublik China als auch die Russische Föderation künftig in die Weltwirtschaftsordnung nach amerikanischem Vorzeichen integrieren zu können. Besonders nach US-Vorstellungen sollte damit einhergehend ein pluralistisch-demokratischer Wandel in Gesellschaft und Politik vollzogen werden. Diese Einschätzung stellte sich besonders in den letzten zwanzig Jahren seit der Machtübernahme von Wladimir Putin in der Russischen Föderation im Jahr 2000 und durch Xi Jinping in der Volksrepublik China als Irrtum heraus. Sowohl Putin als auch Xi sind bis heute mehr denn je überzeugt, den jeweiligen Einfluss ihrer beiden Staaten als geopolitische und auch geoökonomische Akteure als Gegengewicht zu den USA und

---

<sup>1</sup> So Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker am 20. März 2025 anlässlich des EU-Ratgipfels in Brüssel zur Stärkung der Verteidigung in Europa, aus: ORF, Ö1-Morgenjournal, 21. März 2025, 7.10 Uhr.

zu den westlich-demokratischen Systemen nicht nur auszubauen, sondern auch im Sinne einer multipolaren Weltordnung im Wettbewerb der politischen Systeme dauerhaft festigen zu können.

So ist es Ziel der beiden politischen Führungen in Moskau und Peking, einerseits durch umfassende Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte den Wirtschaftsraum Eurasien stärker als bisher zu vernetzen, andererseits ihre Interessen auch militärisch durchzusetzen – sei es durch den Ausbau von politischen und wirtschaftlichen Einflusszonen, sei es auch zum Teil durch Gebietserweiterungen ihrer Territorien. Grundsätzlich bleibt dabei „die wirtschaftliche Stärke ein zentraler Aspekt staatlicher Machtentfaltung, sowohl in Form von Hard Power als auch Soft Power.“<sup>2</sup> Die Volksrepublik China und die Russische Föderation hatten sich zudem in den letzten Jahrzehnten Fähigkeiten aufgebaut, entwickeln diese weiter und sind nun „versiert darin, die alten und neuen Elemente der Globalisierung – von physischer Infrastruktur wie Gasleitungen und Transportumschlagplätzen bis hin zum Cyberraum, Mobilfunknetzen und den sozialen Medien gegen die EU zu instrumentalisieren – auch durch strategische Aufkäufe und Investitionen.“<sup>3</sup> Der Autor untersucht in dieser Studie die außen-, wirtschafts-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielsetzungen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation – ausgehend von ihrem jeweiligen politischen Verständnis und ihrer strategischen Kultur bis zu geopolitischen und geostrategischen Interessen – und bietet eine aktuelle Analyse systematischer chinesischer und russischer Transformationsprozesse im eurasischen Raum.

---

<sup>2</sup> Stefan Mair: Unternehmen Außenpolitik, in: Internationale Politik, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, März / April 2019, S. 39-45, hier S. 39.

<sup>3</sup> Constanze Stelzenmüller, Der ratlose Hegemon, in: Internationale Politik, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), März / April 2019, S. 8-13, hier S. 10.

## Einleitung

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation sehen sich nicht nur als Rivalen zu den pluralistischen Systemen der Europäischen Union, sondern wirken gleichsam als treibende Kräfte einer neuen in Richtung einer Multipolarität strebenden (postwestlichen) Weltordnung. Dabei geht es vor allem um eine „*Krise des Multilateralismus und das Wiedererstarcken der Großmachtpolitik.*“<sup>4</sup>

Die EU bleibt aufgrund des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine als souveränes Völkerrechtssubjekt und einer möglichen Neudefinition der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungsbeziehungen seitens der USA unter Präsident Donald J. Trump zudem mehr denn je herausgefordert, sich zu einer „*geopolitischen Union*“ zu entwickeln. Dies bedeutet, politisch, wirtschaftlich und auch militärpolitisch eigene Interessen nicht nur wahrzunehmen, sondern sich auch auf globalpolitischem Parkett zu behaupten. Innen- und außenpolitisch sehen sich die Staaten der EU und ihre Beitrittskandidaten am Westbalkan und in Osteuropa in diesem Zusammenhang auch einem zunehmenden Druck nicht-pluralistisch demokratischer Systeme in Moskau und Peking ausgesetzt.

Während es sich bei der russischen „*Einheitspartei*“ – wie der Name schon verrät – um eine autoritäre bis zunehmend totalitäre Partei handelt, welche sich als kapitalistisch versteht, sieht sich die Kommunistische Partei Chinas als eine Allmachtpartei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Volksrepublik im Sinne der marxistisch-leninistischen Führung in ihrem Sinne – also „*nach chinesischen Charakteristiken*“ – zu führen. Die Volksrepublik China und die Russische Föderation sehen sich zudem als Weltmächte mit reichhaltiger Kultur und historischem Erbe mit langanhaltenden „*Traditionen der*

---

<sup>4</sup> Stefan Mair: Unternehmen Außenpolitik, in: Internationale Politik, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, März / April 2019, S. 39-45, hier S. 39.

*Demokratie und jahrtausendealter Entwicklungserfahrung*“.<sup>5</sup> Demokratie wird sowohl von Russland als auch von China im internationalen Rahmen der Pluralität von Staaten und Systemen verstanden, das betonten beide wie folgt:

*„The sides share the understanding that democracy is a universal human value, rather than a privilege of a limited number of states, and that its promotion and perception is a common responsibility of the entire world community.“*<sup>6</sup>

Weiters führten die Staatspräsidenten beider Länder aus:

*„The sides believe that democracy is a means of citizens’ participation in the government of their country with the view to improving the well-being of population and implementing the principle of popular government. Democracy is exercised in all spheres of public life a part of a nation-wide process and reflects the interests of all the people, its will, guarantees its rights, meets its needs and protects its interests. There is no one-size-fits-all*

---

<sup>5</sup> “[...] Russian and China as world powers with rich cultural and historical heritage have long-standing traditions of democracy, which rely on thousand-years of experience of development, broad popular support and consideration of the needs and interests of citizens.” Aus: The Kremlin, Joint Statement of the Russian Federation and the People’s Republic of China on the International Relations Entering a New Era and the Global Sustainable Development, February 4, 2022 (Beijing), S. 2.

<sup>6</sup> The Kremlin, Joint Statement of the Russian Federation and the People’s Republic of China on the International Relations Entering a New Era and the Global Sustainable Development, February 4, 2022 (Beijing), S. 2.

*template to guide countries in establishing democracy. A nation can choose such forms and methods of implementing democracy that would best suit its particular state, based on its social and political system, its historical background, traditions and unique cultural characteristics. It is only up to the people of the country to decide whether their state is a democratic one.*<sup>7</sup>

Die Volksrepublik China hat sich spätestens seit dem Amtsantritt von Xi Jinping im Jahre 2012 zum Ziel gesetzt, die globale Machtpolitik aktiv mitzugestalten. Xi Jinping bemerkte zur damals praktizierten, eher zurückhaltenden, Außenpolitik, an: *„China hat angesichts gewachsener politischer und wirtschaftlicher Kraft die Logik seiner Außen- und Sicherheitspolitik verändert und eine Vielzahl von Sicherheitsinteressen neu positioniert.“*<sup>8</sup> Unter Deng Xiaoping, der nach dem Tod des Staatsgründers Mao Zedong 1978 politisch und wirtschaftlich massive Reformen umsetzte und Chinas Weg zur wirtschaftlichen Weltmacht einleitete, galt noch der Grundsatz: *„Verberge deine Kraft, warte auf deine Zeit“*. Seit Xi Jinping zeigt sich die Kommunistische Partei Chinas fest entschlossen, *„die Weltpolitik in einem chinesischen Sinne zu formen.“*<sup>9</sup> Folglich werden von der Regierung in Peking die weltpolitischen Interessen der Kommunistischen Partei Chinas *„deutlicher und nachhaltiger artikuliert, sodass in den letzten Jahren der Diskurs um einen wachsenden Systemwettbewerb zwischen dem chinesischen Modell eines demokratischen*

---

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Oliver Meier, Michael Staack, Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2022, S. 2.

<sup>9</sup> Ebenda.

*Rechtsstaats und sozialer Marktwirtschaft an Dynamik gewonnen hat.*<sup>10</sup> Zudem setzt die Volksrepublik „auf den Auf- und Ausbau militärischer Wettbewerbsfähigkeit mit den USA.“<sup>11</sup> So betrachtet sich China politisch, wirtschaftlich und militärisch als globale Gestaltungsmacht.<sup>12</sup> Die bolschewistischen Ziele der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gestalteten sich ähnlich, in dem die Führungsrolle der Kommunistischen Partei über alle staatlichen Bereiche stets die Übermacht des Staatsbesitzes, die Dominanz der Staatsmacht über das Gesetz und eine expansionistische Sicht in Hinblick auf Interessen und Ziele in der Weltpolitik betont wurden.<sup>13</sup>

Genau wie die USA strebt die Volksrepublik China „danach, durch Netzwerke und Strukturen ein globales Geflecht wirtschaftlicher Kooperation zu schaffen, welches auch ein zunehmendes politisches Gewicht in der Welt zur Folge haben soll.“

<sup>14</sup> Ähnlich wie die USA und die Russische Föderation weist auch die Volksrepublik China eine „selektive Nichtbeachtung des Völkerrechts“, politische, wirtschaftliche und auch militärische Machtandrohung oder auch Machtprojektion auf, lehnt obligatorische Streitschlichtung ab und fordert von anderen Staaten „Respekt“ gegenüber eigenen Interessen ein.<sup>15</sup> Als Kerninteressen der Volksrepublik gelten die globale Großmachtrolle, die Neun-Strich-Linie (Nine Dash Line) – die erste Inselkette werden zum Teil auch von Japan, Taiwan und den Philippinen gebildet – sowie die Bewahrung der

---

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Dimitri Volkogonov, *Autopsy for an Empire. The seven Leaders who built the Soviet regime*, Simon & Schuster, New York 1999, S. XVIII.

<sup>14</sup> Oliver Meier, Michael Staack, *Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2022, S. 4.

<sup>15</sup> Ebenda

territorialen Einheit unter Einschluss Hongkongs, Taiwans, Tibets und Xinjiangs. Die USA betrachten China daher zunehmend als „*Bedrohung ihrer globalen Vormachtstellung*“ und „*als größte geopolitische Herausforderung*“. <sup>16</sup> Spätestens seit dem Jahr 2017 befinden sich die USA und die Volksrepublik China in einer immer direkter ausgetragenen Macht-, System- und Militärkonkurrenz, die USA sehen China als regelrechten „*systemischen Rivalen*“. Die Systemkonkurrenz umfasst hier den Gegensatz von Herrschafts- und Gesellschaftsmodellen, den Wettbewerb über leistungsfähiges modernes Regieren sowie die Konkurrenz in Hinblick auf die Gestaltung internationaler Ordnungspolitik. <sup>17</sup>

Die Russische Föderation versucht bereits seit dem Jahr 1993, ausgehend von ihren militärstrategischen und außenpolitischen Doktrinen und Konzepten, sich weiterhin geopolitischen Einflüssen der USA zu widersetzen – so ab 1999 gegen die Osterweiterung der NATO und der ebenfalls 1999 seitens der NATO gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien durchgeführten „*Operation Allied Force*“. Letztere sollte eine Verhaltensänderung der serbischen Regierung gegenüber dem Kosovo durchsetzen und somit das Ende der Kampfhandlungen im Kosovo durchsetzen. Hier wurde auch die Botschaft der Volksrepublik China durch *irrtümliche* Bombentreffer westlicher Staaten beschädigt, was für die chinesische Führung in Peking jedoch den Anlass darstellte, verstärkt und umfassend in den Ausbau und die Entwicklung eigener Streitkräfte zu investieren. Die Russische Föderation nutzt parallel dazu verstärkt Troll-Fabriken, um im Westen Desinformationskampagnen durchzuführen und Wahlen zu beeinflussen. <sup>18</sup>

Aus amerikanischer Sicht wurde die Russische Föderation seit der Machtübernahme durch Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 zunehmend ein

---

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Russland will Deutschland destabilisieren, Interview mit Deutschlands Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, in: Internationale Politik, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, März / April 2019, S. 26-29, hier S. 27.

*Pariastaat* („*an irredeemable pariah state*“),<sup>19</sup> der Rüstungskontrollverträge nicht eingehalten und Völkerrecht ignoriert hat. Im Jahr 2000 versprach Putin, in Russland wieder „*Ordnung*“ schaffen zu wollen, insbesondere nach den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Chaosjahren der 1990er-Jahre. Nach außen versprach Putin nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 die „*nationale Größe*“ wiederherstellen und somit den geopolitischen Einfluss<sup>20</sup> als eurasische Macht global ausbauen zu wollen.

Die Russische Föderation litt aus geopolitischer Sicht nach dem Fall des Kommunismus auch in ihrem Selbstverständnis – als „*Verlierer der Weltgeschichte*“, und viele Russen nahmen nach dem Kalten Krieg gegenüber dem Supermachtstatus der Sowjetunion in Größe und Macht einen „*nostalgischen*“ Standpunkt ein. Die politische Führung in Moskau empfand den Status, den die Russische Föderation nach der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 einnahm, als nicht „*gerecht*“: Was die USA und die europäischen und asiatischen Verbündeten sozusagen als „*Ordnung*“ auf globaler Ebene nach dem Kalten Krieg interpretierten, wurde von der Russischen Föderation als „*Unordnung*“ betrachtet. Infolge wirtschaftlicher und politischer Schwäche verblieb der Russischen Föderation lediglich die Option, den Status „*eingefrorener Konflikte*“ in der Kaukasusregion und in Moldawien / Transnistrien herbeizuführen. Besonders Georgien und Moldawien hatten sich seit den 1990er-Jahren in Richtung Westen zu orientieren begonnen. „*Eingefrorene Konflikte*“ wurden seitens der russischen Staatsführung als „*defensive Buffer*“

---

<sup>19</sup> Victoria Nuland, Pinning Down Putin. How a Confident America Should Deal with Russia, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 93-106, hier S. 94.

<sup>20</sup> Die „*Geopolitik ist ihrem Ursprung nach eine Methode, mit der ein Imperium geografische Gegebenheiten (in den drei Dimensionen Luft, Land und Meer) einsetzt, um seine militärische und ökonomische Macht zu maximieren.*“ Imperien an sich zeigen sich jedoch als „*verblüffend fragile Herrschaftssysteme*“, da sie sich weit über territoriale Grenzen erstrecken und militärische Operationen außerhalb dieser Grenzen stets mit Gefahren verbunden sind. Imperien müssen daher „*eine robuste geopolitische Architektur aufweisen*“. Aus: Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10-11, hier S. 11.

gesehen, die aus russischer Sicht jene „*Ordnung*“ gegenüber dem Westen bewahren und eine Ausbreitung des Westens bis vor die russischen Grenzen verhindern sollten.<sup>21</sup> So stellten für Wladimir Putin westliche Institutionen und Werte eine stärkere Bedrohung dar als westliche Streitkräfte. Deshalb versuchte Putin, pluralistisch-demokratische Systeme zu destabilisieren und in diesem Zusammenhang rechts- und linksextreme – vor allem EU-skeptische bis -ablehnende Parteien – zu unterstützen –, was der Präsident jedoch stets leugnete.<sup>22</sup>

Im Jahr 2008 wurde vom damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew zunächst vorgeschlagen, über einen paneuropäischen Sicherheitsdialog russische Sicherheitsinteressen umzusetzen. Die amerikanische Bedingung für diesen Dialog manifestierte sich darin, dass ein derartiger Sicherheitsdialog bestehende Institutionen wie die NATO und die EU oder auch die OSZE keinesfalls schwächen solle.<sup>23</sup> So wurde die Russische Föderation Mitte Dezember 2011 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und auch Teil der sich aus der G-7 entwickelnden G-8 (G7 + Russland). Auf sicherheits- und verteidigungspolitischer Ebene wurde im Jahr 2002 gemeinsam mit der NATO ein gemeinsamer „*Sicherheitsrat*“ gegründet – der NATO-Russland Rat. Die kurze Phase innenpolitischer Freiheiten in der Russischen Föderation wurde dagegen durch umfassende staatliche Kontrollmaßnahmen ab der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre zunehmend zum Erliegen gebracht, ähnlich der politischen Kontrolle im ehemaligen Sowjetsystem.<sup>24</sup> Für Präsident Putin stellte eine Ausbreitung pluralistisch-demokratischer Systeme bis an die Grenzen seines Landes – wie im Fall der

---

<sup>21</sup> Stephen Holmes, Ivan Krastev, Russia's Aggressive Isolationism, in: The American Interest, January / February 2015, S. 13-18, hier S. 14.

<sup>22</sup> Judy Dempsey, Doubletake: Does Russia divide Europe?, in: New Eastern Europe, September / October 2015, S. 19-24, hier S. 19.

<sup>23</sup> Victoria Nuland, Pinning Down Putin. How a Confident America Should Deal with Russia, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 93-106, hier S. 104.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 94.

Ukraine – und eine mögliche erfolgreiche gesellschaftspolitische Institutionalisierung eine eindeutige Bedrohung gegenüber seinem politischen Systems dar. 2014 sah er sich für den Fall eines prowestlichen Regierungswechsels in Kiew mit der Annexion der aus russischer Sicht geostrategisch außerordentlich relevanten Halbinsel Krim zu militärischem Handeln genötigt. Aus seiner Sicht versuchte der Westen, sich dadurch geopolitische Vorteile zu verschaffen und eine Aufnahme der Ukraine in die NATO vorzubereiten. Aus dem Blickwinkel der USA wurde die Russische Föderation unter Wladimir Putin zu einer ernststen geopolitischen Herausforderung. Die USA warfen der russischen Staatsführung u.a. vor,

- keine Rüstungskontrollabkommen einzuhalten;
- Waffensysteme durch neue „*destabilisierende Waffen*“ auszubauen;
- die Souveränität Georgiens und der Ukraine zu bedrohen bzw. diese zerschlagen zu wolle;
- Despoten im Iran, in Libyen, Syrien (noch unter Präsident Baschar al-Assad) und in Venezuela zu unterstützen;
- Cyberwaffen gegen zivile Regierungseinrichtungen im Westen zu benutzen.<sup>25</sup>

Die ursprüngliche Annahme der USA bestand darin, dass ähnlich wie die Volksrepublik China auch die Russische Föderation zum „*responsible stakeholder*“ werde, der sich in die internationale Institutionen auf der Grundlage

---

<sup>25</sup> So Victoria Nuland, ehemalige NATO-Botschafterin der USA (2005 bis 2008) und Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs (2013 bis 2017). Aus: Victoria Nuland, *Pinning Down Putin. How a Confident America Should Deal with Russia*, in: *Foreign Affairs*, July / August 2020, S. 93-106, hier S. 97.

des Völkerrechts („*rules-based international institutions*“) integrieren werde.<sup>26</sup> Noch nach der Annexion der Krim durch die Russische Föderation gab es in den USA und in Europa Stimmen, welche die gewaltsame Außenpolitik Putins als Ergebnis einer Schwäche im Inland erkennen wollten, jedoch auch andere Faktoren heranzogen:<sup>27</sup>

- die Annexion der Krim und Russlands Beginn des Krieges gegen die Ukraine ab 2014 waren einerseits Antworten auf die „*ungenügende Sensibilität des Westens gegenüber den ‚natürlichen Interessen‘ der Russischen Föderation.*“ Folglich provozierten „*amerikanische und europäische Fehler und Fehldentungen*“ Wladimir Putin in seinen Wahrnehmungen und Ängsten, dass die NATO sich bis zu den Grenzen der Russischen Föderation erweitern würde. Eine derartige These vertrat vor allem John J. Mearsheimer.
- Andererseits vertrat vor allem Ivan Krastev die Meinung, die Annexion der Krim sei eine „*Strafe*“ und „*Demütigung*“ des russischen Präsidenten Putin gegenüber der Ukraine gewesen – Grund war der durch Druck der Opposition erfolgte Wechsel einer Putin-nahen Regierung in Kiew im Februar 2014, der von Wladimir Putin als Sturz einer *legitimen* Regierung interpretiert wird.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Victoria Nuland, Pinning Down Putin. How a Confident America Should Deal with Russia, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 93-106, hier S. 95.

<sup>27</sup> Leon Aron, Putinology, in: The American Interest, September / October 2015, S. 40-44, S. 40.

<sup>28</sup> Ebenda.

Mit dem Versuch, ab dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine (24. Februar 2022) den Druck auf die USA, die EU und die Ukraine zu erhöhen, drohte Russlands Präsident Putin auch mit dem Einsatz „*aller verfügbaren Mittel*“, auch von „*taktischen Atomwaffen*“.<sup>29</sup> Diese könnten demnach nicht nur im Gefecht eingesetzt werden,<sup>30</sup> sondern auch in eine direkte nukleare Konfrontation mit den USA führen.<sup>31</sup> Folglich sah der damalige US-Präsident Joseph R. Biden nach diesen Drohungen die Gefahr einer nuklearen Konfrontation mit katastrophalen Konsequenzen aus dem Kreml als so groß wie seit 60 Jahren nicht mehr. Im Jahr 2022 gab es zudem schwere Rückschläge der russischen Streitkräfte in der Ukraine, so bestand die Sorge in Washington, dass Wladimir Putin in einer Verzweiflungstat auch Atomwaffen „*aus Versehen*“ einsetzen könnte. Biden merkte zu Putin an: „*He’s not joking when he talks about the potential use of tactical nuclear weapons, or biological or chemical weapons, because his military is, you might say, significantly underperforming.*“<sup>32</sup> Zu dieser Zeit hatten ukrainische Streitkräfte das russische Militär aus Lyman – im Süden der Ukraine – verdrängt, zudem gab es im Oktober 2022 größere ukrainische Angriffe auf benachbarte Regionen in

---

<sup>29</sup> Michael Dobbs, A new threat of nuclear annihilation, in: The New York Times International Edition, October 6, 2022, S. 1 und 10, hier S. 10.

<sup>30</sup> Die Einteilung in „*strategische*“ und „*taktische*“ Atomwaffen ist jedoch sehr ungenau. Eine Atombombe mit 200 Kilotonnen Sprengkraft würde als „*taktische*“ Nuklearwaffe gelten, „*Little Boy*“, jene Atombombe, die Anfang August 1945 über Hiroshima abgeworfen wurde, hatte 15 Kilotonnen. Aus: Kurier, Wie gefährlich sind die „*taktischen*“ Atomwaffen?, in: Kurier, 29.09.2022, S. 1.

<sup>31</sup> Michael Dobbs, A new threat of nuclear annihilation, in: The New York Times International Edition, October 6, 2022, S. 1 und 10, hier S. 10.

<sup>32</sup> CBS News, Biden says risk of “Armageddon” highest since Cuban Missile Crisis as tension rise with Russia, October 6, 2022 / 10:33 pm, <https://www.cbsnews.com/news/biden-armageddon-risk-highest-since-1962-cuban-missile-crisis/> [7.10.2022]

der Russischen Föderation.<sup>33</sup> Putin drohte vermehrt, eine westliche Einmischung in den Ukrainekrieg werde Folgen „*wie niemals in ihrer Geschichte*“ zuvor haben.<sup>34</sup> Durch die neuen sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen aufgrund des seit Februar 2014 mit der Annexion der Krim und den Kämpfen in der Ostukraine eingeleiteten und seit Februar 2022 mit umfassenden militärischen Mitteln ausgetragenen Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine ist laut Markus Mäder, Staatssekretär für Sicherheitspolitik in der Schweiz, die Lage in Europa „*seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nie gefährlicher und volatil als heute.*“<sup>35</sup>

Die Zielsetzung der Studie bildet in der Folge eine umfassende Analyse der Kontinuitäten und Brüche in der Außen- und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China und der Russischen Föderation vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen strategischen Kulturkonzepte – die es jeweils als Vorfrage zu beantworten gilt, sowie die Darstellung der Ordnungsvorstellungen der beiden eurasischen Großmächte für die internationalen Beziehungen. Die Untersuchung beider Staaten soll ein fundiertes Lagebild der Außen- und Sicherheitspolitik der beiden eurasischen Großmächte bieten und staatlichen, vor allem sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern, eine profunde Einschätzungsgrundlage zukünftiger Entwicklungen bereitstellen. Das Projekt wird mittels der hermeneutisch-empirischen-analytischen Methodik erstellt.

---

<sup>33</sup> Andrew E. Kramer, Ukraine widens attack, pushing into the south, in: The New York Times International Edition, October 6, 2022, S. 4.

<sup>34</sup> Nikolaus Busse, Nukleares Säbelrasseln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.03.2022, S. 10.

<sup>35</sup> Bruno Russi, „Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe par excellence“, Interview mit dem Staatssekretär für Sicherheitspolitik Markus Mäder, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 5-8, hier S. 8.



## Fragestellungen der Studie

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation richten ihre jeweiligen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitiken zunehmend konfrontativ gegenüber den USA aus. Besonders Europa und Asien sind hier mit geopolitischen Neuordnungen konfrontiert, die Regierungen in Peking und Moskau haben dabei nie ausgeschlossen, auch Streitkräfte zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen einsetzen zu wollen. So setzt sich diese Studie mit folgenden Fragestellungen auseinander:

- Welche Implikationen zog die Transformation der Volksrepublik China und der Russischen Föderation für den eurasischen Raum nach sich?
- Welche politischen und verteidigungspolitischen Phasen haben die chinesische sowie die russische Außen- und Sicherheitspolitik seit den frühen 1990er Jahren durchlaufen?
- Welche Kontinuitäten und Brüche im Bereich der strategischen Kultur lassen sich in beiden Großmächten feststellen?
- Welche Ordnungsmodelle teilen die beiden eurasischen Großmächte für die internationalen Beziehungen?
- Wie gestalten sich die Beziehungen beider Staaten untereinander?

## Die außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Volksrepublik China

Als Grundlage der chinesischen Außenpolitik gelten die folgenden Prinzipien: Einhaltung des gegenseitigen Respekts der Souveränität und territorialen Integrität; Vermeidung von Hegemonismus und Sicherung des Weltfriedens; die Fünf Prinzipien der friedlichen<sup>36</sup> bzw. „*harmonischen Koexistenz*“<sup>37</sup> (darunter die wichtigsten Prinzipien der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie der Respekt der nationalen Souveränität);<sup>38</sup> Stärkung der Solidarität zu den Entwicklungsländern; Bekämpfung von Imperialismus und Kolonialismus; gegenseitige Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten und Vereinigung Taiwans mit China<sup>39</sup> sowie Gleichheit und

---

<sup>36</sup> Bereits in der Sowjetunion wurde die „taktische Politik der friedlichen Koexistenz im Sinne einer Atempause im Weltbürgerkrieg“ hin „zu einer Strategie der friedlichen Koexistenz für die ganze Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aufgewertet. Damit wurde einer Politik der Kriegsverhütung, des internationalen Krisenmanagements und der Rüstungskontrolle in den kommenden Jahrzehnten der ideologische Boden bereitet.“ Zudem sollte die friedliche Koexistenz den „ewigen Frieden“ innerhalb der kommunistischen Weltgesellschaft vorbereiten. Aus: Egbert Jahn, Die Außenpolitik Russlands, in: Michael Staack (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik, Studienbuch, 5. Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2012, S. 269-305, hier S. 282.

<sup>37</sup> Embassy of the People's Republic of China (Vienna), Ride on the Trend of the Times and Enhance Solidarity and Cooperation to Embrace a Better Future Statement by H.E. Xi Jinping, President of the People's Republic of China At the 22<sup>nd</sup> Meeting of the Council of Heads of State of The Shanghai Cooperation Organization, Samarkand, 16 September 2022, China Message, no 2022-18, September 2022, S. 2.

<sup>38</sup> So bekräftigte auch der Bericht des 20. Nationalkongresses der Kommunistischen Partei Chinas, „dass China auf die Entwicklung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz besteht.“ Aus: China Rundschau, Die langfristigen Auswirkungen von Scholz' China-Besuch, in: China Rundschau Nr. 098 KW46 / 2022, Frankfurt-Wien-Peking 2022, S. 1.

<sup>39</sup> Die Regierung der Volksrepublik China definiert seit Juni 2024 erstmals offiziell Verhalten, das die Unabhängigkeit Taiwans unterstützt, als „kriminellen Akt“ und droht seit 21. Juni 2024 Strafen bis zur Todesstrafe an, falls „mit Hilfe externer Kräfte“ die Unabhängigkeit Taiwans erreicht werden sollte, so Sun Ping, stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit in Peking. Taiwanesen müssen nun vorsichtig sein,

gegenseitiger Nutzen.<sup>40</sup> Innenpolitisch machte die chinesische Führung 1989 das Versprechen, nachdem Chinas Armee auf dem Platz des Himmlischen Friedens das Feuer auf das eigene Volk eröffnet hatte: „*Trotz dieses nationalen Traumas lasst ihr uns an der Macht, und dafür machen wir euch reich.*“<sup>41</sup>

Für den außen- und wirtschaftspolitischen Erfolg Chinas zeigen folgende Grundmuster verantwortlich: Pragmatismus, Flexibilität und Lernfähigkeit. China grenzt an 14 Nachbarländer (insgesamt: 20.000 Kilometer Grenze) und hatte vor allem seit den 2000er Jahren eine umfassende Nachbarschaftspolitik eingeleitet. Aus Sicht der Kommunistischen Partei Chinas verfolgt das Land stets eine „*friedliche Außenpolitik*“, deren Handlungsmaxime Dialog, Konsultation und Verhandlungen sind.<sup>42</sup>

Durch mit wirtschaftlichen Maßnahmen begleitete geopolitische Ambitionen löst die Volksrepublik China jedoch auch Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten aus. So führte im Juli 2017 ein Konflikt zwischen China und Bhutan fast zu einer schweren Krise mit Indien, 6.000 chinesische und indische Soldaten befanden sich im Dreiländereck zwischen Sikkim, Tibet und

---

wenn sie in Länder reisen, die mit der Volksrepublik China ein dementsprechendes Auslieferungsabkommen haben. Aus: Kathrin Hille, China warns Taiwan ‚separatists‘ face death, in: Financial Times Weekend, 22 June / 23 June 2024, S. 4.

<sup>40</sup> Aus: Vortrag von Gregory Gleason (George C. Marshall Center, Garmisch-Partenkirchen) zum Thema „Foreign and Security Policy of China“, Peace Support Operations and Training Center (PSOTC), Camp Butmir, Sarajevo, February 27, 2009: China’s Foreign Policy: 1. Maintaining Independence and Safeguarding National Sovereignty; 2. Opposing Hegemonism and Safeguarding World Peace; 3. Upholding the Five Principles of Peaceful Coexistence; 4. Strengthening Solidarity of the Developing Countries, and Together Opposing Imperialism and Colonialism;

5. Improving Relations with Developed Countries to Promote Common Progress; 6. Removing External Interference, Promoting China’s Reunification.

<sup>41</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2016, S. 20.

<sup>42</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013.

Bhutan in Alarmbereitschaft. Einheiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee hatten in der südtibetischen Grenzregion Doklam (Mandarin: Donglang, Größe: 88 Quadratkilometer), die auch von Bhutan beansprucht wird, mit dem Bau von Straßen begonnen. Auf Bitte von Bhutan schickte der große Verbündete Indien daraufhin Soldaten in das Gebiet. Dabei überschritten indische Truppen die Grenze zu China nur unter dem Vorwand, die Bauarbeiten stoppen zu wollen, so der damalige Vorwurf des chinesischen Verteidigungsministeriums. Es handelte sich dabei um bewaffnete indische Grenztruppen mit zwei Bulldozern, die mehr als 100 Meter auf chinesisches Territorium vorgedrungen waren, so die Regierung in Peking.<sup>43</sup> Kern des Streits bilden unterschiedliche Gebietsansprüche der beiden nuklearen Großmächte China und Indien. Für Indien ist dieses Gebiet äußerst relevant, da es liegt nahe dem sogenannten Hühnernacken, einem schmalen Korridor, der Indiens Nordosten mit dem Rest des Landes verbindet, liegt. Indien befürchtet, dass China bei einer militärischen Mobilmachung auf diesen Landstreifen zielen könnte.<sup>44</sup> Der Streit dreht sich seither um mehr als nur den Bau einer Straße und bringt den Wettbewerb zweier asiatischer Giganten zum Ausdruck: Unter Premierminister Narendra Modi tritt Indien immer lauter gegen Chinas äußerst selbstbestimmtes Auftreten in Asien auf. Peking zeigte sich dagegen nicht nur irritiert, dass New Delhi der Seidenstraßeninitiative, dem geostrategischen Prestigeprojekt von Chinas Staatschef Xi Jinping, eine Abfuhr erteilte.<sup>45</sup> Indien pflegt insbesondere seit 2004 auch zunehmend engere Beziehungen zu den USA und Japan. Zudem lud Modi zu einer Amtsübergabe 2014 offizielle Vertreter Tibets und Taiwans ein – und brach mit langjährigen Tabus im Umgang mit den beiden Sorgenkindern der chinesischen Regierung. Indien hingegen sieht den wachsenden diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Fußabdruck Chinas in Süd- und Zentralasien überaus skeptisch. So verärgern Indien die guten Beziehungen

---

<sup>43</sup> Marlies Kastenhofer, *Asiens Giganten auf frontalem Kollisionskurs*, in: *Die Presse*, 08.08.2017, S. 3.

<sup>44</sup> *Die Presse*, *Grenzstreit der Atomkräfte*, in: *Die Presse*, 07.07.2017, S. 3.

<sup>45</sup> Marlies Kastenhofer, *Asiens Giganten auf frontalem Kollisionskurs*, in: *Die Presse*, 08.08.2017, S. 3.

zwischen China und Pakistan, vor allem der Bau des chinesisch finanzierten China-Pakistan-Wirtschaftskorridors, der noch dazu durch umstrittene Gebiete verläuft. Zugleich fühlt sich Indien von chinesischen Marine-Aktivitäten im Indischen Ozean eingekreist. Mit den Straßenarbeiten nahe des Hühnernackens hatte China dann eine rote Linie überschritten: Indien will mit allen Mitteln verhindern, dass die Volksbefreiungsarmee dem Hühnernacken (Siliguri-Korridor) zu nah kommt. Der schmale Landstreifen verbindet den Nordosten des Landes mit indischem Kernland. Im Hintergrund schwelt der Wettkampf um Bhutan: Der 750.000-Einwohner-Staat soll sich langsam aus Indiens Einflussosphäre gelöst haben. Thumphu habe 2005 einen Deal mit China geschlossen, schmale Streifen am Doklam-Plateau für große Territorien im Norden und Osten des Landes einzutauschen. Indiens damalige Außenministerin Sushma Swaraj meinte: „*Krieg kann keine Lösung sein. Weisheit ist, Probleme diplomatisch zu lösen.*“<sup>46</sup> Die Grenzlänge zwischen Indien und China beträgt insgesamt 3.500 Kilometer, jene zwischen Bhutan und China 470 Kilometer. Das östlich an Bhutan angrenzende und zu Indien gehörende Arunachal Pradesh wird von China beansprucht. Dennoch führten Indien und China im Dezember 2007 ihr erstes gemeinsames Militärmanöver in der Provinz Yunnan durch mit dem Ziel: Terrorbekämpfung.<sup>47</sup> Obwohl das Verhältnis zwischen China und Indien „*von tiefem Misstrauen geprägt*“ ist „*aufgrund der jeweiligen Überzeugung kultureller Einzigartigkeit und eines daraus abgeleiteten Anspruchs auf eine ‚natürliche Führungsrolle‘ in der Welt*“,<sup>48</sup> gehören China und Indien mit einer Gesamtbevölkerung von 2,8 Milliarden Menschen (das entspricht etwa 36 Prozent der Weltbevölkerung) sowohl der BRICS+ als auch der Shanghai Co-operation Organisation (SCO) an. Folglich befinden sich beide Staaten „*realpolitisch in*

---

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 57.

<sup>48</sup> Heinz Nissel, Indien – China. Konkurrenten in der Neuen Weltordnung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 05/2020, S. 559-569, S. 559.

*einem labilen Gleichgewicht von Rivalität und Partnerschaft*“.<sup>49</sup> Für die Nachbarschaftspolitik Chinas gelten prinzipiell drei Grundsätze:

- gegenseitiger Respekt / Abkommen auf freundschaftlicher Grundlage;
- Frieden und Stabilität – Teilnahme an Foren der internationalen Kooperation, Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel,<sup>50</sup> Verhinderung der Nuklearisierung des Iran, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Forcierung des Umweltschutzes (Ausbau von Windenergie und anderer Alternativenergie);
- gemeinsame Entwicklung und in diesem Zusammenhang Ausbau des wirtschaftlichen Netzes.<sup>51</sup>

Chinas Präsident Xi Jinping sieht außenpolitisch eine spezielle Mission Chinas in der Welt, eine Art kulturellen Exzeptionalismus (in einem gewissen Sinne auch hier eine „*moralische Überlegenheit*“). China strebt auf globaler Ebene weiterhin den Ausbau internationaler Partnerschaften an, mit unterschiedlichen Charakteristiken und Schwerpunkten, sich gegenseitig

---

<sup>49</sup> Ebenda.

<sup>50</sup> Dieses Ziel wurde zwischen dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush und dem damaligen chinesischen Staatschef Jiang Zemin am 25. Oktober 2002 anlässlich ihres Gipfels auf der Crawford Range in Texas vereinbart. Aus: Gunther Hauser, China – A Hyper-state on the Rise, in: Gunther Hauser/Franz Kernic (eds), China: The Rising Power, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2009, S. 11-37, S. 25.

<sup>51</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013.

ergänzend: „*ein globales Partnerschaftsnetzwerk, das sich jeden Tag neu stärkt.*“<sup>52</sup> Schwerpunkte bilden dabei ebenso der Ausbau der Kooperationen mit den Ländern des Mittleren Ostens, so vor allem mit Saudi-Arabien,<sup>53</sup> dem Iran und Ägypten, ebenso soll das seit dem Jahr 2000 existierende China-Afrika-Kooperationsforum (FOCAC) massiv ausgebaut werden – auf der Grundlage des „*10 key China-Africa cooperation plan*“. Auf diplomatischer Ebene vermittelte die Volksrepublik China die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien im März 2023 als Beispiel der ein Jahr zuvor eingeleiteten Globalen Sicherheitsinitiative der Kommunistischen Partei Chinas, gemäß der mit „*chinesischen Lösungen und der Weisheit*“ außen- und sicherheitspolitische Problemlösungen möglich gemacht werden sollen.<sup>54</sup> China ist bereits in Afrika nicht nur Truppensteller für die Vereinten Nationen, sondern auch Geldgeber und ein zunehmend relevanter Investor. Der Kontinent liefert China dagegen wertvolle Rohstoffe und nimmt Konsumgüter aus China ab. Während der ersten Hälfte der 1970er Jahre baute China die Tansania-Sambia-Bahnlinie, Zentralsambia wurde dadurch mit dem Hafen von Daressalam verbunden. Ebenso wurde die Eisenbahnlinie von Addis Abeba nach Djibouti von der Volksrepublik gebaut und im Jahr 2018 für den Personen- und Güterverkehr eröffnet. Die Demokratische Republik Kongo evaluierte dagegen jedoch die wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China, da einem Abkommen aus dem Jahr 2008, das den Bau von öffentlichen Gebäuden und Straßen im Wert von etwa umgerechnet acht Milliarden Euro vorsah, bis dato nur wenige Projekte folgten. Im Rahmen eines sogenannten „*Barter-Geschäfts*“ erhielt

---

<sup>52</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 123.

<sup>53</sup> China ist einer der wichtigsten Abnehmer von saudischem Öl, seitdem sich die USA mit der Fracking-Methode von Ölimporten weitgehend unabhängig gemacht haben. Der Iran baut mit Hilfe Pekings zwei Atomkraftwerke, aus: Felix Lee, Xi Jinpings heikle Nahostmission, in: Die Presse, 22.01.2016, S. 6.

<sup>54</sup> Elizabeth Economy, China's Alternative Order. And What America Should Learn From It, in: Foreign Affairs, May / June 2024, S. 8-24, hier S. 18.

China im Gegenzug Kobalt und Kupfer, von den versprochenen 3500 Kilometern Straßen wurden bis 2021 jedoch nur 356 Kilometer fertiggestellt.<sup>55</sup> Zudem häuften sich in Afrika Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern sowie Anschuldigungen aufgrund illegaler Abbaupraktiken, Kinderarbeit und nicht bezahlter Löhne. In Afrika existiert nach wie vor ein hochprofitabler Handel mit gefährlichen Wildtieren bzw. mit Teilen aufgrund hoher Nachfrage nach Horn von Elefanten und Nashörnern sowie von Schuppentieren für die chinesische Medizin. Seit 1989 ist China mit Truppen für die Vereinten Nationen in Afrika aktiv, seit 2017 existiert eine Marinebasis in Djibouti (für zehn Jahre von Djibouti geleast).<sup>56</sup>

Im Jahr 2023 nahmen am dritten China-Afrika Friedens- und Sicherheitsforum (China Africa Peace and Security Forum) mehr als 100 „*Senior military officials*“ aus fast 50 afrikanischen Ländern und der Afrikanischen Union in Peking teil.<sup>57</sup> China und die afrikanischen Länder kamen darin überein, mehr Militärübungen gemeinsam abzuhalten. Gemeinsam mit der *Neuen Seidenstraße* (*Belt and Road Initiative* aus 2013) und der *Globalen Sicherheitsinitiative* (*Global Security Initiative* aus 2022) sowie der *Agenda 2063* der Afrikanischen Union sollen „*wirtschaftliche Entwicklungsziele, Frieden und Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent*“ erreicht werden.<sup>58</sup>

Während seines Besuches in Lateinamerika wurden die Beziehungen zwischen China und Ecuador und Chile auf Ebene einer „*umfassenden strategischen Partnerschaft*“ ebenso aufgewertet.<sup>59</sup> Für die „*Renaissance Chinas*“ sind „*von jedem*

---

<sup>55</sup> Gerald Hainzl, Chinas Afrika-Ambitionen, in: Militär Aktuell 3/21, S. 12-15, hier S. 13.

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Elizabeth Economy, China's Alternative Order. And What America Should Learn From It, in: Foreign Affairs, May / June 2024, S. 8-24, hier S. 17.

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on

*einzelnen Opfer zu bringen, auch zuungunsten des Individuums*“, ähnlich wie von Republikgründer Sun Yat-sen im Jahre 1911 eingefordert.<sup>60</sup>

Die Volksrepublik China war noch nie so eng mit der Welt verflochten wie heute. So versucht China, ein neues Modell der internationalen Beziehungen zu schaffen, im Zentrum steht eine jeweilige „win-win-cooperation“, die vor allem „Frieden, Sicherheit und Stabilität“ schaffen soll.<sup>61</sup> Aus Sicht chinesischer politischer Führer gehörte China stets zu den „großen Mächten“ – allein schon aufgrund der Größe des Landes, der großen Bevölkerungsanzahl von mittlerweile fast 1,4 Milliarden Menschen, seiner Zivilisation und Geschichte sowie dem in relativ kurzer Zeit erreichten ökonomischen Wohlstand. Dabei betonen chinesische Politiker: Chinas Absicht ist es, niemals territorial zu expandieren, abgeleitet davon leitet sich in der Folge kein Hegemonialanspruch der Volksrepublik ab. Chinas Entwicklung „wird niemanden

---

China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 123.

<sup>60</sup> So Univ.Prof. Gerd Kaminski, Österreichisches Institut für China- und Südostasienforschung, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 20. Oktober 2015.

<sup>61</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 5.

bedrohen". China beabsichtigt die Umsetzung des „*neuen Konzeptes der gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit*“<sup>62</sup> und betont stets seine Allianzfreiheit („*non-alliance*“).<sup>63</sup>

Die Volksrepublik China ist in zahlreiche Foren der umfassenden regionalen, politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit wie ASEAN + China, Japan und Republik Korea (Südkorea), die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), die *Asia Pacific Economic Cooperation* (APEC), das ASEAN Regional Forum und den *Asia Cooperation Dialogue* eingebunden. Zudem engagiert sich China im größten und repräsentativsten regionalen Sicherheitsforum „*mit der größten Mitgliederzahl*“ (26 Mitgliedstaaten, 7 Beobachterstaaten, 4 Beobachterorganisationen), der seit 14. September 1999 bestehenden CICA (*Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia*). Diese Organisation verfolgt das Prinzip der „*Konsultation und des Konsenses*“. So schlägt Xi Jinping vor, die CICA „*zu einer Plattform für Sicherheitsdialoge und -kooperationen für ganz Asien auszubauen*.“<sup>64</sup> Nach den Vorschlägen von Xi Jinping soll CICA auch einen Konsultationsmechanismus für Verteidigungsangelegenheiten der Mitgliedstaaten bilden können sowie eine Arbeitsgruppe zur „*Beaufsichtigung der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen*“. Der

---

<sup>62</sup> Xi Jinping (2018): President Xi Jinping's Congratulatory Letter to the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, International Strategic Studies, Supplement 1, 2018, Volume 130, Beijing, p. 1; und: Zhanshu Li (2018): Speech Delivered by Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress Li Zhanshu at the Opening Dinner of the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, October 24, 2018, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, International Strategic Studies, Supplement 1, 2018, Volume 130, Beijing, pp. 2-6, S. 4.

<sup>63</sup> Zhanshu Li (2018): Speech Delivered by Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress Li Zhanshu at the Opening Dinner of the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, October 24, 2018, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, International Strategic Studies, Supplement 1, 2018, Volume 130, Beijing, pp. 2-6, S. 4.

<sup>64</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 438.

Austausch der Kooperationen soll in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Wirtschaft und Handel, Tourismus, Umweltschutz und Kultur vertieft werden.<sup>65</sup> Xi schlägt auch vor, durch vermehrte Veranstaltungen von Nichtregierungsforen ein zivilgesellschaftliches Austauschnetzwerk für alle CICA-Mitglieder zu schaffen. China setzt sich demnach ein, mit anderen asiatischen Kooperationsorganisationen den Dialog auch mit Regionen zu stärken und zu unterstützen (darunter fallen die ASEAN sowie auch die SAARC – *Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation* – und die *Liga der Arabischen Staaten*).<sup>66</sup>

Xi Jinping beschreibt das außenpolitische Ziel, Nachbarschaftspolitik zu gestalten, wie folgt:

*„Genau wie Familienmitglieder wünschen die Nachbarn einander ein gutes Leben. China behandelt seine Nachbarstaaten stets mit Wohlwollen, betrachtet sie als Partner und hält sich daran, den Nachbarn Freundschaft, Sicherheit und Wohlstand zu bringen.“<sup>67</sup>*

Xi weiter: *„China praktiziert die Grundsätze der Freundschaft, der Aufrichtigkeit, des gegenseitigen Nutzens und der Toleranz und arbeitet hart daran, durch seine Entwicklung anderen Ländern in Asien mehr Vorteile zu bringen.“<sup>68</sup>*

---

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Ebenda.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 441.

Xi Jinpings Konzeption einer globalen Ordnung einer „*community with a shared future for mankind*“ soll durch folgende vier Programme der kommunistischen Partei Chinas verwirklicht werden:

- die „*Neue Seidenstraße*“ (Belt and Road Initiative – BRI; Start der Initiative: 2013);
- die Globale Entwicklungsinitiative (Global Development Initiative; Start der Initiative 2021; China hatte innerhalb der UNO die „Group of Friends of the Global Development Initiative“ gegründet, die über 70 Staaten umfasst;
- die Globale Sicherheitsinitiative (Global Security Initiative; Start der Initiative: 2022)
- die Globale Zivilisationsinitiative (Global Civilization Initiative; Start der Initiative: 2023)<sup>69</sup>

Gemäß den Ausführungen von Xi Jinping soll die Globale Sicherheitsinitiative dazu dienen, Ansätze und Maßnahmen der Kommunistischen Partei Chinas umzusetzen, um

- den Weltfrieden zu fördern und die Ursachen von internationalen Konflikten zu beseitigen („*The GSI [Global Security Initiative] aims to eliminate the root causes of international conflicts, improve global security governance, encourage joint international efforts to bring more stability and certainty*

---

<sup>69</sup> So Xi Jinping während, Rede bei der Central Conference on Work Relating to Foreign Affairs, Dezember 2023, Pressemitteilung der Regierung der Volksrepublik China, zitiert in: Elizabeth Economy, *China's Alternative Order. And What America Should Learn From It*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2024, S. 8-24, hier S. 10 und 12.

*to a volatile and changing era, and to promote durable peace and development in the world.“*);<sup>70</sup>

- die Mentalität des Kalten Krieges abzulegen, Unilateralismus in den internationalen Beziehungen und somit Blockkonfrontationen zu vermeiden (*„The Cold war mentality, unilateralism, bloc confrontation and hegemonism contradict the spirit of the UN Charter and must be resisted and rejected.“*)<sup>71</sup>
- eine ausgeglichene, effektive und nachhaltige Sicherheitsarchitektur zu erreichen mit den Zielen, Differenzen zwischen Staaten durch Dialog und Konsultation auszuräumen und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Staaten sowie Krieg zu vermeiden (*„bringing about security through political dialogue and peaceful negotiation“*; *„resolving conflicts through development and eliminating the breeding ground for insecurity“*; *„sovereign equality and non-interference in internal affairs“*; *„War and sanctions are no fundamental solution to disputes.“*)<sup>72</sup>

Die Globale Zivilisationsinitiative erkennt laut Xi Jinping an „that countries with different civilizations and levels of development will have different political and economic models. It asserts that states determine rights and that

---

<sup>70</sup> So Xi Jinping, zitiert in: Embassy of the People’s Republic of China (Vienna), The Global Security Initiative Concept Paper, China-Message Nr. 2023-01, February 2023, S. 1.

<sup>71</sup> Ebenda.

<sup>72</sup> So Xi Jinping, zitiert in: Embassy of the People’s Republic of China (Vienna), The Global Security Initiative Concept Paper, China-Message Nr. 2023-01, February 2023, S. 1ff.

no one country or model has a mandate to control the discourse of human rights“, oder wie es der damalige Außenminister der Volksrepublik China, Qin Gang, formulierte: „There is no one-size-fits-all model in the protection of human rights.“<sup>73</sup> China gewinnt nicht nur aufgrund seiner Bevölkerungszahl von fast 1,4 Milliarden Menschen, seinem politischen Gewicht durch einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und seinen Nuklearmachtstatus, sondern auch vor allem aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen zunehmend an weltpolitischer Bedeutung.

## **Xi Jinping baut seine politische Macht aus**

Seit seinem Amtsantritt 2013 lässt Xi keinen Tag verstreichen, ohne seine Macht auszubauen. In den ersten Monaten seiner Amtszeit ließ er sämtliche wichtige Positionen in der Parteizentrale auf seine Person ausrichten. An den Universitäten und Schulen bekämpft er „westliche Werte“ und pflegt zugleich einen Kult um seine Person. Zudem geht er mit einer Vehemenz gegen politische Gegner vor, „wie es seit 40 Jahren in diesem Ausmaß keiner seiner Vorgänger gewagt hatte.“<sup>74</sup> Der Sohn eines Revolutionärs der ersten Stunde, der während Chinas Bürgerkrieg an der Seite von Mao Zedong gekämpft hatte, sitzt wie Mao Zedong allem vor,<sup>75</sup> was in der politischen Führung wichtig ist: der Militärkommission, den Leitungsgruppen für Reformen, Nationale Sicherheit, Auslandsangelegenheiten, die Taiwan-Frage und in den

---

<sup>73</sup> So Xi Jinping während, Rede bei der Central Conference on Work Relating to Foreign Affairs, Dezember 2023, Pressemitteilung der Regierung der Volksrepublik China, zitiert in: Elizabeth Economy, China's Alternative Order. And What America Should Learn From It, in: Foreign Affairs, May / June 2024, S. 8-24, hier S. 14.

<sup>74</sup> Felix Lee, Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: Die Presse, 05.03.2015, S. 6.

<sup>75</sup> Das Diktum des Vorsitzenden Mao Zedong war: „The party commands the gun, the gun must never be allowed to command the party.“ Aus: The Economist, Chaguan. Wagnerian drama flops in China, in: The Economist, July 1st 2023, S. 47.

entscheidenden staatlichen Internet-Angelegenheiten.<sup>76</sup> Ebenso leitet Xi eine von ihm gegründete Kommission für Wirtschaft und Finanzen. Dieser Schritt war ziemlich neu, da seine Vorgänger ökonomische Angelegenheiten stets untergeordneten Premierministern überließen.<sup>77</sup> Zudem hatte der Nationale Volkskongress im Zuge seiner Verfassungsänderung am 11. März 2018 Xi die unbegrenzte Amtsausübung zugesichert und - Xi unmittelbar unterstellt – eine neue „Kontrollkommission“ geschaffen, deren Aufgabe in der Überwachung von Staatsbediensteten liegt. Unabhängig vom Obersten Gericht oder der Generalstaatsanwaltschaft kann diese Einrichtung mit lokalen Unterkommissionen gegen Korruption, Dienstvergehen oder „allzu lockere Umsetzung politischer Ziele“ vorgehen.<sup>78</sup> Diese Änderung sei wichtig, so Xi nach der Abstimmung über seinen Antrag in Peking (von 2963 Abgeordneten stimmten 2958 für den Antrag von Xi, zwei stimmten dagegen, drei enthielten sich), „um den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.“<sup>79</sup> Dieser „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ schließt vier Komponenten mit ein: den Weg, die Theorie, das System und die Kultur („die vier wesentlichen Merkmale“).<sup>80</sup> Am 11. März 2018 wurde auch Xi Jinpings Gedankengut für das „neue Zeitalter des Sozialismus chinesischer Prägung“ als neue Leitlinie in der Präambel der

---

<sup>76</sup> Hendrik Ankenbrand, *Kontrollleur mit harter Hand*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.01.2016, S. 20.

<sup>77</sup> Zhang Junshe, *Troop cut a concrete step for peace*, in: *China Daily*, September 5-6, 2015, S. 5.

<sup>78</sup> Christoph Giesen, *Präsident auf Lebenszeit*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.03.2018, S. 9. Auch: Ren Jianming & Others, *The Good Fight. China's Recent Battle Against Corruption*, Party Building Books Publishing House, Foreign Languages Press, Beijing 2015, S.2ff.

<sup>79</sup> Finn Mayer-Kuckuk, *Ein Präsident auf Lebenszeit*, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.03.2018, S. 4.

<sup>80</sup> Li Xiaosi, *Socialism with Chinese Characteristics*, in: Gerd Kaminski (ed.), *Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 13.

chinesischen Verfassung verankert. Beim 19. Parteitag der Kommunistischen Partei am 18. Oktober 2017 war die Xi'sche Theorie in die Verfassung der Partei aufgenommen worden. Nun steht sie im Rang der Staatsverfassung.<sup>81</sup> Seither umfasst der „Sozialismus chinesischer Prägung“ folgende Theorien: Marxismus-Leninismus, das Gedankengut von Mao Zedong, das Gedankengut von Deng Xiaoping, die Theorie der drei Repräsentanten, der Wissenschaftliche Ausblick auf die Entwicklung sowie das Gedankengut von Xi Jinping zum Sozialismus chinesischer Prägung,<sup>82</sup> das im Bereich Diplomatie zehn folgende Aspekte umfasst:

- Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei übt die umfassende Gewalt über die Volksrepublik aus; die Führung der Partei bleibt „zentralisiert und geeint“.
- Die Diplomatie der Volksrepublik soll großmachtpolitisch ausgebaut werden mit dem Ziel, die Nation selbst zu erneuern.
- Weltfrieden und gemeinsame Entwicklung sollen als Grundlage dienen – im Sinne einer gemeinsamen Schicksalsgemeinschaft für die Menschheit.

---

<sup>81</sup> Christoph Giesen, Präsident auf Lebenszeit, in: Süddeutsche Zeitung, 12.03.2018, S. 9.

<sup>82</sup> Li Xiaosi, Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 13.

- Ausbau des Sozialismus chinesischer Prägung: „*Die Genossen der ganzen Partei müssen für immer ein Herz und eine Seele mit dem Volk sein und mit ihm sein Schicksal teilen*“, betonte Staatschef Xi Jinping.<sup>83</sup>
- Ausbau des „*neuen Seidenstraßenprojekts*“ (*Belt and Road*) – gemeinsames Wachstum durch „*Diskussion und Zusammenarbeit*“.
- Friedvolle Entwicklung soll auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und Nutzens erreicht werden. („*win-win cooperation*“).
- Entwicklung globaler Partnerschaften – politisch, diplomatisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch.
- Aufbau eines globalen Systems der Staatsführung (*Governance*) auf der Grundlage von Fairness und Gerechtigkeit.
- Nationale Interessen der Volksrepublik China dienen als Entscheidungskriterien für den Schutz der Souveränität, der Sicherheit und der Entwicklungsziele.
- Ausbau der chinesischen Diplomatie mit ihren besonderen Charakteristiken.<sup>84</sup>

Innenpolitisch gilt es weiterhin, die Integration der „fünf zentralen Dimensionen“ umzusetzen, „also des Aufbaus von Wirtschaft, Politik, Kultur und

---

<sup>83</sup> Xi Jinping, Bericht auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (18. Oktober 2017), Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Österreich, S. 1.

<sup>84</sup> Xinhua News Agency, 10 Major Aspects of Xi Jinping Thought on Diplomacy, in: China Focus. A promotional feature produced by Beijing Review, veröffentlicht in: Newsweek, July 27<sup>th</sup> - August 3<sup>rd</sup>, 2018, S. 11.

Gesellschaft sowie einer ökologischen Zivilisation“. Die von Deng Xiaoping 1978 eingeführte Amtszeitbegrenzung des Staatschefs auf zweimal fünf Jahre gilt seit 11. März 2018 also nicht mehr. Dieses System der kollektiven Führung sollte ursprünglich nach der Diktatur von Mao Zedong verhindern, dass China von den Launen eines einzelnen Politikers abhängt.<sup>85</sup> Der einflussreichste Posten in der Volksrepublik ist jedoch nicht das Präsidentenamt, sondern das Amt des Parteivorsitzenden, das keiner Zeitbegrenzung unterworfen ist. An zweiter Stelle kommt der Vorsitz der Militärkommission, der zugleich den Oberbefehl über die Volksbefreiungsarmee innehat. Dieses Amt ist ebenso zeitlich nicht befristet. Beide Positionen hat Staatschef Xi Jinping auf sich vereint. Xis Vorgänger, Jiang Zemin, blieb auch jahrelang Oberbefehlshaber der Armee, obwohl er das Präsidentenamt nicht mehr bekleidete.<sup>86</sup> Ein wichtiges Ziel der Staatsführung unter der Kommunistischen Partei Chinas bleibt, die Volksrepublik China zu einer weltweit einflussreichen Großmacht zu entwickeln, das soll insbesondere mit wirtschaftlichen Mitteln und globalen Partnerschaftsinitiativen erreicht werden. China wird mittlerweile als

*„ein Land wahrgenommen, das über eine Grand Strategy verfüge, über die Wirtschaftskraft und die finanziellen Ressourcen, um diese zu verfolgen, und über die zunehmende Bereitschaft, seine Interessen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Auch wird das autoritäre chinesische Herrschaftsmodell als Herausforderung für die liberale Demokratie begriffen.“<sup>87</sup>*

---

<sup>85</sup> Felix Lee, Chinas roter Absolutismus, in: Die Presse, 12.03.2018, S. 1.

<sup>86</sup> Ebenda.

<sup>87</sup> Michael Staack und David Groten (Hrsg.), China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, Verlag Barbara Budrich 2018, S. 8.

Zugleich betreibt China eine auf massivem Know-how und Hochtechnologieentwicklung basierende globalwirtschaftliche Exportpolitik und ist im Begriff, in einigen Jahren die größte Volkswirtschaft der Welt zu werden.

## China denkt globalökonomisch

Die Volksrepublik China war seit der Amtszeit des Staatsgründers Mao Zedong bestrebt, mit ökonomischer „Entwicklungshilfe“ politischen Einfluss in jene Länder und Asien zu projizieren, die im Zuge der Entkolonialisierungsprozesse in den 1950er- und 1960er-Jahren von europäischen Ländern wie Belgien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich unabhängig geworden waren. Bereits im Jahr 1964 formulierte der damalige Außenminister der Volksrepublik China, Tschou En-lai, die „*Acht Prinzipien für die Hilfe Chinas an andere Länder*“ wie folgt:

- Die Volksrepublik China respektiert die Souveränität der Partnerländer.
- Darlehen gibt es in der Regel zinslos.
- An den Erhalt von Darlehen sind keine Bedingungen geknüpft.
- Die Volksrepublik zeigt sich großzügig bei Rückzahlungsschwierigkeiten.
- Das Empfängerland soll wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen.
- Bevorzugung von Entwicklungsprojekten, die im besten Fall bei einem Minimum an Investitionen möglichst rasche Ergebnisse versprechen.
- Eigene Erzeugnisse sollen nur in bester Qualität zu Weltmarktpreisen an das Entwicklungsland geliefert werden und gegebenenfalls auch umgetauscht werden.

- Jene in das Entwicklungsland entsandten Spezialisten beanspruchen nur jenen Lebensstandard, den auch die chinesischen Spezialisten haben.<sup>88</sup>

Mit derartigen wirtschaftlichen Konzepten konnte die Sowjetunion nicht mithalten. Moskau sah derartige Konzepte aus Peking als „psychologische Waffe“ der Volksrepublik an. Damals wollte die Sowjetunion vor allem Malta als „Stützpunkt im Mittelmeer“ verpflichten, China wusste dieses Unterfangen aus Moskau jedoch zu verhindern und zwar mit einem zinslosen Kredit im Umfang von damals umgerechnet 100 Millionen US-Dollar an den damaligen Ministerpräsidenten von Malta Dom Mintoff. Im Jahr 1970 hatte die von China vorgegebene Wirtschaftshilfe im Umfang von umgerechnet einer Milliarde US-Dollar jene der Sowjetunion und sämtlicher anderer Staaten des damaligen kommunistischen Bündnissystems, des von 1955 bis 1991 existierenden Warschauer Paktes, deutlich übertroffen. Die Sowjetunion spezialisierte sich dagegen ausschließlich auf Waffenhilfen im Ausmaß von einer Milliarde US-Dollar. 1970 erhielten 26 Länder in Afrika und Asien von China Kredite im Ausmaß von drei Milliarden US-Dollar, davon drei Prozent zu einem Zinssatz von zwei bis zweieinhalb Prozent, 89 Prozent hingegen zinslos. Die restlichen acht Prozent wurden als Schenkung vergeben. Hauptempfänger dieser „Unterstützungsmaßnahmen“ waren damals in Afrika die Staaten Tansania, Sambia, Kongo (Brazzaville), Mali, Guinea, Somalia und Mauretanien; in Asien die Länder Pakistan, Burma, Nepal und Ceylon; im arabischen Raum der Irak, Sudan, Algerien und beide Jemen. Äthiopien erhielt einen zinsfreien Kredit von 150 Millionen US-Dollar, 200 Millionen US-Dollar erhielten jeweils Tansania und Sambia für den Bau einer

---

<sup>88</sup> Franz Theodor Zölch, Wirtschaftshilfe – Chinas stärkste Waffe, in: Salzburger Nachrichten, 26.06.1972, S. 3.

1500 Kilometer langen Bahnlinie als zinsfreier Kredit bei fünf tilgungsfreien Jahren sowie einer Rückzahlungsfrist von 30 Jahren.<sup>89</sup>

China, so wurde vor allem seit der Amtszeit von Staatschef Deng Xiaoping und dessen Einleitung des umfassenden wirtschaftlichen Öffnungsprozesses 1978 betont, benötigt ein „*langanhaltendes und stabiles internationales friedliches Klima*“ für seine Entwicklung.<sup>90</sup> Dazu dienen nicht nur wirtschaftliche Partnerschaftsprogramme auf regionaler und globaler Ebene, sondern auch die Ausbreitung und Förderung der chinesischen Kultur im Ausland – mit Hunderten von Konfuzius-Instituten zur Kulturförderung (Kultur- und Sprachinstitute). Dort, wo China wirtschaftliche Interessen und Schwerpunkte definiert hat, so beispielsweise in Afrika, kommt auch die kulturpolitische „*Begleitung*“ zum Einsatz. Mit der Bedeutung Chinas als Wirtschafts- und Handelsmacht wächst auch die Bedeutung der chinesischen Sprache und Kultur.<sup>91</sup>

Chinas Staatspräsident Xi Jinping hatte am 29. November 2012 anlässlich des 18. Nationalkongresses der Kommunistischen Partei Chinas die große „*Erneuerung der chinesischen Nation*“ mittels „Friede und Entwicklung“ innerhalb des „*Chinesischen Traumes*“ verkündet (die sogenannte „nationale Erneuerung“ bzw. „*national rejuvenation*“<sup>92</sup>), der Kommunistischen Partei kommt bei dessen Verwirklichung die zentrale Rolle zu.<sup>93</sup> Dazu benötigt

---

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, Beijing, First Edition 2012, S. 125.

<sup>91</sup> Helmut L. Müller, China wirbt mit Konfuzius, in: Salzburger Nachrichten, 20.07.2017, S. 6.

<sup>92</sup> China Daily.com.cn, China's Military Strategy, May 2015, Preface, S. 1.

<sup>93</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 1.

China zumindest ein stabiles regionales Umfeld. Der „chinesische Sozialismus ist eine wesentliche Errungenschaft *aus der langjährigen Praxis der Partei und des Volkes.*“<sup>94</sup> Xi weiter:

*„Wir müssen ein tiefes Verständnis dafür entwickeln, dass die Partei stets der harte Führungskern beim Projekt des chinesischen Sozialismus bleiben muss. [...] Um das Land zu führen, muss man zunächst die Partei führen, und die Führung der Partei muss in strenger Weise erfolgen.“*<sup>95</sup>

Protektionismus „in allen Formen“ wird seitens Xi offiziell vehement abgelehnt, Wirtschaftsglobalisierung ist demnach von „*universellem Nutzen*“.<sup>96</sup> In diesem Kontext favorisiert China auch die Schaffung einer Freihandelszone für den Raum Asien-Pazifik (*Free Trade Area of the Asia-Pacific – FTAAP*).<sup>97</sup> Ebenso für die Entwicklung des Landes in Hinblick auf die außenpolitischen Beziehungen sind jene fünf Prinzipien der „*innovativen, koordinierten, grünen, offenen und teilhabenden Entwicklung*“ relevant, die während der fünften Vollversammlung des 18. Zentralkomitees des kommunistischen Partei Chinas im Jahr 2015 formuliert wurden:

---

<sup>94</sup> Xi Jinping, *China regieren*, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 7.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>96</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, *Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World*, in: Qiushi, *CPC Journal on China's Governance & Perspectives*, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 121.

<sup>97</sup> Ebenda.

- Innovation als „*der Motor für Entwicklung*“: Versorgung der Bevölkerung mit besseren Produkten und Dienstleistungen;
- Koordination im Sinne der „*nachhaltigen und gesunden Einwicklung*“: verstärkte wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ländlichen und westlichen Landesteile Chinas;
- „*Grünheit*“ (Umweltschutz) als die wesentliche Basis für beste Lebensgrundlagen für die Bevölkerung; in diesem Zusammenhang steht auch die Dekarbonisierung des Landes bis zum Jahr 2060, die durch den Ausbau der Kernenergie (eine Verdreifachung) und Flüssiggas erreicht werden soll;<sup>98</sup>
- Öffnung: relevant für die Prosperität und die Entwicklung der chinesischen Bevölkerung und jener der Partnerländer;
- Teilhabe: wesentlich für den „*Sozialismus mit chinesischen Charakteristika*“; die Bevölkerung soll an allen Errungenschaften der Reform und der Entwicklung teilhaben und profitieren.<sup>99</sup>

---

<sup>98</sup> Indien plant die Dekarbonisierung des Landes bis zum Jahr 2070. Aus: Salzburger Nachrichten, China wiegt Europa für Gazprom nicht auf, in: Salzburger Nachrichten, 14.05.2024, S. 11.

<sup>99</sup> Liu Qibao, Theoretical Characteristics of China's New Development Principles, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 31, April-June 2017, Vol 9 No 2, S. 30-37, S. 30ff.

Bis 2035 soll aus der Volksrepublik China ein „modernes sozialistisches Land“ entstehen.<sup>100</sup> Globale Hegemonie soll diese Zielsetzung laut offiziellen Angaben der Kommunistischen Partei China nicht beinhalten: „The Chinese Dream is a dream about national dignity, not about empire-building. [...] It is a dream of peace, development and win-win cooperation”.<sup>101</sup> Es geht dabei auch um die Realisierung von „Zwillingszielen“: „reclaiming national pride and achieving personal well-being”.<sup>102</sup> Jedoch lässt die Volksrepublik China unter der Führung von Xi Jinping „keine Zweifel an ihrem Willen aufkommen, eine der prägenden Gestaltungsmächte des Internationalen Systems im 21. Jahrhundert zu werden.”<sup>103</sup> Gerade der Ausbau hegemonialer Ansprüche wird China seitens seiner Nachbarstaaten, wie zum Beispiel von Japan vorgeworfen: „China is at last revealing its ambition of gaining hegemony via the sea.”<sup>104</sup> Aus diesem Grund sei es für Japan wichtig, China mittels der „drei Pfeile“ einer umfassenden Verteidigung, einer Vertiefung der Bündnisse und regionaler Koalitionen abzuschrecken und einzudämmen: „China moved forward explosively in strengthening and modernizing its military capabilities with the primary emphasis on bolstering its

---

<sup>100</sup> Li Xiaosi, Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 17.

<sup>101</sup> Ebenda, S. IV und VII.

<sup>102</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 45.

<sup>103</sup> Sven Bernhard Gareis, Neuer Traum von alter Größe: Chinas Außenpolitik unter Xi Jinping, in: Michael Staack und David Groten (Hrsg.), China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, S. 11-27, S. 11.

<sup>104</sup> Hideaki Kaneda, The Xi Jinping Administration's Quest for Maritime Hegemony, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No 231, Tokyo, 13 July 2016, S. 1.

*naval power around the Anti-Access Area Denial (A2/AD) concept*”.<sup>105</sup> Japan erkennt in diesem Zusammenhang die Bedrohung der freien Schifffahrt in den Räumen des Ost- und des Südchinesischen Meeres.

Wirtschaftlich setzt die Volksrepublik China weiterhin auf eine zum Teil extensive Marktöffnung im Rahmen einer „multipolaren Ordnung“ als „a confident, self-reliant, open and inclusive major country, one that had created the world’s largest platform for international cooperation and led the way in reforming the international system.”<sup>106</sup> Auf der Grundlage des Plans „Made in China 2025“ hoffte China zunächst, in wesentlichen Technologien bis zum Jahr 2025 eigenständig werden zu können, dazu zählen Schlüsselindustrien im Technologiebereich wie etwa der Flugzeugbau, der Bau von Hochgeschwindigkeitszügen, Computerchips und Robotern.<sup>107</sup> Die „Made in China 2025“-Strategie definierte zehn High-Tech-Sektoren, in den China bis 2025 global führend werden möchte:

- Luft- und Raumfahrtausrüstung;
- Elektromobilität;
- Energieausrüstung;
- Neue Informationstechnologie;

---

<sup>105</sup> Ebenda, S. 2

<sup>106</sup> So Xi Jinping während, Rede bei der Central Conference on Work Relating to Foreign Affairs, Dezember 2023, Pressemitteilung der Regierung der Volksrepublik China, zitiert in: Elizabeth Economy, *China’s Alternative Order. And What America Should Learn From It*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2024, S. 8-24, hier S. 8.

<sup>107</sup> Keith Bradsher, *Chinese Efforts in the Solar Energy Industry Ripple Around the Globe*, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 5, 2017, S. 5.

- Eisenbahn- und Meerestechnologien etc.<sup>108</sup>

Am 5. November 2019 kündigte Staatschef Xi Jinping weitere Maßnahmen „zur Vertiefung der Reform“ und „Ausweitung der Öffnung“ an, aus seiner Sicht „im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen offenen Weltwirtschaftssystems“ und als Zeichen an die internationale Gemeinschaft, „dass China seine Reform und Öffnung gemäß seinem eigenen Zeitplan und seinen eigenen Vorstellungen vorantreibt. Dies beinhaltet auch die unerschütterliche Entschlossenheit, die Win-Win-Kooperation weiter voranzutreiben.“<sup>109</sup> Demnach soll die „Welt [...] an den Chancen des chinesischen Marktes, den Investitions- und Wachstumsmöglichkeiten teilhaben“.<sup>110</sup> Die Kommunistische Partei ist deshalb bestrebt, mit fünf folgenden Maßnahmen eine Öffnung des chinesischen Marktes zu bewirken: Ausbau der Marktöffnung; Verbesserung der Öffnungsstrukturen; Optimierung des Geschäftsumfeldes; Vertiefung der bi- und multilateralen Kooperationen; Förderung der „Seidenstraßen-Initiative“ („One Belt, One Road“ oder „Belt and Road Initiative“).<sup>111</sup> Folgende konkrete Maßnahmen will die chinesische Führung in diesem Kontext umsetzen: weitere Öffnung des Finanzsektors; Vergrößerung der Freihandelspilotzonen; Förderung der Ausbaus der „Belt

---

<sup>108</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 5.

<sup>109</sup> China Rundschau, China stärkt Öffnung und Zusammenarbeit, in: China Rundschau, Nr. 059, Dezember 2019, S. 1.

<sup>110</sup> Ebenda.

<sup>111</sup> Ebenda.

*and Road Initiative*“; Verbesserung des Rechtssystems zum Schutz des geistigen Eigentums; Umsetzung des 2019 beschlossenen Gesetzes über Auslandsinvestitionen.<sup>112</sup>

## Das Projekt „Neue Seidenstraße“

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte als seine Vision – abgeleitet vom Slogan der Olympischen Spiele von 2008 in Peking „*One Land, One Dream*“ – den „chinesischen Traum“ konkretisiert mit dem Ziel der „Wiederherstellung der Nation“. Dazu gehört auch der Aufbau einer „Neuen Seidenstraße“, die vor allem als die wirtschaftspolitische national-globale Gesamtstrategie zu verstehen ist.<sup>113</sup> Als „*Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel*“<sup>114</sup> und „*maritime Seidenstraße*“<sup>115</sup> rief Xi Jinping das Projekt im September 2013 während seines Staatsbesuches in Astana ins Leben. Es werde „4,4 Milliarden

---

<sup>112</sup> Ebenda.

<sup>113</sup> Irene Giner-Reichl (damalige Botschafterin Österreichs in China) in ihrem Vortrag „Aktuelle Betrachtungen zu China – Liegt Österreich auch an den neuen Seidenstraßen?“, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Wien, 11. März 2015.

<sup>114</sup> Der deutsche Geograf Ferdinand von Richthofen (1833-1905) prägte den Begriff „*Seidenstraße*“ 1877, er berichtete in wissenschaftlicher Präzision über die „centralasiatische[n] Seidenstraße[n]“. Aus: Günther Haller, Der lange Weg der Seidenkarawanen, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 46 und 47, hier S. 46.

<sup>115</sup> In den Jahren 1405 bis 1433 war Chinas Admiral Zheng He während der Ming-Dynastie mit bis zu 300 Schiffen und 28.000 Mann sieben Mal um die halbe Erde unterwegs, auf der „Seidenstraße des Meeres“ – von Nanjing bis in den Golf von Oman, vielleicht sogar bis nach Kenia. So kamen die 100.000 Li – 50.000 Kilometer – zusammen. Die Hauptschiffe waren 120 Meter lang, die Santa Maria des Columbus brachte es auf 23,6 Meter. Aus: Jürgen Langenbach, China sucht alte Pracht, in: Die Presse, 14.05.2014, S. 24.

Menschen oder 63 Prozent der Weltbevölkerung direkte Vorteile bringen“,<sup>116</sup> hieß es in dem etwa 9000 Worte langen Aktionsplan.<sup>117</sup> Diese ursprünglich als „*One Belt, One Road*“ (OBOR)<sup>118</sup> bezeichnete oder auch wenige Jahre danach offiziell umbenannte „*Belt and Road Initiative*“ (BRI) gliedert sich in einen „*Silk Road Economic Belt*“ und in die „21st Century Maritime Silk Road“. Folglich stellt diese Initiative mehr als nur „*One Belt, One Road*“ (OBOR) dar, sondern soll auf globaler Ebene grundsätzlich mehrere Infrastruktur- und Handelserschließungsprojekte umfassen, inkludiert jedoch auch „politische Komponenten und Implikationen“<sup>119</sup> und soll aus chinesischer Sicht die „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“<sup>120</sup> unterstreichen. Für China ging es ursprünglich bei dieser „Seidenstraßeninitiative“ vor allem um die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des Landes sowie um den

---

<sup>116</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 4.

<sup>117</sup> Marlies Kastenhofer, Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 18 und 19, hier S. 18.

<sup>118</sup> Guoxue Li, China pulls itself to the top, in: China Daily European Weekly, April 3-9, 2015, S. 11.

<sup>119</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 41.

<sup>120</sup> Xi Jinping, President Xi Jinping’s Congratulatory Letter To The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum Supplement 1/2018, Volume 130 (International Strategic Studies), Beijing 2018, S. 1.

Ausbau der wirtschaftlichen sowie kulturellen Beziehungen zu den 14 Nachbarstaaten der Volksrepublik.<sup>121</sup> Laut Xi Jinping sollte OBOR auf fünf Pfeilern basieren:

- „*Improved communication of national policies*“
- „*Improved transport connectivity*“
- „*Improval trade facilitation*“
- „*Improved currency convertibility*“
- „*Improved people-to-people exchanges*“.<sup>122</sup>

Im März 2015 veröffentlichte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) gemeinsam mit einigen relevanten Ministerien der Volksrepublik China das Schlüsseldokument „*Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st Century Maritime Silk Road*“.<sup>123</sup> In diesem Dokument wurde auch erstmals hervorgehoben, dass es keine regionale Einschränkung dieser damals neuen Initiative geben sollte.<sup>124</sup> Gerade deshalb existieren von chinesischer Seite kaum Pläne oder Karten „über den Verlauf der Seidenstraße“.<sup>125</sup> Derartige Karten entstammen in den meisten Fällen von Think Tanks aus den USA oder aus Europa. BRI bildet aus chinesischer Sicht keine Strategie, daher die Betonung auf „*Initiative*“.<sup>126</sup> Aus Sicht des ehemaligen Präsidenten der europäischen Wirtschaftskammer *Eurochambres*,

---

<sup>121</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 3.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>123</sup> Ebenda.

<sup>124</sup> Ebenda.

<sup>125</sup> Ebenda.

<sup>126</sup> Ebenda.

Christoph Leitl, ist die BRI jedoch eine „*wobldurchdachte und hochprofessionelle Strategie.*“<sup>127</sup> „*Belt and Road Initiative*“ klingt demnach zwar „*sehr freundlich*“ und „*sympathisch*“, „*ist aber die größte Herausforderung, der sich die Europäer gegenüberstellen, ohne die Konsequenzen daraus auch nur einigermaßen abschätzen zu können. Diese harmlos als Seidenstraße bezeichnete Strategie umfasst ein Netzwerk über Asien, Afrika, Russland, und Osteuropa, Lateinamerika und Australien.*“<sup>128</sup> Aus chinesischer Sicht gilt deshalb:

*„One Belt and One Road runs through the whole of Eurasia. It borders on the Asia-Pacific Economic Circle on the East, and enters the European Economic Circle on the West. China’s pivotal role helps it gain geographic advantages, this becoming an important platform for foreign investment. The development and construction of One Belt and One Road creates a large market. Abundant natural resources can boost insufficient capital, human resources and under-developed infrastructure in countries along it. Investment in transportation, finance, energy, telecommunications, agriculture and tourism in these countries has great potential.“*<sup>129</sup>

---

<sup>127</sup> Christoph Leitl, *China am Ziel! Europa am Ende?*, Ecowin Verlag bei Benevento Publishing Salzburg-München, Wals bei Salzburg 2020, S. 44.

<sup>128</sup> Ebenda.

<sup>129</sup> Guoxue Li, *China pulls itself to the top*, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 11.

Für Eurasien lässt sich aus chinesischer Sicht deshalb ableiten:

*„A series of cooperation proposals have also been put into practice, including the China-Central Asia-West Asia Economic Corridor and the Bangladesh-China-India-Burma Economic Corridor. In the future, China will reach a set of agreements with countries along the Silk Road in terms of transport infrastructure, trade and investment, energy cooperation, regional integration and Renminbi internationalization. In addition, China will also reduce the costs and barriers of investment within the region, which will appeal to foreign investors.”<sup>130</sup>*

Gemäß der seitens der Kommunistischen Partei Chinas beschlossenen „*Vision and Actions on jointly building the Belt and Road*“ sollen die sich an der „*neuen Seidenstraße*“ beteiligenden Länder sechs Ziele anpeilen:

- Politische Koordination;
- Bildung umfassender Netzwerke – politisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch; wissenschaftlich;
- Freier, ungehinderter Handel;
- Finanzintegration und Ausbau der währungspolitischen Zusammenarbeit;
- Ausbau der gegenseitigen Entwicklungskooperationen auf persönlicher Netzwerkebene.<sup>131</sup>

---

<sup>130</sup> Ebenda.

<sup>131</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart.

- Seit dem Jahr 2019 auch die Industriekooperation - gemäß dem *Office of the leading Group for Promoting the Belt and Road Initiative*.<sup>132</sup>

Weiters initiierte die chinesische Führung die Gründung multilateraler Banken wie die AIIB, die Verankerung der BRI im UN-Kontext sowie die erste BRI-Konferenz im Mai 2017 in Peking, bei der ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht wurde.<sup>133</sup> Die „*neue Seidenstraße*“, die auf einer „*grünen, gesunden, intelligenten und friedvollen*“ Grundlage (Umwelt-, Medizin-, Cyber-, Finanz-, Energie und Transportnetzwerkkooperationen) ausgebaut werden soll, gilt somit als das Prestigeprojekt von Xi Jinping, als wichtigstes Projekt der chinesischen Außenpolitik und in der Folge als „*chinesische Interpretation der Globalisierung*“. <sup>134</sup> Dieses Projekt versteht sich aus Sicht des Präsidenten Xi Jinping als „*Chinas Beitrag für den Weltfrieden und für gemeinsame Entwicklung*“ und interpretiert sich mit dem Hauptziel eines gemeinsamem Nutzens als „*Weg, um potenzielle Konflikte zu entschärfen, mittels friedlicher wirtschaftlicher Entwicklung, kultureller Verständigung und Kooperation im Bereich Sicherheit*“. <sup>135</sup> Es stellt

---

Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 48.

<sup>132</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 2.

<sup>133</sup> Ebenda.

<sup>134</sup> So Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bei seinem Vortrag zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

<sup>135</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 41.

eine komplett neuartige und mittlerweile fast weltumspannende Partnerschaft globaler Beziehungen dar. Es geht bei diesem Projekt auch und vor allem um die stärkere ökonomische Einbindung Westchinas und Zentralasiens sowie Westeuropas (Stichwort: Bahnanschlüsse bis Duisburg, Rotterdam, London und Madrid) in die chinesische Wirtschaftspolitik und folglich auch um die Erschließung neuer Märkte für China und in diesem Zusammenhang um den Abbau chinesischer Überkapazitäten.<sup>136</sup>

Ursprünglich setzt sich dieses „*Seidenstraßenprojekt*“ aus insgesamt sechs Korridoren zusammen, der Wirtschaftsgürtel im Norden sollte dabei aus folgenden, insgesamt vier, Wirtschaftskorridoren auf dem Festland bestehen:

- China-Mongolei-Russland-Korridor (Peking-Irkutsk),
- Bangladesch-China-Indien-Burma-Korridor (Kunming-Kalkutta),
- China-Hinterindische Halbinsel-Korridor (Kunming-Singapur),
- China-Pakistan-Korridor (Kashgar-Gwadar).<sup>137</sup>

Im Süden sollten Chinas Seehäfen die Tore zu zwei Korridoren auf dem Seeweg öffnen: über den Indischen Ozean und den Persischen Golf nach Europa sowie vom Südchinesischen Meer in den Südpazifik.<sup>138</sup> Eine weitere

---

<sup>136</sup> So Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bei seinem Vortrag zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

<sup>137</sup> Marlies Kastenhofer, Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 18 und 19, hier S. 18.

<sup>138</sup> Ebenda.

Notwendigkeit sieht China ebenso im Ausbau einer „*Cyber-Seidenstraße*“<sup>139</sup> sowie auch in einer „*digitalen Seidenstraße*“ und gemeinsam mit Russland in einer „*polaren Seidenstraße*“ oder „*Ice Silk Road*“,<sup>140</sup> die Chinas Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Nordmeer und der Arktis verbindet.<sup>141</sup> Die Kommunistische Partei Chinas bezeichnet die Volksrepublik bereits als „*nah-arktische Macht*“,<sup>142</sup> zudem soll China generell laut Präsident Xi Jinping eine „*polare Großmacht*“ werden.<sup>143</sup> Im „*Action Plan for Harmonization of Standards Along the Belt and Road (2018-2020)*“<sup>144</sup> wurden internationale Standards für 13 Industriesektoren festgelegt.<sup>144</sup>

Die Initiative „*Internet Plus*“ im Rahmen der BRI ist mit der „*Digital Silk Road*“ verbunden, in dem Informationstechnologienetzwerke und regionaler E-Commerce mit Alibaba, Huawei, China mobile und ZTE als Spitzenreiter aufgebaut werden.<sup>145</sup> Es geht jedoch nicht nur um den Export von High-

---

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Während ihres Treffens in Moskau kamen Chinas Staatschef Xi Jinping und Russlands Premier Dmitri Medwedew im Juli 2017 überein, eine „*Ice Silk Road*“ zu erschließen. Aus: Bruno Maçães, *The Dawn of Eurasia. On the Trail of the New World Order*, Penguin Books, London 2019, S. 62.

<sup>141</sup> Asei Ito, *China´s Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“*, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018, S. 2.

<sup>142</sup> Daniel Kestenholz, *Erst der Mond, dann der Nord- und Südpol*, in: *Salzburger Nachrichten*, 05.01.2019, S. 4.

<sup>143</sup> *The Economist*, *Exploring the Antarctic. Heading South*, in: *The Economist*, November 30th, 2019, S. 51.

<sup>144</sup> Asei Ito, *China´s Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“*, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018, S. 2.

<sup>145</sup> Andreas Breinbauer, *Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa*, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 5.

Tech-Produkten, sondern um den Export von chinesischen Standards: Denn nur jene Firmen, die Standards setzen können, sind auch „*Global Player*“. Firmen wie ZTE oder Huawei haben diese im Bereich 5G gesetzt, Lenovo hält weltweit den höchsten Anteil an Supercomputern und im Bereich Künstliche Intelligenz, Next Generation IT, Quantentechnologie und Blockchain ist China gerade dabei, die USA zu überholen.<sup>146</sup> Bei der Künstlichen Intelligenz lag Europa Ende der 2010er Jahre drei Jahre hinter den USA und China.<sup>147</sup> Absoluter Vorreiter war zu dieser Zeit China bereits im Bereich Mobile Shopping und Mobile Payment. China ist somit „*die erste und bisher einzige ‚Mobile First‘ Gesellschaft der Welt*“. Immer mehr chinesische Firmen werden zu „*Global Player*“: 2013 befanden sich 23 chinesische Unternehmen unter den 500 größten Unternehmen der Welt, 2019 waren es schon 120 – nur mehr um vier weniger als aus den USA.<sup>148</sup>

Das Geld für diese von chinesischen Regierungsvertretern als Flaggschiff für das „*Seidenstraßenprojekt*“ genannten Investitionen kommt in erster Linie über den Staat von folgenden Banken: *China Development Bank* (CDB), die Export-Import-Bank of China (EXIM) sowie auch der *Agricultural Development Bank of China* (ADBC). Weiteres Geld kommt von einem Anfang 2015 geschaffenen, mit ursprünglich 40 Milliarden US-Dollar dotierten *Seidenstraßenfonds* der Regierung.<sup>149</sup> Sowohl der *Seidenstraßenfonds*, der vor allem in zentralasiatischen

---

<sup>146</sup> Ebenda.

<sup>147</sup> Christoph Leitl, *China am Ziel! Europa am Ende?*, Ecowin Verlag bei Benevento Publishing Salzburg-München, Wals bei Salzburg 2020, S. 43.

<sup>148</sup> Andreas Breinbauer, *Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa*, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 5.

<sup>149</sup> Lianjia Gao, *Belt and Road Initiative: a recipe for common development*, in: Gerd Kaminiski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, *Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung* Nr. 71, Wien 2016, S. 49-56, hier S. 54.

Ländern den Straßen- und Schienenbau ermöglicht, als auch die AIIB verstehen sich dabei nicht als „Hilfsagenturen“, sondern arbeiten marktwirtschaftlich, Gewinne werden im Sinne des „Shareholders“ erwartet.<sup>150</sup>

Der *Seidenstraßenfonds* soll auch Gründungen von Unternehmen vereinfachen, sofern sie Joint Ventures mit chinesischen Firmen eingehen.<sup>151</sup> Chinas Staatspräsident Xi Jinping betonte am 14. Mai 2017 anlässlich des ersten „*Seidenstraßengipfels*“ in Peking, diese Initiative „steht für alle offen“, auch für Regionen, die nicht unmittelbar an der historischen Route lägen.<sup>152</sup> Es handelt sich dabei um ein „*Jahrhundertprojekt*“. Xi plädierte, „*historisch gewachsene und diplomatische Rivalitäten zu überwinden und den Weg für den neuen Freihandel zu eröffnen.*“<sup>153</sup>

Die weiteren Reform- und Öffnungsmaßnahmen im Rahmen der BRI umfassen, so Staatschef Xi Jinping am 26. April 2019:

- Verbesserter Zugang zum Kapitalmarkt; weitere Öffnung des Handels für ausländische Unternehmen, die Dienstleistungsbranche, das verarbeitende Gewerbe und die Landwirtschaft werden für ausländische Investoren geöffnet.
- Stärkung der internationalen Zusammenarbeit beim Schutz des geistigen Eigentums: „*China wird die Strafverfolgung und den Schutz der legitimen Rechte und Interessen ausländischer Unternehmen*

---

<sup>150</sup> Ebenda.

<sup>151</sup> Felix Lee, Chinas Billionen-Dollar-Projekt, in: Die Presse, 13.05.2017, S. 19.

<sup>152</sup> Die Presse, Schwieriger Start für Seidenstraße, in: Die Presse, 15.05.2017, S. 5.

<sup>153</sup> Ebenda.

*an geistigem Eigentum stärken, erzwungene Technologietransfers unterbinden, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen verbessern und strikt gegen Gesetzesverstöße gegen geistige Eigentumsrechte vorgehen.“*

- Erhöhung der Importe von Waren und Dienstleistungen „in großem Umfang“. So plant China, Zölle weiter zu senken.
- Verstärkte Koordination der internationalen makroökonomischen Politik mit dem Ziel der Schaffung eines ausgewogeneren und integrativen Wachstums der Weltwirtschaft. China plant keine Abwertung der Währung.
- Fortsetzung der Öffnungspolitik im Sinne eines wirtschaftlichen Multilateralismus – Ausbau von multi- und bilateralen Wirtschafts- und Handelsabkommen<sup>154</sup> sowie auch regionaler Organisationen zu diesem Zwecke, wie die Shanghai Cooperation Organization (SCO): “[...], *we need to uphold multilateralism. We should expand SCO’s exchanges with other international and regional organizations such as the UN, [...] improve global governance [...]*“<sup>155</sup>

---

<sup>154</sup> China Rundschau, Belt and Road Forum für internationale Kooperation fördert weitere Öffnung Chinas in: China Rundschau, Nr. 052, Juni 2019, S. 1.

<sup>155</sup> Embassy of the People’s Republic of China (Vienna), Ride on the Trend of the Times and Enhance Solidarity and Cooperation to Embrace a Better Future Statement by H.E. Xi Jinping, President of the People’s Republic of China At the 22<sup>nd</sup> Meeting of the Council of Heads of State of The Shanghai Cooperation Organization, Samarkand, 16 September 2022, China Message, no 2022-18, September 2022, S. 5.

Erstmals wurde an diesem Gipfel (sowohl bei der Eröffnungsrede als auch im Abschlussdokument) indirekt auf die zunehmende Kritik an der BRI eingegangen und zumindest in einigen Bereichen (Nach-) Besserung versprochen:

- Projekte sollen multilateraler und transparenter auf- und umgesetzt werden;
- Korruption soll keinen Platz haben und das geistige Eigentumsrecht (stärker) geschützt werden;
- Der chinesische Markt soll noch weiter geöffnet und die sogenannte „Negativliste“ (also jene Bereiche, die für ausländische Investoren tabu waren) reduziert werden.
- Es soll keine Abwertung der chinesischen Währung geben, die China Wettbewerbsvorteile verschafft.<sup>156</sup>

Während des Vorbereitungsprozesses für das BRI-Forum im Jahr 2019 „erzielten die Teilnehmer 283 pragmatische Ergebnisse“ und unterzeichneten Projektkooperationsvereinbarungen mit einem Gesamtwert von mehr als 64

---

<sup>156</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 8.

Milliarden US-Dollar.<sup>157</sup> Die BRI lässt sich somit als weltumspannendes Konnektivitätsprojekt interpretieren, es erweist sich als

- thematisch offen;
- zeitlich nicht limitiert;
- regional uneingeschränkt;
- „*Work in progress*“; und ist
- „*finanziell, politisch und diplomatisch begleitet*“.<sup>158</sup>

Um die Bedeutung der eigenen Währung im internationalen Goldhandel aufzuwerten, hat China im Rahmen der BRI einen 16-Milliarden-US-Dollar-Fonds aufgelegt, der den Goldhandel zwischen den teilnehmenden Nationen stärken soll. Den daran teilnehmenden Ländern soll dadurch die Möglichkeit gegeben werden, mit China einerseits auf finanzpolitischer Ebene verbunden zu werden und andererseits auch Gold gegen Yuan zu tauschen.<sup>159</sup> China ist sehr Gold-affin, es fördert mehr Gold als irgendein anderes Land. In Shanghai hatte China am 19. April 2016 noch ein eigenes Gold-Yuan-Fixing etabliert.<sup>160</sup> Ziel bleibt der Aufbau einer „grünen, gesunden, intelligenten und friedvollen Seidenstraße“, betonte Xi.<sup>161</sup> Der Deal bei der Realisierung der

---

<sup>157</sup> Zhang Xiaobai, Der chinesische Weg zum Frieden, in: China Rundschau, Nr. 053, Juli 2019, S. 2.

<sup>158</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 3.

<sup>159</sup> Nikolaus Jilch, Bis es heißt: „Das macht dann 300 Yuan, bitte“, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 19.

<sup>160</sup> Ebenda.

<sup>161</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on

„neuen Seidenstraße“ lautet: „Geld und Entwicklung gegen geostrategisch-günstige Lage.“<sup>162</sup> Obwohl Staatchef Xi Jinping bekräftigte, dass die „Seidenstraßeninitiative“ keine geopolitische Allianz darstelle und es sich dabei um einen offenen Prozess handelt und keinen „China-Club“, schließt diese Initiative militärische Kooperationen nicht aus. In und unter diesem Rahmen plant China auch den Ausbau militärischer Kooperationen mit den Inselstaaten der Karibik und des Pazifiks – in den Bereichen Terrorbekämpfung, Friedenserhaltung und Katastrophenschutz.<sup>163</sup>

Mit der „neuen Seidenstraße“ sollen nach Ansicht der chinesischen Führung alle Straßen nach Peking führen, dieses Projekt bildet den Kernpunkt des „chinesischen Traumes“, es zielt darauf, das 19. Jahrhundert der „nationalen Demütigung“ bzw. das „Jahrhundert der Schande“ mit einem derartig gigantischen Projekt endgültig zu überwinden.<sup>164</sup> Inspiriert durch die alten Karawanenstraßen soll die „Neue Seidenstraße“ – das derzeit wichtigste geopolitische Projekt Chinas – alles bisher verkehrstechnisch und -logistisch Erschlossene – in den Schatten stellen. Die „Neue Seidenstraße“ umfasst den Großteil der Landmasse und der Meere auf der Erde: auf dem Land bildet BRI Transportrouten und -infrastruktur sowie Industriekorridore quer durch Zentralasien in den Mittleren Osten und nach Europa, auf dem Seeweg schließt die „maritime Seidenstraße“ den Bau neuer Häfen und Handelsrouten quer über das Südchinesische Meer bis zum Südpazifik sowie über den Indischen Ozean bis ins Mittelmeer mit ein.<sup>165</sup> Dieses globale Infrastrukturprojekt, das auch den

---

China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 123.

<sup>162</sup> Marlies Kastenhofer, Chinas asiatische Achse gegen Indien, in: Die Presse, 19.08.2016, S. 6.

<sup>163</sup> Richard D. Fisher, CCP Hegemony Building and the United States Response, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S. 62-88, hier S. 73f.

<sup>164</sup> Tom Miller, China's new Silk Road weaves its web, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 18.

<sup>165</sup> Ebenda.

eurasischen Kontinent mit Asien und Afrika und Räume wie den westlichen Balkan und den Mittelmeerraum zwischen Nordafrika und Europa – also zwischen Istanbul und Tangier bzw. zwischen Haifa und Valencia – verstärkt verbinden soll (durch verstärkte Hafenbeteiligungen und Übernahmen wie im Fall Piräus und den Ausbau der verkehrstechnischen Infrastruktur Richtung Hamburg und Kopenhagen),<sup>166</sup> war seitens der EU aufgrund fehlender Umweltstandards, Intransparenz und hohen Zinsen in die Kritik:<sup>167</sup> So meinte bereits im Jahr 2018 der Militäranalytiker Friedrich Korkisch:

*„Das Problem Chinas ist für Europa ein geopolitisch-ökonomisches: China betreibt ganz offiziell eine Infiltration Europas, hat sich längst in Griechenland, Deutschland, den Niederlanden, in Grönland (territoriale Aufkäufe) und Island (detto) festgesetzt, hat gezielt Unternehmen und Dienstleister aufgekauft, wie etwa Stromerzeuger, Hafenanlagen, Banken, Versicherungen, Hi-Tech-Unternehmen, hat in Bahnlinien und Autobahnen investiert, weil europäische Regierungen meinen, nur mit Chinas Investitionen die europäischen Verluste im globalen Marktgeschehen kompensieren zu können und dabei China bereitwillig eingeräumt, die Zukunft Europas politisch und ökonomisch mitzubestimmen.“<sup>168</sup>*

---

<sup>166</sup> Vgl. dazu: Gunther Hauser: Chinese Geo-Economics and Strategic Interests in the Broader Mediterranean Region, in: Proceedings, No XXI, Estonian Academy of Security Sciences / Sisekaitseakadeemia, Tallinn 2022, pp. 63-98.

<sup>167</sup> Marlies Eder, Rückversicherung gegen Trump: Europa richtet sich nach Asien aus, in: Die Presse, 17.12.2019, S. 3.

<sup>168</sup> Friedrich W. Korkisch, Die amerikanisch-europäischen Beziehungen, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung. Vierteljahresschrift des Universitätszentrums für Friedensforschung (UZF), Nr. 173, September /3/2018, S. 39.

China soll zu neuer wirtschaftlicher Stärke heranwachsen – davon sollen nach chinesischer Sicht „*alle profitieren*“. Vor allem geht es darum, China wirtschaftspolitisch – und somit innenpolitisch – zu festigen und außenpolitisch auf regionaler und globaler Ebene zu stärken: „*to realise the great rejuvenation of the Chinese people*“ oder frei nach US-Präsident Donald Trump: „*to make China great again*“.<sup>169</sup> Auf keinen Fall soll die „*neue Seidenstraße*“ bestehende internationale oder regionale Kooperationen ersetzen, wie die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), die *Eurasische Wirtschaftsunion*,<sup>170</sup> die ASEAN, die China-ASEAN-Freihandelszone oder das *Central Asian Regional Economic Cooperation Program*.<sup>171</sup> Auf operationeller Ebene soll die Zusammenarbeit und Kooperation mit multinationalen und lokalen Think Tanks, Medienorganisationen

---

<sup>169</sup> Tom Miller, China´s new Silk Road weaves its web, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 18.

<sup>170</sup> Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) wurde mit dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsunion vom 29. Mai 2014 gegründet (Rechtswirksamkeit: 1. Januar 2015). Der Name erinnert sehr stark an die Europäische Union. Die führenden Leitungsorgane sind der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat, der Eurasische Regierungsrat und die Eurasische Wirtschaftskommission, das einzige ständige Regulierungsorgan der Wirtschaftsunion. Die Beschlüsse der Kommission müssen auf den Territorien der Teilnehmerstaaten verpflichtend umgesetzt werden. Wie in der EU existiert in der Eurasischen Wirtschaftsunion ein gemeinsamer Binnenmarkt mit Zollunion, seit 2015 aus den Staaten Russland, Belarus, Kasachstan und Armenien. Ähnlich wie die EU aus der EG hervorging, ging die Eurasische Wirtschaftsunion aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft hervor, die bestand zuvor seit dem Jahr 2000: „*Eine gemeinsame Währung ist durch den Absturz des Rubels und die zunehmende außenpolitische und wirtschaftliche Isolation Russlands in weite Ferne gerückt. 2013 hatte Russland noch von einer Rubel-Zone geträumt.*“ Putins Ziel war es, diese Wirtschaftsunion auf alle ehemaligen Sowjetrepubliken auszuweiten – ausgenommen auf die baltischen Staaten. Aus: Simone Schütt, Eurasischer Start. Seit dem 1. Januar gibt es das riesige östliche Gegenstück zur EU, 16. Januar 2015, Moskauer Deutsche Zeitung, <http://www.mdz-moskau-eu/eurasische-wirtschaftsunion/> [25.06.2015] und: Arman Kirakossjan, Ermek Ibrahimow, Walerij Woronezkij, Sergej Netschajew, Kairat Serybay, Vom Atlantik zum Pazifik: Zukunftsmarkt Eurasien, Gastkommentar, in: Die Presse, 14.07.2015, S. 26 und 27.

<sup>171</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart.

und Zivilgesellschaften sowie Nichtregierungsorganisationen (*Non-governmental organizations* – NGOs) verstärkt werden, diese sind „*crucial for the smooth implementation of the BRI.*“<sup>172</sup>

Länder wie Indien und Vietnam, die mit China in der Geschichte auch viel Feindschaft verbunden haben, sorgen sich um die „zunehmenden chinesischen Tentakeln“ in ihrem jeweiligen Umfeld. Indien hat den Bau des chinesischen Hafens Gwadar in Pakistan heftigst kritisiert – „als Plattform des militärischen Expansionismus“, als „eine Perlenkette“ rund um die „Mutter Indien“.<sup>173</sup> Zudem kritisiert Indien das Projekt des Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridors innerhalb des „Seidenstraßenprojekts“, der auch Projekte in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kaschmir miteinschließt.<sup>174</sup> Der militärische Zwischenfall im Juli 2017 zwischen China und Indien nahe des Hühnernackens (Bhutan) verdeutlichte zudem die Anspannungen zwischen China und Indien bzw. den „strategischen Wettlauf“ der beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt. In Sri Lanka sicherte sich China 2017 für 99 Jahre die Miete des von chinesischen Firmen erbauten Seehafens Hambantota, nachdem Sri Lanka erklärt hat, seine diesbezüglichen Kredite nicht mehr bedienen zu können.<sup>175</sup> Nach den Wahlen in Malaysia 2018 kündigte die damals neue Regierung unter Mahatir bin Mohammed an, „Seidenstraßenprojekte“ in ihrem Land einer Überprüfung zu unterziehen, im Besonderen ein Eisenbahnprojekt, mit dem die

---

Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 46.

<sup>172</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>173</sup> Ebenda.

<sup>174</sup> National Institute for Defense Studies, NIDS China Security Report 2019. China´s Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019, S. 54.

<sup>175</sup> Jane Perlez, China tries to loosen its Belt and Roadplan, in: The New York Times International Edition, April 27-28, 2019, S. 1 und 7, hier S. 7.

Schuldenlast des Landes drastisch wachsen könnte.<sup>176</sup> Zudem beschäftigen zahlreiche Beteiligungen von chinesischen Unternehmen an Seehäfen bzw. deren Anmietung wie in Sri Lanka, zum Teil in der EU sowie mittlerweile auch in Israel westliche Sicherheitspolitiker in Hinblick auf deren spätere Nutzbarkeit. Werden diese Häfen in Zukunft tatsächlich nur von zivilen Schiffen genutzt? Weltweite chinesische Beteiligungen an Seehäfen könnten die Stärkung Chinas als Seemacht – sowohl kommerziell als auch militärisch – untermauern und somit auch den politischen Einfluss Chinas auf die jeweiligen Staaten vergrößern. Machtprojektion in Zusammenhang mit der Kontrolle strategischer Infrastruktur könnte vor allem mittels wirtschaftlicher Abhängigkeiten ausgeübt werden.<sup>177</sup> So betreibt seit 2015 die Shanghai International Port Group das neue Frachtschiffterminal in Haifa / Israel, dem größten Hafen des Landes und zugleich Hauptstützpunkt der israelischen Marine und der israelischen Nuklear-Unterseeboote. Dieser Handel mit China wurde jedoch zuvor weder in der Knesset noch im Nationalen Sicherheitsrat diskutiert.<sup>178</sup> Im März 2019 gab Italien als erstes größeres EU-Mitglied und als erstes Mitglied der G-7 („Großen 7“ – informeller Zusammenschluss der in diesem informellen Kreis zusammenkommenden Industrienationen) seine Teilnahme an der *Belt and Road Initiative* (BRI) mittels einer Absichtserklärung bekannt. Die BRI-Projekte umfassen derzeit bis zu einer Billion US-Dollar, jedoch soll die BRI nur taktisch, jedoch nicht strategisch angepasst werden.<sup>179</sup>

Im Jahr 2011 hatte die Volksrepublik China als größter Kreditgeber für Entwicklungsländer bereits die Weltbank überholt. EU und USA werfen China

---

<sup>176</sup> National Institute for Defense Studies, NIDS China Security Report 2019. China's Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019, S. 54, S. 22.

<sup>177</sup> Veerle Nouwens, China's 21<sup>st</sup> Century Maritime Silk Road. Implications for the UK, Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI), London, February 2019, S. I.

<sup>178</sup> The Economist, Israel and China. Too open for business?, in: The Economist, October 13<sup>th</sup>, 2018, S. 33-34, hier S. 33.

<sup>179</sup> Die Presse, Löst China die nächste Finanzkrise aus?, in: Die Presse, 18.02.2019, S. 6.

vor, mit derartigen Kreditvergaben gezielt den politischen Einfluss ausweiten zu wollen und Länder so in die Abhängigkeit Pekings zu bringen. Die Rückzahlungen von Krediten erfolgt meist in Form von Rohstofflieferungen. So hatte China dem bankrotten Venezuela seit 2007 an die 60 Milliarden US-Dollar geliehen, zahlbar in Rohöllieferungen. China sicherte sich folglich seinen Einfluss auf die Ölproduktion des Landes, Venezuela besitzt die größten Ölreserven der Welt.<sup>180</sup> Die damalige Leiterin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, hatte daher Mitte Februar 2019 während der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer neuen, von den Schwellenländern ausgehenden Finanzkrise gewarnt, deren Auslöser die intransparente Kreditvergabe durch die Volksrepublik China sein werde. In vielen Entwicklungsländern hätte die Verschuldung ein nicht mehr tragbares Ausmaß erreicht, so Lagarde. China forderte sie deshalb auf, dem sogenannten *Pariser Club* beizutreten – einem informellen Gremium, das Transparenzregeln für die Vergabe staatlicher Kredite festlegt und im Fall der Uneinbringlichkeit derartiger Kredite tätig wird.<sup>181</sup> Laut Olaf Scholz, zu diesem Zeitpunkt Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, habe China selbst keine Übersicht über seine Kreditvergaben mehr, weil diese sowohl von der Zentralregierung als auch von regionalen Regierungen, Unternehmen und von Banken vergeben werden.<sup>182</sup>

Vor allem im Westen wird die Politik der „*neuen Seidenstraße*“ weniger positiv gesehen, insbesondere die USA befürchten, dass mit dieser Politik China primär seine Nachbarstaaten „*für politische und wirtschaftliche Zwecke*“ benutzen wird, vor allem um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Asien und in einzelnen Staaten entlang dieser Routen zu vergrößern.<sup>183</sup> Zudem ist

---

<sup>180</sup> Jane Perlez, China tries to loosen its Belt and Roadplan, in: The New York Times International Edition, April 27-28, 2019, S. 1 und 7, hier S. 7.

<sup>181</sup> Die Presse, Löst China die nächste Finanzkrise aus?, in: Die Presse, 18.02.2019, S. 6.

<sup>182</sup> Ebenda

<sup>183</sup> Angela Schottenhammer, War and Peace along the Historical Silk Roads, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des

die Projektidee „*neue Seidenstraße*“ grundsätzlich nicht neu. Bereits in den Jahren 1999 und 2006 verabschiedete der US-Kongress den „*Silk Road Strategy Act of 1999*“ und den „*Silk Road Strategy Act of 2006*“, 2011 verkündete die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton die „*New Silk Road Strategy*“ (Hillary Rodham Clinton, Remarks at the New Silk Road Ministerial Meeting, New York, September 22, 2011). Ziel der USA war es damals, Afghanistan als „Hub“ und als Verbindungsbrücke zwischen Süd-, Zentral- und Westasien auszubauen, um somit den amerikanischen Einfluss in diesen Regionen zu stärken.<sup>184</sup> Dennoch stellt die chinesische „*Belt and Road Initiative*“ (BRI) das bemerkenswerteste „*diplomatische*“ Projekt des 21. Jahrhunderts dar, ähnlich der Gründung der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Initiierung des Marshallplans Mitte des 20. Jahrhunderts.<sup>185</sup>

Anfang Dezember 2022 unterzeichneten Saudi-Arabien und China in Riad ein Abkommen betreffend eine umfassende strategische Partnerschaft. Sie vereinbarten, alle zwei Jahre ein derartiges Treffen abzuhalten. Riads Bemühungen um industrielle Diversifizierungen passe sehr gut zu Chinas BRI und seiner Politik zur Entwicklung von High-Tech-Produkten. Während des Besuchs unterzeichneten saudische und chinesische Unternehmen 34 Investitionsvereinbarungen, die grüne Energie, Transport, Logistik, medizinische Industrie, und Bauwesen abdeckten. Die „*saudische Vision 2030*“ soll sich kompatibel als „*saudische BRI*“ entwickeln. Abdulaziz O. Sager, Vorsitzender des Gulf Research Center in Saudi-Arabien, sagte, Saudi-Arabien werde sich nicht „*in Angelegenheiten zwischen den USA und China einmischen*“, auch sei Riad nicht gewillt, „*die Position der USA einzunehmen, wenn es um China geht*.“ Saudi-Arabien hält demnach die Beziehungen zu China für äußerst

---

Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 21-39, hier S. 21.

<sup>184</sup> Ebenda, hier S. 22.

<sup>185</sup> Parag Khanna, *The Future is Asian*, Simon & Schuster Paperbacks, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2019, 2.

wichtig und äußerst wertvoll.<sup>186</sup> China und Saudi-Arabien sind bestrebt, die Harmonisierung der Vision 2030 des Königreichs mit Chinas BRI voranzutreiben. „*Es gibt viele Komplementaritäten zwischen BRI und der saudischen Vision 2030*“, führte Sager aus. Länder des Mittleren Ostens suchen nun ein Gleichgewicht „*in der Zusammenarbeit mit Großmächten, in der Vergangenheit wurden viele Länder des Nahen Ostens als Stellvertreter des Westens angesehen. Aber jetzt versuchen sie, diese Identität loszuwerden, indem sie selbst an der Entwicklung arbeiten und in Zusammenarbeit mit Großmächten ein Gleichgewicht suchen*“, so Zhu Weilie, Direktor des Instituts für Nahoststudien an der Shanghai University for International Studies.<sup>187</sup> Die strategischen Beziehungen zwischen China und Saudi-Arabien haben nun eine neue Ebene erreicht, die weitaus mehr Bereiche abdeckt, so Zhu Weilie – vor allem in Bezug auf grüne Energie und digitale Wirtschaft. „*Immer mehr Golfstaaten verstehen, dass es für sie unsicher geworden ist, wenn die USA ‚Sicherheit‘ erwähnen, während von China vorgeschlagene Ideen zur Förderung von Frieden und Entwicklung begrüßt werden*“, so Wang Guangda, Generalsekretär des China-Arab Reserch Center for Reform und Entwicklung an der Shanghai International Studies University. Xi Jinping besuchte damals auch Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi, den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas, Kuwaits Kronprinz Scheich Mishal Al-Ahmad Al-Jaber Al-Sabahon.<sup>188</sup> Zudem entwickelte China die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas auf der Grundlage des *Forum on China and Africa Cooperation* (FOCAC) aus dem Jahr 2000 in ein *China Africa Defense and Security Forum* (CADSF) Mitte 2018 weiter.<sup>189</sup> Ziel Chinas ist nun auch der Ausbau militärischer Kooperationen mit dem afrikanischen Kontinent.

---

<sup>186</sup> China Rundschau, China und Saudi-Arabien vertiefen Beziehungen, China Rundschau, KW50 2022, Nr. 099, p. 8.

<sup>187</sup> Ebenda.

<sup>188</sup> Ebenda.

<sup>189</sup> Richard D. Fisher, CCP Hegemony Building and the United States Response, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 62-88, hier S. 63.

Schließlich geht es bei der BRI auf Makroebene, ein Alternativmodell zur US-dominierten Weltwirtschaft („*Washington Consensus*“) aufzubauen im Sinne eines „*Beijing Consensus*“. <sup>190</sup> Multilaterale Finanzierungsinstitutionen wie die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) oder auch der Internationale Währungsfonds (IWF) werden bisher von den USA, der EU und Japan dominiert. <sup>191</sup> Ein nicht explizit angesprochenes, aber in der Literatur oft dargelegtes Ziel der BRI ist es, den Renminbi als Zahlungsmittel und als weltweite Leitwährung zu verankern, was am besten durch grenzüberschreitenden Handel und Investitionen bewerkstelligt werden kann. Ein wichtiges Anliegen der chinesischen Regierung ist der Rohstoff- und Ressourcenzugang bzw. Diversifizierung. Ebenso spielt der landwirtschaftliche Sektor eine große Rolle. Agrarflächen werden weltweit aufgekauft bzw. in die Agrarindustrie „Overseas“ investiert. Auch spielen geopolitische und militärische Aspekte mit hinein, wie z.B. bei maritimen Aktivitäten (Hafenbeteiligungen und Hafeninfrastruktur). <sup>192</sup> BRI spricht im Bereich Infrastruktur-Investitionen einen objektiven Bedarf gerade in Asien an, den die Asian Development Bank (ADB) bis 2030 auf jährlich ca. 1,5 Billionen US-Dollar schätzt. <sup>193</sup> Durch die chinesischen Ambitionen sind auch Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank aktiver in Infrastrukturprojekten engagiert. Bei der BRI geht es auch um Öl- und Gaspipelines, Stromleitungen, Telekommunikationsanlagen wie Glasfaserkabel und den Bau von Häfen, Eisenbahnen, Autobahnen, Kraftwerken, Luftfahrt und Telekommunikation. <sup>194</sup> „Die BRI

---

<sup>190</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 4.

<sup>191</sup> Ebenda.

<sup>192</sup> Ebenda.

<sup>193</sup> Ebenda.

<sup>194</sup> Ebenda.

liefert in Verlinkung mit anderen Vorhaben ein Komplettpaket für die Internationalisierung chinesischer Unternehmen.<sup>195</sup> Für den wirtschaftlichen Kontext in Europa sind unter anderem die „*Going Global Strategy*“ aus 1999 sowie die „Made in China 2025“ bzw. „Internet Plus“ Strategie relevant. Die „*Going Global Strategy*“ bildet den zentralen politischen Rahmen für alle Auslandsaktivitäten chinesischer Unternehmen, die wiederum ein zentrales Element der BRI sind. Ein wichtiges Ziel der „*Going Global Strategy*“ ist es, chinesische multinationale Unternehmen von „National Champions“ zu „Global Player“ zu entwickeln.<sup>196</sup> Im Kern sind die Staatsunternehmen dabei die aktivsten Träger dieser Expansion – dabei geht es auch um das Vorantreiben nationaler Interessen. Dem E-Commerce kommt hier eine zentrale Bedeutung zu. Er soll dabei helfen, Marktanteile entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu steigern, von Beschaffung, Produktion, Logistik, Bezahlservice bis zum Marketing. So könnten Zwischenhändler ausgeschaltet, die Profite der Produzenten gesteigert und die Entwicklung chinesischer Marken verbessert werden.<sup>197</sup> BRI soll den Export von chinesischen High-End-Produkten beschleunigen, auch sollen dadurch ausländische Industrieprodukte in China substituiert werden. Entsprechende technologische Lücken werden unter anderem durch Investitionen in europäische Firmen abgedeckt. 2016 hatte die EU-Kommission eine Strategie auf den Weg gebracht, nämlich EC 2016 „Elemente für eine neue Strategie für China“ – in der ausdrücklich auf die BRI verwiesen wird. Darin mahnt die EU mehr Offenheit und die Einhaltung internationaler Regeln ein. Im März 2019 hatte die Europäische Kommission einen strategischen Ausblick auf die Beziehungen zwischen der EU und China vorgelegt, in dem die mangelnde Gegenseitigkeit und die Ungleichheit der Wirtschaftsbeziehungen deutlich zum Ausdruck gebracht wurden. Die Europäische Kommission erklärte, dass für EU-Unternehmen in China der „protektionistische Trend steigt“. China schützt zudem seinen heimischen Markt für seine Champions

---

<sup>195</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>196</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>197</sup> Ebenda.

und schützt diesen durch selektive Marktöffnung, Lizenzierungen und andere Investitionsbeschränkungen vor Wettbewerb.<sup>198</sup> In dieser Mitteilung der Kommission vom 12. März 2019 heißt es: „*China ist gleichzeitig in verschiedenen Politikfeldern ein kooperativer Partner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele hat, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Ausgleich der Interessen finden muss, ein wirtschaftlicher Wettbewerber im Rennen um technologische Führerschaft und ein systemischer Rivale, der alternative Modelle des Regierens fördert.*“<sup>199</sup> Das wurde jedoch von Chinas Außenminister Wang Yi nach seinem Treffen mit den EU-Außenministern in Brüssel brüsk zurückgewiesen: „Abnormal und unmoralisch“ sei es, wenn in vielen EU-Mitgliedstaaten die Teilnahme des chinesischen Telekomkonzerns Huawei am Bau der 5G-Datennetze ausgeschlossen werden soll, weil man Huawei der Handlangertätigkeiten für Chinas Spionagedienste verdächtigt.<sup>200</sup> Die chinesische Führung betonte jedoch stets, dass sie nie Unternehmen angewiesen habe, geistiges Eigentum oder Staatsgeheimnisse auszuspionieren. Jackie Zhang, er wurde 2020 CEO von Huawei Technologies Austria, meinte dazu:

- Die chinesische Regierung ist nicht befugt, von Unternehmen zu verlangen, dass sie Hintertüren in ihre Technologien einbauen und nachrichtendienstliche Informationen sammeln;

---

<sup>198</sup> European Commission (EC) 2019. European Commission and HR/VP contribution to the European Council: EU-China – A strategic outlook (JOIN(2019) 5 final), zitiert in: Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 8.

<sup>199</sup> Die Presse, EU legt gegenüber China die Samthandschuhe ab, in: Die Presse, 19.03.2019, S. 5.

<sup>200</sup> Ebenda.

- Nach chinesischem Recht hat keine Klausel extraterritoriale Wirkung;
- *„Selbst wenn eine Anfrage zur Installation einer Hintertür gestellt würde, gibt es keine strafrechtlichen Konsequenzen, wenn ein Unternehmen dem nicht nachkommt.“*<sup>201</sup>

Zudem betonte damals Jackie Zhang, dass sich Huawei „zu 100 Prozent“ im Besitz seiner Mitarbeiter befindet, es ist daher „ein rein privates Unternehmen“.<sup>202</sup> Huawei-Technologie wird weltweit von 200 Mobilfunknetzbetreibern, in 170 Ländern, und von über 3 Milliarden Menschen genutzt, so Jackie Zhang:

*„Als Ausrüster haben wir keinen Zugriff auf Daten, die über Mobilfunknetze übertragen werden. Und die Netzbetreiber verfügen über starke Sicherheitsmechanismen. Jeder Versuch, den Netzbetrieb unrechtmäßig zu manipulieren, würde sehr schnell bemerkt und zum sofortigen Ausschluss des Ausrüsters führen, mit allen rechtlichen Konsequenzen.“*<sup>203</sup>

---

<sup>201</sup> Jackie Zhang, Sie sehen das wahre Huawei nicht, in: Die Presse, 18.02.2020, S. 2.

<sup>202</sup> Ebenda.

<sup>203</sup> Ebenda.

Die USA hatten die EU aufgerufen, Huawei beim Netzausbau nicht zum Zuge kommen zu lassen.<sup>204</sup>

China befindet sich nun am Weg zu einer „*Innovationsweltmacht*“.<sup>205</sup> Es unternimmt Einkaufstouren weltweit, die kommunistische Führung Chinas macht „*strategische Punkte ausfindig, investieren dort*“ und stellt umfassende Investitionssummen zur Verfügung: „*Über Politik wird nicht diskutiert, allerdings wird vereinbart, dass das betreffende Land nichts gegen die Interessen Chinas unternimmt.*“<sup>206</sup> China sucht für die Realisierung seines Jahrhundertprojektes BRI „*Firmen mit Know-how, mit qualifizierten Arbeitskräften und Innovationspotenzial. Man sucht Rohstoffvorkommen und Energiequellen und investiert in Infrastrukturprojekte.*“<sup>207</sup> Für Infrastrukturprojekte werden China seitens der EU noch dazu EU-Förderungen zur Verfügung gestellt – wie im Falle Griechenlands und Ungarns. Beide Länder hatten bereits Beschlüsse innerhalb der EU mit China-Bezug verweigert und man hatte auch Gründe dafür: Investitionen aus China.

Bei der Volksrepublik China handelt es sich zudem um einen Staat unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, der pluralistische Demokratie nach europäisch-westlichem Vorbild ablehne, ebenso universelle Werte und Menschenrechte sowie auch die Pressfreiheit. BRI ist abgeleitet davon eine weltumspannende sowie mehrdimensionale Initiative, der Erfolg dieser Initiative hängt von der Strategie- und Umsetzungsfähigkeit des chinesischen

---

<sup>204</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, China verspricht Europäern Marktöffnung und fairen Wettbewerb, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.04.2019, S. 1 und 16, hier S. 1.

<sup>205</sup> China Rundschau, China stärkt Öffnung und Zusammenarbeit, in: China Rundschau, Nr. 059, Dezember 2019, S. 1.

<sup>206</sup> Christoph Leitl, China am Ziel! Europa am Ende? , Ecowin Verlag bei Benevento Publishing Salzburg-München, Wals bei Salzburg 2020, S. 45.

<sup>207</sup> Ebenda.

Staatskapitalismus ab.<sup>208</sup> Die BRI stellt somit auch einen „Wettbewerb von Regierungssystemen“ („Competition of Governance“) dar: China hat in jüngster Vergangenheit „keinen Zweifel daran gelassen, dass es das anstrebt und damit beweisen will, dass sein Modell einer straffen Führung mit raschen Entscheidungen dem sich lähmenden System westlicher Demokratien, insbesondere in Europa, überlegen ist.“<sup>209</sup> Zudem besitzt die EU „in den Augen von China keinen großen Stellenwert. Man sieht uns – nicht zu Unrecht – als Anhängsel der USA.“<sup>210</sup> China pocht nun auf seine globale Führungsrolle – unter einem strikten Zeitplan bis zum Jahr 2049 – dem 100. Gründungsjahr der Volksrepublik. Diesen weltpolitischen Führungsanspruch, so befürchten auch europäische Politikwissenschaftler,<sup>211</sup> könnte die Volksrepublik China mit der BRI untermauern. Oder geht es etwa darum, in Zukunft die Welt an chinesische Vorstellungen globaler Handelsbeziehungen anzupassen?

## Russlands Wahrnehmung als Großmacht

Die Russische Föderation erhebt beispielsweise auch im Dokument aus 2000 den Anspruch, eine Großmacht (velikaja deržava), ja sogar Supermacht (sverchderžava) zu sein. Russland bleibt deshalb Nuklearmacht sowie Führungsmacht ihrer Verbündeten. Der Begriffsreihe „die Russische Föderation und ihre Verbündeten“ kommt zum Beispiel in der Doktrin aus 2000 ständig

---

<sup>208</sup> Andreas Breinbauer, Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019, S. 9.

<sup>209</sup> Christoph Leitl, China am Ziel! Europa am Ende? , Ecowin Verlag bei Benevento Publishing Salzburg-München, Wals bei Salzburg 2020, S. 13.

<sup>210</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>211</sup> So auch der deutsche Politikwissenschaftler Johannes Varwick, in: Johannes Varwick, Ein Politikum namens Geopolitik, in: POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 2/2019, Vierteljahrszeitschrift 5. Jahrgang, Sommer 2019, Wochenschau Verlag, Frankfurt/Main 2019, S. 1.

vor. Verbündete der Russischen Föderation sind jene Staaten, die den Vertrag von Taschkent, also den „Vertrag über kollektive Sicherheit“ ratifiziert haben: Russische Föderation, Armenien, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan. Nicht beigetreten waren die Ukraine, Belarus / Weißrussland, Moldawien / Moldau, Aserbaidschan sowie Turkmenistan.<sup>212</sup> Belarus / Weißrussland hatte seine ursprüngliche blockfreie Politik revidiert und hatte mit der Russischen Föderation am 8. Dezember 1999 einen Unionsvertrag abgeschlossen. Die Regierung in Minsk unter Alexander Lukaschenko hatte zwar keinen Souveränitätsverzicht erklärt, jedoch Moskau „*weitgehende Rechte auf militärischem Sektor eingeräumt.*“<sup>213</sup> Die russischen Streitkräfte verfügen hier über wichtige militärische Einrichtungen, wie Luftabwehr, Flugplätze und Depots sowie seit 2023 auch wieder über taktische Nuklearwaffen.<sup>214</sup> Die Bedeutung von Belarus / Weißrussland bleibt für Moskau sehr hoch, allein durch die Grenze zur Ukraine, zu Polen und den baltischen Staaten. So hatte Moskau den einstigen sowjetischen grenznahen Militärbezirk Belarus zurückerhalten.<sup>215</sup> Daraus könnte abgeleitet werden: die NATO möge es sich gut überlegen – wie im Fall der Ukraine – weiter nach Osten erweiterungsmäßig vorzudringen und sich frühere Sowjetrepubliken aus Sicht Moskaus „*einzuverleiben*“. Dies würde eindeutig gegen russische Interessen verstoßen.

In politischen Kommunikationen bzw. Narrativen spielen oft Mythenbildung und politische Agitation eine wesentliche Rolle. So liefert auch die Mythologisierung der russischen Geschichte jenen Stoff für Propaganda, der in der politischen Öffentlichkeit kommuniziert wird. Es geht dabei nicht nur

---

<sup>212</sup> Zitiert aus: Horst Hoffmann, Die russische Militärdoktrin 2000 – Reaktionen und mögliche Rückwirkungen auf die Osterweiterung der NATO, Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Nr. 65, Wien, im April 2001, S. 15.

<sup>213</sup> Ebenda.

<sup>214</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>215</sup> Ebenda.

um die Verdrehung historischer Tatsachen, sondern auch um politische Befindlichkeiten in der politischen Kultur. Diese tragen einerseits zur Identitätsstiftung im Inneren als auch zur Legitimierung der Politik nach außen bei. Das Bestreben der Russischen Föderation als *Großmacht* (*velikaja deržava*) steht in diesem Zusammenhang im Zentrum, was wiederum von der Mehrheitsbevölkerung im Land gefordert wird. Der Begriff „*velikaja deržava*“ bezieht sich jedoch nicht nur auf die „Großmacht“ im weiteren Sinn, sondern bezieht auch Staat und Staatlichkeit, die von einer einzigen Machtzentrale ausgehen, mit ein. Großmachtdenken kann in diesem Kontext als

*„imperiale Herrschaft auf autokratischer Grundlage interpretiert werden, eine derartige Herrschaft muss zudem omnipräsent und vor allem nach außen sichtbar und erkennbar sein. Eine derartige Herrschaft muss somit durch Symbole, öffentliches Erscheinen und auch konkrete Taten nach innen und nach außen kommuniziert werden. Ziel bleibt die Umsetzung und Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Vorhaben. Es steht die Stärke des Staates im Vordergrund, Schwäche des Staates bedeutet zugleich Zerfall des Staatsgefüges. Das russische Auftreten in den internationalen Beziehungen kann als neorealistisch bezeichnet werden: die Russische Föderation versucht, ihre Ziele mit Hilfe von politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung anderer Regierungen umzusetzen – „auf dem Weg zur Verteidigung und des Ausbaus von Macht.“<sup>216</sup>*

Die politische Führung der Russischen Föderation fühlt sich zudem stets „*sicherheitspolitisch bedroht*“.<sup>217</sup> Die Russische Föderation hat sich besonders unter Präsident Wladimir Putin zum Ziel gesetzt, das staatliche und auch

---

<sup>216</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S.12.

<sup>217</sup> Ebenda, S. 16.

persönliche Streben gegen globales Hegemoniestreben der USA bzw. „des Westens“ nicht nur zu verteidigen, sondern auch auszuweiten. In diesem Zusammenhang beurteilte Putin im Jahr 2005 in einer Jahresansprache den Untergang der Sowjetunion als „bedeutende geopolitische Katastrophe“ („major geopolitical disaster“).<sup>218</sup> Ein Monat nach der offiziellen Auflösung der Sowjetunion – im Januar 1992 – verkündete der damalige US-Präsident George H.W. Bush in seiner Rede zur Lage an die Nation („State of the Union Address“): „By the grace of God, America won the Cold War.“ Bush führte weiter aus: „The Cold War didn't end – it was won.“<sup>219</sup>

Weil die Russische Föderation im Gegensatz zu den USA weder eine globale Wirtschaftsmacht darstellt und auch wiederum im Gegensatz zu den USA über keine *anziehende* Soft Power ausstrahlt – die Russische Föderation verfügt zwar über ausreichende Gas- und Ölvorkommen, vor allem im arktischen Raum, ansonsten aber nur über begrenzte wirtschaftliche Ressourcen – kommen aus russischer Sicht den Streitkräften eine entscheidende nationale Bedeutung auch in Hinblick auf nationale Identitätsstiftung zu; mit stets historischem Hinweis auf die Leistungen der Sowjetarmee, welche die Streitkräfte Hitler-Deutschlands während des *Großen Vaterländischen Krieges* nicht nur in Osteuropa vernichtet hat, sondern selbst Berlin und den Osten des ehemaligen Deutschen Reiches eingenommen hatte und geopolitisch bis nach Mitteleuropa vorgestoßen war. Weiters schlugen die russischen Streitkräfte die napoleonischen Heere in den Jahren 1812 und 1813 vernichtend. In diesem Kontext werden auch Bilder historischer Größe kommuniziert. Daraus resultiert die Bereitschaft der russischen Regierung zu einer selbstbewussteren und in der Folge auch konfliktbereiten Außen- und Verteidigungspolitik. Man scheut auch keine Kriege, wie auch jenen seit 2014 bzw. 2022 gegen die Ukraine als souveränen Staat und Kulturnation, deren Regierung selbst als „Nazis“ („naziki“) bezeichnet wird. Jeder Versuch Kiews, eine eigene ukrainische (nationale) Identität zu schaffen, soll bereits im Keim zerstört werden. Aus Sicht Wladimir Putins bilden die Russische

---

<sup>218</sup> Fyodor Lukyanov, Putin's Foreign Policy. The Quest to Restore Russia's Rightful Place, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 30-37, hier S. 31.

<sup>219</sup> Ebenda.

Föderation sowie die Ukraine „*ein einziges Volk*“, eine Westbindung der rohstoffreichen Ukraine an die NATO sollte um jeden Preis verhindert werden.

Russische Präsidenten wie Wladimir Putin oder Dmitri Medwedew weisen in diesem Zusammenhang stets auf den *Kiewer Rus*‘ hin, d.h. eine über 1000 Jahre zurückreichende ostslawische Gemeinschaft von Russen, Ukrainern und auch Weißrussen hin. Diese *Kiewer Rus*‘ war ein ostslawisches Staatengebilde, dessen Ursprungsbevölkerung mit Sicherheit zu den Vorfahren von Russen, Ukrainern und Weißrussen zu zählen ist, jedoch genauso wenig Russisch, Ukrainisch oder Weißrussisch gewesen war wie das Reich Karls des Großen *Deutsch* oder *Französisch*. Die Kontrolle über das Territorium zwischen Brest-Litowsk und Wladiwostok, Wvborg und der Krim war ursächlich für den Aufstieg der Russischen Föderation zur Großmacht notwendig gewesen, die Nähe von Russen, Ukrainern und Weißrussen bildete dahingehend ein wesentliches Strukturelement des Reichszusammenhaltes.

## **Außenpolitische Konzeptionen der Russischen Föderation**

Im Außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation vom 25. Januar 1993 gab es widersprüchliche Grundsätze der russischen Politik gegenüber Osteuropa. Einerseits war dort „von einer prinzipiell neuen Strategie zwischenstaatlicher Beziehungen Russlands“ die Rede, frei von „imperialen Überheblichkeit und Egozentrismus“. Andererseits wurde Osteuropa, ähnlich wie der GUS-Raum, als eine „historisch entstandene Sphäre der Interessen Russlands“ betrachtet.<sup>220</sup> Demnach sollte sich die Russische Föderation auf der Basis des „*Völkerrechts und unter Berücksichtigung der Partnerschaft mit den führenden demokratischen Ländern der Welt [...] aktiv deren Versuchen widersetzen, in Nachbarstaaten Russlands die militärische und politische Präsenz*

---

<sup>220</sup> Zitiert aus: Horst Hoffmann, Die russische Militärdoktrin 2000 – Reaktionen und mögliche Rückwirkungen auf die Osterweiterung der NATO, Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Nr. 65, Wien, im April 2001, S. 26.

zu verstärken.“<sup>221</sup> An die USA gerichtet war folgende Formulierung: „Wir können die Versuche der USA nicht dulden, unter dem Deckmantel der Vermittlung und friedensstiftender Aktivitäten den Platz Russlands in den Ländern seines traditionellen Einflusses zu besetzen.“<sup>222</sup> Die europäische Einigung wird im Außenpolitischen Konzept vom 25. Januar 1993 abgelehnt: „Die strategische Aufgabe der Gegenwart besteht darin, die Umwandlung Osteuropas in eine Art Pufferzone, die uns vom Westen isoliert, zu verhindern. Andererseits können wir nicht zulassen, dass westliche Mächte Russland aus der osteuropäischen Region verdrängen, was bereits zur Realität wird.“<sup>223</sup> Das russische Institut für Verteidigungsstudien, das dem Verteidigungsministerium und dem Sicherheitsrat nahesteht, bezeichnete damals die Politik der USA und der NATO mit dem Ziel einer Integration der ehemaligen kommunistischen Staaten Mittel- und Südosteuropas in die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen als „Hauptgefahr für Russland“, aus Sicht der staatspolitischen Führung in Moskau verfolge die NATO mit der Osterweiterung das Ziel einer „endgültigen Verdrängung“ Russlands aus Europa.<sup>224</sup> Dies wurde auch in jenem Fall deutlich, als die von der österreichischen ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2001 beschlossene Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin festlegte, Österreich sei nicht mehr als neutral, sondern als bündnisfrei zu bezeichnen. Diese Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin schloss auch die Option eines NATO-Beitritts Österreichs nicht aus. Der damalige Botschafter der Russischen Föderation in Österreich, Golowin, merkte dazu an:

---

<sup>221</sup> Ebenda.

<sup>222</sup> Ebenda.

<sup>223</sup> Zitiert aus: Horst Hoffmann, Die russische Militärdoktrin 2000 – Reaktionen und mögliche Rückwirkungen auf die Osterweiterung der NATO, Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Nr. 65, Wien, im April 2001, S. 27.

<sup>224</sup> Ebenda.

*„Jede Ausdehnung eines militärischen Bündnisses in Richtung unserer Grenzen, in der wir nicht eingebunden sind, bedeutet eine Bedrohung Russlands. Daher haben wir keine Interessen an einer derartigen Erweiterung, geschweige denn an einem Beitritt Österreichs.“<sup>225</sup>*

Golowin verwies in diesem Interview am 8. Februar 2001 – wenige Tage vor dem offiziellen Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin – vehement auf die Einhaltung der Neutralität durch Österreich wie folgt:

*„Österreich ist mit dem Staatsvertrag, dem Neutralitätsgesetz und dem Moskauer Memorandum eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen. Es gibt einen logischen, historischen und juristischen Zusammenhang zwischen diesen drei Papieren. Jetzt läuft die Diskussion aber so, als ob es nur der Republik Österreich allein obliegt, sich frei davon zu erklären oder nicht.“<sup>226</sup>*

Betreffend NATO-Erweiterungen Richtung Osten sprach Präsident Putin stets über das „gebrochene Versprechen des Westens, die NATO nach der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nach Osten auszudehnen.“ Irritierend war diesbezüglich auch ein Besuch des damaligen Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, am 10. Februar 1990 in Moskau. Im Gespräch mit dem damaligen sowjetischen Außenminister

---

<sup>225</sup> Aus: Franz Cede, Neutralität und Staatsvertrag, in: Waldemar Hummer (Hg.), Staatsvertrag und immerwährende Neutralität Österreichs. Eine juristische Analyse, Verlag Österreich, Wien 2007, S. 21-30, hier S. 29.

<sup>226</sup> Ebenda.

Edward Schewardnadse betonte Genscher, dass es der deutschen Bundesregierung „bewusst“ sei, dass eine Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur NATO „komplizierte Fragen aufwerfe“, für Deutschland stehe aber fest: „Die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“<sup>227</sup> In einer Rede von Außenminister Genscher am 31. Januar 1990 in der Evangelischen Akademie in Tutzing (diese Rede war jedoch nicht mit dem damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl abgesprochen) meinte Genscher: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben.“<sup>228</sup> Diese „Sicherheitsgarantie“ war damals für die Sowjetunion bedeutsam, demnach dürften der politische Wandel in Mittel- und Osteuropa und der Vereinigungsprozess Deutschlands „nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen.“<sup>229</sup> Genscher führte zudem aus, das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) solle nicht in die militärischen Strukturen der NATO einbezogen werden, dies hätte demnach Widerstände der Sowjetunion hervorgerufen. Zunächst folgten Bundeskanzler Kohl und der damalige US-Außenminister James Baker Genschers „Tutzinger Formel“, wie diese auch von deutschen Politikern bezeichnet wurde. James Baker traf am 9. Februar 1990 in Moskau mit dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow zusammen, der zu diesem Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung noch nicht zugestimmt hatte. Baker ging somit von der „Tutzinger Formel“ aus und versprach Gorbatschow, die Beistandsgarantie oder „militärische Präsenz der NATO in östlicher Richtung“ werde „um keinen einzigen Zoll ausgedehnt.“ Am 10. Februar 1990 reisten Genscher und Kohl nach Moskau. Genscher wiederholte im Gespräch mit Schewardnadse seine „Tutzinger Formel“ und Gorbatschow stimmte im Gespräch mit Kohl zu, dass die Deutschen allein über ihre Einigung entscheiden könnten. Genscher und

---

<sup>227</sup> Marie Katharina Wagner, Ost-Erweiterung der Nato: Das große Rätsel um Genschers angebliches Versprechen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.04.2014 15:24 Uhr, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ost-erweiterung-der-nato-was-versprach-genscher-12902411.html> [22.04.2014]

<sup>228</sup> Ebenda.

<sup>229</sup> Ebenda.

Baker wollten ihre Äußerungen von damals später jedoch nie als Versprechen interpretiert wissen. Genscher meinte damals, er habe mit seiner Tutzingener Rede der sowjetischen Führung „über die Hürde helfen“ wollen, einem wiedervereinigten NATO-Mitglied Deutschland zustimmen zu können. Und sein Gespräch mit Schewardnadse sei ein „Abtasten“ vor den eigentlichen Verhandlungen gewesen. Baker wiederum sagte, er habe mit seiner Formulierung von „keinem einzigen Zoll“ einzig und allein das Gebiet der DDR gemeint. Sein Gesprächspartner Gorbatschow behauptete, diesen Sachzusammenhang anders verstanden haben. Er zeigte sich diesbezüglich empört und meinte, es habe sehr wohl eine Zusage gegeben, die NATO eben nicht Richtung Osten zu erweitern, und wurde in Russland „wiederum dafür beschimpft, sich diese Zusage nicht in schriftlicher Form besorgt zu haben.“<sup>230</sup> Schewardnadse meinte dagegen, es habe schon deshalb keine Zusage für eine Nichtausdehnung der NATO über die Oder hinaus geben können, da im Februar 1990 eine Auflösung des Warschauer Paktes „außerhalb unserer Vorstellungswelt“ lag.<sup>231</sup> Im Protokoll Schewardnadse-Genscher vom Februar 1990 sprach Genscher durchaus von Osteuropa. In dem Gespräch ging es jedoch ganz speziell um die DDR. Der Spiegel schrieb jedoch 2009, Genscher habe hinzugefügt: Was die Nichtausdehnung der NATO betreffe, so gelte das „ganz generell“. Die Aussage war jedoch „auf ein einziges Ziel gerichtet: die Wiedervereinigung.“<sup>232</sup> Die Bonner Bundesregierung berief sich auf die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Helsinki 1975 – seit 1. Januar 1995 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE): demnach besitzen alle Unterzeichnerstaaten das Recht auf eine freie Bündniswahl, auch das wiedervereinigte Deutschland. Für US-Präsident George Bush schien damals die Vorstellung, das Gebiet der DDR nicht in die militärische Struktur der NATO einzubinden, nicht hinnehmbar. Wie sollte man es verteidigen? Im Fall eines Angriffs würde der Bündnisfall nicht greifen, die „Schutzgarantie der NATO für ganz Deutschland wäre gefährdet.“ Allenfalls, so sagte Bush

---

<sup>230</sup> Ebenda.

<sup>231</sup> Ebenda.

<sup>232</sup> Ebenda.

zu Kohl, wäre ein „*spezieller militärischer Status*“ für den Osten Deutschlands akzeptabel gewesen. Es werde jedoch keinesfalls eine Zusicherung zur „*Nichtausdehnung der Jurisdiktion der NATO*“ gemacht – die Bündnisverpflichtung sollte auch für das Gebiet der DDR gelten. Diese Haltung setzte Bush gegenüber Kohl beim Treffen in Camp David am 24. und 25. Februar 1990 durch. Dort fand auch der finale Schulterchluss zwischen Deutschland und den USA für die 2+4-Verhandlungen statt – und auch die endgültige Abwendung von der „Tutzinger Formel“. Das damals vertretene äußerste westliche Zugeständnis an die Sowjetunion war ein militärischer Sonderstatus für den Osten Deutschlands, von einer Nichtausdehnung der NATO war jedoch keine Rede mehr. Im Juli 1990 willigte Gorbatschow einer Vollmitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands in die NATO zu, zuvor gab es lediglich „*mühsame Verhandlungen*“ zwischen Baker und Genscher, um Schwarznadse und Gorbatschow zu überzeugen, der NATO-Mitgliedschaft von Deutschland mitsamt den Territorien der DDR zuzustimmen. Moskau hatte noch immer enorme Bedenken und forderte für den Westen inakzeptable Zugeständnisse wie etwa die Einhaltung einer mehrjährigen Übergangsperiode, bis Deutschland seine volle territoriale Souveränität erhalte.<sup>233</sup>

Die Russische Föderation setzte in der Vergangenheit in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem „*nahen Ausland*“ vor allem auf Machtemonstration. Im Erlass des Präsidenten Nr. 940 galten die russischen Interessen im GUS-Raum als „*unsere wichtigsten vitalen Interessen*“, die sich auf die Sektoren der Wirtschaft, der Verteidigung und der Sicherheit sowie auf den Schutz der Rechte russischer Bürger sowie deren Gewährleistung auf der Grundlage der nationalen Sicherheitsinteressen konzentrieren.<sup>234</sup> So wird gemäß Erlass des Präsidenten Nr. 940 das Hauptziel der Politik der Russischen Föderation gegenüber der GUS darin definiert, einen „*wirtschaftlich und*

---

<sup>233</sup> Ebenda.

<sup>234</sup> Zitiert aus: Horst Hoffmann, Die russische Militärdoktrin 2000 – Reaktionen und mögliche Rückwirkungen auf die Osterweiterung der NATO, Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Nr. 65, Wien, im April 2001, S. 28.

*politisch integrierten Zusammenschluss von Staaten*“ zu schaffen.<sup>235</sup> Zudem ist bei der „*Entwicklung partnerschaftlichen Beziehungen*“ mit den Staaten der GUS von dem Prinzip auszugehen, dass diese russische Interessen in diesem Raum nicht gefährden.

Zu den Hauptaufgaben der russischen Politik gehört demnach: „*Die Stärkung Russlands als führende Kraft bei der Schaffung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen auf dem Territorium des postsowjetischen Raumes*“. Zudem setzte die Russische Föderation auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems auf der Grundlage des Vertrags über kollektive Sicherheit (VKS) vom 13. Mai 1992, das sich zu einem „*Verteidigungsbündnis auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und militärisch-politischer Ziele*“ zusammenschließt.<sup>236</sup> Der Vertrag über russische Militärstützpunkte in Armenien (Laufzeit 25 Jahre) dient dem Ziel, die russische militärische Präsenz in der Region Kaukasus bzw. Transkaukasien aufrechtzuerhalten. Diese Region bildet „*eine Zone der strategischen Interessen*“ der Russischen Föderation. Demnach hatten die russischen Streitkräfte und jene Armeniens „*die Absicht, die äußeren GUS-Grenzen zu schützen und werden sich nicht in innere Konflikte, darunter den Karabach-Konflikt, involvieren lassen.*“<sup>237</sup>

Im Vertrag über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich, der am 29. März 1996 von vier Mitgliedstaaten der GUS (Russische Föderation, Belarus / Weißrussland, Kasachstan und Kirgisien) im Kreml unterzeichnet wurde, sind folgende Ziele festgeschrieben:

- Harmonisierung und Annäherung der Gesetzgebung;
- Integration und Kooperation auf dem Sektor der Wirtschaft.

---

<sup>235</sup> Ebenda.

<sup>236</sup> Ebenda.

<sup>237</sup> Ebenda, S. 29.

- Die Länder der GUS sollten sich, so der damalige russische Präsident Boris Jelzin, nach dem Beispiel der EU oder der ASEAN vereinigen, die Märkte integrieren und es den Konkurrenten nicht erlauben, diese Mitgliedstaaten auf dem Weltmarkt einzeln zu schlagen.<sup>238</sup>

Das Parlament Kirgisiens hatte ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages dessen Ratifizierung verschoben. Grund für diese Entscheidung war bereits der Unionsvertrag zwischen der Russischen Föderation und Belarus / Weißrussland gewesen. Der damalige Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, hatte jedoch betont, er sei nicht gewillt, Belarus / Weißrussland den Willen Moskaus aufzuzwingen, an eine Vereinigung beider Länder sei demnach „*nicht gedacht*“.<sup>239</sup> Am 2. April 1996 wurde im Kreml der Vertrag zwischen der Russischen Föderation und Belarus / Weißrussland schließlich unterzeichnet – über die Gemeinschaft souveräner Staaten. Dieser trat am 28. Juni 1996 in Kraft. Der damalige Präsident Jelzin zielte zunächst auf die Integration beider Staaten, die man „wie Luft zum Atmen“ brauche.<sup>240</sup> Ziel war zunächst eine enge Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik zu erreichen. Jelzins Wunsch bestand darin, dieser bilateralen Gemeinschaft sollten sich auch andere Staaten anschließen können. In einem Brief an den weißrussischen Staatschef in Minsk, Alexander Lukaschenko, sprach sich Jelzin dafür aus, in beiden Ländern ein Referendum über eine staatliche Vereinigung durchzuführen. Die höchsten Führungsorgane (Oberster Rat und Exekutivkomitee) könnten demnach Beschlüsse fassen, die „*unverzüglich umzusetzen seien*“.<sup>241</sup> Der Vorsitzende der damaligen

---

<sup>238</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>239</sup> Ebenda.

<sup>240</sup> Ebenda.

<sup>241</sup> Ebenda.

oppositionellen weißrussischen Volksfront, Sjanon Pasnjak, äußerte sich vehement gegen eine „schrittweise Annexion“ seines Landes in unterschiedlichen Stufen. Das Verhalten von Präsident Lukaschenko bezeichnete er als „Hochverrat“.<sup>242</sup>

Am 31. Mai 1997 unterzeichneten die Präsidenten Boris Jelzin (Russische Föderation) und Leonid Kutschma (Ukraine) in Kiew „nach mehreren Jahren des Zögerns“ den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation sowie weitere Abkommen. Dieser sollte die Frage der Krim bzw. die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte mit den Stützpunkten auf der Krim und Sewastopol lösen.<sup>243</sup>

Im Außenpolitischen Konzept, das von Präsident Dmitrij Medwedew am 12. Juni 2008 unterzeichnete wurde, wird die Russische Föderation als Großmacht mit einem umfassenden Rollenverständnis in der Weltpolitik und als eines der globalen Einflusszentren definiert.<sup>244</sup> Dieses Konzept plädiert auch für den Aufbau eigenständiger kollektiver Organisationen, die sich nicht als Einflussraum „des Westens“ entwickeln, und spricht sich sowohl gegen die Erweiterungen der NATO um Georgien und die Ukraine als auch gegen das damals von den USA geplante Raketenabwehrsystem in Europa aus.<sup>245</sup> Dieses Konzept beinhaltet ebenso den Ausbau der umfassenden politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kooperation im Format Russland – Indien – China, also bilateral jeweils mit Indien<sup>246</sup> und China und im

---

<sup>242</sup> Ebenda.

<sup>243</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>244</sup> Marcel de Haas, Medvedev's Security Policy: A Provisional Assessment, in: Russian Analytical Digest No. 62, 18 June 2009, Russia's National Security, German Association for East European Studies, Research Centre for East European Studies (Bremen), Centre for Security Studies, ETH Zurich (CSS), pp. 2-5, p. 2.

<sup>245</sup> Ebenda.

<sup>246</sup> Im April 2023 hatte Indien die Volksrepublik China als bevölkerungsreichstes Land der Erde überholt. Die USA zeigte seit Präsident George W. Bush besonderes Interesse an Indien – als „größte Demokratie der Welt“ – Ziel war es, Indien für sich zu gewinnen. Aus:

Besonderen innerhalb der russisch-chinesischen Partnerschaft, wie beispielweise innerhalb der Shanghai-Kooperationsorganisation (SCO). Die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS) wird darin als „*Schlüsselinstrument*“ für die Beibehaltung von Stabilität und Sicherheit im GUS-Raum betrachtet. Die Russische Föderation soll demnach verstärkt eigene Interessen verfolgen und verhindern, dass es von „*Wünschen anderer Akteure*“ beeinflusst wird.<sup>247</sup> Medwedew erneuerte einen Vorschlag für eine neue „*Euro-atlantische Sicherheitsarchitektur*“ im Juni 2008 mit dem Ausbau von Energiepartnerschaften mit Europa. Energie bleibt nach wie vor ein relevantes Mittel im geopolitischen Denken der Russischen Föderation und wird als Machtinstrument gesehen.<sup>248</sup>

In den Grundsätzen der Außen- und Sicherheitspolitik vom August 2008 führte Dmitrij Medwedew in einem Fernsehinterview vom 31. August 2008 folgende fünf Grundsätze aus:

- Vorrangigkeit des Völkerrechts;
- Multipolarität soll die US-dominierte Unipolarität ersetzen;
- Russland hat nicht zum Ziel, sich selbst zu isolieren und sucht auch nach „*Partnern und Freunden, auch im Westen*“.

---

Ramachandra Guha, *India's Feet of Clay. How Modi's Supremacy Will Hinder His Country's Rise*, in: *Foreign Affairs*, March / April 2024, S. 58-73, hier S. 70.

<sup>247</sup> Marcel de Haas, *Medvedev's Security Policy: A Provisional Assessment*, in: *Russian Analytical Digest* No. 62, 18 June 2009, *Russia's National Security*, German Association for East European Studies, Research Centre for East European Studies (Bremen), Centre for Security Studies, ETH Zurich (CSS), pp. 2-5, p. 2.

<sup>248</sup> Ebenda.

- Russland bezweckt auch, russische Staatsbürger weltweit zu schützen. Russland wird auf aggressive Handlungen gegen das Land und seine Bürger antworten
- Russland unterhält „*privilegierte Interessen in gewissen Regionen*“.<sup>249</sup>

Die Russische Föderation geht wie die Volksrepublik China von einer „*multipolaren Welt*“ aus. Das Konzept einer „*multipolaren Welt*“ geht in der Russischen Föderation auf den ehemaligen russischen Außenminister Jewgenij Primakow im Jahr 1996 zurück. Er postulierte zumindest sechs weltpolitische Pole: die Russische Föderation, die EU, die USA, die Volksrepublik China, Indien und Japan. Dieses Konzept sollte sich gegen die „*einpolige Welt*“, welche die USA „*nach vorherrschender russischer Überzeugung anstreben*“, richten.<sup>250</sup> Mit diesem Konzept bezweckt die politische Führung in Moskau, ihre „*Eigenständigkeit*“ zu betonen.<sup>251</sup> Zudem wurde die Idee des *Dreiecks* Russland – China – Indien von Außenminister Primakow während eines Besuches in New Delhi Ende 1998 zusätzlich vorgebracht, als die Kosovokrise aufgrund der Massenvertreibungen von ethnischen Albanern durch serbische Militärs und Paramilitärs eskalierte. Primakow schlug seinem Amtskollegen aus Indien, Atal Bihari Vajpayee, vor, zusammen mit China gegen die USA „*Front zu machen*“.<sup>252</sup> Erstmals trafen sich in diesem Dreiecks-Format am 14. September 2002 die Außenminister Igor Iwanow (Russland), Tang Jiaxuan (China) und Jashwant Sinha (Indien) am Rand der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York City. Im Juni 2005 trafen

---

<sup>249</sup> Ebenda, p. 3.

<sup>250</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 50.

<sup>251</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>252</sup> Ebenda, S. 53.

sich die Außenminister Sergej Lawrow, Li Zhaoxing und Natvar Singh in Wladiwostok in diesem Format, im Juli 2006 die Präsidenten Wladimir Putin, Hu Jintao und Premierminister Manmohan Singh.<sup>253</sup>

Der nationalistische Philosoph und politische Denker Alexander Dugin meinte dazu: „Die These vom Dreieck [...] und Jelzins und Putins These von der ‚multipolaren Welt‘ sind nichts anderes als der direkte Ausdruck der eurasischen Idee auf strategischer Ebene.“<sup>254</sup>

Im militärischen Bereich wird auf eine Parität mit den USA bei den strategischen Nuklearwaffen gesetzt, zudem soll sich Russland zu einer Globalmacht entwickeln. Außerdem soll der Bevölkerungsschutz von russischen Bürgern im „nahen Ausland“ wahrgenommen werden. Als Bedrohungen für Russland werden definiert:

- Länder, die militärische Vorherrschaft anstreben – und zwar durch die Entwicklung moderner Nuklear- und konventioneller Waffensysteme, welche ein Raketenabwehrsystem entwickeln und den Weltraum militarisieren wollen, was wiederum ein neues Wettrüsten auslösen könnte.
- Die Erweiterung der NATO bis an die russischen Grenzen und die zunehmende „Globalisierung“ der NATO.
- Nichteinhaltung von Rüstungskontrollverträgen.
- Energiesicherheit – Wettbewerb um Rohstoffe, die Spannungen verursachen, die wiederum den Einsatz von Streitkräften erfordern könnten. Energie wird als Machtinstrument gesehen, so auch im

---

<sup>253</sup> Ebenda, S. 55.

<sup>254</sup> Ebenda, S. 54.

Vorgehen Russlands, kein Gas über Belarus und die Ukraine zu liefern (Gasstreit, Januar 2009). Zentralasien, die Kaspische See sowie die Arktische Region werden als primäre Rohstoffquellen erwähnt – ganz im Einklang mit der Arktisstrategie vom September 2008.

Als innere Bedrohungen gelten in der Russischen Föderation die Abnahme der Bevölkerungszahl, Armut, unzureichende Gesundheitsversorgung, Terrorismus, Separatismus, Radikalismus, Extremismus, organisierte Kriminalität, Korruption und die Gefahr weltweiter Pandemien. Die Nationale Sicherheitsstrategie betont die Interdependenz zwischen ziviler Stabilität und nationaler Sicherheit und unterstreicht die gleiche Wichtigkeit von sozialökonomischer Entwicklung und militärischer Sicherheit.<sup>255</sup>

Das Auftreten der Russischen Föderation im Ausland kann in drei Zonen eingeteilt werden:

- Der postsowjetische Raum als die wichtigste Einflussosphäre („*blizhnye zarubezh'ye*, also näheres Ausland), dort werden vitale Interessen Russlands verfolgt – kulturell, historisch, politisch, wirtschaftlich). Dazu zählen die GUS und im Besonderen Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.<sup>256</sup> Russland toleriert in diesem Raum

---

<sup>255</sup> Marcel de Haas, Medvedev's Security Policy: A Provisional Assessment, in: Russian Analytical Digest No. 62, 18 June 2009, Russia's National Security, German Association for East European Studies, Research Centre for East European Studies (Bremen), Centre for Security Studies, ETH Zurich (CSS), pp. 2-5, p. 3f.

<sup>256</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für

„*keinerlei Einmischung von außen*“, zudem leben dort mehrere Millionen Menschen mit russischer Staatsbürgerschaft. So wird zum Beispiel im außenpolitischen Konzept aus dem Jahr 2016 der Schutz der Rechte von außerhalb der Russischen Föderation lebenden Staatsbürgern gewährleistet. Das Konzept der „*Russkij mir*“ / *Russischen Welt* wird besonders auf diese Einflussosphäre Moskaus projiziert. Ausgangspunkt bildete die von Präsident Putin 2007 gegründete Stiftung zur Förderung der russischen Sprache und Kultur im Ausland, die heute auch als „*orthodox-slawische Alternative zur EU*“ verstanden wird, und „*antwestliche, antiliberale und neoimperiale Strömungen beinhaltet*.“<sup>257</sup>

- Die zweite Einflussosphäre umfasst den Westbalkan und die Länder des MENA-Raumes (Mittelmeerraum und Nordafrika), diese Länder sind für die Russische Föderation nach wie vor von „*strategischer Bedeutung*“ und kollidieren mit Integrationsprozessen seitens der EU und der NATO. Mit Serbien unterhält die Russische Föderation kulturell und historisch enge Verbindungen, Moskau spricht sich in diesem Raum vehement gegen EU- und NATO-Beitritte aus. Mit

---

Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems,  
30. August 2021, S.14.

<sup>257</sup> Ebenda, hier S.15.

dem Beitritt Montenegros zur NATO am 5. Juni 2017 verlor die Russische Föderation die Perspektive einer Marinebasis im Adriatischen Raum.<sup>258</sup>

- Die dritte Einflussosphäre betrifft Länder, die weiter entfernt sind *„und in denen Moskau keine unmittelbaren strategischen Interessen zur eigenen Landesverteidigung und Sicherheitspolitik hat, wie zum Beispiel in Ländern Subsahara-Afrikas oder in Venezuela. Präsident Putin pflegte bereits mit dem venezuelanischen Machthaber Hugo Chávez enge politische und wirtschaftliche Beziehungen, ebenso mit seinem Nachfolger Nicolás Maduro. Die Russische Föderation stimmt zu Gunsten von Venezuela ab – bei UN-Resolutionen. Venezuela erkennt Südossetien und Abchasien als eigenständige Staaten an.“*

259

Zudem gibt es zwischen Japan und der Russischen Föderation keine Einigung im Territorialstreit um vier steinige Inseln des Kurilenarchipels zwischen Hokkaido und Kamtschatka im Nordpazifik. Die Südkurilen – so bezeichnet die russische Regierung die Inseln (in Japan Northern Territories genannt) – wurden von der Sowjetunion während des von den USA an Moskau erbetenen sowjetisch-japanischen Krieges im August und September 1945 besetzt. Sowjetische Truppen besetzten dabei jene Territorien, die das zaristische Russland während des russisch-japanischen Krieges von 1904 /

---

<sup>258</sup> Ebenda, hier S.17.

<sup>259</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S.14.

1905 verloren hatten, zudem auch die Kurilen, die sich seit 1875 unter japanischer Verwaltung befanden. Der damalige US-Präsident Harry S. Truman unterstützte den Anspruch Josef Stalins, die Kurilen der Sowjetunion zu übergeben. Rund 17.000 Japaner waren daraufhin gezwungen, die Inseln zu verlassen. Japan wurde zwar im Vertrag von San Francisco von 1951 aufgefordert, die Inseln abzutreten, die USA unterstützten jedoch die Rückgabeforderungen Japans. Ein Friedensvertrag wurde zwischen Japan und der Russischen Föderation bisher noch keiner unterzeichnet. In dem umstrittenen Gebiet werden Rohstoffe wie Öl und Gas vermutet, zudem gelten die Gewässer um die Kurilen als sehr fischreich. Russlands damaliger Präsident Medwedew kündigte daraufhin an, das russische Militär auf der Inselkette zu verstärken: „Alle müssen verstehen, dass die Inseln Gebiet der Russischen Föderation sind.“ Bei einer Gedenkveranstaltung Anfang Januar 2011 beanspruchte der damalige japanische Premierminister Naoto Kan die „von Russland besetzten Nordterritorien“ für Japan und forderte die Rückgabe. Auch nannte er den Besuch des damaligen russischen Präsidenten Medwedew auf den Inseln im November 2010 eine „unverzeihliche Provokation“. Medwedew hatte zu diesem Zeitpunkt als erster ranghoher russischer Politiker seit Jahrzehnten das umstrittene Gebiet offiziell besucht. Nach Kans Rede zerrissen ultranationalistische Demonstranten in Tokio eine russische Flagge und zündeten diese vor der russischen Botschaft an. Die Äußerungen Kans wären demnach „extrem undiplomatisch“ gewesen, so Russlands Außenminister Sergej Lawrow, zudem sei es „völlig inakzeptabel“, dass sich die Regierung in Tokio nicht von nationalistischen Protesten klar distanziert hatte. Für die Russische Föderation ist es wichtig, dass die Kurileninseln Teil des Zugangs zum Ochotskischen Meer sind, Japans Außenminister Seiji Maehara machte damals deutlich, dass er seine „Karriere dafür einsetzen werde, die Inseln für Japan zurückzuerobern.“<sup>260</sup> Auch im Jahr 2016 bewegte sich im Streit um die Kurilen die russische Regierung nicht, obwohl Japan 68 Wirtschaftsverträge angeboten hatte – als eine Art Vorleistung. Am Ende des Treffens von Wladimir Putin mit Japans Premierminister Shinzo Abe – dem ersten Besuchs Putins in Japan nach elf Jahren – hieß es, über die Kurileninseln sei gar nicht geredet worden, zudem wolle

---

<sup>260</sup> Die Presse, Neue Eiszeit zwischen Moskau und Tokio, in: Die Presse, 10.02.2011, S. 7.

Japan in der Russischen Föderation ohnehin nicht groß investieren. Putin betonte jedoch: „Für mich ist am bedeutendsten, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil nur das die Bedingungen für langfristige Kooperation schafft.“ Japan und die Russische Föderation sind seit dem Zweiten Weltkrieg juristisch gesehen noch im Kriegszustand.<sup>261</sup> Die japanische Regierung beschloss nach dem Beginn des russisch-ukrainischen Krieges am 24. Februar 2022, die Ausgaben für seine Streitkräfte von einem Prozent des BIP (2022) auf zwei Prozent innerhalb von fünf Jahren drastisch zu erhöhen (jedes Jahr werden die Verteidigungsbudgets um jeweils eine Billion Yen erhöht), in diesem Zusammenhang sollen auch Langstreckenraketen beschafft werden. Als Gründe dafür werden zunehmende geopolitische Spannungen mit der Volksrepublik China sowie das „unvorhersehbare“ Nordkorea angegeben, die Russische Föderation wird hier nicht erwähnt.<sup>262</sup>

## Russlands eurasische Wende

Das „System Putin“ bzw. „die vom Kreml etablierten gelenkte Demokratie“, die auf einer „starken Zentralmacht bzw. der so genannten ‚Präsidentenvertikale‘“ basiert, „deren Herzstück die Verwaltung des Präsidenten der Russländischen Föderation in Moskau ist“,<sup>263</sup> weist folgende Merkmale auf:

---

<sup>261</sup> Angela Köhler, Japans Premier über Gipfel mit Putin enttäuscht, in: Die Presse, 17.12.2016, S. 6.

<sup>262</sup> Takaya Yamaguchi und Yoshifumi Takemoto, Japan to increase defence budget by \$ 7.3 bln in fiscal 2023 – Sources, REUTERS, December 9, 2022 11:00 AM GMT+1, <https://www.reuters.com/markets/asia/japan-increase-defence-budget-by-73-bln-fiscal-2023-sources-2022-12-09/> [12.12.2022]

<sup>263</sup> Dabei handelt es sich um eine „Kommandokette“ des Kremls, in die sich alle relevanten Organe in Staat und Gesellschaft – darunter vor allem Regierung, Parlament, Justiz und relevante Parteien, Verbände und die Medien – einzuordnen haben. Aus: Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 7.

- Eine straffe Zentralisierung des politischen Systems;
- Eine Aushöhlung der Autonomie der Regionen (die noch in den 1990er-Jahren eine zum Teil eigenständige Rolle in Hinblick auch auf den Einfluss auf die föderale Ebene gespielt hatten);
- Staatlich verordneter Patriotismus (eine der zentralen Postulate des „patriotischen Konsenses“ besteht aus der Annahme, dass Russland eine „Groß- und Weltmacht ist bzw. wieder eine solche zu werden hat“ – Moskau erhob bereits vor dem Aufstieg Wladimir Putins zum Präsidenten 1999/2000 bereits wieder Anspruch auf globales Mitspracherecht)<sup>264</sup>
- Anzeichen für die Entstehung einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat;
- „Wahlen mit vorbestimmtem Ausgang“;
- Kontrolle des Kremls über die meisten landesweit sendenden elektronischen Medien (und sämtliche Fernsehkanäle) und zahlreicher Printmedien
- „eine politisierte und am Gängelband der Exekutive hängende Justiz (bis hin zum Verfassungsgericht)“;
- Eine Ausweitung des staatlichen Einflusses in die Wirtschaft.

---

<sup>264</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 13.

- Eine Militarisierung der Gesellschaft. Nach Berechnungen der Elitenforscherin Olga Kryschtanowskaja (Institut für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften) aus dem Jahr 2006 waren 78 Prozent der 1.028 relevantesten Politiker und Funktionäre der Russischen Föderation „irgendwann mit dem *sonjetischen KGB und / oder postsowjetischen russischen Diensten verbunden*.“<sup>265</sup>

Anfang 1997 entstand in der Staatsduma die fraktionsübergreifende Gruppierung „*Anti-NATO*“, der Anfang 1998 über 300 kommunistische, nationalistische und auch demokratische Abgeordnete angehört hatten: „*Die NATO war und ist denn auch ein wichtiger Katalysator des patriotischen Konsenses*.“<sup>266</sup> Der russische politische Analytiker Pavel Felgenhauer meinte dazu: „*The genuine threat is currently perceived to be coming from the West*.“<sup>267</sup> In der Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation (bestätigt durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 24 vom 10. Januar 2000) wurde das gleichnamige Dokument aus Ende 1997 wie folgt dazu neu gefasst:

- Abschnitt I: In der globalen Politik stünden sich zwei Tendenzen gegenüber: einerseits die von der Russischen Föderation unterstützten Bemühungen zur Schaffung einer „*multipolaren Welt*“, andererseits die

---

<sup>265</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>266</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>267</sup> Ebenda.

Politik des Westens unter der Führung der USA. Daraus wurde abgeleitet: „Eine Reihe von Staaten beabsichtigt, die Russische Föderation vor allem politisch, wirtschaftlich und militärisch zu schwächen.“<sup>268</sup>

- Abschnitt II: die nationalen Interessen Russlands erfordern eine Stärkung seiner Position als „Großmacht“ und „eines der Einflusszentren einer multipolaren Welt“.
- Abschnitt III: Verweise auf wirtschaftliche Probleme des Landes und auf eine Schwächung der Russischen Föderation im internationalen Kontext: „einzelne Staaten“ wollten „den Stellenwert Internationaler Sicherheitsorganisationen wie UNO und OSZE reduzieren“. Die NATO dehne sich nach Osten aus, folglich bestünde die „Möglichkeit des Auftauchens ausländischer Militärbasen und großer militärischer Kontingente in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen.“ Zudem versuchen „andere Staaten“, den Einfluss der Russischen Föderation in Europa, im Nahen Osten, im Südkaukasus, in Zentralasien und in der Pazifikregion zu schwächen.“<sup>269</sup>
- Abschnitt IV: „Formierung harmonischer Beziehungen zwischen den Nationen“; „Bewahrung der Rolle der russischen Sprache als Faktor der geistigen Einheit der Völker im multinationalen Russland“; „Die Interessen Russlands erforderten seine militärische Präsenz in einigen strategisch

---

<sup>268</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>269</sup> Ebenda.

wichtigen Regionen der Welt“; „Das Militärpotenzial des Staates sei auf ‚hinreichend hohem Niveau‘ zu halten.“<sup>270</sup>

Die damals neue russische Militärdoktrin (Militärdoktrin der Russischen Föderation, bestätigt durch Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation, Nr. 706 vom 21. April 2000), wurde durch den Erlass des Präsidenten am 21. April 2000 in Kraft getreten. Dieses Dokument entwickelte die bis dahin gültigen Grundprinzipien der Militärdoktrin aus dem Jahr 1993 weiter und konkretisiert die Konzeption der Nationalen Sicherheit wie folgt:

- „Reduzierung der Gefahr eines großmaßstäblichen Krieges, aber gleichzeitig einer Verbreitung von lokalen Kriegen und bewaffneten Konflikten, der Verstärkung von nationalem, ethischem und religiösem Extremismus sowie einer Aktivierung des Separatismus.“<sup>271</sup>
- Als „destabilisierende Faktoren“, die einwirken, galten damals die Nutzung militärischer Gewaltaktionen als Mittel „humanitärer Interventionen“ ohne Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, unter Umgehung der allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts, sowie die „Tätigkeit extremistischer, nationalistischer, religiöser, separatistischer, terroristischer Bewegungen, Organisationen und Strukturen“ (diese waren vor allem auf Tschetschenien bezogen).<sup>272</sup>

---

<sup>270</sup> Ebenda, S. 32.

<sup>271</sup> Ebenda, S. 32f.

<sup>272</sup> Ebenda, S. 33.

- Die Drohung einer *direkten militärischen Aggression* gegen die Russische Föderation war damals reduziert, dank „*der positiven Veränderungen der internationalen Lage, des aktiven friedliebenden außenpolitischen Kurses unseres Landes und der Aufrechterhaltung des russischen Militärpotentials, vor allem des nuklearen Abschreckungspotentials, auf einem hinreichenden Niveau.*“<sup>273</sup>
- Der Unterabschnitt „*Charakter der Kriege und bewaffneten Konflikte*“ unterscheidet zwischen „*lokalen*“, „*regionalen*“ und „*großen Kriegen*“. Russland müsse in jedem Fall eine Beendigung jener Kampfhandlungen erzwingen, die den Interessen der Russischen Föderation entspricht.<sup>274</sup>

Die Konzeption für Außenpolitik der Russischen Föderation, bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 28. Juni 2000 ersetzte ein entsprechendes Dokument aus dem Jahr 1993:

- Dieses Dokument setze grundsätzlich „*keine neuen Akzente, sondern fasste lediglich vertraute offizielle Positionen Moskaus zusammen.*“
- Dieses Dokument „*postuliert eine aus mehreren gleichberechtigten Großmächten bestehende ‚multipolare Welt‘. Die Konzeption beklagt, dass bei der Lösung ‚prinzipieller Fragen der internationalen Sicherheit‘ das Schwergewicht auf westliche Institutionen und Foren im begrenzten Bestand*“ (gemeint war ohne

---

<sup>273</sup> Ebenda.

<sup>274</sup> Ebenda.

Russland) und eine „*Schwächung der Rolle des UN-Sicherheitsrates gelegt werden.*“<sup>275</sup> Am UN-Sicherheitsrat „*vorbei*“ gingen damals amerikanische und britische Luftschläge gegen Saddam Hussein (Irak) im Zuge der *Operation Desert Fox* vom Dezember 1998, ebenso die NATO-Operation *Allied Force* gegen die Bundesrepublik Jugoslawien von März bis Juni 1999.

- Ablehnung von „*humanitären Operationen*“, die dazu dienen könnten, „*einseitige Gewaltaktionen*“ unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates zu rechtfertigen. Die Konzeption warnt vor „*Einmischungen in die inneren Angelegenheiten*“ von Staaten, zu denen es kommen könne, wenn „*die Rolle des souveränen Staates als grundlegendes Element der internationalen Beziehungen geschwächt werde.*“<sup>276</sup>
- Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) steht an erster Stelle, danach die OSZE, der Europarat, die Beziehungen zur EU, NATO, Westeuropa, Zentral- und Osteuropa, den baltischen Staaten (von denen eine „*Respektierung der russischen Interessen*“ verlangt wird), der Balkanregion. Mit den USA bestehen demnach weiterhin „*ernsthafte*“ Meinungsunterschiede, zudem wird der „*Schutz der*

---

<sup>275</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>276</sup> Ebenda, S. 35.

Rechte und Interessen russischer Bürger und Landsleute im Ausland betont.“<sup>277</sup>

Das Dokument *Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte der Russischen Föderation* stellt eine Denkschrift dar. Sie wurde auf der Tagung führender Militärs am 2. Oktober 2003 im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation vorgestellt:

- Dieses Dokument konstatiert eine bedeutsame Rolle der „*Militär-  
macht bei der Gewährleistung der politischen und ökonomischen Interessen der  
Staaten der Welt.*“<sup>278</sup>
- „*ein globaler Atomkrieg und ein großmaßstäblicher Krieg gegen die NATO zäh-  
len nicht zu den wahrscheinlichsten Konflikten.*“
- Aufzählung von Besonderheiten möglicher Kampfhandlungen „*in  
der strategischen Richtung West.*“
- „*Partnerbeziehungen*“ Russlands zur NATO.
- „*Wenn [...] die NATO als Militärallianz mit der heute existierenden offensi-  
ven Militärdoktrin erhalten bleibt, dann erfordert das einen tiefgehenden*

---

<sup>277</sup> Ebenda.

<sup>278</sup> Ebenda, S. 36.

*Umbau der russischen Militärplanung und der Prinzipien des Aufbaus der russischen Streitkräfte, eingeschlossen die Veränderung der russischen Kernwaffenstrategie.*<sup>279</sup>

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion befanden sich auch die russischen Streitkräfte in einer schweren politischen und moralischen Krise, zwischen 1988 und 1994 wurde der Personalstand der Streitkräfte von fünf Millionen Personen (Sowjetunion) auf eine Million reduziert. Zudem sank das Verteidigungsbudget des Kremls nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI während dieser Zeit drastisch, von 246 Milliarden US-Dollar im Jahr 1988 auf 14 Milliarden US-Dollar im Jahr 1994.<sup>280</sup> Moskau zog zudem bis 1994 an die 700.000 Soldaten aus Afghanistan, Deutschland, der Mongolei und aus Osteuropa ab und befand sich in einem personellen wie materiellen äußerst kritischen Zustand. Im Jahr 2000 sank das Nuklear-U-Boot *Kursk* in der Barentssee, der Kapitän der *Kursk* verdiente damals umgerechnet 200 US-Dollar im Monat.<sup>281</sup>

Zwischen den Jahren 1991 und 2008 wurden russische Streitkräfte innerhalb der ehemaligen sowjetischen Grenzen eingesetzt, so vor allem mit dem Ziel, Konflikte einzufrieren. So intervenierten russische Truppen in kleinem Stil während der 1990er-Jahren bei ethnischen Konflikten in Georgien, Moldawien sowie im tadschikischen Bürgerkrieg; Grundlage dafür war die Militärdoktrin aus dem Jahr 1993.<sup>282</sup> 1994 begann der damalige russische

---

<sup>279</sup> Ebenda.

<sup>280</sup> Dmitri Trenin, The Revival of the Russian Military. How Moscow Reloaded, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 23-29, hier S. 23.

<sup>281</sup> Ebenda.

<sup>282</sup> Ebenda.

Staatspräsident die Militäroperation in Tschetschenien mit dem Ziel, die separatistischen Rebellen zu besiegen. In diesem Konflikt zeigten sich die schweren Defizite der russischen Streitkräfte: der russische Generalstab konnte damals gegen die tschetschenischen Rebellen nur 65.000 Soldaten mobilisieren, theoretisch standen bei den russischen Streitkräften damals jedoch eine Million Soldaten unter Waffen.<sup>283</sup> Zudem beteiligten sich russische Streitkräfte an friedensunterstützenden Operationen mit der NATO in Bosnien-Herzegowina im Jahr 1996, zeitgleich protestierte Moskau vehement gegen die Erweiterungspläne der NATO, ebenso gegen die Operation Allied Force der NATO im Jahr 1999 gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien und gegen die US-geführte Militäroperation zum Sturz des irakischen Staatschefs Saddam Hussein.<sup>284</sup>

Die russische Militärdoktrin aus 1993 wurde im Jahr 2010 durch eine neue abgelöst. Als Grundprinzipien dieser Doktrin gelten unter anderem ein starker Staat als die „beste Schutzgarantie für das gesamte Territorium der ehemaligen Sowjetunion, die Schutzpflicht gegenüber Russen im nahen Ausland, die Abwehr der Expansion der NATO sowie die Verteidigung der russischen Interessen im In- und Ausland.“<sup>285</sup> Seit der russischen Militäroperation gegen Georgien 2008 – hier sicherte sich Russland in einer fünftägigen Militäroperation die abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien als Protektorate und verhinderte somit die Umsetzung einer seitens der NATO wenige Wochen zuvor ausgesprochenen Einladung an Georgien, in die NATO aufgenommen zu werden – wurde jedoch zunehmend in die russischen Streitkräfte investiert. 2014 entsendete Moskau bereits Soldaten ohne Hoheitsabzeichen auf ihren Uniformen auf die Krim, um diese schließlich nach dem pro-westlichen Regierungswechsel in Kiew zu annektieren. Monate später stattete die Russische Föderation pro-russische Rebellen in der Ostukraine mit Waffen aus und unterstützte diese auf nachrichtendienstlicher und auf Führungsebene. Im Herbst 2015 verlegte Moskau Teile der

---

<sup>283</sup> Ebenda.

<sup>284</sup> Ebenda.

<sup>285</sup> Walter Laqueur, *Putinismus. Wahn treibt Russland?*, Verlag Propyläen, Berlin 2015, S. 233.

Luftwaffe und der Marine zur Unterstützung des damaligen syrischen Präsidenten Bashar al-Assad, erstmals in der Geschichte intervenierte Russland direkt militärisch im Nahen Osten<sup>286</sup> und das zugunsten des Iran.<sup>287</sup>

Das Jahr 2020 stellte die Finalisierung des ersten Wiederaufrüstungsprogramms der Russischen Föderation seit der Auflösung der Sowjetunion dar. Die Verteidigungsindustrie selbst befand sich in den 1990er-Jahren in Schwierigkeiten und bekam in den 2000er-Jahren durch Präsident Putin neuen Auftrieb. Das erste größere Wachstum fand schließlich in den 2010er-Jahren statt – erstmals seit den 1980er-Jahren. Das Wachstum der russischen Verteidigungsindustrie geht einher mit dem Machtanspruch der Russischen Föderation, wieder als Großmacht anerkannt zu werden und sich wieder mit den USA konfrontativ zu messen. In den 2010er-Jahren wurden seitens der russischen Verteidigungsindustrie folgende Investitionen (Umfang: 19 Billionen Rubel, das entspricht etwa 700 Milliarden US-Dollar für eine Zeitspanne von zehn Jahren) priorisiert:<sup>288</sup>

- Nuklearstreitkräfte – diese wurden modernisiert, vorrangiger als irgendein anderer Bereich der Streitkräfte;
- Außerdienststellung alter sowjetischer Raketen bis zum Jahr 2024 und die Einführung von neuen Interkontinentalraketen – die mobile *Yars* sowie die Hyperschallrakete *Avangard*;

---

<sup>286</sup> Dmitri Trenin, The Revival of the Russian Military. How Moscow Reloaded, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 23-29, hier S. 23f.

<sup>287</sup> Andrea Kendall-Taylor und Michael Kofman, Putin's Point of No Return, in: Foreign Affairs, January / February 2025, S. 72-87, hier S. 85.

<sup>288</sup> Dmitri Trenin, What are Russia's Priorities for 2021?, in: Defense News, January 2021, S. 21.

- Einführung neuer atombetriebener U-Boote, die auch ballistische Raketen tragen können, wie der *Borey-A* mit der seegestützten ballistischen Rakete Bulawa.
- Modernisierung der *Tupolew Tu-95*-Bomber, die gemeinsam mit der *Tupolew Tu-160* als strategische Bomber den Flugbereich der nuklearen Triade bilden;
- Erneuerung des militärischen Satellitensystems.

So hatte die Russische Föderation zunächst ihre Abschreckungsfähigkeiten erhöht und gestärkt. Zudem testete Russland die neue Zirkon-Hyperschall-Antischiffswaffe, zusätzlich entwickelte die russische Luftwaffe das erste Flugzeug der fünften Generation aus russischer Produktion – die Suchoi 57. Dann galt es, bis 2020 aus einem großen stehenden Heer mit gravierenden Personal- und Materialmängeln russische Verbände für kleinere und regionalere Konflikte zu transformieren. Die Streitkräfte sollten flexibler, kleiner und mobiler werden. Erstmals seit den 1870er-Jahren wurden die Streitkräfte derart restrukturiert, keine Massenmobilisierungen mehr vornehmen zu müssen. Es galt nun, die Streitkräfte bei Bedarf ausschließlich entlang der Peripherie zu entsenden, ohne vorherige umfassende Mobilisierung.<sup>289</sup> Mit dem Beginn der hybriden und auch konventionellen Militäroperationen gegen die Ukraine sowie dem offenen Angriffskrieg seit 2022 wird seitens der Moskauer Führung versucht, den Status der Russischen Föderation als Großmacht auch mit massivem Streitkräfteeinsatz zu bestätigen. Die Nationale Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation aus dem Jahr 2016 beschrieb die amerikanische Politik gegenüber Moskau als Eindämmung (*containment*), der Auf- und Ausbau der NATO-Streitkräfte in Richtung russische Westgrenzen und die geplante Entwicklung eines umfassenden

---

<sup>289</sup> Dmitri Trenin, *The Revival of the Russian Military. How Moscow Reloaded*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2016, S. 23-29, hier S. 24.

Raketenabwehrsystems mit globaler Reichweite seitens der USA werden als enorme Bedrohung gesehen. Folglich modernisiert die Russische Föderation ihre Luftverteidigungs- und Raketenabwehrfähigkeiten.<sup>290</sup>

Ähnlich wie „*die Russen ein tiefes Misstrauen gegenüber der Außenwelt hegten, waren den Europäern die russischen Absichten nicht geheuer.*“<sup>291</sup> So versuchen russische Politiker, gezielt Rechtsradikale Parteien für ihre Interessen zu benutzen: „*Unsere fünfte Kolonne in Europa*“ seien radikale Rechte in Europa, erklärte der damalige Präsident der russischen Staatsduma Sergej Baburin und meinte: „*Nationalisten aller Länder, vereinigt euch.*“<sup>292</sup> Extrem Rechte sind gegenüber der USA meist negativ eingestellt – somit auch gegenüber NATO und EU – und gelten als Unterstützter Wladimir Putins. Putin jedoch bestreitet, dass Russland rechte Parteien unterstützt, um die EU zu schwächen.<sup>293</sup>

Lev Gudkow, Leiter des führenden russischen Meinungsforschungsinstituts Levada Centre, zeigte eine deutliche Verschiebung der Meinung der russischen Bevölkerung betreffend Zugehörigkeit zu Europa auf. In einer soziologischen Analyse mit dem Titel „Die Russen lieben Europa nicht mehr“ hatten sich im Jahr 1997 noch 71 Prozent der russischen Bevölkerung als Europäer gehalten, 2008 waren es demnach nur mehr 21 Prozent. Die Orientierung der öffentlichen Meinung nach Europa wurde schwächer und ging im Frühjahr 2014, als die Krim durch Russland annektiert wurde, „praktisch zu Ende“, erläuterte Gudkow. Der Handel mit der EU brach nach der Krim-Annexion empfindlich ein, westliche Experten verließen das Land. Laut russischem Personalvermittler „Unity“ hatte sich die Zahl der Firmen, die ausländische Spezialisten beschäftigen, in den Jahren 2014 bis 2016 von 30 auf fünf Prozent reduziert. Zudem war der Rubel seit 2014 „drastisch abgestürzt“, die Mittelschicht reiste seither seltener in den Westen. In Russland

---

<sup>290</sup> Ebenda, hier S. 28f.

<sup>291</sup> Ebenda.

<sup>292</sup> Walter Laqueur, *Putinismus. Wahn treibt Russland?*, Verlag Propyläen, Berlin 2015, S. 238.

<sup>293</sup> Die Presse, Giftgas in Syrien und „Trollfabriken“, in: Die Presse, 5.06.2018, S. 3.

wurde zudem „Propaganda nicht traditioneller sexueller Beziehungen“ gesetzlich verboten. Die Niederschlagung von Massendemonstrationen im Anschluss an die russischen Parlamentswahlen im Jahr 2011 verdeutlichten zusätzlich eine Abkehr von der EU. Die russische Vorstellung von der EU lässt sich wie folgt darstellen:<sup>294</sup>

- Die traditionelle Familie wird in der EU zerstört, unter anderem durch Homosexualität.
- Die EU lässt durch die Aufnahme irregulärer Migranten und Flüchtlingen zu, dass die eigenen Kulturen zerstört werden.
- Seit Beginn des 20. Jahrhunderts steuert die EU ihrem „*Untergang entgegen*“.
- „*Europa ist berechnend und kühl, Russland hingegen von geistigen Werten be-seelt und emotionell.*“
- „*Europa hasst und fürchtet die Russen.*“
- „*Europa ist politisch korrekt, aber deswegen um nichts weniger verlogen.*“

Russland wendet sich verstärkt dem *Eurasismus* zu, einer vor allem in den 1920er-Jahren unter russischen Emigranten florierenden Strömung der russischen Geopolitik. Vertreter dieser Richtung waren der Philologe Graf Nikolai Trubezkoj (1890-1938), der Ökonom, Geograf und Soziologe Pjotr Sawitzky (1895-1968), der Geistliche Gregorij Florenskij (1893-1979), der Historiker Gregorij Wernadskij (1887-1973) sowie der Ethnologe Lew

---

<sup>294</sup> Eduard Steiner, Keine Sehnsucht nach „Gayropa“, in: Die Presse, Spectrum, 22.10.2016, S. III.

Gumiljow (1912-1992). 2001 gründete Alexander Dugin die Bewegung *Eurasien* auf der Grundlage seines Buches „*Grundlagen der Geopolitik*“ (1. Auflage 1997).<sup>295</sup>

Der Krieg um die Ukraine wurde seitens des russischen Präsidenten Wladimir Putin und Teilen der russischen Bevölkerung auch stark mytologisiert: „*Viele Russen meinen, die Sowjetunion sei das Opfer einer Verschwörung geworden und Michail Gorbatschow habe das Vaterland an den Westen verraten. Präsident Putin befeuert diesen Glauben*“, erklärte Andrej Subow, ehemaliger Professor am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen laut Subow. Zudem versicherte Putin immer wieder: „*Uns geht es schlecht, aber wir machen alles richtig, unsere Feinde im Westen stören uns. [...] Wer Geld hat, schickt seine Kinder zum Studieren an westliche Universitäten, zum Feind. Und wer krank wird, fährt auch in den feindlichen Westen, um sich behandeln zu lassen. Sie reden vom Feind, aber sie glauben nicht an ihn.*“<sup>296</sup> Weiters erläuterte Subow: „*Putins Russland erinnert viel mehr an Mussolinis Italien. Ein korporativer Staat, der mit seinem Kapital den eigenen Firmen hilft, die wiederum einen Teil ihrer Gelder auf inoffizielle Konten des Staates zahlen, um Fußballweltmeisterschaften oder den Krieg in Syrien zu finanzieren. Wie Mussolini hat Putin einen Pakt mit der Kirche geschlossen, lässt Iwan dem Schrecklichen Denkmäler bauen, um wie Mussolini historische Kontinuität vorzutäuschen.*“<sup>297</sup>

Die russische Gesellschaft ist geprägt „*vom Wiedererstarken der orthodoxen Kirche, von einer eurasischen Mission und der tiefsitzenden Angst, von feindlichen Mächten umzingelt zu sein. [...] Der tief verwurzelte antimwestliche, antiliberaler Konsens wird von*

---

<sup>295</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 48.

<sup>296</sup> Stefan Scholl, „Sowjetpropaganda wärmte die Seelen“, Interview mit Andrej Subow, ehemaliger Professor am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen, in: Salzburger Nachrichten, 7.12.2016, S. 8.

<sup>297</sup> Ebenda.

*einer überwältigenden Mehrheit der Russen getragen. Man hält den Westen für dekadent und unmoralisch, lehnt die Demokratie ab und huldigt den starken Staat.*<sup>298</sup>

Die Regierungszeiten in der Russischen Föderation sind zudem „geprägt von Autokratie, Cliquenwirtschaft, Unterdrückung gegen jegliche Opposition und staatliche gelenkten Medien nach innen, Rückgewinnung alter Weltgeltung nach außen.“<sup>299</sup> So existiert keine freie Medienlandschaft, diese dient der Regierung als Sprachrohr. Werden oppositionelle Medien zu einflussreich, werden diese geschlossen und von regierungstreuen Personen gekauft. Es dominiert der Nationalismus mit antiwestlichen Einstellungen.<sup>300</sup>

## Die Nukleardoktrin der Russischen Föderation

Russlands Ankündigung vom September 2024, seine Nukleardoktrin, die gleichnamigen *Grundlagen* vom Juni 2020 zu ändern und anzupassen, kam zu einem Zeitpunkt, an dem die Ukraine die USA unter Druck gesetzt hatten, Langstreckenwaffen an die ukrainischen Streitkräfte zu liefern. Mit diesen Waffen sollen militärische Ziele tief in der Russischen Föderation, die für Angriffe gegen die Ukraine genutzt werden, ausgeschaltet werden. In einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 27. September 2024 verkündete Präsident Wladimir Putin, Russland werde seine Nukleardoktrin überarbeiten, um die Messlatte für den Einsatz von Atomwaffen zu senken, und fügte hinzu, dass Moskau einen Angriff eines Nicht-Atomstaates, an dem jedoch ein Atomstaat beteiligt ist oder von einem Atomstaat unterstützt wird, als „gemeinsamen Angriff gegen die Russische Föderation“ betrachten würde. Eine nukleare Vergeltung, so Putin weiter, könnte demnach in Betracht gezogen

---

<sup>298</sup> Walter Laqueur, *Putinismus. Wozu treibt Russland?*, Verlag Propyläen, Berlin 2015, Buchrücken.

<sup>299</sup> Ebenda, S. 90.

<sup>300</sup> Ebenda.

werden, „sobald wir verlässliche Informationen über einen massiven Abschuss von Luft- und Weltraumangriffswaffen und deren Überschreitung unserer Staatsgrenze erhalten. Ich meine strategische und taktische Flugzeuge, Marschflugkörper, UAVs [unbemannte Luftfahrzeuge], Hyperschall- und andere Flugzeuge.“

Pavel Podvig, ein Experte für russische Atomstreitkräfte, schrieb in einem Thread auf X, dass es in der Ankündigung eine „absichtliche Mehrdeutigkeit“ gäbe, insbesondere in Bezug darauf, was die Doktrin als Aggression gegen Russland definiert: „In der aktuellen Version der russischen Nukleardoktrin gibt es keinen Unterschied zwischen einer Aggression durch einen nuklearen und einem nichtnuklearen Staat“, schrieb er. „Alles, was man braucht, ist eine Aggression, die die Existenz des Staates bedroht.“

Podvig verwies auf eine frühere russische Zusicherung, dass Moskau keine Atomwaffen gegen Nicht-Atomwaffenstaaten einsetzen werde, mit einer Ausnahme: wenn dieser Staat „in Verbindung oder Allianz mit einem Atomwaffenstaat“ handle.<sup>301</sup>

Putin hatte am 19. November 2024 die Nukleardoktrin schließlich angepasst: „So soll nicht mehr nur die existenzielle Bedrohung der Souveränität Russlands den Einsatz von Atomwaffen erlauben, sondern ‚massive Luftschläge‘ oder der Angriff einer Nicht-Nuklearmacht, die dabei von Nuklearmächten unterstützt wird.“<sup>302</sup> Dazu unterzeichnete Putin das „Dekret zur Genehmigung der Grundlagen staatlicher Politik im Bereich nukleare Abschreckung“, dieses Dokument kann als Nukleardoktrin bezeichnet werden, „insofern es sich um eine Auslegeordnung grundsätzlicher Prinzipien über Bedrohung, Zielsetzungen und Einsatz russischer Nuklearwaffen handelt.“ Dieses Präsidialdekret ist in vier Teile gegliedert:

---

<sup>301</sup> Nathan Hodge, Putin revidiert seine Nukleardoktrin, aber haben sich seine roten Linien verschoben?, CNN, Friday, 27 September 2024. 11.04 hours EDT <https://edition.cnn.com/2024/09/27/world/putin-nuclear-doctrine-analysis-intl/index.html> [18.10.2024].

<sup>302</sup> Christophe von Wendt, Krieg gegen die Ukraine. Ist ein Frieden mit Russland möglich?, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 34-37, hier S. 35.

- Allgemeine Bestimmungen (Kapitel I)
- Wesen der internationalen Abschreckung (Kapitel II)
- Bedingungen der Russischen Föderation zum Einsatz von Atomwaffen (Kapitel III)
- Aufgaben und Funktionen von Behörden und Organisation bei der Umsetzung der genannten Politik (Kapitel IV).<sup>303</sup>

Die nukleare Abschreckung bleibt für die Russische Föderation „*defensiver Natur*“, der Einsatz von Atomwaffen eine „*extreme Maßnahme*“. Die russische Regierung hat von der Sowjetunion ein umfangreiches Atomwaffenarsenal übernommen und modernisiert,

*„zur Sicherstellung der Souveränität und territorialen Integrität, zur Abschreckung eines potentiellen Gegners vor einer Aggression gegen die Russische Föderation und / oder gegen Verbündete, zur Verhinderung weiterer Eskalationen und zur Erzwingung der Einstellung von Kampfhandlungen zu Bedingungen, die für Russland annehmbar seien.“<sup>304</sup>*

---

<sup>303</sup> Bruno Russi, Drohung mit der russischen nuklearen Abschreckungspolitik, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 11-13, hier S. 11.

<sup>304</sup> So Artikel 9 der Nukleardoktrin, Allgemeine Bestimmungen, zitiert aus: Bruno Russi, Drohung mit der russischen nuklearen Abschreckungspolitik, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 11-13, hier S. 11.

Das Dekret vom Juni 2020 erwähnte noch „die Verpflichtungen“ aus den damals noch bestehenden Rüstungskontrollverträgen (Artikel 6). Aus russischer Sicht richtet sich das Wesen der nuklearen Abschreckung „gegen einzelne Staaten, militärische Koalitionen und / oder Bündnisse, die die Russische Föderation als potenzielle Gegner“ betrachtet und über atomare oder andere Massenvernichtungswaffen bzw. „über erhebliches nichtnukleares Kampfpotenzial *verfügen*.“ Die Nukleardoktrin aus 2024 unterscheidet sich von jener aus 2020 wie folgt:

- NEU wurde der Passus eingeführt, *„dass sich die nukleare Abschreckung auch gegen Staaten / Allianzen richte, welche ihr Territorium und auch ihre Ressourcen zur Vorbereitung oder Durchführung einer Aggression gegen Russland zur Verfügung stellen.“*
- NEU ist auch festgehalten, dass *„ein Angriff eines Nichtnuklearstaates gegen die Russische Föderation mit Unterstützung eines Nuklearwaffenstandes“* ebenso *„Auslöser einer nuklearen Reaktion sein“* könnte.<sup>305</sup>
- NEU wurden im Kapitel III die *„Bedingungen für den Übergang der Russischen Föderation zum Einsatz von Nuklearwaffen“* um Weißrussland ergänzt: *„eine nukleare Reaktion auf eine Aggression gegen Belarus als Mitglied des Unionsstaates“* (seit 1999 bilden die Russische Föderation und Weißrussland einen Unionsstaat mit zunehmender wirtschaftlicher und militärischer Integration).<sup>306</sup>
- NEU wurden in der Nukleardoktrin die *„Bestimmungen um kritische Bedrohungen der Souveränität oder territoriale Integrität“* erweitert (wozu auch

---

<sup>305</sup> Ebenda, hier S. 11.

<sup>306</sup> Ebenda, hier S. 12.

die annektierten ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischja und Cherson gehören).<sup>307</sup>

Gemäß der Nukleardoktrin aus 2024 (Artikel 15) sind die militärischen Gefahren und Risiken, die sich „je nach Lageveränderung zu einer militärischen Bedrohung für die Russische Föderation entwickeln und zu einem nuklearen Einsatz führen könnte“, folgendermaßen umschrieben:

- *„ein potenzieller Gegner verfügt über Nuklearwaffen und Trägermittel, die gegen die Russische Föderation eingesetzt werden können.“*
- *„ein potenzieller Gegner verfügt über Raketenabwehrsysteme, Marschflugkörper, ballistische Raketen mittlerer oder kürzerer Reichweite, hochpräzise nichtnukleare Überschallwaffen (hypersonische Waffen), unbemannte Angriffssysteme (Angriffsdrohnen), Energie- (Laser-) Waffen, die gegen Russland eingesetzt werden können und / oder setzt diese ein.“<sup>308</sup>*
- *„ein potenzieller Gegner baut allgemeinen Streitkräftegruppierungen in den an die Russische Föderation und ihre Verbündeten angrenzenden See- und Landgebieten auf, bei denen auch Mittel zum Abschuss von Nuklearwaffen verfügbar sind und (oder) militärische Infrastruktur, die dies ermöglicht.“<sup>309</sup>*

---

<sup>307</sup> Ebenda.

<sup>308</sup> Ebenda, hier S. 11.

<sup>309</sup> Ebenda, hier S. 12.

- *„hinzu kommen die Schaffung und der Einsatz von Raketenabwehr- und Satellitenabwehrsystemen sowie offensiven Systemen durch einen potenziellen Gegner im Weltraum, und die Stationierung von Nuklearwaffen und ihren Trägersystemen auf Territorien von Nichtnuklearwaffenstaaten.“<sup>310</sup>*

Gemäß Artikel 15 der Nukleardoktrin sind folgende neu hinzugefügte Kriterien, die eine Präzisierung der Bedrohungswahrnehmungen Russlands darstellen, für die Bedrohungsbeurteilung von Relevanz:<sup>311</sup>

- Bildung bzw. Erweiterung bereits existenter oder auch neuer Blöcke oder Bündnisse, die zur Annäherung ihrer militärischen Infrastruktur an die Grenzen der Russischen Föderation führt.
- Isolation eines Teils des Staatsgebietes der Russischen Föderation, einschließlich der Blockade von lebenswichtigen Zugangswegen – das betrifft die russische Exklave Kaliningrad und der durch das NATO-Gebiet zwischen Litauen und Polen führende 66 Kilometer lange Suwalki-Korridor, der wiederum Kaliningrad mit Weißrussland verbindet.
- Handlungen eines potenziellen Feindes, *„die darauf abzielen, umweltgefährdende Objekte der Russischen Föderation zu bekämpfen“* – darunter fallen Zerstörung und Vernichtung, *„die zu vom Menschen verursachten, ökologischen oder sozialen Katastrophen führen können.“*

---

<sup>310</sup> Ebenda.

<sup>311</sup> Ebenda.

- Planung und Durchführung organisierter Militärübungen im großen Stil in der Nähe der Grenzen zur Russischen Föderation durch einen potenziellen Feind.
- Unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie ihrer Trägersysteme.<sup>312</sup>

In Artikel 19 der Nukleardoktrin sind die Einsatzbedingungen für Nuklearwaffen für die Russische Föderation wie folgt definiert:<sup>313</sup>

- Das Vorhandensein verlässlicher Informationen über Einsätze von ballistischen Raketen gegen die Russische Föderation oder auch von Verbündeten.
- Einsätze von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen gegen die Russische Föderation oder gegen Verbündete.
- Angriffe gegen kritische staatliche oder militärische Infrastruktur, die die Zweitschlagfähigkeit der Russischen Föderation gefährden.
- Kollektive Angriffe, die eine kritische Bedrohung der staatlichen Souveränität oder der territorialen Integrität darstellen.

---

<sup>312</sup> Ebenda.

<sup>313</sup> Ebenda.

- Im Jahr 2022 wurde ergänzt, dass auch verlässliche Informationen über „*massive Starts von taktischen oder strategischen Luftmitteln, Marschflugkörper, unbemannten Hyperschallwaffen und weitere fliegende Objekte zum Einsatz russischer Nuklearwaffen führen können, wenn sie die russische Staatsgrenze überschreiten.*“

Dem Präsidenten obliegt die Befehlsgewalt über den Einsatz von Nuklearwaffen, auch der in Weißrussland stationierten Systeme, sowie gleichfalls die Führung der entsprechenden staatlichen Abschreckungspolitik (Artikel 20 bzw. Artikel 22 der Nukleardoktrin). Der Regierung unter Ministerpräsident Mischustin kommt dabei die Funktion der wirtschaftlichen Sicherstellung der Entwicklung der atomaren Abschreckung zu. Dem Verteidigungsministerium unter Andrej Bjelousow obliegt die Planung und Umsetzung der präsidentialen Entscheide im Bereich der nuklearen Abschreckung – gemeinsam mit dem Generalstab unter Generalstabschef Armeegeneral Gerassimow. Dem Nationalen Sicherheitsrat obliegt die Festlegung der Hauptrichtungen der Militärpolitik im Bereich nukleare Abschreckung sowie die Koordination der staatlichen Exekutivorgane bei der Umsetzung der durch den Präsidenten getroffenen Entscheide im Bereich nukleare Abschreckung. Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ist Armeegeneral und ex-Verteidigungsminister Schoigu, Vorsitzender Wladimir Putin, stellvertretender Vorsitzender Dmitrij Medwedew.<sup>314</sup>

---

<sup>314</sup> Ebenda, hier S. 12.

## Die Strategische Partnerschaft zwischen China und Russland

### China und Russland – zwei ungleiche Länder auf dem Weg zur koordinierten Partnerschaft

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation sind sowohl historisch als auch kulturell gesehen zwei höchst unterschiedliche Länder mit völlig differenzierter Entwicklung, Geschichte und Geschichtsauffassung. Während die Russische Föderation sozusagen als „*Lead Nation*“ in der Sowjetunion Supermachtstatus erreichte – dieser schwand jedoch mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 – setzte die Volksrepublik China nach den Jahrzehnten unter der Führung Mao Zedongs ab 1978 eine Politik der Öffnung durch, mit dem Ziel, bis 2049 eine wirtschafts- und militärpolitische Supermacht zu werden. In beiden Ländern wurden und werden auch die Atomwaffenfähigkeiten kontinuierlich ausgebaut und modernisiert. Zudem finden parallel dazu in beiden Ländern umfassende Streitkräftemodernisierungsprogramme statt, die sich gegen eine amerikanische Hegemonie richten. China soll bis zum hundertjährigen Jubiläum der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 2049 in der Folge eine „*Weltklassearmee*“ besitzen. Dazu mobilisierte China seine Wirtschaftspolitik in einem Rekordtempo – nach chinesischen Angaben wurden seit 1978 durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Kommunistischen Partei Chinas über 700 Millionen Menschen aus der Armut befreit.<sup>315</sup> Zusätzlich begann China seit den 1990er-Jahren, sich auf globaler Ebene gezielt wirtschaftlich zu vernetzen, relevante Industriezweige aufzukaufen und sich an Infrastruktur (wie auch an Seehäfen) zu beteiligen – für andere Länder relevante Industriezweige wurden

---

<sup>315</sup> Gunther Hauser, Chinas Aufstieg zur Globalmacht. Der Weg einer Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 1/2020, Wien, Mai 2020, S. 10.

auch deshalb gekauft, um den wirtschaftlichen Fortschritt Chinas zu beschleunigen. Parallel dazu wurden die wirtschafts- und energiepolitischen Beziehungen zwischen China und der Russischen Föderation erheblich erweitert. Nach chinesischen Angaben wurden im Jahr 2020 bereits 40 Millionen Tonnen Erdöl aus Russland nach China transportiert, zudem rund vier Milliarden Kubikmeter Flüssiggas – nachdem 2019 die chinesisch-russische *Ostpipeline* in Betrieb gegangen war.<sup>316</sup> Am Energiesektor wurde die Partnerschaft zwischen China und Russland wie folgt ausgebaut:

- 2013: Rosneft unterzeichnete mit China Lieferverträge für 25 Jahre im Ausmaß von 270 Milliarden US-Dollar.<sup>317</sup>
- 2014: Rahmenabkommen zwischen Russland und China über die Lieferung von 30 Milliarden Kubikmeter Gas durch Gazprom nach China.
- 2019: 30-Jahresvertrag zwischen Gazprom und der China National Petroleum Corporation im Umfang von 400 Milliarden US-Dollar über die Lieferung von 38 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr nach China<sup>318</sup> und den Bau einer 4.000-Kilometer-Pipeline in die Provinz Heilongjian.<sup>319</sup>

---

<sup>316</sup> Aus Global Times (China), Highlights of Chinese-Russian Strategic Partnership, 2021 (Folie).

<sup>317</sup> Eduard Steiner, Wie Moskau und Peking flirten, in: Die Presse, 10.07.2018, S. 13.

<sup>318</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 98.

<sup>319</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: Die Presse, 30.03.2015, S. 26 und 27.

Im Jahr 2011 wurde China wichtigster Handelspartner der Russischen Föderation, im Jahr 2014 stiegen die chinesischen Investitionen in Russland um 80 Prozent. Während Anfang der 1990er-Jahre das bilaterale Handelsvolumen an die fünf Milliarden US-Dollar betrug, erhöhte sich dieses auf 100 Milliarden im Jahr 2014.<sup>320</sup> Im Jahr 2015 hatte die Russische Föderation bereits Saudi-Arabien als größter Öllieferant Chinas abgelöst. Zudem bleibt China die größte Exportdestination für die russische Agrarwirtschaft. China und die Russische Föderation bauten in Zeiten der COVID-19-Pandemie ihre „medizinische Partnerschaft“ aus. Zwischen 2013 und 2021 hatten zudem die Präsidenten Wladimir Putin sowie Staats- und Parteichef Xi Jinping ihre Partnerschaft mit insgesamt 30 persönlichen Treffen deutlich gemacht. In weiterer Folge wurden die Kooperationen auf wirtschafts-, sicherheits- und militärpolitischer Ebene massiv ausgebaut. Weiters unterzeichneten China und Russland ein Memorandum of Understanding für den Bau einer „wissenschaftlichen Forschungsstation“ auf dem Mond.<sup>321</sup> Die bilateralen Kooperationen stützen sich seither auf vier Säulen: wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch gemeinsame Koordination bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, Abstimmungen durch Treffen auf präsidentieller Ebene, Stärkung der militärischen Beziehungen beider Länder sowie Ausbau der Zusammenarbeit bei der Weltraumforschung.<sup>322</sup> China und Russland haben sich auch bereit erklärt, ihre Kooperationen bei der zivilen Nutzung der Atomkraft (dazu existiert seit 2018 ein Vertrag),<sup>323</sup> in der zivilen Luftfahrt, im Eisenbahnwesen (bei der Entwicklung von Hochgeschwindigkeitszügen),

---

<sup>320</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 98.

<sup>321</sup> Aus Global Times (China), Highlights of Chinese-Russian Strategic Partnership, 2021 (Folie).

<sup>322</sup> Ebenda.

<sup>323</sup> Thomas Hale, China's top diplomat heads to Moscow as ties strengthen, in: Financial Times, May 24th, 2021, S. 3.

beim Aufbau von strategischer Infrastruktur, im Finanzbereich und bei der Entwicklung von Waffen auszubauen.

### **Ausbau der Strategischen Partnerschaft**

Am 16. Dezember 1949 trafen sich die Staatsscheffe der damals neugegründeten Volksrepublik China, Mao Zedong, und der Sowjetunion, Josef Stalin, in Moskau. Ein „Freundschafts- und Bündnisvertrag“ zwischen beiden Ländern wurde am 14. Februar 1950 unterzeichnet, dabei gab die Sowjetunion territoriale Ansprüche gegenüber China auf, wie die im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta geregelte Abtretung der Inneren Mandschurei (Nordchina), zudem war es Ziel, die Landgrenze zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion zu demilitarisieren.<sup>324</sup> In den 1950er-Jahren waren die Sowjetunion und China „*Verbündete gegen die USA*“,<sup>325</sup> China schrieb sogar die „unzerstörbare Freundschaft“ mit der Sowjetunion in die Verfassung.<sup>326</sup> Im Jahr 1958 kam es dann zum Zerwürfnis zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion, Mao Zedong führte gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Peking damals aus: „*Ihr Russen habt niemals Vertrauen in das chinesische Volk gehabt, und Stalin gehörte zu den Schlimmsten [...] Ihr habt oft gesagt, die Europäer würden auf euch Russen herabsehen. Ich glaube, dass einige Russen auf das chinesische Volk herabsehen.*“<sup>327</sup> Der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow bewilligte zunächst wirtschaftliche Hilfsprogramme für die Volksrepublik China. Er verweigerte jedoch der Volksrepublik China den Bau der Atombombe und argumentierte, ein derartiger Schritt wäre eine „ungeheure Verschwendung“, China wäre unter dem Schuttschirm der

---

<sup>324</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10.-11, hier S. 10.

<sup>325</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 26.

<sup>326</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10.-11, hier S. 10.

<sup>327</sup> Ebenda.

Sowjetunion „*obnehin sicher*“. Chruschtschow forderte von Mao Zedong die gemeinsame Ausbeutung von Uranvorkommen, die sowjetische Wissenschaftler damals im Südwesten Chinas entdeckt hatten. Der Disput um die Atombombe führte schließlich zu ernsthaften Irritationen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion. Im September 1959 endete der Besuch von Nikita Chruschtschow in Peking bei Mao Zedong – das Treffen dauerte sieben Stunden – in einem „Desaster“.<sup>328</sup> Mao Zedong hatte die Sowjetunion im Jahr 1962 anlässlich der Kubakrise dafür kritisiert, dass sich Moskau geweigert hatte, Atomwaffen gegen die USA einzusetzen. Am 16. Oktober 1964 testete die Volksrepublik China erstmals eine Atombombe erfolgreich. Bis 1968 stationierte die Sowjetunion 16 Divisionen, 1200 Kampfflugzeuge und 120 Mittelstreckenraketen entlang der sowjetisch-chinesischen Grenze. China erreichte, um auf einen sowjetischen Angriff vorbereitet zu sein, unter Peking eine atomwaffensichere „unterirdische Stadt“, diese erstreckte sich über fast 80 Quadratkilometer. China galt damals mit bereits 550 Millionen Menschen als bevölkerungsreichstes Land der Welt, es umfasste ca. ein Fünftel der Weltbevölkerung.<sup>329</sup>

Nach der Öffnung der USA gegenüber China ab 1972 verschob sich dieses „*Mächtegleichgewicht*“.<sup>330</sup> Gemäß US-Politikwissenschaftler Joseph S. Nye kam es mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 zwischen dem neuen Russland und China „*zu einer erneuten Annäherung*“, indem die Präsidenten Boris Jelzin (Russische Föderation) und Jiang Zemin (Volksrepublik China) im April 1992 erklärten, eine „*konstruktive Partnerschaft*“ zu verfolgen.<sup>331</sup> Manche

---

<sup>328</sup> Ebenda.

<sup>329</sup> Ebenda.

<sup>330</sup> Gemäß der Theorie des Mächtegleichgewichts wird abgeleitet, „dass die Vormachtstellung der USA im Hinblick auf Machtressourcen durch eine chinesisch-russische Partnerschaft ausgeglichen werden sollte.“ Aus: Ebenda.

<sup>331</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: Die Presse, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 26.

Wissenschaftler sahen darin bereits eine „strategische Partnerschaft“ zwischen beiden Staaten, die jedoch nicht mit der chinesisch-sowjetischen Allianz aus den 1950er-Jahren gleichgesetzt werden kann.<sup>332</sup> Die russisch-chinesische Partnerschaft ist seither von großer Bedeutung für die globalen Sicherheitsbeziehungen. Im Juli 1994 unterzeichneten beide Staaten das Übereinkommen betreffend Verhinderung von gefährlichen militärischen Aktivitäten (Agreement on the Prevention of Dangerous Military Activities).<sup>333</sup> Die Russische Föderation und China vereinbarten im April 1996 für das 21. Jahrhundert sogar eine strategische Partnerschaft („strategic partnership of coordination“), die es weiter zu konsolidieren und zu vertiefen gilt.<sup>334</sup> Im selben Monat wurde auch zwischen der Volksrepublik China, der Russischen Föderation, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan das Übereinkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich entlang der gemeinsamen Grenzen unterzeichnet (*Agreement on Confidence-Building in the Military Field Along the Border Areas*), im April 1997 unterzeichnete China mit diesen Ländern das Übereinkommen über die Verringerung der Anzahl von Streitkräften in den gemeinsamen Grenzregionen (*Agreement on the*

---

<sup>332</sup> “The Russian-Chinese strategic partnership [...] first proclaimed in April 1992 evokes memories of the Sino-Soviet alliance in the 1950s, but it is actually nothing of the sort”, erläuterte Steve Levine, Mansfield Professor of Asia Pacific Studies, University of Montana, am 11. April 2001 im Rahmen einer Paneldiskussion am Kennan Institute des Wilson Center. Damals, im Jahr 2000, wurden bereits an die 70 Prozent der Waffenverkäufe aus der Russischen Föderation in die Volksrepublik China exportiert. Aus: Joseph Dresen, The Prospects for a Sino-Russian Strategic Partnership, Kennan Institute, Wilson Center, 11. April 2001, <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-prospects-for-sino-russian-strategic-partnership/> [18.06.2021].

<sup>333</sup> Information Office of the State Council of the People’s Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 143.

<sup>334</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 4.

*Mutual Reduction of Military Forces in the Border Areas*).<sup>335</sup> 2001 wurde zwischen China und Russland ein Vertrag über „Freundschaft und Kooperation“ unterzeichnet.<sup>336</sup> Mit Russland schloss China im Juni 2005 ein Abkommen, das die zuvor seit vierzig Jahren ungelösten Konflikte an der 4.300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze beenden soll. Mit der Gründung der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) im Jahr 2001 versuchen China und Russland verstärkt in den Bereichen Antisepzessionsbewegungen, Bekämpfung des Terrorismus und auch militärisch enger zu kooperieren. So versucht Xi Jinping, innerhalb der SCO folgende im Jahr 2020 angekündigten „*Vier Gemeinschaften*“ umzusetzen:

- „eine Gesundheitsgemeinschaft für uns alle“
- „eine Sicherheitsgemeinschaft für uns alle“
- „eine Entwicklungsgemeinschaft für uns alle“
- „eine Gemeinschaft für den Kulturaustausch für uns alle“<sup>337</sup>

---

<sup>335</sup> Information Office of the State Council of the People’s Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 143.

<sup>336</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: Die Presse, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 26.

<sup>337</sup> Xinhua, Xiplomacy: Xi promotes SCO’s role in pursuing better shared future for mankind, China Daily.com.cn, Updated 2021-06-15 13:08, <http://www.china-daily.com.cn/a/202106/15/WS60c835daa31024ad0bac6d49.html> [28.06.2021]

## China und Russland bauen ihre Militärbeziehungen aus

Seit 2012 führen China und Russland regelmäßige militärische Übungen durch, es gibt mittlerweile einen umfassenden Mechanismus für militärische Koordinationen beider Länder. Russland verkaufte an China ursprünglich Waffentechnologie „zweiter Relevanz“, 2015 entschied Russland, auch High-Tech-Systeme (wie das Boden-Luft-Raketensystem *S-400* und das Kampfflugzeug *Suchoj Su-35* und auch verstärkt Zerstörer und Marschflugkörper) an China zu liefern. 2019 kündigte Russlands Präsident Wladimir Putin an, China beim Aufbau eines Frühwarnsystems gegen ballistische Raketen zu unterstützen.<sup>338</sup> Militärübungen gibt es zwischen beiden Ländern nun auf drei Ebenen:

- Auf Ebene der Landstreitkräfte im Rahmen der Übungsserie „*Friedensmissionen*“;
- Auf Ebene der Seestreitkräfte im Rahmen der Übungsserie „*Gemeinsames Meer*“;
- Auf Ebene der Luftstreitkräfte, so im Juli 2019 im Fall einer gemeinsamen Bomberpatrouille.<sup>339</sup>

Gemeinsame Kommandostrukturen zwischen China und Russland sind derzeit noch nicht in Planung. Dennoch bereiten derartige Übungen vor allem den USA große Sorge. In ihrem ersten gemeinsamen Manöver der chinesischen und russischen Streitkräfte (18. – 25. August 2005), mit dem Ausgangspunkt in Wladiwostok und seinem Ende auf der chinesischen

---

<sup>338</sup> Aus: Vladimir Putin´s End-of-Year Press Conference, in: Russian Mind, No 117/01 (1988), January 2020, S. 10-13, hier S. 12.

<sup>339</sup> Dmitry Gorenburg, An Emerging Strategic Partnership: Trends in Russia-China Military Cooperation, April 2020, Number 054, <https://www.marshallcenter.org/en/publications/security-insights/emerging-strategic-partnership-trends-in-russia-china-military-cooperation> [18.06.2021]

Halbinsel Shandong, demonstrierten China und Russland vereinte Stärke. Die Übungsannahme bei dieser ersten Übung der Serie „*Friedenmission*“ („*Frieden 2005*“) lag darin, dass in einem fiktiven Staat ethnische Unruhen zum Bürgerkrieg eskalierten. Chinesische und russische Soldaten marschierten dort, so die Übungsannahme, aufgrund eines UN-Mandats ein, um einen Konflikt zu beenden. An dieser Übung beteiligten sich über 10.000 Soldaten, 140 Kriegsschiffe und Unterseeboote sowie Langstreckenbomber des Typs *Tupolev Tu-22M3*. Die Heranziehung von U-Booten und Langstreckenbomben wäre jedoch bei einer Friedensmission eher ungewöhnlich und erinnert mehr an die Besetzung eines fremden Territoriums. Nach Aussagen eines chinesischen Regierungssprechers sollte diese Übung ausschließlich „*die Fertigkeit der Streitkräfte bei der gemeinsamen Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Separatismus verbessern*.“<sup>340</sup> Bei dieser Militärübung waren nur Beobachter aus den Staaten der *Shanghai Cooperation Organization (SCO)*<sup>341</sup> eingeladen – wie auch aus Afghanistan.

Chinesisch-russische Übungen können mittlerweile auch in Europa abgehalten werden, was wiederum die USA, die NATO und darin insbesondere die baltischen Länder Estland, Lettland, Litauen sowie Polen beunruhigen. Während der ersten derart durchgeführten Marineübung probten im Juli 2017 drei chinesische und bis zu zehn russische Kriegsschiffe mehrere Tage vor den Toren der NATO in der Ostsee für den Ernstfall. Es stellte somit das erste Manöver beider Atommächte im Baltikum sowie auch in Europa insgesamt dar.<sup>342</sup> China war bestrebt, hiermit auch als zweitgrößte Wirtschaftsmacht und Nation mit den zweithöchsten Militärausgaben der

---

<sup>340</sup> Aus: Elke Windisch, China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: Die Presse, 18.08.2005, S. 5

<sup>341</sup> Die SCO wurde im Jahr 2001 von den Staatschefs Chinas, Russlands, Usbekistans, Kasachstans, Kirgisiens und Tadschikistans gegründet. Ziel: Vertrauensbildung und Abrüstung entlang ihrer gemeinsamen Grenzen. Die SCO erstreckt sich über ein Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 1,5 Milliarden Menschen.

<sup>342</sup> Marlies Kastenhofer / Wolfgang Greber, Chinas Traum von der Herrschaft der Meere, Die Presse, 29.07.2017, S. 4.

Welt und nach Zahl mit der größten Kriegsflotte seine maritimen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

An der „*Wostok 2018*“, der bis zu dieser Zeit laut russischem Verteidigungsministerium größten Militärübung seit 1981, hatten bis zu 300.000 Soldaten mit bis zu 36.000 Fahrzeugen und Panzern sowie tausenden Flugzeugen und 80 Kriegsschiffen teilgenommen, die Annahme lautete: Verteidigung im Fall eines Großangriffs. China nahm daran mit 3200 Soldaten teil, ebenso beteiligte sich an dieser Übung ein mongolisches Kontingent. Die russischen Streitkräfte konnten bei dieser Übung ihre neuesten Systeme präsentieren, wie die *Iskander*-Raketen, Kampfpanzer des Typs *T-80* und *T-90* sowie *Suchoj Su-34*- und *Su-35*-Jagdbomber. Ebenso nahmen mehrere Fregatten mit *Kalibr*-Raketen teil.<sup>343</sup>

Im Jahr 2012 begann eine Reihe von gemeinsamen Marinemanövern (*Naval Interaction (Joint Sea) Exercise*)<sup>344</sup> Chinas und Russlands.<sup>345</sup> Diese neuen bilateralen Kooperationen auf militärische Ebene änderte das Verhalten Russlands gegenüber China insofern, als noch in den Jahrzehnten nach dem Zerfall der Sowjetunion bis 2012 große Sorge seitens der russischen Streitkräfte gegenüber der rapiden Aufrüstung des chinesischen Militärs bestand. Die Sorge galt der Verletzlichkeit der russischen Grenzen zu China: zu dieser Zeit führte das chinesische Militär großangelegte Übungen durch, in Moskau

---

<sup>343</sup> Jutta Sommerbauer, Freundschaftsmanöver mit China, in: Die Presse, 12.09.2018, S. 5.

<sup>344</sup> Bei der *Naval Interaction (Joint Sea) 2012* am Gelben Meer nahmen zwischen 22. und 27. April 2012 aus China 18 Kriegsschiffe (inklusive zwei U-Boote) sowie 13 Flugzeuge und fünf Helikopter teil, aus Russland beteiligten sich sieben Kriegsschiffe und vier Helikopter. Für die *Naval Interaction (2013)*, die vom 5.-13. Juli 2013 im Japanischen Meer stattfand, entsendete China neun Kriegsschiffe, einschließlich von zwei U-Booten und drei Helikoptern. Russland beteiligte sich mit 13 Kriegsschiffen (einschließlich U-Booten), drei Flugzeugen und zwei Helikoptern. Aus: Center for Strategic Studies, *China-Russia Joint Military Activities in the Asia-Pacific*, in: Center for Security Studies (CSS), *Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs*, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 22.

<sup>345</sup> Brian G. Carlson, *China-Russia Relations and Asian Security*, in: Center for Security Studies (CSS), *Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs*, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 11-41, S. 17.

herrschte Unbehagen demgegenüber und Experten aus Russland waren der Meinung, dass derartige Übungen der chinesischen Streitkräfte eine „*Generalprobe*“ für eine Invasion nach Russland darstellten. Noch im Jahr 2010 während der Übung Vostok-2010 führte das russische Militär im Fernen Osten taktische Atomschlagsimulationen gegen Chinas Armee durch, die gemäß Annahme in Russland einmarschiert war. 2010 unterstrich Russlands Militärdoktrin die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung gegenüber China in einer derartigen Situation.<sup>346</sup> 2013 fuhren im Zuge der gemeinsamen Marinemanöver fünf daran teilnehmende chinesische Schiffe in das Ochotskische Meer ein, darauf verkündete Russland die Durchführung spontaner Übung (sogenannter *snap exercise*) im Fernen Osten. Russland verkündete zudem einen „*Turn to the East*“ mit dem Ziel, die Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen mit asiatischen Staaten wirtschaftlich und auch militärisch zu entwickeln und die Abhängigkeit zur Volksrepublik zu reduzieren.<sup>347</sup> Im Jahr 2018 lud Russland chinesische Streitkräfte ein, an der Übung *Vostok-2018* mitzuwirken, so schien Russland China nicht mehr als militärische Bedrohung einzustufen.<sup>348</sup> Zwischen 2019 und 2022 führten China und Russland sogar dreimal Marinemanöver gemeinsam mit dem Iran durch.<sup>349</sup> Im Juli 2019 begannen Russland und China mit der Aufnahme gemeinsamer Luftraumpatrouillen über dem westlichen Pazifik, auch Langstreckenbomber nahmen daran teil. Dabei überflogen chinesische und russische Militärflugzeuge gemeinsam die Luftverteidigungsidentifizierungszonen (*Air Defense Identification Zones – ADIZ*) von Südkorea und Japan im Ostchinesischen Meer, wobei als Reaktion darauf Kampfflugzeuge aus Südkorea und Japan zur Abschreckung aufgestiegen waren.<sup>350</sup> Ein russisches Aufklärungsflugzeug flog auch in die Nähe der umstrittenen Inseln von

---

<sup>346</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>347</sup> Ebenda.

<sup>348</sup> Ebenda.

<sup>349</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>350</sup> Ebenda, S. 21.

Dokdo / Takeshima, die von Südkorea kontrolliert, jedoch auch von Japan beansprucht werden, und somit in einem Luftraum, der von Japan und Südkorea beansprucht wird. Das südkoreanische Militärflugzeug feuerte dabei Warnschüsse auf das russische Überwachungsflugzeug ab, was wiederum zu massiver Kritik aus Tokio führte.<sup>351</sup> Im Oktober 2021 führten China und Russland ihre erste gemeinsame Marinepatrouille durch (*Maritime Interaction-2021*) – und zwar im Japanischen Meer. Die sich daran beteiligenden je fünf Kriegsschiffe umrundeten Japan – beginnend in der Tsugaru-Straße in Richtung Pazifischen Ozean, dann über die Osumi-Straße in das Ostchinesische Meer. Dies galt als Reaktion auf US-geführte Marinemanöver zuvor, die auch mit Kriegsschiffen aus Japan und Südkorea durchgeführt wurden. Wenige Tage vor der *Maritime Interaction-2021* erfolgte Anfang Oktober 2021 eine US-geführte Marineübung in den Gewässern südöstlich von Okinawa mit weiteren teilnehmenden Ländern: Japan, Kanada, Neuseeland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.<sup>352</sup> Zudem begannen China und Russland in den Jahren 2016 und 2017 mit gemeinsamen Raketenabwehrübungen, 2019 gab Russland Präsident Putin bekannt, dass er China dabei unterstützen würde, ein Frühwarnsystem gegen Raketenangriffe aufzubauen.<sup>353</sup>

Präsident Wladimir Putin betonte stets, dass es zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China kein Militärbündnis gäbe und auch in Zukunft kein Militärbündnis zwischen beiden Staaten geplant sei.<sup>354</sup> China und Russland bauen seither jedoch systematisch ihre „*Waffenpartnerschaft*“ aus, so bleibt Russland einstweilen wichtigster Waffen- und Technologielieferant für China. China versucht jedoch, die Abhängigkeit von russischen Waffensystemen schrittweise zu mindern. China entwickelt mit Unterstützung Russlands moderne eigene Waffensysteme – von amphibischen

---

<sup>351</sup> Ebenda.

<sup>352</sup> Ebenda.

<sup>353</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>354</sup> Russian Mind, Vladimir Putin's End-of-Year Press Conference, in: Russian Mind. La pensée russe No 177/01 (1988), January 2020, S. 13.

Kriegsschiffen bis zu mobilen Atomraketen und Frühwarnsystemen. Tausende Angehörige der chinesischen Streitkräfte hatten seit 1996 in Russland studiert bzw. Kurse besucht, weiters hatten russische Militäranghörige Ausbildungskurse an der Nationalen Verteidigungsuniversität in Peking absolviert.<sup>355</sup>

### **Koordination in internationalen Organisationen**

Während des US-geführten Krieges gegen Saddam Hussein 2003 übten chinesische Diplomaten große Zurückhaltung, und die chinesischemerikanische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus wurde so ausgebaut<sup>356</sup>, dass sich nach den Koalitionen von 1941 gegen Japan und in den 1970er-Jahren gegen die Sowjetunion fast schon eine dritte Koalition gebildet hatte.<sup>357</sup> Die US-Operation Enduring Freedom zum Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan 2001 wurde von der chinesischen Regierung voll unterstützt: China war vor allem um die zunehmende Radikalisierung von Teilen der uigurischen Bevölkerung in Xinjiang besorgt, die einen „islamistischen Befreiungskampf“ unterstützten und somit eine Loslösung Xinjiangs (47 Volksgruppen leben in dieser Region) von China forderten. Zwischen 2014 und 2019 soll die chinesische Führung in Xinjiang laut Schätzungen von UN-Experten über eine Million Muslime in Lagern interniert haben.<sup>358</sup>

---

<sup>355</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 98.

<sup>356</sup> Die USA setzten auf Drängen Chinas die Islamische Bewegung Ostturkestans auf die Liste terroristischer Vereinigungen; aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, S. 18-24, S. 22.

<sup>357</sup> Ebenda.

<sup>358</sup> Fabian Kretschmer, Chinas harter Kurs: Keine Gnade für die Uiguren, in: Die Presse, 18.11.2019, S. 2.

Vor allem seit 2003 – mit Beginn der US-geführten Militäroperation zum Sturz von Saddam Hussein im Irak – arbeiten jedoch Russland und China eng im UN-Sicherheitsrat zusammen. Um ihre Positionen zu koordinieren, nützen beide Länder diplomatische Rahmenstrukturen wie die BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika sowie Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate) und die SCO (Shanghai Cooperation Organization – SCO) gemeinsam mit Indien, Kasachstan, Kirgisien, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan.<sup>359</sup> Der Ursprung der SCO liegt vor allem im sicherheitspolitischen Bereich, ihre „Keimzelle“ war das Abkommen über die Stärkung des Vertrauens im militärischen Bereich in der Grenzregion“, das Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und China am 26. April 1996 in Shanghai unterzeichneten. Mit einer Erklärung vom 15. Juni 2001 benannte sich die Gruppe in SCO um, der Gruppe trat Usbekistan bei. Beim SCO-Gipfel im Juni 2004 in Tashkent nahmen Afghanistan und die Mongolei als Gäste teil, die Mongolei wurde dabei als Beobachter in die SCO aufgenommen. Beim SCO-Gipfel in Astana im Juli 2005 traten noch der Iran, Pakistan und Indien als Beobachter hinzu.<sup>360</sup> Im April 2002 hatten die Kommandanten der Grenztruppen der SCO-Mitgliedstaaten in Almaty erstmals ein Dokument beschlossen, das die Vereinigung von Militäreinheiten zur „Erfüllung gemeinsamer Aufgaben in der zentralasiatischen Region“ vorsieht.<sup>361</sup> Die SCO gestaltete sich als Gegengewicht zur USA und zur NATO, versteht sich jedoch nicht als „kollektives Sicherheitssystem“. Putin drängte auf eine Abzugsaufforderung an die USA aus dem zentralasiatischen Raum auf dem SCO-Gipfel in Astana

---

<sup>359</sup> Beim „historischen Treffen“ der SCO-Staats- und Regierungschefs in Astana (heute: Nur-Sultan) am 8. und 9. Juni 2017 wurde den beiden südasiatischen Staaten Indien und Pakistan der Mitgliederstatus in der SCO verliehen. Die SCO zählt auch vier Beobachter: Afghanistan, Belarus / Weißrussland, Iran und die Mongolei. Zudem steht die SCO mit sechs Dialogpartnern in Verbindung: Aserbaidshan, Armenien, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka und der Türkei. Aus: The Shanghai Cooperation Organization, The Shanghai Cooperation Organization, [http://eng.sectsc.org/about\\_sco/](http://eng.sectsc.org/about_sco/) [20.11.2019]

<sup>360</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 71.

<sup>361</sup> Ebenda, S. 72.

Anfang Juli 2006. Am 29. Juli 2005 teilte das usbekische Außenministerium der US-Botschaft in Tashkent mit, dass die US-Truppen innerhalb von 180 Tagen das Land zu verlassen hätten. Ende November 2005 zogen die USA ihre letzten Soldaten vom Stützpunkt Chanabad ab.<sup>362</sup> Die SCO hält Militärmanöver ab zur Terrorbekämpfung wie die „*Friedensmission 2007*“ im August 2007 in der Provinz Sinkiang und danach in Tscheljabinsk, 6500 Mann kamen zum Einsatz (4700 aus Russland, 1700 aus China, dazu kamen kleinere Einheiten aus Kasachstan und Tadschikistan, ein Zug Spezialpolizisten aus Kirgisien und 20 usbekische Offiziere).<sup>363</sup> Die Übungen hätten bewiesen, so der russische General Nikolai Bordjuschka, dass es außer der NATO noch „andere Kräfte“ gäbe, die „Verantwortung für regionale Sicherheit übernehmen können“.<sup>364</sup> Am 6. Oktober 2007 wurde das Protokoll der Zusammenarbeit zwischen SCO und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) unterzeichnet, Bordjuschka verlangte damals eine „Vereinigung“ der Potenziale beider Organisationen. Innerhalb der SCO wurden zwecks wirtschaftlicher Koordination ein Interbank Consortium sowie ein Business Council etabliert. Zudem entwickelte die SCO kooperative Beziehungen zu den Vereinten Nationen, der ASEAN sowie zur Organisation des kollektiven Sicherheitsvertrages.<sup>365</sup> Sicherheitskooperation innerhalb der SCO ist ein äußerst relevantes Themenfeld und widmet sich dem Kampf der „*three evil forces*“: Terrorismus, Separatismus (wie in Taiwan, Tibet oder „Ost-Turkestan“ (Xinjiang))<sup>366</sup> und Extremismus; in diesen Bereichen sollen

---

<sup>362</sup> Ebenda.

<sup>363</sup> Ebenda, S. 74.

<sup>364</sup> Ebenda.

<sup>365</sup> Wang Haiyun, *SCO's New Challenges and Missions In Its Development*, in: *International Strategic Studies* 3/2016, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, S. 21-29, hier S. 22.

<sup>366</sup> China Daily.com.cn, *China's Military Strategy*, May 2015, S. 2.

auch der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen sowie die Durchführung gemeinsamer militärischer Übungen verstärkt werden.<sup>367</sup> In Taschkent befindet sich seit 2003 das Anti-Terror-Zentrum der SCO. Zusätzlich dient die SCO dazu, um einen „Neo-Interventionismus“ vor allem seitens der USA in Zentral- und Ostasien zu verhindern: so seien die „sogenannten Farbenrevolutionen“ (wie zum Beispiel in Georgien 2003, in der Ukraine 2004 und in Kirgisistan 2005) Versuche von „US-geführten westlichen Ländern“ gewesen, „to overthrow what they label as ‚authoritarian regimes‘“<sup>368</sup> bzw. „to topple rulers in Georgia in 2003, Ukraine in 2004, and Kyrgyzstan in 2005.“<sup>369</sup> Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte in diesem Zusammenhang die Mitgliedstaaten der SCO vor Volksaufständen und vor Einmischung aus dem Ausland gewarnt: „Wir müssen ausländische Kräfte daran hindern, Farbenrevolutionen anzuzetteln“, so Xi Jinping am 16. September 2022 auf dem SCO-Gipfel in Samarkand.<sup>370</sup>

*„We should strengthen high-level exchanges and strategic communication, deepen mutual understanding and political trust, and support each other in our efforts to uphold security and development interests. We should guard against attempts by external forces to instigate ‚color revolution‘, jointly oppose interference in other countries’ internal affairs under any pretext, and hold our future firmly in our own hands.“<sup>371</sup>*

---

<sup>367</sup> Wang Haiyun, SCO’s New Challenges and Missions In Its Development, in: International Strategic Studies 3/2016, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, S. 21-29, hier S. 29.

<sup>368</sup> Ebenda, hier S. 21.

<sup>369</sup> Timothy Frye, Russia’s Weak Strongman. The Perilous Bargains That Keep Putin in Power, in: Foreign Affairs, May/June 2021, S. 116-127, hier S. 122.

<sup>370</sup> Salzburger Nachrichten, Xi Jinping warnt vor Volksaufständen, in: Salzburger Nachrichten, 17.09.2022, S. 7.

<sup>371</sup> Embassy of the People’s Republic of China (Vienna), Ride on the Trend of the Times and Enhance Solidarity and Cooperation to Embrace a Better Future Statement by H.E. Xi Jinping, President of the People’s Republic of China At the 22<sup>nd</sup> Meeting of the Council of

China und Russland waren in den 2010er Jahren sehr daran interessiert, dass die USA ihren Zugang zur Karshi-Khanabad Luftwaffenbasis im Südosten Usbekistans (seit 2005 als Folge der Massaker der usbekischen Armee an Demonstranten) verlören, ebenso mussten die USA im Jahr 2014 in Manas nahe Bischkek ihre Luftwaffenbasis schließen. Zuvor hatte die usbekische Armee im Jahr 2005 in Andischan im stark islamisch geprägten Ferganatal eingegriffen. Es wurde in die Menge von Demonstranten geschossen (187 Tote): Der damalige Staatschef Islam Karimov versuchte, das Blutbad als Kampf gegen den Terror zu qualifizieren. US-Außenminister John Kerry besuchte im Jahr 2015 noch alle fünf zentralasiatischen Republiken in der Hoffnung, die Beziehungen zu diesen Ländern wieder zu normalisieren.<sup>372</sup>

Durch die SCO soll auch einem künftigen Machtspiel zwischen den USA einerseits sowie China und Russland andererseits massiv entgegengewirkt werden. Die USA haben China und Russland als „strategische Gegner“ klassifiziert. So „scheuen die USA keine Mühe, die Expansion der NATO und die US-japanische Allianz“<sup>373</sup> aus chinesischer und russischer Sicht gegen Russland und China und deren Nachbarregionen voranzutreiben, deshalb dürfen sich künftig die geopolitischen Machtspiele in Zentralasien mit Sicherheit „intensivieren“: „America and Japan may even incite conflicts within and between countries in this region in order to bring war and turmoil to the doorsteps of China and Russia.“<sup>374</sup>

---

Heads of State of The Shanghai Cooperation Organization, Samarkand, 16 September 2022, China Message, no 2022-18, September 2022, S. 3.

<sup>372</sup> Jutta Sommerbauer, Usbekistan sucht einen Nachfolger, in: Die Presse, 30.08.2016, S. 4; und: The Economist, Central Asia: Stans undelivered, in: The Economist, July 2<sup>nd</sup> 2016, S. 48-49, hier S. 48.

<sup>373</sup> Wang Haiyun, SCO's New Challenges and Missions In Its Development, in: International Strategic Studies 3/2016, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, S. 21-29, hier S. 23.

<sup>374</sup> Ebenda.

Zudem wird den USA aus chinesischer Sicht zugetraut, den islamischen Extremismus in Zentralasien für ihre Interessen zu „kanalisieren“.<sup>375</sup>

Anlässlich des 70. Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Peking im Jahr 2019 betonten beide Seiten, dass die bilateralen Beziehungen „*strong and stable*“ sowie „*not subject to external interference*“ seien. Die chinesisch-russischen Beziehungen gründen sich demnach auf einem „*high Level of political mutual trust; a well-developed mechanism for high-level contacts and cooperation in various fields; rich, strategic, and practical cooperation; a solid foundation of generational friendly public opinion; close and effective international cooperation.*“<sup>376</sup>

Die Prinzipien der bilateralen Beziehungen bilden demnach

- „*mutual respect and equal trust*“
- „*mutual assistance and good neighbourliness*“
- „*mutual support and strategic collaboration*“
- „*mutual understanding and compromise for win-win cooperation*“
- „*non-aligned, non-confrontational and not against third parties*“.
- „*deeper integration, close coordination and strategic collaboration on national development strategies, expansion of mutually beneficial economic trade and investment cooperation, more friendly people’s hearts and more mutually compatible cultures.*“

---

<sup>375</sup> Ebenda.

<sup>376</sup> Xinhua, Joint statement of the people’s Republic of China and the Russian Federation on the development of a comprehensive strategic partnership for collaboration in the new era, Moscow, 5 June 2019 (signed by President Vladimir Putin and President Xi Jinping), Xinhua, 6 June 2019, <https://www.bilaterals.org/?joint-statement-of-the-people-s&lang=en> [18.06.2021], S. 2..

- „uphold the principles of multilateralism“<sup>377</sup>

Demnach unterstützt die Russische Föderation die „Neue Seidenstraße“ der Volksrepublik China, umgekehrt sichert die Volksrepublik Unterstützung der von der Russischen Föderation 2014 initiierten Eurasischen Wirtschaftsunion zu:

- „The two sides are strengthening coordinated action in promoting the construction of the ,One Belt, One Road‘ and docking with the Eurasian Economic Union.“  
China unterstützt zudem die „greater Eurasian Partnership Initiative.“
- „The two sides believe that the ,One Belt, One Road‘ initiative and the Greater Eurasian Partnership can go hand in hand, coordinate development and jointly promote regional organizations and bilateral and multilateral integration processes for the benefit of the peoples of the Eurasian continent.“<sup>378</sup>

Die Russische Föderation und die Volksrepublik China schufen einen *strategischen Sicherheitskonsultationsmechanismus (strategic security consultation mechanism)* mit dem Ziel, die strategische Kommunikation zwischen den Verteidigungsministerien und den Streitkräften beider Staaten zu stärken („deepen mutual military trust, strengthen cooperation in the field of military technology, conduct joint military exercises, improve practical cooperation mechanism at all levels in all fields“).<sup>379</sup> Zudem verpflichteten sich beide Seiten, Terrorismus und Extremismus in allen Formen effizient zu bekämpfen,

---

<sup>377</sup> Ebenda, S. 3f.

<sup>378</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>379</sup> Ebenda, S. 5

- *„to strengthen cooperation in combatting the dissemination and propagation of terrorism, extremist ideology and recruitment, to cut off the sources of materials and funds of terrorist organizations, to eliminate incitement to terrorist acts and to detect all types of terrorist activities that threaten the national security of the two countries.“*
- *„To strengthen policy coordination and constructive cooperation in the field of multilateral counter-terrorism“* in Richtung einer *„unified global front against terrorism with the UN at its core“*.
- *„To oppose the application of ‚double standards‘ in combating terrorism and extremism.“*
- *„To condemn the use of terrorist and extremist organizations and combating international terrorism and extremism for geopolitical purposes and interference in the internal affairs“*<sup>380</sup>

Weiters beschlossen die Regierungen beider Staaten, die umfassende Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Wirtschaft zu stärken (Bsp. in der Schaffung eines China-Russia East Line Pipeline-Projekts sowie innerhalb des Russia-China Energy Business Forum, des Russia-China Investment Fund sowie des Russia China Cooperation and Development Fund, auf der Grundlage des Kooperations- und Entwicklungsplans beider Länder für den russischen Fernen Osten (2018-2024) und auch im Bereich Raumfahrt und Satellitentechnik, was die beiden Systeme Beidou-Navigationssystem aus China und Glonass aus Russland betrifft).<sup>381</sup> Zudem vereinbarte die Russische Föderation mit der Volksrepublik China, beim Export von Sojabohnen und Sojabohnenprodukten nach China weiter zu kooperieren, sowie auch

---

<sup>380</sup> Ebenda, S. 5f.

<sup>381</sup> Ebenda, S. 6 und 7.

beim grenzüberschreitenden Transportwesen von Gütern, auch bei der „nachhaltigen Entwicklung der Arktis“. Diese beinhalten den Ausbau der arktischen Wasserstraßen, den gegenseitigen Austausch von Forschung und Entwicklung über den Arktischen Raum, Kooperationen in den Bereichen Infrastruktur, Ressourcenentwicklung, Tourismus, Ökologie und Umweltschutz in der Arktisregion. Beide Staaten betonen die Relevanz der SCO bei der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels, jedoch auch den steigenden Stellenwert der BRICS-Länder in diesem Bereich, hier auch in den Bereichen Grenzsicherheit und Gesetzgebung zur Stärkung der Sicherheit im Cyberspace. Zudem betonen beide Regierungen, im Bereich der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie weiterhin zu kooperieren auf der Grundlage des *Joint Statement of the Heads of Government of Russia and China on the deepening of Strategic Cooperation in the Field of Peaceful Uses of Nuclear Energy*, das am 7. November 2016 unterzeichnet wurde<sup>382</sup> Kooperationen beider Staaten sollen auch auf universitärer Ebene vertieft werden und auch auf dem Gebiet der Menschenrechte in den Bereichen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und das Recht auf Entwicklung gelten. Die Zusammenarbeit im Bereich Menschenrechte richtet sich gegen eine „*politicization of the international human rights agenda, the policy of ‚double standards‘, interference in the internal affairs of sovereign States under the pretext of human rights.*“<sup>383</sup> Zudem soll zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China verstärkt im Bereich der Prävention von Rüstungswettläufen im Weltall zusammengearbeitet werden: „*to prevent outer space from becoming a frontier for military conflict.*“<sup>384</sup> Ziel ist es, ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen zu dieser Thematik zu erreichen: „*A legally binding multilateral instrument to ensure that no weapons of any kind are deployed in outerspace.*“<sup>385</sup> An internationalen Partnerschaften sollen zudem in Richtung „strategische Partnerschaften“ die BRICS in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Finanzkooperationen, politische Sicherheit und

---

<sup>382</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>383</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>384</sup> Ebenda.

<sup>385</sup> Ebenda.

Austausch von Fachkräften und Wissenschaften gestärkt werden, ebenso die SCO in Richtung regionale Sicherheit, Entwicklung, „to promote the formation of a multipolar balanced world and to maintain equal, indivisible, comprehensive and sustainable security and stability.“<sup>386</sup> Weiters sollen Kooperationen auf der Ebene des *East Asia Summit*, des *ASEAN Regional Forum*, der *ASEAN Defence Chiefs' Conference*, dem *Asia-Europe Meeting*, dem *Asia Cooperation Dialogue*, dem *Asia Letter*, der *Greater Tumen Initiative* sowie auf Ebene des chinesisch-russisch-indischen Mechanismus weiterentwickelt werden.<sup>387</sup> Weiters unterhält Peking sogenannte „*umfassende strategische Partnerschaften*“ („*comprehensive strategic partnerships*“) mit Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Mexiko, Peru und Venezuela. Kuba exportiert nach China Nickel, Zink und Luxuszigarren.<sup>388</sup>

Was den Mittleren Osten betrifft, sollte die Lage in Syrien (damals unter Staatschef Assad) „*politisch und diplomatisch*“ gelöst werden auf der Grundlage des Astana-Garantiemächte-Prozesses, das den Kampf gegen alle Terrororganisationen, den Wiederaufbau in Syrien und die Unterstützung Syriens in unterschiedlichen Aufgaben vorsah, auch bei der Entminung des Landes.<sup>389</sup> Russlands Präsident Wladimir Putin hatte sich am 30. September 2015 vom Föderationsrat, dem Oberhaus des russischen Parlaments, einen Militäreinsatz außerhalb der russischen Grenzen – in Syrien – ermächtigen lassen. Die 162 anwesenden Senatoren entschieden sich dafür einstimmig, Präsident Putin erklärte daraufhin: „*Es geht nicht um das Erreichen außenpolitischer Ziele oder die*

---

<sup>386</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>387</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>388</sup> Ebenda.

<sup>389</sup> Xinhua, Joint statement of the people's Republic of China and the Russian Federation on the development of a comprehensive strategic partnership for collaboration in the new era, Moscow, 5 June 2019 (signed by President Vladimir Putin and President Xi Jinping), Xinhua, 6 June 2019, <https://www.bilaterals.org/?joint-statement-of-the-people-s&lang=en> [18.06.2021], S. 16.

*Befriedigung irgendwelcher Ambitionen, deren uns unsere westlichen Partner dauernd beschuldigen, sondern um das nationale Interesse.*<sup>390</sup> Wenige Stunden später flog die russische Luftwaffe bereits ihre ersten Angriffe in der Nähe von Homs, wenige Tage zuvor hatte Russlands Präsident Putin jedoch ein *militärisches Engagement* in Syrien noch ausgeschlossen. Ein Kreml-Sprecher begründete diese militärische Operation in Syrien wie folgt: „*Die Hauptaufgabe ist der Kampf gegen den Terrorismus und die Unterstützung der legitimen Obrigkeit Syriens im Kampf gegen den Terrorismus.*“ Russland unterhielt in Syrien bereits einen Hafen in Tartus. Ziel Russlands war es damals, „*jenes Syrien wiederzuerrichten, dass es bis 2011 gab.*“<sup>391</sup> Mit den USA vereinbarte die Russische Föderation im Jahr 2013 einen Plan mit dem Ziel, die Chemiewaffen aus Syrien zu eliminieren,<sup>392</sup> mit der Zustimmung des damaligen syrischen Machthabers Assad.<sup>393</sup> Zudem vereinbarten die USA und Russland im Februar 2016 in einem gemeinsamem Statement einen Waffenstillstand in Syrien („*cessation of hostilities*“). Gleich zu Beginn der Stellungnahme war zu lesen: „*The United States of America and the Russian Federation [are] seeking to achieve a peaceful settlement of the Syrian crisis with full respect for the fundamental role of the United Nations.*“ Beide Länder sicherten zu, sie seien „*fully determined to provide their strongest support to end the Syrian conflict.*“<sup>394</sup>

Die „*palästinensische Frage*“ wurde als Ursache („*root cause*“) zahlreicher Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten definiert, China und

---

<sup>390</sup> André Ballin, Russland startet mit Luftangriffen in Syrien, in: Der Standard, 1.10.2015, S. 2.

<sup>391</sup> Jutta Sommerbauer, „Nichts geht mehr ohne Russland“, Interview mit dem russischen Außenpolitik-Experten Fjodor Lukjanow, in: Die Presse am Sonntag, 3.11.2019, S. 4.

<sup>392</sup> Putin bestritt zunächst, dass die syrische Führung Giftgas eingesetzt hatte: „Unsere Spezialisten sagen etwas anderes.“ Aus: Die Presse, Giftgas in Syrien und „Trollfabriken“, in: Die Presse, 5.06.2018, S. 3.

<sup>393</sup> Fyodor Lukyanov, Putin’s Foreign Policy. The Quest to Restore Russia’s Rightful Place, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 30-37, hier S. 30.

<sup>394</sup> Ebenda.

Russland unterstützen deshalb die Schaffung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967. Ebenso unterstützen beide Staaten ein umfassendes Nuklearabkommen mit dem Iran in Übereinstimmung mit der UN-Resolution des Sicherheitsrates 2231 und Artikel 25 der Satzung der Vereinten Nationen. Auch im Fall Venezuela sprechen sich beide Regierungen gegen internationale Einmischungen in die Souveränität des Landes aus und lehnen militärische Interventionen zum Sturz des venezuelanischen Präsidenten ab.<sup>395</sup>

China versucht insgesamt, ein neues Modell der internationalen Beziehungen zu schaffen, im Zentrum stehen „win-win-cooperation“, die vor allem „Frieden, Sicherheit und Stabilität“ schaffen sollen.<sup>396</sup> Ein „Tool“ bildet dabei der Ausbau umfassender Kooperationen in internationalen Organisationen, um eigene Vorhaben auf multilateraler Ebene gezielt umsetzen zu können und „multipolare Strukturen“ auch gegen die Interessen der USA zu schaffen. Um ihre Positionen zu koordinieren, nützen China und Russland diplomatische Rahmenstrukturen wie die BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika sowie Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate) und die SCO (*Shanghai Cooperation Organisation* – SCO) gemeinsam mit Indien, Kasachstan, Kirgisien, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan.<sup>397</sup> Aufgrund der Tatsache, dass Chinas Wirtschaft größer ist

---

<sup>395</sup> Xinhua, Joint statement of the people’s Republic of China and the Russian Federation on the development of a comprehensive strategic partnership for collaboration in the new era, Moscow, 5 June 2019 (signed by President Vladimir Putin and President Xi Jinping), Xinhua, 6 June 2019, <https://www.bilaterals.org/?joint-statement-of-the-people-s&lang=en> [18.06.2021], S. 18.

<sup>396</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 1-8, hier S. 5.

<sup>397</sup> Beim „historischen Treffen“ der SCO-Staats- und Regierungschefs in Astana (heute: Nur-Sultan) am 8. und 9. Juni 2017 wurde den beiden südasiatischen Staaten Indien und Pakistan der Mitgliederstatus in der SCO verliehen. Die SCO zählt auch vier Beobachter: Afghanistan, Belarus / Weißrussland, Iran und die Mongolei. Zudem steht die SCO mit sechs Dialogpartnern in Verbindung: Aserbaidschan, Armenien, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka

als jene der anderen vier BRICS-Staaten zusammen, sind die BRICS-Initiativen – einschließlich ihrer neuen Entwicklungsbank – „*Ausdruck des unverhältnismäßig großen chinesischen Einflusses.*“<sup>398</sup> Innerhalb der SCO wurden zwecks wirtschaftlicher Koordination ein Interbank Consortium sowie ein Business Council etabliert. Zudem entwickelte die SCO kooperative Beziehungen zur UNO, der ASEAN sowie zur Organisation des kollektiven Sicherheitsvertrages (OVKS).<sup>399</sup> Sicherheitskooperationen innerhalb der SCO sind äußerst relevante Themenfelder und widmen sich dem Kampf gegen die „*three evil forces*“: Terrorismus, Separatismus (wie in Taiwan, Tibet oder „Ost-Turkestan“ (Xinjiang)) und Extremismus;<sup>400</sup> in diesen Bereichen sollen auch der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen sowie die Durchführung gemeinsamer militärischer Übungen verstärkt werden.<sup>401</sup>

Der kooperative Zusammenschluss Russlands und einiger zentralasiatischer Staaten in der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) dient in erster Linie dazu, um in Zentralasien durch militärische Kooperation und damit verbundene gegenseitige Vertrauensbildung die Stabilität in dieser Region im gegenseitigen Interesse zu sichern. Afghanistan besitzt Beobachterstatus, so soll auch die SCO „nationale Versöhnung in Afghanistan unterstützen.“<sup>402</sup> Schwerpunkte der SCO bilden die Drogen- und Antiterrorbekämpfung – die

---

und der Türkei. Aus: The Shanghai Cooperation Organization, The Shanghai Cooperation Organization, [http://eng.sectsco.org/about\\_sco/](http://eng.sectsco.org/about_sco/), [18.06.2021]

<sup>398</sup> Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: Die Presse, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 27.

<sup>399</sup> Wang Haiyun, SCO's New Challenges and Missions In Its Development, in: International Strategic Studies 3/2016, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 21-29, hier S. 22.

<sup>400</sup> China Daily.com.cn, China's Military Strategy, May 2015, S. 2.

<sup>401</sup> Wang Haiyun, SCO's New Challenges and Missions In Its Development, in: International Strategic Studies 3/2016, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 21-29, hier S. 29.

<sup>402</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 418.

Drogenbekämpfung wird hier in enger Abstimmung mit der UNO (dem UNODC – seit 2011 gibt es dazu ein Memorandum of Understanding) durchgeführt. Weitere Bereiche der SCO-Kooperationen bilden seit 2015 die Verteidigungskoordination, die Notfallplanung, der Katastrophenschutz, die Wirtschaft, der Transport, die Kultur, die Ausbildung, das Gesundheitswesen und die Rechtssetzung. Seit 2007 existiert auch für die Bereiche Antiterrorkampf und bei der Bekämpfung des Drogenhandels und des Waffenhandels ein MoU zwischen der SCO und der Organisation des kollektiven Sicherheitsvertrages (OVKS). Zudem engagieren sich China und Russland im größten und repräsentativsten regionalen Sicherheitsforum „mit der größten Mitgliederzahl“ (27 Mitgliedstaaten, 8 Beobachterstaaten – inklusive Japan, die Ukraine und die USA, 4 Beobachterorganisationen), der seit 14. September 1999 bestehenden CICA (Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia). Diese Organisation verfolgt das Prinzip der „Konsultation und des Konsenses“ und der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität sowie des Ausbaus der Handelsbeziehungen und der Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen.<sup>403</sup> So schlug Xi Jinping vor, die CICA „zu einer Plattform für Sicherheitsdialoge und -kooperationen für ganz Asien auszubauen.“<sup>404</sup> Nach den Vorschlägen von Xi Jinping soll CICA auch einen Konsultationsmechanismus für Verteidigungsangelegenheiten der Mitgliedstaaten sowie eine Arbeitsgruppe zur „Beaufsichtigung der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen“ bilden können. Der Austausch der Kooperationen soll in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Wirtschaft und Handel, Tourismus, Umweltschutz und Kultur vertieft werden.<sup>405</sup> Xi schlägt auch vor, durch vermehrte Veranstaltungen von Nichtregierungsforen ein zivilgesellschaftliches Austauschnetzwerk für alle CICA-Mitglieder zu schaffen.<sup>406</sup> Was die SCO betrifft, hatten China und Russland zwar die Präsenz amerikanischer

---

<sup>403</sup> CICA, Conference on Interaction & Confidence Building Measures in Asia (CICA), 2020, <https://www.s-cica.org/page/objectives/> [18.06.2021]

<sup>404</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 438.

<sup>405</sup> Ebenda.

<sup>406</sup> Ebenda.

Streitkräfte in Zentralasien nach den Terroranschlägen gegen die USA am 11. September 2001 (9/11) als Operationsbasis zur Bekämpfung der Taliban in Afghanistan anfangs akzeptiert, jedoch drängten Moskau und Peking die zentralasiatischen Länder seit dem Jahr 2005, einen Zeitplan auszuarbeiten, um einen raschen Abzug der US-Streitkräfte aus dieser Region zu erreichen.<sup>407</sup>

Die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) in Den Haag als „Weltstrafgerichtshof“ lehnen nicht nur die Volksrepublik China und die Russische Föderation ab, sondern auch die USA, keine Vertragsstaaten sind zudem die Ukraine und Israel. Die Ukraine erkennt jedoch die Befugnis der Richter des IStGH für seit 2014 – beginnend mit den Verbrechen im Zuge der Maidan-Proteste – auf seinem Staatsgebiet verübte Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen die Ukraine in den Regionen Krim und Donbas an. Der IStGH kann auf ukrainischem Gebiet über die Straftatbestände Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen urteilen, jedoch nicht betreffend das Verbrechen der Aggression, da etwaige Täter Bürger eines Vertragsstaates sein müsse bzw. das Verbrechen der Aggression auf dem Territorium eines Vertragsstaates zuvor begangen werden musste.<sup>408</sup> Außenminister Pawlo Klimkin gab dazu im Jahr 2015 eine entsprechende *ad-hoc*-Erklärung ab.<sup>409</sup> Der IStGH sieht den russischen Präsidenten Putin für Kriegsverbrechen in der Ukraine hauptverantwortlich, dabei geht es auch um die Verschleppung von Kindern. Die Russische Föderation hatte das IStGH-Statut im Jahr 2000 unterzeichnet, zog jedoch seine Unterschrift im Jahr 2016 zurück:<sup>410</sup> „Wir erkennen dieses

---

<sup>407</sup> Brian G. Carlson, China-Russia Relations and Asian Security, in: Center for Security Studies (CSS), Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 11-41, hier S. 33.

<sup>408</sup> Maria Stefania Cataleta, The crime of aggression in the Ukrainian war, in: Europa ethnica 3/4 2022, 79. Jg., hrsgg. von Michael Geislinger, Peter Hilpold, Georg Kremnitz, Facultas Verlag, Wien 2022, S. 142-145, hier S. 143.

<sup>409</sup> Ebenda.

<sup>410</sup> Ebenda.

*Gericht nicht an, wie erkennen seine Zuständigkeit nicht an*“, betonte der Kremlsprecher Dmitri Peskow. Putin soll „für das Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation der Bevölkerung (Kinder) aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation verantwortlich sein“, so der IStGH.<sup>411</sup> Es gebe „hinreichende Gründe für die Annahme, dass Herr Putin eine individuelle strafrechtliche Verantwortung trägt.“ Putin soll als der eigentliche Befehlshaber zur Verantwortung gezogen werden, so habe er seine „zivilen oder militärischen Untergebenen unzureichend kontrolliert“, wird der Verdacht begründet.<sup>412</sup> Der genaue Text der Haftbefehle wurde nicht veröffentlicht, um Opfer und Zeugen zu schützen, erläuterte der IStGH. Ein zweiter Haftbefehl wurde gegen Maria Alexejewna Lwowa-Belowa erlassen, die Beauftragte für Kinderrechte im Präsidentenbüro von Wladimir Putin. Ihr werden dieselben Verbrechen vorgeworfen wie Putin: die Verschleppung von Kindern aus den besetzten Gebieten in der Ukraine. Es sind die ersten beiden Haftbefehle, die der IStGH im Zusammenhang mit mutmaßlichen Kriegsverbrechen in der Ukraine erlassen hat. Bereits kurz nach dem russischen Großabgriff auf die Ukraine im Februar 2022 hatte IStGH-Chefankläger Karim Khan die Ermittlungen zu möglichen Kriegsverbrechen aufgenommen. Folgen haben die Haftbefehle jedoch keine, die Aussichten auf einen Prozess gegen Putin und Lwowa-Belowa sind äußerst gering.<sup>413</sup> Das Gericht darf zudem keine Prozesse in Abwesenheit der Angeklagten führen. Jeder Vertragsstaat des IStGH ist verpflichtet, Putin gegebenenfalls an den IStGH auszuliefern.

---

<sup>411</sup> Salzburger Nachrichten, Haftbefehl gegen Putin, in: Salzburger Nachrichten, 18.03.2023, S. 4.

<sup>412</sup> Ebenda.

<sup>413</sup> Ebenda.

## Die Erneuerung der Strategischen Partnerschaft

Am 4. Februar 2022 schlossen Russlands Präsident Wladimir Putin sowie Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping in Peking (Eröffnung der XXIV. Olympischen Spiele) ein umfangreiches politisches Bündnis und ein Wirtschaftsbündnis ab, das dazu gedacht ist, „*die Welt von Grund auf zu verändern*“:

- Beide Staatschefs kündigten an, die Verkehrsinfrastrukturen in ihren jeweiligen Ländern deutlich zu verbessern, um eine reibungslose Logistik auf dem eurasischen Kontinent und stetige Fortschritte bei den Öl- und Gas-Kooperationsprojekten zu erzielen.
- Abschluss von Verträgen für russische Öl- und Gaslieferungen (über 25 Jahre) im Wert von 117,5 Milliarden US-Dollar über die Pipeline „*Kraft Sibiriens 2*“ (der Bau kostet 55 Milliarden US-Dollar). Auf lange Sicht soll eine integrierte sino-russische Öl- und Gasinfrastruktur entstehen. Es gilt, Chinas Abhängigkeit von Flüssiggaslieferungen, die 2022 noch zu 50 Prozent aus Australien und den USA kamen, drastisch zu reduzieren.<sup>414</sup>

Auf politischer Ebene wurde in der gemeinsamen Erklärung vom 4. Februar 2022, die noch vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking verabschiedet wurde, festgehalten:<sup>415</sup>

---

<sup>414</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10.-11, hier S. 11.

<sup>415</sup> Vgl. dazu auch im Detail: The Kremlin, Joint Statement of the Russian Federation and the People's Republic of China on the International Relations Entering a New Era and the Global Sustainable Development, February 4, 2022 (Beijing).

- Die Welt erlebe „*grundlegende Wandlungen*“, die zu einer „*Umverteilung der Macht*“ führen werde.
- Verurteilt werden die „*hegemonialen Versuche*“ der USA und man sei sich „*im Widerstand gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten unter dem Vorwand, Demokratie und Menschenrechte zu schützen*“ einig.
- Um die Verbindung zwischen den pazifischen und eurasischen Regionen zu verbessern, wurden das russische Projekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion und jenes der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI) offiziell miteinander verknüpft sowie auch eine intensivere Verbindung der Region Asien-Pazifik mit den eurasischen Regionen angestrebt.<sup>416</sup>
- Russland und China sprechen sich gemeinsam gegen Versuche von „*externen Kräften*“ aus, „*Sicherheit und Stabilität in deren gemeinsamen benachbarten Regionen zu unterminieren*“, lehnen Einflüsse in deren innere Angelegenheiten ab und sprechen sich gegen „*Farbenrevolutionen*“ aus.<sup>417</sup>
- Schaffung einer „*Globalen Front gegen den Terrorismus*“, in der die UNO eine zentrale Rolle wahrnehmen soll.<sup>418</sup>

---

<sup>416</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>417</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>418</sup> Ebenda, S. 6.

- Russland und China stimmen darin überein, dass alle Nuklearwaffenstaaten eine „*Kalte-Kriegs-Mentalität*“ in den internationalen Beziehungen und somit Nullsummenspiele vermeiden sollen, dahingehend auch die Rolle von Atomwaffen in ihrer jeweiligen Sicherheitspolitik verringern und in der Folge die „uneingeschränkte Entwicklung“ von Raketenabwehrsystemen vermeiden sollten. Der Nonproliferationsvertrag von Atomwaffen (NPT) bleibt der relevanteste Vertrag für internationale Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung.<sup>419</sup>
- Russland und China zeigen sich auch besorgt über die 2021 gegründete trilaterale Partnerschaft zwischen Australien, den USA und dem Vereinigten Königreich (AUKUS), die zum Ziel hat, die Kooperationen im Bereich strategische Stabilität, hier vor allem bei der Entwicklung von atomgetriebenen U-Booten, zu intensivieren. Russland und China stimmen darin überein, dass derartige Kooperationen einer stabilen Entwicklung der Asien-Pazifik-Region widersprechen und in der Folge die Gefahr eines Wettrüstens in der Region beinhalten sowie auch „*ernsthafte Risiken*“ für das nukleare Nichtverbreitungsregime darstellen.<sup>420</sup>

---

<sup>419</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>420</sup> Ebenda, S. 7.

- Die Freundschaft beider Staaten hat somit „*keine Limits*“, es gibt zwischen Russland und China „*keine ,verbotenen‘ Bereiche der Kooperationen, diese strategische Zusammenarbeit soll sich jedoch gegen keine anderen Staaten richten.*“<sup>421</sup>
- Beide Staaten bedauern den Ausstieg der USA aus Rüstungskontrollverträgen wie etwa im Bereich der Mittel- und Kurzstreckenraketen (*Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles*) sowie den damit verbundenen Ausbau und Modernisierungsbestimmungen. Kritisch gesehen wird auch die Absicht, derartige Waffensysteme im Raum Asien-Pazifik und in Europa zu stationieren. Dadurch erhöht sich das Misstrauen und es ergeben sich Risiken für die Sicherheit beider Regionen.<sup>422</sup>
- Beide Staaten sprechen sich gegen Mächtropolitik aus, also gegen „*bullying, unilateral sanctions, and extra-territorial application of jurisdiction.*“<sup>423</sup>
- Mit ASEAN soll die Kooperation ebenso ausgebaut werden und zwar in den Bereichen öffentliche Gesundheit, nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung des Terrorismus und organisierte Kriminalität.<sup>424</sup>
- Beide Staaten unterstützen weiterhin das multilaterale Handelssystem auf der Grundlage der Vereinbarungen der

---

<sup>421</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>422</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>423</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>424</sup> Ebenda, S. 13.

Welthandelsorganisation (WTO) und wenden sich gegen einseitige Aktionen und Protektionismus. In diesem Zusammenhang wird auch das G-20-Format unterstützt und die Stärkung der Rolle der APEC und der BRICS. Die Zusammenarbeit zwischen Russland und China fußt auf den drei Bereichen: Politik und Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen sowie humanitärer Austausch.<sup>425</sup>

- Auf diesen Ebenen zielen Russland und China auch auf intensivere Kooperationen in den Bereichen öffentliche Gesundheit, digitale Wirtschaft, Wissenschaft, Innovation und Technologie einschließlich künstlicher Intelligenz.<sup>426</sup>
- Im Zuge der Entwicklung hin zu einer „*polyzentrischen Welt*“ plädieren beide Staaten auch für eine Stärkung der SCO in den Bereichen Transportwirtschaft, Handel, Energie, Industrie, Investments, Finanzen, Landwirtschaft und Zoll.
- Auf militärstrategischer Ebene stellen sich Russland und China gegen die Expansion der NATO sowie gegen „*Farbenrevolutionen*“ wie

---

<sup>425</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>426</sup> Ebenda.

„Euromaidan“ 2014 in der Ukraine<sup>427</sup> und auch gegen Schritte in Richtung eines „unabhängigen Taiwan“.<sup>428</sup> Im Gegensatz dazu hatte US-Präsident Joseph R. Biden die über vierzigjährige Politik der „strategischen Ambiguität“ aufgegeben und Taiwan, auch ohne Bündnisvertrag, militärischen Beistand im Fall eines Angriffs der Volksrepublik China zugesagt.<sup>429</sup>

Im Ukrainekrieg 2022 verurteilte Peking trotz Vorbehalten die russische Invasion nicht. Peking bezeichnete diese auch nicht als Invasion, jedoch sprach sich Peking gegen die „Einmischung der USA in die russische Sphäre“ aus.<sup>430</sup> In Bezug auf die am 2. März 2022 eingebrachte Resolution der UN-Generalversammlung zur Verurteilung des russischen Angriffskrieges enthielten sich China und auch Indien sowie auch 33 andere Staaten des globalen Südens der Stimme., acht von zehn ASEAN-Staaten stimmten dieser Resolution jedoch zu.<sup>431</sup> Die Annexion ukrainischer Territorien (Krim 2014; Donezk, Luhansk, Saporischschja, Region Cherson 2022) durch Russland wird von China nicht anerkannt, ebenso auch nicht Chinas Territorialansprüche im Südchinesischen Meer seitens der Russischen Föderation. Zudem werden nukleare Drohgebärden seitens des russischen Präsidenten Putin von

---

<sup>427</sup> Im Jahr 2019 wurde die Volksrepublik China wichtigster Handelspartner der Ukraine. Aus: Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10.-11, hier S. 11.

<sup>428</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10-11, hier S. 11.

<sup>429</sup> Oliver Meier, Michael Staack, Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2022, S. 9.

<sup>430</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10-11, hier S. 11.

<sup>431</sup> Oliver Meier, Michael Staack, Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2022, S. 9.

der chinesischen Staatsführung kritisiert.<sup>432</sup> Im chinesischen Friedensplan für die Ukraine hatte Xi Jinping „*sehr zum Missfallen des Kremls*“<sup>433</sup> das Recht der Ukraine auf ihre Souveränität und territoriale Integrität gefordert: „The world is big enough for the two countries to develop themselves and prosper together“, meinte zum Beispiel Hua Chunying, Sprecher des Außenministeriums der Volksrepublik China.<sup>434</sup> Zudem erkennt China ebenso wenig die Souveränität der beiden abtrünnigen georgischen Landesteile Abchasien und Südossetien an, die sich bis 2008 für unabhängig erklärten und von Russland daraufhin als eigenständige Staaten anerkannt worden sind.<sup>435</sup>

Die Volksrepublik China betreibt zwar offiziell eine bündnisfreie Politik, jedoch spricht sich Peking gegen westliche Hilfe für Taiwan und die Bildung von *Blöcken* im Ost- und Südchinesischen Meer aus. China sieht in diesem Zusammenhang die Bildung von Bündnissen kritisch, das gilt auch für eine formelle sino-russische Allianz. Stattdessen kommt es jedoch zu einer kontinuierlichen Vertiefung der politisch-wirtschaftlich-energiepolitisch-technologisch-militärischen *strategischen Partnerschaft* zwischen beiden Staaten. Die Bildung einer kollektiven Verteidigungsstruktur zwischen China und Russland erscheint aus diesem Blickwinkel derzeit unwahrscheinlich. Das ermöglicht vor allem China, die Beziehungen zu Russland weiterhin „*flexibel*“

---

<sup>432</sup> Michael Staack, Chinas Selbstverständnis und die Sicherheitskonstellation in Ostasien. Gibt es (noch) eine Chance für kooperative Sicherheit?, WIFIS aktuell, Band 72, Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit (WIFIS) e.V., Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2023, S. 9.

<sup>433</sup> Sylvia Wörgetter und Martin Stricker, Von Frieden war viel die Rede, in: Salzburger Nachrichten, 7.04.2023, S. 5.

<sup>434</sup> Serhii Plokyh, The Russo-Ukrainian War, Allen Lane, an imprint of Penguin Books, London 2023, S. 292.

<sup>435</sup> Brian G. Carlson, China-Russia Relations and Asian Security, in: Center for Security Studies (CSS), Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 11-41, hier S. 19.

auszugestalten.<sup>436</sup> Zudem existieren zwischen China und Russland auch ein Wettlauf um Einfluss in Zentralasien, eine Rivalität im Bereich Technologie sowie Ansprüche Chinas auf Landesteile, die zu Sibirien gehören und zum russischen Fernen Osten. Dort siedelten sich gerade in den letzten beiden Jahrzehnten viele Menschen aus China an.<sup>437</sup>

In der Rüstungskontrolle sind sich China und Russland einig, die USA davon abhalten zu wollen, Kurz- und Mittelstreckenraketen (*Intermediate-Range Nuclear Forces* – INF) sowohl in Europa als auch in Asien zu stationieren.<sup>438</sup> Zudem sprechen sich China und Russland gegen das seit 2016 in Südkorea seitens der USA stationierte THAAD-Raketenabwehrsystem aus, dass sich gegen Raketen aus Nordkorea richtet – zum Schutz Südkoreas und amerikanischer Militärbasen in der Region. China und Russland verfassten dazu ein gemeinsames Schreiben an den UN-Sicherheitsrat, in dem sie sich auch gegen eine Verlegung des amerikanischen *Aegis Ashore*-Systems und gegen die Entwicklung von konventionellen amerikanischen Hochpräzisionswaffen ausgesprochen haben. China meinte diesbezüglich, dass die Beobachtungsbereichweite des X-Band-Radars des THAAD-Systems weit in die Volksrepublik reiche und dadurch die Zweitschlagfähigkeit Chinas gefährdet wäre. Im Gegensatz erklärte Russland, dass THAAD kein Gefährdungspotenzial gegenüber der Sicherheit der Russischen Föderation darstelle. Jedoch äußerte Russland Bedenken, dass THAAD jedoch als Teil eines globalen Raketenabwehrschildes die Abschreckungsfähigkeiten der Russischen Föderation einschränken könnte.<sup>439</sup>

---

<sup>436</sup> Sam Etheridge, *A China-Russia Alliance is Likelier Than We Think*, RUSI Commentary, Royal United Services Institute (RUSI), London, 4 May 2023, S. 1.

<sup>437</sup> Serhii Plokhyy, *The Russo-Ukrainian War*, Allen Lane, an imprint of Penguin Books, London 2023, S. 299.

<sup>438</sup> Brian G. Carlson, *China-Russia Relations and Asian Security*, in: Center for Security Studies (CSS), *Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs*, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 11-41, hier S. 24.

<sup>439</sup> Ebenda, S. 25.

Im Fall Nordkoreas schlugen beide Staaten angesichts der Spannungen im Jahr 2017 in einer gemeinsamen Erklärung eine Roadmap zur Lösung dieser Krise vor. Dieses „*Dual Freeze*“-Konzept sah ein sofortiges Moratorium betreffend nordkoreanische Nuklear- und Raketentests vor, jedoch sollten im Gegenzug die amerikanisch-südkoreanischen Militärübungen suspendiert werden. China und Russland fordern ebenso eine Denuklearisierung Koreas, jedoch ziehen Moskau und Peking ein nuklear-bestücktes Nordkorea und die weitere Existenz des Regimes von Kim Jong-un gegenüber einem wiedervereinigten Korea vor, das dann vermutlich zum US-Verbündeten mutieren würde.<sup>440</sup> Aufgrund der Bedrohung durch Nordkorea beschloss die südkoreanische Regierung in ihrem *Midterm Defence Plan* am 12. Dezember 2023, ihr Verteidigungsbudget erheblich zu erhöhen und zwischen 2024 und 2028 insgesamt 346,7 Billionen koreanische Won (umgerechnet 262,8 Milliarden US-Dollar) für den Verteidigungssektor bereitzustellen.<sup>441</sup>

US-Nachrichtendienste prognostizierten Anfang der 2020er-Jahre, dass die Volksrepublik China bis zum Jahr 2030 bis zu 1000 Atomwaffen einsatzbereit haben könnte, das schließt den Bau von drei großen Raketenfeldern mit ein, künftig sollen sich in China bis zu 300 Silos für Interkontinentalraketen befinden.<sup>442</sup> Chinas interne Bedingungen in der Rüstungspolitik lauten:

- Keine Einschränkungen der eigenen Rüstungspolitik durch Rüstungskontrollabkommen – ähnlich den USA und der Russischen Föderation. Regionale Ansätze für vertrauens-

---

<sup>440</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>441</sup> Leilani Chavez, South Korea to Increase Defense Spending Over Five Years, in: Defense News, January 2024, S. 5.

<sup>442</sup> Oliver Meier, Michael Staack, Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2022, S. 15.

und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) bzw. Rüstungskontrolle unterstützt die Volksrepublik China „*nicht bzw. nur äußerst zurückhaltend*“, weil sie Pekings „Streben nach einer regionalen Vormachtstellung entgegenlaufen würden.“  
Zudem verschleppt die Volksrepublik eine Regulierung von militärisch nutzbaren Technologien, „*die es für eine asymmetrische Aufrüstung gegen die USA nutzen will oder bei denen China technologisch führend ist.*“<sup>443</sup>

- Die Volksrepublik China lehnt Instrumente und Verfahren auf internationaler Ebene ab, die aus Sicht Pekings auf eine „*Einmischung in innere Angelegenheiten hinauslaufen. Verifikations- und Transparenzmaßnahmen sollen aus chinesischer Sicht möglichst wenig intrusiv sein.*“ Peking lehnt eine Ausweitung der Kompetenzen internationaler Abrüstungsbehörden ab, dadurch könnte die staatliche Souveränität beeinträchtigt werden. Rüstungskontrolle soll intergouvernemental angelegt sein, vor allem sollte das Konsensprinzip gewahrt bleiben.
- China erfüllt bereits jene finanziellen und technischen Anforderungen, die sich aus der Mitgliedschaft oder dem Mitwirken an Rüstungskontrollabkommen ergeben.<sup>444</sup>

---

<sup>443</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>444</sup> Ebenda.

Es ist jedoch unklar, ob die Volksrepublik künftig zivile Nukleareinrichtungen für die Herstellung von Spaltmaterial für Kernwaffen verwenden will. Atommächte sind, anders als Nicht-Kernwaffenstaaten, nicht verpflichtet, ihre zivilen Nukleareinrichtungen für Kontrollen der IAEA zu öffnen.<sup>445</sup> Chinas Ansatz bleibt es, „Rüstungskontrolle vor allem im Kreis anderer Nuklearmächte zu betreiben“ und in diesem Sinne an den Nukleargesprächen der fünf Ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder aktiv mitzuwirken. Die Volksrepublik koordiniert weiters den Dialog der fünf Ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder zur nuklearfreien Zone in Südostasien auf der Grundlage des Vertrags von Bangkok. Anfang März 2022 übernahm das chinesische Außenministerium die Behauptung der russischen Staatsführung, jene von den USA geförderten Biosicherheitseinrichtungen hätten in der Tat geheime militärische Zwecke und forderten, ein internationaler Biowaffenübereinkommens-Verifikationsmechanismus müsse derartige Zweifel ausräumen. Seit 2016 setzt sich China im Rahmen des Biowaffenübereinkommens „für bessere internationale Kooperation bei Forschungen im Zusammenhang mit sicherheitsrelevanten biologischen Aktivitäten ein.“<sup>446</sup> Diesbezüglich erfolgte eine Zusammenarbeit der Tianjin-Universität mit der John-Hopkins-Universität, die mit Unterstützung der Außenministerien der Volksrepublik China und der USA im Jahr 2021 einen gemeinsamen Vorschlag für einen Verhaltenskodex für Biosicherheit entwickelt haben, der zudem auf einen Vorschlag gründet, den China mit Pakistan auch in das Biowaffenübereinkommen eingebracht hatte. China lehnt neue OVCW-Kompetenzen zur Untersuchung von Chemiewaffenangriffen ab, „um eine schleichende Aufgabenerweiterung der Chemiewaffenbehörde zu verhindern.“<sup>447</sup> In diesem Sinne stimmte China auch dagegen, dass die neue OVCW-Investigativeinheit (*Investigation and Identification Team, IIT*) aus dem regulären Haushalt des OVCW finanziert wird. Derartige Ermittlungskompetenzen, so

---

<sup>445</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>446</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>447</sup> Ebenda.

die kommunistische Führung in Peking, würden über den zwischenstaatlichen Bereich hinausgehen.<sup>448</sup> Die USA hatten vergeblich versucht, mit der Volksrepublik China über nukleare Rüstungskontrolle ins Gespräch zu kommen. Zwischen 2004 und 2019 fanden informelle „Track-1,5-Gespräche“ zwischen Experten aus den USA und China auf Regierungsebene statt, bis schließlich die USA diesen Dialog beendet hatten, da China sich geweigert hatte, in ein offizielles Mandat (Track 1) zu wechseln und die daran teilnehmenden Experten zunehmend „weniger hochrangig wurden“.<sup>449</sup>

## Chinas Rohstoffpolitik

Über 80 Prozent des globalen Energiebedarfs werden mit fossilen Brennstoffen abgedeckt. Die geplante Umstellung auf fast ausschließlich erneuerbare Energieträger bis zum Jahr 2050

*„ist ein gewaltiges Unterfangen mit einem enormen Bedarf an Ressourcen. Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, Nickel, Mangan, Graphit und Seltenerdmetalle, die allesamt bisher in relativ kleinen Mengen von ein paar wenigen Staaten abgebaut wurden, sind nun von kritischer Bedeutung. Der Bedarf an diesen kritischen Rohstoffen wird innerhalb weniger Jahre um ein Vielfaches höher sein als alle bisher geförderten Mengen.“<sup>450</sup>*

---

<sup>448</sup> Ebenda.

<sup>449</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>450</sup> David Song-Pehamberger, Strategische Autonomie in Zeiten der Energiewende: Abhängigkeiten von China, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Ausgabe 02/2024, S. 130-137, hier S. 131.

Die Volksrepublik China gilt heute nach Angaben des U.S. Geological Survey als größter Produzent von 30 der 44 „kritischen Mineralien“.<sup>451</sup> Zudem hatte die Volksrepublik China im September 2010 die Ausfuhr von Metallen dieser seltenen Erden nach Japan gestoppt – als Reaktion auf einen Zwischenfall im Ostchinesischen Meer rund um die Senkaku/Diaoyu-Inseln. Chinas Marktanteil bei seltenen Erden kann mit 100 Prozent beziffert werden.<sup>452</sup> Aus diesem Grund hatte US-Präsident Donald J. Trump zu Beginn seiner zweiten Amtszeit verkündet, einerseits die nationale Förderung von „kritischen Mineralien“ umfassend auszubauen, andererseits den Zugang zu diesen Mineralien auch außerhalb der USA sicherstellen zu wollen – so in Grönland, Kanada, der Ukraine und in der Demokratischen Republik Kongo. Um Chinas Dominanz auf diesen Märkten zu verstärken, hatte China gerade Jahre zuvor seine Kontrolle über seine Exporte seiner „strategischen Mineralien“ verschärft (einschließlich Gallium, Germanium, Antimon, Graphit und Wolfram).<sup>453</sup>

Der Rohstoffabbau sowie die Verarbeitung der Rohstoffe bis zur Produktion und Speicherung erneuerbarer Energien hängt auf globaler Ebene zunehmend von China ab. So dominiert die Volksrepublik China die Wertschöpfungsketten der für die Energiewende relevanten Technologien und „ist somit einerseits ein wichtiger Bestandteil für die Loslösung von fossilen Brennstoffen und andererseits der Hauptursprung von strategischen Abhängigkeiten in diesem Bereich.“<sup>454</sup>

---

<sup>451</sup> Edward White, Beijing boots funding for mineral exploration, in: Financial Times, 21 March 2025, S. 3.

<sup>452</sup> Peter Rudolf, Konfrontationskurs. Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, Herder Verlag, Freiburg, Basel, Wien 2024, S. 157.

<sup>453</sup> Edward White, Beijing boots funding for mineral exploration, in: Financial Times, 21 March 2025, S. 3.

<sup>454</sup> David Song-Pehamberger, Strategische Autonomie in Zeiten der Energiewende: Abhängigkeiten von China, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Ausgabe 02/2024, S. 130-137, hier S. 131.

Bisher kamen Lithium-Ionen-Akkus in Smartphones und Laptops zur Anwendung, nun auch zur Dekarbonisierung des Transportsektors und zur Speicherung von Solarstrom. China dominiert auch diese Lieferketten. Über Drei Viertel der globalen Lithium-Akku-Produktionskapazitäten befinden sich in der Volksrepublik China. China ist weltweit führend in der Produktion von Anoden, Kathoden, Separatoren und Elektrolyt. Die Dominanz der Volksrepublik erstreckt sich ebenso auf die zugrunde liegenden Rohstoffe, die zum großen Teil in China abgebaut und auch verarbeitet werden.<sup>455</sup> Obwohl rund 50 Prozent des derzeit abgebauten Lithiums aus Australien kommt, an zweiter Stelle liegen Chile und an dritter Stelle China, dominiert die Volksrepublik die globale Lithium-Produktion. Chinas Lithiumgigant Tianqi Lithium Corporation besitzt einen Mehrheitsanteil an der weltgrößten Lithium-Mine in Greenbushes / Australien sowie relevante Anteile anderer australischer und chilenischer Minen.<sup>456</sup> Lithium macht aber durchschnittlich weniger als vier Prozent der benötigten Rohstoffe in einem Lithium-Ionen-Akku aus und stellt auch nicht die teuerste Komponente dar. Kobalt erweist sich hier als teuerster Rohstoff. Der Großteil der bekannten Kobalt-Vorkommen befindet sich in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), in der derzeit 70 Prozent des weltweiten Abbaus stattfindet. 15 der 19 großen Kobalt-Minen der DRK werden entweder von chinesischen Unternehmen finanziert oder befinden sich in deren Besitz. Die DRK liegt auch an dritter

---

<sup>455</sup> Lithium-Ionen-akkus bestehen aus vier Komponenten: 2 Elektroden (1 positiv; 1 negativ), die für die Aufnahme / Abgabe von Strom zuständig sind; sowie einem Separator und einem Elektrolyt. Die positive Elektrode (Kathode) besteht aus Lithium, Kobalt, Nickel, Mangan – je nach Art des Lithium-Akkus, in unterschiedlichen Mengen. Zwischen Kathode und Anode befindet sich ein Separator, der verhindert, dass die zwei Elektroden einander berühren und somit einen Kurzschluss verursachen. Dieser Separator ist für Lithium-Ionen durchlässig, die sich in der Elektrolytflüssigkeit zwischen den zwei Elektroden bewegen können. Die Lithium-Ionen wandern beim Aufladen der Akkus von der Kathode zur Anode und umgekehrt beim Entladen. Die negative Elektrode (Anode) besteht u.a. aus Graphit und Kupfer. Aus: David Song-Pehamberger, Strategische Autonomie in Zeiten der Energiewende: Abhängigkeiten von China, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Ausgabe 02/2024, S. 130-137, hier S. 131.

<sup>456</sup> David Song-Pehamberger, Strategische Autonomie in Zeiten der Energiewende: Abhängigkeiten von China, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Ausgabe 02/2024, S. 130-137, hier S. 132.

Stelle weltweit beim Kupferabbau, den ebenso größtenteils China kontrolliert. China baut zudem auf eigenem Territorium ähnlich viel Kupfer ab wie in der DRK. Kupfer ist für Lithium-Akkus und für Solar- und Windenergie unabdingbar, China verarbeitet 54 Prozent des weltweit produzierten Kupfers.<sup>457</sup> Das in der DRK geförderte Kobalt und Kupfer wird zu rund 90 Prozent nach China zur Weiterverarbeitung exportiert.<sup>458</sup> Beim Abbau der Rohstoffe in der DRK existieren überwiegend inhumane Arbeitsbedingungen, inadäquate Löhne und Kinderarbeit. Abgebaut wird Kobalt auch in der Russischen Föderation, auf den Philippinen, in Australien, auf Kuba, in Kanada, in Madagaskar und in China, jedoch in wesentlich geringeren Mengen.

Aus Indonesien kommen 50 Prozent des weltweiten Nickels, das wiederum ein relevanter Bestandteil von Lithium-Batterien darstellt, Nickel könnte auch Kobalt in Akkus ersetzen. Die Regierung in Jakarta hat den Export von reinem Nickel verboten. Nickel wird deshalb vorerst in Indonesien verarbeitet und anschließend in verarbeitendem Zustand exportiert. Ein Großteil der Nickelverarbeitung findet direkt in Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen statt.<sup>459</sup>

Mangan wird in China zwar abgebaut, zu weniger als zehn Prozent weltweit, jedoch findet in China über 90 Prozent der weltweiten Verarbeitung statt. China verfügt über die zweitgrößten Manganvorkommen der Welt. Graphit bildet ein Viertel des Gesamtgewichts von Akkus (bei E-Autos meist 50-100 Kilogramm). Zwei Drittel des Graphits werden in China abgebaut. Für Lithium-Akkus kann Graphit nur mit einer Reinheit von 99,95 Prozent – genannt Kugelgraphit – verwendet werden, der zu 98 Prozent in China hergestellt wird. China produziert 54 Prozent des weltweiten Stahls und steht an dritter Stelle beim Eisenoxid-Abbau. Die EU bezieht knapp 50 Prozent des Eigenbedarfs an allen kritischen Rohstoffen aus China, aber auch aus der Demokratischen Republik Kongo (DRK) muss importiert werden. Weniger

---

<sup>457</sup> Ebenda.

<sup>458</sup> Ebenda.

<sup>459</sup> Ebenda.

als 20 Prozent der benötigten kritischen Rohstoffe kommen von innerhalb der EU.<sup>460</sup>

## Iran und Nordkorea

In Alexanders Dugins Buch „Grundlagen der Geopolitik“ (1997) heißt es, dass „dem Iran die unmittelbare Sorge Moskaus in der islamischen Welt gelten muss. Vom Bündnis mit ihm hängen die lebenswichtigen strategischen und sogar eng ethnischen Interessen der Russen ab.“<sup>461</sup> Eine „Achse Moskau Teheran“ sei somit die Grundlage „des eurasischen geopolitischen Projekts“.<sup>462</sup> Demnach wäre „[d]er iranische Islam [...] die beste Version des Islam für den Eintritt in den kontinentalen Block, und gerade *diese Version muss von Moskau prioritär unterstützt werden.*“ Dugin führte weiter aus: „*Indem man den Iran in den südlichen Pol des Imperiums einbezieht, würde Russland augenblicklich jenes strategische Ziel erreichen, zu dem es [...] einige Jahrhunderte strebte – den Zugang zum warmen Meer.*“<sup>463</sup> Dugin hoffte auf eine Marinebasis im Iran. „Eurasien“ unterscheidet in programmatischen Deklarationen einen amerikanischen Gürtel (Nord-, Mittel- und Südamerika) und einem euro-afrikanischen Gürtel (Europa westlich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Afrika, Naher Osten), einen pazifischen Gürtel (Ost- und Südostasien, Australien) und einen eurasischen Gürtel (Russland, GUS, Indien, Iran). Falls sich Aserbaidschan nicht von Ankara auf Teheran

---

<sup>460</sup> Ebenda, hier S. 133.

<sup>461</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 86.

<sup>462</sup> Ebenda.

<sup>463</sup> Ebenda.

umorientiere, wäre es demnach zwischen Iran, Russland und Armenien aufzuteilen.<sup>464</sup>

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 arbeiten der Iran und die Russische Föderation eng bei der Entwicklung von Drohnen zusammen. Iranische Drohnen werden von Russland gegen die Ukraine eingesetzt, zudem werden in der Russischen Föderation iranische Drohnen in Lizenz hergestellt.<sup>465</sup> Der Iran lieferte Russland inzwischen Tausende Angriffsdrohnen des Typs *Shahed-136* (in Russland werden diese als *Geran-2* bezeichnet).<sup>466</sup> Bis Anfang 2024 lieferte zudem Nordkorea der Russischen Föderation ballistische Raketen und mehr als 2,5 Millionen Schuss Munition, die Volksrepublik China begann, mehr Erdöl und Erdgas aus Russland zu importieren, zudem stellt China Russland Kriegstechnologie zur Verfügung, von Halbleitern bis zu Elektrogeräten im Bereich Radar- und Kommunikations-Jamming sowie Ersatzteile für Kampfflugzeuge.<sup>467</sup> Im Dezember 2023 finalisierten Russland und der Iran ein Übereinkommen, in dem der bilaterale Handel in den jeweiligen lokalen Währungen durchgeführt werden soll.<sup>468</sup>

China und Nordkorea feierten ihre 75 Jahre bestehenden diplomatischen Beziehungen als so nahe wie „*Lippen und Zähne*“. Nordkorea beschloss,

---

<sup>464</sup> Ebenda, hier S. 88.

<sup>465</sup> Andrea Kendall-Taylor, Richard Fontaine, *The Axis of Upheaval. How America's Adversaries Are Uniting to Overturn the Global Order*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2024, S. 50-64, hier S. 50f.

<sup>466</sup> Noah Robertson, „They've grown back“. *How Russia surprised the West and rebuilt its forces*, in: *Defense News*, June 2024, S. 12-15, hier S. 14.

<sup>467</sup> Andrea Kendall-Taylor, Richard Fontaine, *The Axis of Upheaval. How America's Adversaries Are Uniting to Overturn the Global Order*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2024, S. 50-64, hier S. 52.

<sup>468</sup> Ebenda, hier S. 58.

Tausende Soldaten in die Ukraine zur Unterstützung der russischen Streitkräfte zu entsenden. Nordkorea projiziert zudem stets Instabilität auf Ostasien, einerseits mit seinem Nuklearprogramm, andererseits mit seinen „*periodischen Drohungen*“, Südkorea zu annihilieren – dies auch zum Missfallen der Volksrepublik China. Nordkorea heizt weiters einen Krieg in Europa an – durch die Entsendung von Tausenden Soldaten zur Unterstützung des russischen Krieges in der Ukraine, der sich zu einer größeren Konfrontation auf globaler Ebene entwickeln könnte, wo die USA mit ihren Verbündeten „*anti-westlichen Mächten*“ gegenüberstehen könnte, erläuterte der damalige US-Verteidigungsminister Lloyd J. Austin.<sup>469</sup>

Die Stärke der nordkoreanischen Armee wird derzeit auf 1,3 Millionen Soldaten geschätzt, zudem gibt es an die 7,6 Millionen Reservisten (das entspricht 30 Prozent der Bevölkerung Nordkoreas), auch unterhält Nordkorea 4300 Panzer, 8800 Artilleriegeschosse, 810 Kampfflugzeuge und 70 U-Boote – so die Angaben südkoreanischer Nachrichtendienste. Die Ausgaben für die nordkoreanischen Streitkräfte belaufen sich auf 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.<sup>470</sup> Nordkoreas Streitkräfte besitzen eigene Unternehmensstrukturen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Handel und Bergbau. Bei den nordkoreanischen Streitkräften herrschen im großem Ausmaß Korruption und Nahrungsmangel vor. Zudem werden bei den nordkoreanischen Streitkräften 5000 Tonnen an Chemiewaffen vermutet. Weiters stehen 6800 Hacker bereit, die auf Angriffe auf „*feindliche Computernetzwerke*“ spezialisiert sind. Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un drohte offen mit dem Einsatz von Atomwaffen, falls in Korea wieder Krieg ausbrechen sollte. Die Wehrdienstzeit bei den Streitkräften beträgt acht bis zehn Jahre. Erstmals seit dem Koreakrieg 1950 bis 1953 kämpften nordkoreanische Soldaten seit Herbst 2024 wieder an einer Front – dieses Mal zur Unterstützung der russischen Streitkräfte gegen die Ukraine. Laut südkoreanischen Angaben wurden Teile der Spezialoperationskräfte nach Russland entsendet. Diese stellen einen der fünf Teilbereiche der nordkoreanischen

---

<sup>469</sup> David Pierson, Choe Sung-Hun, North Korea tests China with troops in Russia, in: The New York Times International Edition, October 25, 2024, S. 1 und 5, hier S. 1.

<sup>470</sup> Choe Sung-Hun, Nuclear weapons not North Korea's only threat, in: The New York Times International Edition, October 28, 2024, S. 4.

Streitkräfte dar. Die Spezialoperationskräfte sind für offensive Operationen spezialisiert und sind Einheiten mit den Namen „*Sturm*“, „*Blitz*“ oder „*Donner*“ unterstellt. Nordkoreanische Soldaten in Russland kämpfen in russischen Uniformen, haben keine operative Kontrolle und folgen russischen Befehlen, so der südkoreanische Verteidigungsminister Kim Jong-hyun.<sup>471</sup> Nordkorea lieferte zwischen Oktober 2023 und März 2024 an die 10.000 Schiffscontainer nach Russland, dabei soll es sich nach Einschätzungen der damaligen US-Regierung um drei Millionen Stück Artilleriemunition gehandelt haben. Russland hatte seit Herbst 2023 Dutzende nordkoreanische Raketen Richtung Ukraine abgefeuert, so ein US-Diplomat gegenüber den Vereinten Nationen im März 2024.<sup>472</sup> Im Juni 2024 wurde in Pjöngjang zwischen Nordkorea und der Russischen Föderation der Vertrag über gegenseitige Verteidigung und Zusammenarbeit unterzeichnet.<sup>473</sup>

## **Regionale Aspekte chinesischer und russischer Interessen**

### **Russlands Engagement in Afrika**

Der russische Außenpolitik-Experte Fjodor Lukjanow beschrieb die Interessen der Russischen Föderation in Afrika wie folgt: „Afrika würde ich nicht überbewerten. Russland will in Afrika nicht mit China konkurrieren oder jene Nischen füllen, die es in der Sowjetära besetzt hatte. Die Sowjetunion

---

<sup>471</sup> Ebenda.

<sup>472</sup> Noah Robertson, „They’ve grown back“. How Russia surprised the West and rebuilt its forces, in: Defense News, June 2024, S. 12-15, hier S. 14.

<sup>473</sup> David Pierson, Choe Sung-Hun, North Korea tests China with troops in Russia, in: The New York Times International Edition, October 25, 2024, S. 1 und 5, hier S. 1.

wollte Afrika ideologisch transformieren. Russland wird das nicht tun, es hat kein Modell. Es will Geld verdienen. Das ist alles.“<sup>474</sup>

Bereits die Sowjetunion verfolgte Interessen in Afrika, so versuchte Moskau damals, „afrikanische Staaten, die gerade dabei waren, sich im Rahmen der Dekolonialisierung von den Kolonialmächten zu lösen, für den Kommunismus zu gewinnen.“ Die Sowjetunion versuchte deshalb, im Zuge der Dekolonialisierung und bei der Bekämpfung der Apartheid in Südafrika Einfluss zu gewinnen, „indem ausgewählte Befreiungsfronten und Unionen gegen die Kolonialherrschaft unterstützt wurden.“<sup>475</sup> Knapp 60.000 afrikanische Studierende wurden für ein Studium in der Sowjetunion gewonnen und an russischen Bildungseinrichtungen ausgebildet. Auf wirtschaftlicher Ebene unterzeichnete die Sowjetunion Verträge mit 37 Staaten und förderte den Bau von 600 Fabriken und Unternehmen, zudem unterstützte die Sowjetunion Infrastrukturprojekte wie den Assuan-Staudamm. Bis zur Zeit von Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre engagierte sich die Sowjetunion in Somalia, in Äthiopien sowie „besonders in Angola“ militärisch.<sup>476</sup>

Anlässlich der Suezkrise im Jahr 1956 stellte die Sowjetunion umfassende Wirtschafts- und Militärhilfe für Präsident Gamal Abdel Nasser in Ägypten bereit, ab 1956 knüpfte die Sowjetunion auch enge Beziehungen zur *Nationalen Befreiungsfront* (FLN) in Algerien. Auf der sowjetischen Militärbasis Perewalne auf der Krim wurden Kämpfer des *Afrikanischen Nationalkongresses* (ANC) gegen die südafrikanische Apartheidpolitik ausgebildet, ebenso jene der *Afrikanischen Volksunion* in Zimbabwe (ZAPU) oder der *Mosambikanischen*

---

<sup>474</sup> Jutta Sommerbauer, „Nichts geht mehr ohne Russland“, Interview mit dem russischen Außenpolitik-Experten Fjodor Lukjanow, in: Die Presse am Sonntag, 3.11.2019, S. 4.

<sup>475</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 2.

<sup>476</sup> Ebenda.

*Befreiungsfront* (FRELIMO). 1961 erfolgte in Moskau die Gründung der *Universität für Völkerfreundschaft* Patrice Lumumba, zwanzig Jahre später studierten dort bereits 26.500 Studenten aus Asien, Lateinamerika und aus Afrika. Nach Angola entsendete Moskau ab 1975 mehr als 10.000 Soldaten. Im Winter 1988 spielten sowjetische und kubanische Soldaten eine entscheidende Rolle in der Schlacht bei Cuito Cuanavale, die Namibias Weg zur Unabhängigkeit von Südafrika ebnete. Das Apartheidregime in Südafrika wurde dadurch nachhaltig geschwächt. Ende der 1980er-Jahre verkündete der letzte Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, den Rückzug der Sowjetunion aus Afrika. Im Jahr 1992 gab Moskau die Schließung von neun Botschaften und vier Konsulaten in Afrika bekannt, sowie von vier Konsulaten sowie 13 seiner 20 Kulturzentren auf dem afrikanischen Kontinent, das Handelsvolumen sank bis 1993 auf nur zwei Prozent des russischen Außenhandelsvolumens.<sup>477</sup> Erst 2001 unternahm der frühere Außenminister und Ministerpräsident Jewgenij Primakow wieder eine Reise durch Angola, Namibia, Tansania und Südafrika. Im März 2006 besuchte Russlands Präsident Putin Algerien und bot der algerischen Regierung an, als Gegenleistung für Waffenkäufe in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar 4,7 Milliarden US-Dollar an Schulden zu erlassen. Seit 2008 verstärkte sich unter der politischen Führung von Wladimir Putin bzw. Dmitri Medwedew sowohl das politische als auch das wirtschaftliche und militärische Engagement auf dem afrikanischen Kontinent. Zudem fallen in diesen Zeitraum Gründungen neuer Zentren durch die Russische Föderation wie das *Coordination Committee for Economic Cooperation with Sub-Sahara Africa* sowie der Ausbau des *Russian Academy of Sciences' Institute for African Studies*. Im Frühjahr 2008 traf Putin mit dem damaligen libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi zusammen, Moskau erließ damals 4,6 Milliarden US-Dollar an libyschen Schulden aus sowjetischen Zeiten. Dafür hatte sich Libyen verpflichtet, für drei Milliarden US-Dollar Militärausrüstung aus der Russischen Föderation zu importieren, vor allem Kampfflugzeuge, Panzer und Luftabwehrsysteme. Ebenso wurde ein Vertrag über die Beteiligung der russischen Eisenbahn am Bau einer Strecke zwischen Sirte und Bengasi unterzeichnet, ein Gegenbesuch Gaddafis in Moskau erfolgte im Oktober

---

<sup>477</sup> Ebenda, S. 3.

2008.<sup>478</sup> Seit dem Tod von Gaddafi 2011 im Zuge des libyschen Bürgerkriegs – die NATO führte damals zwischen Februar und Oktober 2011 ihre Operation Unified Protector (OUP) zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Libyen, eines Waffenembargos gegen Libyen und zum Schutz der Zivilbevölkerung durch – verlor die Russische Föderation insgesamt vier Milliarden US-Dollar an Erlösen durch Waffenverkäufe sowie mehrere Hundert Millionen US-Dollar an Gasexplorationserlösen sowie durch den Ausbau des libyschen Bahnnetzes circa drei Milliarden US-Dollar.<sup>479</sup> 2008 wurden mit Libyen seitens der Russischen Föderation noch unter Führung von Gaddafi Verträge über den Kauf von weiteren Waffen, Erdöl, Erdgas sowie den Zugang zum Hafen in Bengasi für die russische Flotte und den Ausbau des libyschen Eisenbahnsystems unterzeichnet.<sup>480</sup> Die Afrikapolitik Russlands lieferte 2011 den Anlass für den einzigen bekannt gewordenen Streit zwischen dem damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew und dem Ministerpräsidenten Wladimir Putin während ihrer Amtsrochade 2008-2012. Putin warf Medwedew vor, bei der Abstimmung über eine westliche Militärintervention gegen Gaddafi kein Veto eingelegt zu haben (auf Veranlassung des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy) und warnte vor einem Regimewechsel in Tripolis. Das 2014 gewählte libysche Parlament stellte sich gegen die offiziell von den Vereinten Nationen anerkannte Regierung von Premierminister Abdul Hamed Dbeibeh in Tripolis, diese wird vor allem von der Türkei wirtschaftlich und militärisch unterstützt. Das Parlament befindet sich seither in Tobruk, es unterstützt wie die Russische Föderation, die Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Frankreich und Griechenland die Regierung von Feldmarschall Khalifa

---

<sup>478</sup> Arnaud Dubien, Kampfgenossen und Bündnispartner. Eine kurze Geschichte der russisch-afrikanischen Freundschaft, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Januar 2021, S. 14-15, hier S. 14.

<sup>479</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 35.

<sup>480</sup> Ebenda.

Belqasim Haftar und seine Milizen – die *Libyan Arab Armed Forces*.<sup>481</sup> Die Konfliktlinien in Libyen verlaufen entlang von Ethnien, religiösen Ausrichtungen, Rohstoffvorkommen und Stammeszugehörigkeit. Verschiedene ausländische Akteure spielen eine wichtige Rolle und unterstützen je nach eigenen Interessen unterschiedliche Seiten. Selbst die EU ist gespalten: Frankreich unterstützt Haftar gemeinsam mit Russland und Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, Italien unterstützt zum Teil die Regierung in Tripolis, Griechenland kann die Regierung in Tripolis nicht anerkennen, das die Türkei im Rahmen des Türkei-Libyen-Paktes über die Ausschließlichen Wirtschaftszone im Mittelmeer als eine Bedrohung für die eigenen Interessen darstellt. Die US-Präsidenten Barack H. Obama und Joseph R. Biden, die Türkei und Katar unterstützen noch dazu die Moslebrüder in Tripolis.

Eine Woche nach der Machtübernahme der Rebellenallianz *Hayat Tabrir al-Sham* (HTS) in Damaskus am 8. Dezember 2024 bereitete die russische Armee ihren Abzug aus Syrien vor. Mitte Dezember 2024 landeten Transportflugzeuge der russischen Streitkräfte auf der syrischen Luftwaffenbasis Hmeimim, Luftabwehrsysteme und Transportpanzer wurden für den Transport vorbereitet. Zudem waren lange russische Militärkonvois in die syrische Hafenstadt Tartus unterwegs, Kämpfer der *Syrian Democratic Forces* bewarfen diese Fahrzeuge mit Steinen. Libyen, das ölreichste Land in Afrika, wurde dadurch neue russische Hauptbasis am Mittelmeer und folglich neues Drehkreuz für das russische Engagement in Afrika. Der Militärflughafen bei Al-Jufra in der Sahara, auf dem bereits russische *MiG-29*-Kampfflugzeuge stationiert sind, wird weiter ausgebaut. Zuvor pendelten russische Streitkräfte zwischen Hmeimim, Tartus und ihren Einsatzgebieten in Afrika (Mali, Zentralafrikanische Republik, Niger), Transportflugzeuge aus der Russischen Föderation wurden in Libyen aufgetankt. In Libyen sichern die russischen Streitkräfte die Armee des libyschen Feldmarschalls Khalifa Haftar gegen die von der Türkei unterstützte Regierung in Tripolis ab. Haftar

---

<sup>481</sup> Shotaro Tani und Heba Saleh, The illicit oil trade keeping Libya divided, in: Financial Times, 21 March 2025, S. 15.

kontrolliert mit russischer Unterstützung von Bengasi aus den gesamten Süden Libyens. Libyen dient als Handelsplatz für Gold, Öl und Waffen (unter anderem an die Miliz *Rapid Support Forces RSF* im Sudan, die sich seit 15. April 2023 im Krieg mit der regulären Armee des Sudan befindet).<sup>482</sup> Im Tschad und im Grenzgebiet zu Libyen sind so in den letzten Jahren „*dutzende Goldschürfer-Orte entstanden*.“<sup>483</sup> Mit der Luftbrücke in die rohstoffreiche Zentralafrikanische Republik „*stopft der Kreml die durch die westlichen Sanktionen entstandenen Lücken der Zentralbank*.“<sup>484</sup> Militärausrüstung, syrische Söldner und Soldaten fliegen von Libyen aus in ihre Einsatzgebiete, *Iljuschin Il-76*-Transportflugzeuge kehren mit Gold und Geld zurück. Die russische Armee dürfte ihr Hauptquartier bei der südwestlich von Bengasi gelegenen Ortschaft Al Khadim einrichten, dort entsteht unter russischem Kommando seit Frühjahr 2024 ein Ausbildungszentrum für den Aufbau einer internationalen Söldnertruppe. Nach dem Verlust von Tartus sucht die Russische Föderation zudem auch nach einem Tiefseehafen für seine Mittelmeerflotte. Russische Delegationen verhandeln bereits seit Jahren über die Stationierung von Schiffen in Tobruk. Russlands Vizeverteidigungsminister Junusbek Jewkurow war seit 2022 regelmäßig in Ostlibyen, Haftar im Gegenzug in Moskau. Mehrere Tage vor dem Rebelleneinmarsch in Aleppo verließen zwei Fregatten und das U-Boot *Noworossijsk* den Hafen von Tartus Richtung Libyen. Tobruk ist jedoch erheblich kleiner als Tartus.<sup>485</sup> Der innerlibysche Krieg endete 2019 mit einem von der Russischen Föderation und der Türkei vermittelten Waffenstillstand, nach 18 Monaten gescheiterter Belagerung von Tripolis durch Haftar-Truppen. Die libysche Regierung in Tripolis gilt als Verbündete der Türkei und empfängt regelmäßig Delegationen aus EU-Staaten. Mangels einer schlagkräftigen Armee stützt sie sich auf ein Kartell

---

<sup>482</sup> Gerrit Kurtz, Schwer zu vermitteln. Der Krieg im Sudan steht für die Krise internationaler Konfliktbearbeitung. Aus Sicht Deutschlands, das diplomatische Ansätze stets unterstützt, sind das schlechte Nachrichten, in: *Internationale Politik*, Januar / Februar 2025, S. 88-93, hier S. 88.

<sup>483</sup> Mirco Kelberth, Russland macht den Abflug, in: *Salzburger Nachrichten*, 23.12.2024, S. 8.

<sup>484</sup> Ebenda.

<sup>485</sup> Ebenda.

von Milizen und die in Tripolis stationierten türkischen Streitkräfte. Italiens Premierministerin Giorgia Meloni hatte 2023 um Haftar und um Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh geworben, beide unterbinden seitdem das Ablegen von Schmugglerbooten in die EU. Die Türkei und die Russische Föderation konkurrieren um enorme Wirtschaftsinteressen in Libyen, zudem will Italien mehr als acht Milliarden US-Dollar in das renovierungsbedürftige Pipelinennetz nach Libyen investieren. ENI und OMV unterhalten Fördertürme in Libyen.<sup>486</sup>

Diplomatische Erfolge der Russischen Föderation gibt es wiederholt im Fall des von Russland geführten Krieges gegen die Ukraine, so im Fall der Resolution A/RES/68/262 der UN-Generalversammlung vom 27. März 2014 über die territoriale Unversehrtheit der Ukraine: elf Länder (darunter der Sudan und Zimbabwe) stimmten gegen diese Resolution, zahlreiche afrikanische Staaten enthielten sich.<sup>487</sup> Seit dem Jahr 2014 – also seit den politischen Umwälzungen in der Ukraine in Richtung westliche Annäherung und der darauffolgenden Annexion der Krim durch die Russische Föderation – wird das wirtschaftliche und militärische Engagement Moskaus in Afrika verstärkt ausgebaut. Seit 2014 ist die Russische Föderation auf neue Absatzmärkte und Partnerschaften in Afrika und Asien angewiesen. Die Aktivitäten der Russischen Föderation in Afrika können insgesamt in vier Bereiche unterteilt werden:

- Getreide- und Rohstoffhandel;

---

<sup>486</sup> Ebenda.

<sup>487</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 18 und 21.

- Unterstützung bei der Entwicklung der Atomenergie (wie im Fall Ägyptens mit dem Bau eines Atomkraftwerks in El Dabaa – 25 Milliarden US-Dollar-Kredit an Ägypten; in Afrika gibt es bisher nur ein Atomkraftwerk in Koeberg / Südafrika; Nigeria hat bereits einen Vertrag über den Bau eines Atomkraftwerks durch Rosatom abgeschlossen; Sudan, Äthiopien und die Republik Kongo haben bereits ein *Memorandum of Understanding* (MoU) unterzeichnet.<sup>488</sup>
- Wahlbeeinflussung zugunsten russischer Interessen;
- Unterstützung autoritärer Machthaber durch Militärberater und Waffenexporte.<sup>489</sup>

Intensive Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation besteht auf dem afrikanischen Kontinent mit Libyen, Ägypten, der Zentralafrikanischen Republik und dem Sudan. Diese konkurriert mit chinesischen, französischen und britischen Interessen in Afrika sowie auch mit jenen der EU und der USA. Im ersten Halbjahr 2019 einigten sich russische Unternehmen auf den Bau einer Industriezone in Port Said / Ägypten (525 Hektar, Vertragslaufzeit: 50 Jahre), zudem existieren Pläne für eine Militärbasis im Sudan. Zudem werden zwischen Russland und Ägypten seit 2019 gemeinsame Luftverteidigungsübungen durchgeführt, 2020 fand zwischen beiden Ländern erstmals ein Seemanöver im Schwarzen Meer statt mit dem Ziel der Abschreckung für den ägyptischen Rivalen Türkei und der Betonung der Mächtepräsenz im Mittelmeerraum (Libyen). US-Präsident Barack H. Obama hatte sich 2011 aus dem amerikanisch-ägyptischen Nuklearpartnerschaftsprogramm zurückgezogen, genau zehn Jahre später begann die Russische Föderation mit dem

---

<sup>488</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>489</sup> Ebenda, S. 63.

Bau eines Atomkraftwerks in Ägypten.<sup>490</sup> Präsident Putin verkündete damals das äußerst ambitionierte Ziel, das russisch-afrikanische Handelsvolumen binnen fünf Jahren zu verdoppeln.<sup>491</sup>

Im Oktober 2019 wurde die Russische Föderation Gastgeber des ersten russisch-afrikanischen Wirtschaftsgipfels in Sotschi, über 40 Staats- und Regierungschefs nahmen daran teil.<sup>492</sup> Die Kosten dieses Gipfels übertrafen damals mit 4,5 Milliarden Rubel (ca. 63 Millionen Euro) jene Kosten des Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg. Verträge im Wert von 13 Milliarden US-Dollar wurden damals in Sotschi unterzeichnet. Derartige Gipfel mit afrikanischen Staaten sollten nun alle drei Jahre stattfinden. Militärabkommen wurden mit „*vermutlich 20 afrikanischen Staaten*“, inklusive der Verlegung von zwei russischen Langstreckenbomben nach Südafrika, abgeschlossen, die auch am 23. Oktober 2019 in Südafrika landeten. 13 Prozent der russischen Waffenexporte gingen 2019 nach Afrika. Der Import von russischen Waffen machte damals 49 Prozent innerhalb der Afrikanischen Union aus, mehr als jene Waffengüter, die Frankreich, die USA und die Volksrepublik China gemeinsam nach Afrika exportierten. Ein Großteil der russischen Waffen wurde nach Algerien, nach Ägypten sowie weit abgeschlagen nach Angola, Nigeria, Sudan und Äthiopien exportiert.<sup>493</sup> Das Gipfeltreffen von Sotschi

---

<sup>490</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>491</sup> Arnaud Dubien, Kampfgenossen und Bündnispartner. Eine kurze Geschichte der russisch-afrikanischen Freundschaft, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Januar 2021, S. 14-15, hier S. 14.

<sup>492</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 18.

<sup>493</sup> Ebenda, S. 20.

verdeutlichte dem Westen, „*dass sich Russland auf dem afrikanischen Kontinent zurückmeldet. Die Region ist wieder Teil der russischen Gesamtstrategie.*“<sup>494</sup>

Das Interesse der Russischen Föderation gilt vermehrt dem Zugang zu Rohstoffen auf dem afrikanischen Kontinent. In Guinea eröffnete der russische Konzern *Rusal*, der weltgrößte Produzent von Aluminium, eine Niederlassung. Nach Wladimir Putins Besuch in Pretoria im September 2006 kaufte der vom Oligarchen Roman Abramowitsch kontrollierte Konzern *Ewraz* den südafrikanischen Stahlproduzenten *Highveld Steel* and *Vanadium Ltd*, Viktor Wechselbergs Renova-Gruppe übernahm 49 Prozent der Firmenanteile des Bergbau-Unternehmens *United Manganese of Kalabari*. Ein großer Anteil russischer Investitionen in Afrika fließt in den Bergbau. ARMZ – eine Tochtergesellschaft des Atomkonzerns *Rosatom* – erwarb 2010 eine große Uranlagerstätte in Tansania. Der Diamantenkonzern *Alrosa* investierte in Angola, später auch in Zimbabwe.<sup>495</sup> Im März 2011 ernannte Russlands damaliger Präsident Dmitri Medwedew einen Sonderbeauftragten für Afrika – Michail Margelow, er war zuvor Präsident der Kommission für internationale Angelegenheiten des Föderationsrates (Oberhaus des Parlaments). Zu Sowjetzeiten arbeitete er unter anderem als Arabischlehrer an der Hochschule des KGB. Margelow behielt das Amt bis Oktober 2014. Im Dezember 2011 organisierte er das erste russisch-afrikanische Wirtschaftsforum und ordnete die russische Afrikapolitik völlig neu aus. Nach dem Staatsstreich von al-Sisi in Ägypten gegen die Herrschaft der Moslembruderschaft im Jahr 2011 erfolgte wiederum eine Intensivierung der ägyptisch-russischen Beziehungen, Verträge über Waffenkäufe und militärische Zusammenarbeit wurden unterzeichnet. Zwischen 2013 und 2017 erhielt Ägypten 46 *MiG-29M*, die Boden-Luft-Lenkwaffensysteme *Buk-M1-2* und *S-300VM* sowie 46 *Ka-52*-Kampfhubschrauber. Diese Helikopter waren ursprünglich für den französischen Helikopterträger *Mistral* bestimmt, den Frankreich an die Russische Föderation ursprünglich zu verkaufen beabsichtigte, jedoch wurden die beiden Helikopterträger aufgrund der westlichen Sanktionen gegen die

---

<sup>494</sup> Arnaud Dubien, Kampfgenossen und Bündnispartner. Eine kurze Geschichte der russisch-afrikanischen Freundschaft, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Januar 2021, S. 14-15, hier S. 14.

<sup>495</sup> Ebenda.

Russische Föderation im Jahr 2015 nach der Annexion der Krim nach Ägypten verkauft. Kairo kaufte auch *Su-35*-Jagdbomber, die USA drohten mit Repressionen. Im Oktober 2020 hielt die ägyptische gemeinsam mit der russischen Marine Übungen im Schwarzen Meer ab. Luftstreitkräfte beider Länder führten zuvor schon gemeinsame Manöver durch. Das Handelsvolumen zwischen Ägypten und Russland stieg zwischen 2011 und 2018 von 2,8 Milliarden auf fast acht Milliarden US-Dollar. Besonders nahmen hier die russischen Getreideexporte nach Ägypten zu, die Russische Föderation ist der weltgrößte Getreideexporteur. Im Wirtschaftsjahr 2017/2018 kamen 85 Prozent der ägyptischen Weizenimporte aus der Russischen Föderation. Auf der Grundlage eines 2015 unterzeichneten Vertrages baut *Rosatom* in El Dabaa westlich von Alexandria das erste Atomkraftwerk des Landes im Wert von 25 Milliarden US-Dollar, die geplante Fertigstellung soll 2029 erfolgen.<sup>496</sup> Das AKW wird zu 85 Prozent mit einem Kredit des russischen Staates finanziert.<sup>497</sup>

Seit 2016 unterzeichnete Russland Verträge mit knapp zwei Dutzend Staaten, so mit Mali (Juni 2019), Kongo (Mai 2019) und Madagaskar (Oktober 2018). Darin wird die Ausbildung von Offizieren in Moskau, die Lieferung neuer Militärausrüstungen und auch die Wartung von bereits vorhandenem Material, gemeinsame Manöver und der Kampf gegen den Terrorismus und die Piraterie festgelegt. Mitte November 2020 kündigte Moskau die Vorbereitung eines bilateralen Abkommens mit dem Sudan über die Eröffnung eines Logistik- und Reparaturstützpunktes am Roten Meer an.

Zwischen Staaten Afrikas und der Russischen Föderation bestehen jährliche Konferenzen über Sicherheitsfragen in Hinblick auf nachrichtendienstliche Kooperationen, vermittelt durch den Sekretär des Sicherheitsrats (und des ehemaligen Geheimdienstchefs) Nikolai Patruschew. Im Mai 2019 wurde eine Konferenz in Ufa abgehalten – auch hier wurden Gespräche mit dem Leiter der Nachrichtendienste Namibias und Malis sowie mit Vertretern aus Burundi, Tunesien, Uganda, Ägypten und der Demokratischen Republik

---

<sup>496</sup> Ebenda.

<sup>497</sup> Ebenda, hier S. 15.

Kongo abgehalten. Themen waren unter anderem die Cybersicherheit, der Antiterrorkampf und der Kampf gegen Aufständische (hier gegen sogenannte *Farbenrevolutionen*, letztere bereiten einigen afrikanischen Staatschefs „Sorgen“).<sup>498</sup> In der Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und Nigeria geht es um die Bekämpfung der dschihadistischen Boko Haram, so wurden Militärs aus Nigeria zur Ausbildung nach Russland geschickt. Die russische Agentur für Waffenverkäufe lieferte 2016 bis 2018 ein Dutzend Kampfhubschrauber des Typs *Mi-35M*. In Libyen, der Zentralafrikanischen Republik, in Mosambik und im Sudan beauftragte die russische Regierung private Militärdienstleister mit der Aufstandsbekämpfung. Um die Wahlen am 27. Dezember 2020 in der Zentralafrikanischen Republik zu sichern, entsandte Moskau auf Bitte der Regierung in Bangui 300 Soldaten und schweres militärisches Gerät. In Mosambik bekämpften russische Söldner islamistische Gruppen in der Provinz Cabo Delgado, hier existieren große Gasvorkommen. Mosambiks Präsident Filipe Nyusi reiste im Herbst 2019 gleich zweimal nach Moskau.<sup>499</sup>

In den Jahren 2018 und 2019 begann die Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und Mali sowie mit der Demokratischen Republik Kongo und mit Madagaskar. Zudem wurden Waffenexporte nach Algerien, Ägypten, Angola und dem Sudan erhöht. Unterstützt wurden vor allem Regierungen in der Sahelzone und in Mosambik durch private Militärdienstleister, insbesondere in Libyen, in der Zentralafrikanischen Republik, in Mosambik sowie im Sudan. Die russische Energieindustrie ist bestrebt, am gesamten Energiesektor tätig zu sein, indem sie nicht nur Gaslieferverträge abschließt, sondern auch das erste Atomkraftwerk in Ägypten plant und baut.<sup>500</sup> Militärisch war in Afrika besonders die

---

<sup>498</sup> Ebenda.

<sup>499</sup> Ebenda.

<sup>500</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 3.

Firma *Wagner* aus Sankt Petersburg umtrieb, die afrikanischen Regierungen logistische Unterstützung, Objektschutz, militärische und nachrichtendienstliche Informationsverarbeitung sowie Unterstützung lokaler Militärs bei der Ausbildung bis hin zur aktiven Teilnahme am Personenschutz anbietet. *Wagner* befindet sich seit 2015 in Libyen und entstand wahrscheinlich 2014 im Rahmen des Ukraine Konflikts aus der *Moran Security Group*.<sup>501</sup> General Haftar in Libyen gelang es sogar, mit Unterstützung von *Wagner* große Teile von Libyen zu erobern und sogar Tripolis kurzfristig einzuschließen. Die Offensive scheiterte letztlich am Ende und Haftar versuchte, mit *Wagner* Verhandlungsdruck für die Berliner Libyen-Konferenz im Jahr 2020 aufzubauen, indem er fast die ganze Produktion und den Verkauf des Erdöls in Libyen stoppte. Von 1,2 Millionen Fässern pro Tag sank die Produktion damals auf ca. 100.000 Fässer. Nachdem die Produktion kurzfristig wieder angelaufen war, blockierten Mitte des Jahres 2020 Söldner der *Wagner*-Gruppe erneut die Erdölfelder in Sharara und den Erdölhafen al-Sider. Russland profitierte von der Blockade dieser Erdölfelder stark, denn im Fall eines Ausfalls der enormen libyschen Produktion stieg der Ölpreis weltweit. So gelang es der russischen Regierung, die Türkei und ihre Truppen in Libyen kurzfristig „in Schach zu halten“. Die Berliner Libyenkonferenz 2020 vereinbarte einen Waffenstillstand, auch die ausländische Unterstützung mittels Truppen und Ausrüstung sollte beendet werden.<sup>502</sup>

Im Sudan verfolgte die russische Regierung die Idee einer eigenen Marinebasis, die Sowjetunion verfügte bereits über mehrere Basen in Afrika (so im Jemen, in Somalia und in Äthiopien), die nach 1991 aufgelöst worden waren. 2008 versucht die Russische Föderation im Jemen eine neue Basis zu errichten, dies scheiterte aufgrund des jemenitischen Bürgerkriegs, der 2012 ausgebrochen war. Aus dem Versuch im Jahr 2014, eine Basis in Djibouti zu errichten, wurde ebenso nichts, da damals der politische Druck aus den USA auf die Regierung in Djibouti zu groß war und diese keinen weiteren Verhandlungen mehr zustimmte. Auch die Gespräche Russlands mit Eritrea

---

<sup>501</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>502</sup> Ebenda, S. 40-42.

hatten keinen Erfolg. 2017 bot der sudanesische Präsident dem russischen Präsidenten Putin die Unterzeichnung eines Abkommens über die Errichtung einer Marinebasis im Sudan an. Ab Dezember 2018 protestierte die sudanesische Bevölkerung jedoch gegen die hohen Brot- und Benzinpreise sowie gegen den damals seit 30 Jahren amtierende Präsidenten Omar al-Bashir, der fünf Monate später aufgrund der Massenproteste zurücktreten musste. Das Militär unter Abdel Fattah Burhan übernahm im Oktober 2021 im Rahmen eines Souveränen Rates des Sudans die Macht und sollte als Übergangsregierung einen demokratischen Transformationsprozess vorbereiten, gemeinsam mit Mohamed Hamdan Daglo (kurz Hemeti) als Anführer der Rapid Support Forces (RSF). Er stammte ursprünglich aus dem Tschad und war Kamel- und Möbelverkäufer und zudem zwischen 2013 und 2018 als General und Anführer der RSF maßgeblich für die Machtsicherung al-Bashirs zuständig. Er ließ innerhalb der RSF zahlreiche Gegner töten, u.a. auch über 100 Demonstranten, die im Sommer 2019 protestiert hatten.<sup>503</sup> Der Krieg zwischen den beiden Generalen begann am 15. April 2023, sowohl die sudanesische Armee als auch die RSF „bilden vielmehr die Spitzen von Koalitionen bewaffneter Kämpfer, über die sie keine vollständige Kontrolle haben.“<sup>504</sup> Der Marinestützpunkt in Port Sudan sollte als erste russische Basis in Afrika „geopolitisch betrachtet eine Antwort auf die amerikanische Basis in Djibouti sein, die dort bereits seit 2002 aktiv ist.“<sup>505</sup> Djibouti erlangte im 19. Jahrhundert im russischen Zarenreich Bekanntheit. Der Kosake Nikolai Aschinow gründete 1889 mit rund 200 Personen im

---

<sup>503</sup> Ebenda, S. 43f.

<sup>504</sup> Gerrit Kurtz, Schwer zu vermitteln. Der Krieg im Sudan steht für die Krise internationaler Konfliktbearbeitung. Aus Sicht Deutschlands, das diplomatische Ansätze stets unterstützt, sind das schlechte Nachrichten, in: Internationale Politik, Januar / Februar 2025, S. 88-93, hier S. 89f.

<sup>505</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 43.

damals verlassenen Fort Sagallo<sup>506</sup> die erste (und bisher einzige) russische Kolonie namens „*Neu Moskau*“ auf dem afrikanischen Kontinent, diese bestand jedoch nur eine Woche und wurde von den französischen Kolonialherren aufgelöst, zudem besaß der russische Zar kein wirkliches Interesse an einer Kolonie in Afrika.“<sup>507</sup> Der russischen Marine wird seit November 2020 erlaubt, bis zu vier Schiffe gleichzeitig in Port Sudan (auf 25 Jahre, nach Ablauf um weitere zehn Jahre Verlängerungsoption) als „logistisches Supportzentrum“ zu stationieren sowie 300 militärische und zivile Angestellte zu beschäftigen.<sup>508</sup> Hauptaufgabe der Basis ist die logistische Versorgung von russischen Kriegsschiffen (einschließlich von Atom-U-Booten) und deren Reparatur. Russland wäre zudem ermächtigt, alle Flughäfen des Landes für Waffen-, Munitions- und Ausrüstungsnachschub zu nutzen.<sup>509</sup>

In der Zentralafrikanischen Republik ist die Russische Föderation seit dem Jahr 2017 aktiv, es geht um einen *Abnabelungsprozess* der Regierung in Bangui von der ehemaligen französischen Kolonialmacht:

---

<sup>506</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>507</sup> Ebenda, S. 43f.

<sup>508</sup> „Russia will establish a naval logistic center and repair yard in Sudan under a new agreement signed by PM Mikhail Mishustin on Nov. 6, 2020. According to the agreement’s text, the naval logistics center will host up to 300 people. This figure includes both naval service members and civilian personnel. The base can host up to 4 naval vessels, including nuclear-powered ones. Sudan’s government will provide Russia with the necessary port infrastructure and a piece of land free of charge, and Russia will be allowed to transfer any kind of military equipment or munition, equipment or material through Sudanese ports that are required for the center. The center will function under Russia’s jurisdiction, and the agreement will last for 25 years, with the option to renew it for a 10-year period. This will be Russia’s first military base in Africa since the collapse of the Soviet Union.“ Aus: Defense News, Sudan to host Russian military base, in: Defense News, December 2020, S. 6.

<sup>509</sup> Dominik Eisenmann, Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021, S. 46.

*„Frankreichs Agieren im Land ist geprägt von der Befriedung eigener Bedürfnisse. So wurde unter anderem der Sturz des Präsidenten Bozizé durch Frankreichs Zustimmung und mit Tschads Präsidenten Idriss Débys Rebellenarmee akkordiert. Bozizé wollte Frankreich nicht mehr den Zugang zum Uranabbau ermöglichen. Nach dessen Sturz entsandte Frankreich mehr als 2500 Soldaten in das Gebiet und ermöglichte freie Wahlen.“<sup>510</sup>*

Bei den Konflikten in der Zentralafrikanischen Republik geht es hauptsächlich um ethnische und religiöse Zugehörigkeiten (Christen versus Muslime) sowie um den politischen Einfluss auf die Ausbeutung der immensen Rohstoffvorkommen – wie Gold, Uran, Diamanten, Coltan, Mangan und Erdöl. Im Jahr 2020 flammten die Kämpfe in diesem Land wieder auf, nachdem die *Front Patriotique pour la Renaissance de la Centrafrique* sich nicht mehr an den Friedensvertrag von Bangui aus dem Jahr 2019 gehalten hatte. Durch die Kämpfe wurden 700.000 Menschen zu Binnenflüchtlingen. Im Jahr 2020 wurden 80 Prozent des Landes von Milizen und Rebellen kontrolliert. In Bangui befindet sich die Zentralregierung, jedoch ohne politisches Gewicht. Im Dezember 2020 kam es zu Wahlen in der Zentralafrikanischen Republik, es folgten bewaffnete Konflikte, die UN-Mission MINUSCA ging davon aus, dass der ehemalige Präsident François Bozizé hinter diesen Unruhen und dem Zusammenschluss von drei Rebellengruppen stecken könnte, um erneut an die Macht zu kommen.<sup>511</sup> Rund um die Präsidentschaftswahl Ende 2020 entsandte die Russische Föderation erneut über 300 Militärberater mit dem Auftrag, die Soldaten der nationalen Streitkräfte auszubilden. Angehörige der *Wagner*-Gruppe, wie Dmitri Syti (Dolmetscher für den russischen

---

<sup>510</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>511</sup> Ebenda, S. 50f.

Sicherheitsberater Valeri Zakharov) besaßen über die russische Firma *Lobaye Invest* Goldminenrechte in der Zentralafrikanischen Republik. Weitere russische Firmen erhielten 2018 erste Bergbaulizenzen in jenen Gebieten, in welche die Waffen geliefert wurden. Frankreich betrieb eine Militärbasis im Tschad.<sup>512</sup>

Mit Südafrika unterzeichnete die Russische Föderation im Jahr 2014 „*ein vorerst geheimes Abkommen zur gemeinsamen strategischen Nutzung von Kernenergie*“. Der Vertrag beinhaltet auch den Bau eines Atomkraftwerkes mit VVER-Reaktoren, die jährlich bis zu 9,6 Gigawatt Strom produzieren sollen. Die russische Nachrichtenagentur TASS zitierte 2014 den damaligen *Rosatom* - Vorsitzenden Kimienka, dass bis 2023 acht neue Atomkraftwerke mit dem neuen VVER-Reaktor nach Südafrika geliefert werden sollten, das wäre somit das erste russische AKW mit neuem Reaktortyp in Afrika gewesen. 2017 urteilte ein Gericht in Südafrika endgültig, dass die Verträge mit der Russischen Föderation über die gemeinsame friedliche Nutzung von Kernenergie (aber auch mit den USA, China und Südkorea) verfassungswidrig seien und keine Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Der damalige Präsident von Südafrika, Jacob Zuma, musste Anfang 2018 zurücktreten. Zumas Nachfolger, Präsident Ramaphosa, bemüht sich nun, auf Distanz zur Russischen Föderation zu gehen.<sup>513</sup>

Mit Madagaskar unterzeichnete die Russische Föderation in Sotschi zwei *Memoranda of Understanding* (MoU) mit der *Southern African Development Community* (SADC), diese wurde 1980 als *Southern African Development Coordination Conference* in Sambia gegründet. Diese MoU betreffen:

- Die politische und industrielle Entwicklung, den Handel, die Wirtschaft, humanitäre, wissenschaftliche, technologische, soziale und kulturelle Zusammenarbeit;

---

<sup>512</sup> Ebenda, S. 53.

<sup>513</sup> Ebenda, S. 57.

- Verteidigungspolitische und technologische Kooperationen (gemeinsame Ausbildung von Soldaten und die Möglichkeit, russische Kriegsschiffe und Flugzeuge in Madagaskar einlaufen bzw. landen zu lassen. *Wagner* übernahm bereits einige dieser Aufgaben. Die russische Firma *Ferrum Mining* ist in Madagaskar aktiv.<sup>514</sup>

Das russische Interesse in Afrika stellt sich dar „als Mischung aus strategischem Interesse am afrikanischen Kontinent, vor allem der Rohstoffe wegen, und der Suche nach neuen Absatzmärkten nach den wirtschaftlichen Einschnitten, welche die auferlegten Russlandsanktionen verursachen“.<sup>515</sup> Der globale Warenhandel mit den Ländern Subsahara-Afrikas stieg in den Jahren 2006 bis 2018 massiv an, so erfuhr Indien eine Steigerung von 292 Prozent, China, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien über 200 Prozent Zuwachs sowie die Russische Föderation eine Steigerung von 335 Prozent.<sup>516</sup> Junge Menschen schwenkten ab dem Jahr 2021 russische Fahnen in den Hauptstädten in Burkina Faso, Mali, Guinea und im Niger, also in jenen Hauptstädten, in denen das Militär geputscht hatte. Die russische Fahne wurde Symbol des Widerstands in Westafrika, untermauert von anti-westlicher und antifranzösischer Einstellung, meinte Kyle Walter, Leiter des Forschungsbereichs beim Technologieunternehmen Logically.<sup>517</sup> In all diesen Ländern forderten die Militärregierungen die amerikanischen und französischen Truppen auf, ihre Länder zu verlassen, russische Söldner kamen stattdessen ins Land. Die USA zogen daraufhin auch ihre Militärpräsenz im Umfang von 1000 Personen aus

---

<sup>514</sup> Ebenda, S. 60f.

<sup>515</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>516</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>517</sup> Elian Peltier, As Russia makes inroads in Africa, its flags are hot in Niger, in: The New York Times International Edition, October 2, 2023, S. 4.

dem Niger ab, ebenso schlossen sie ihre 110 Millionen US-Dollar teure Luftwaffenbasis im Niger im September 2024.<sup>518</sup>

## Geopolitische Interessen in der Arktis

Nach dem Ende des Kalten Krieges begann sich die Arktis von „einer der am stärksten militarisierten Regionen der Welt in eine ‚Zone des Friedens‘ zu verwandeln“, damals stellten die Sowjetunion und die USA „einen Großteil ihrer militärischen Infrastruktur in der Arktisregion außer Dienst.“<sup>519</sup> In der Folge konnte mit den arktischen Anrainerstaaten Kanada, Dänemark und Norwegen eine Kooperation erreicht werden, die sich zunächst auf Normen und Multilateralismus gründen sollte. 1996 kam es zur Gründung des Arktischen Rates in Ottawa als Grundstein zur internationalen Zusammenarbeit. Aufgrund des durch die Russische Föderation ausgelösten Ukrainekriegs stellten die Großmächte jedoch „zunächst die institutionelle Kooperation im Rahmen des Arktischen Rates vollständig ein und setzten diese kurz darauf ohne russische Beteiligung fort.“<sup>520</sup> Uneinigkeit zwischen den Anrainerstaaten besteht im Hinblick auf die Zugehörigkeit des Lomonossow-Rückens, der in die Ausschließlichen Wirtschaftszonen von Dänemark, Kanada und Grönlands hineinreicht. 2001 hatte die Russische Föderation einen Antrag auf Erweiterung der ausschließlichen Wirtschaftszone entlang des Lomonossow-Rückens eingereicht, da Moskau den Lomonossow-Rücken als Verlängerung des eurasischen Kontinents betrachtet. Nicht zuletzt deshalb hatte die russische Marine im Jahr 2007 am Meeresgrund eine ein Meter hohe

---

<sup>518</sup> Ebenda.

<sup>519</sup> Michel Engelhard, Renaissance neorealistischer Perspektiven in der internationalen Politik? Eine Analyse am Beispiel des außen- und sicherheitspolitischen Handelns Russlands, Chinas und der USA im Arktisraum seit dem Ende des Kalten Krieges, Master-Arbeit, Universität der Bundeswehr (München), Neubiberg 2023, S. 1.

<sup>520</sup> Ebenda, S. 2.

russische Titanflagge auf den geografischen Nordpol symbolisch platziert. Dänemark und Kanada waren dagegen der Ansicht, der Lomonossow-Rücken sei eine Verlängerung Grönlands bzw. der kanadischen Ellesmere-Insel.<sup>521</sup> Dänemark stellte dagegen im Jahr 2014 den Antrag auf Erweiterung der Ausschließlichen Wirtschaftszone um 895.000 Quadratkilometer an die Festlandsockelkommission, die Russische Föderation reagierte im Jahr 2015 mit einem Antrag auf 1,2 Millionen Quadratkilometer, Kanada folgte 2019 mit einem Antrag auf 1,2 Millionen Quadratkilometer und strebt deshalb mit Nachdruck eine Erweiterung seiner ausschließlichen Wirtschaftszone über die 200 Seemeilen hinaus an.<sup>522</sup> Die Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels – ein Organ der Vereinten Nationen – hatte im Jahr 2023 entschieden, dass 1,7 Millionen der insgesamt zwei Millionen strittigen Quadratkilometer der Russischen Föderation zugeordnet sind. Offen bleibt jedoch die Zugehörigkeit der 300.000 Quadratkilometer des Gakkelrückens im Arktischen Ozean. Die übrigen Arktisanrainerstaaten haben nun ihre Streitigkeiten über noch offene Arktisgebiete „größtenteils beigelegt“.<sup>523</sup>

## **Chinas Ambitionen in der Arktis**

Im Jahr 2014 hatte Chinas Staatspräsident Xi Jinping die Ambition der Volksrepublik verkündet, gleichfalls eine „polare Großmacht“ zu sein, nachdem China 2013 als Beobachterstaat in den Arktischen Rat aufgenommen

---

<sup>521</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>522</sup> Ebenda.

<sup>523</sup> Kevin Schulte, Neue Handelsrouten am Nordpol. „In der Arktis sind praktisch alle Grenzkonflikte geklärt“, 15.03.2025, 13.02 Uhr, <https://www.ntv.de/wirtschaft/In-der-Arktis-sind-praktisch-alle-Grenzkonflikte-geklaert-article25625087.html> [23.03.2025]

worden war.<sup>524</sup> Bereits 2007 hatte sich China um eine Aufnahme als Beobachterstaat beworben. Die Volksrepublik China bezeichnet sich daher seit 2018 als „arktischer Staat“ und begründet diese Argumentation mit der Eisschmelze in der Arktis, die von der Kommunistischen Partei Chinas auch an der Entstehung von Extremklima im Süden Chinas verantwortlich gemacht wird.<sup>525</sup> Noch während der 1990er Jahre führten chinesische Forschungsteams erste Polarexpeditionen durch, 1995 erfolgte eine erste, 1999 die zweite Forschungsmission. China eröffnete seine erste Forschungsstation Yellow River im Jahr 2004 auf Spitzbergen im Rahmen des 1920 mitunterzeichneten Spitzbergenvertrags. Seit dem Betrieb dieser Station unternahm China sechs weitere wissenschaftliche Forschungsexpeditionen im Arktischen Ozean und erschloss im Jahr 2012 eine große Erzmine nördlich der grönländischen Hauptstadt Nuuk. 2012 passierte auch der Eisbrecher *Xuelong* (*Schneedrache*), der 1993 ursprünglich für die Ukraine gebaut worden war, die Nordostpassage.<sup>526</sup> Die Nordostpassage ist rund 14.000 Kilometer lang und verläuft entlang der russischen Küste.<sup>527</sup> China vertritt damit eindeutig geostrategische Interessen in dieser rohstoffreichen Region, zumal das Wachstum der chinesischen Wirtschaft weiterhin abhängig von umfassenden Rohstoffimporten bleibt. China betreibt seit 2018 das Aurora Observatory in Island und plant eine zweite Forschungsstation in Grönland, ebenso zwei Satellitenempfangsstationen für das chinesische Satellitennavigationssystem *Beidou-2* in Grönland und auf Spitzbergen – ausgerichtet für Weltraumforschung und Wettervorhersage. Das System soll folglich die Navigation im

---

<sup>524</sup> Michael Paul, Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. SWP-Aktuell, Nr. 68, Berlin, Dezember 2024, S. 1.

<sup>525</sup> Michel Engelhard, Renaissance neorealistischer Perspektiven in der internationalen Politik? Eine Analyse am Beispiel des außen- und sicherheitspolitischen Handelns Russlands, Chinas und der USA im Arktisraum seit dem Ende des Kalten Krieges, Master-Arbeit, Universität der Bundeswehr (München), Neubiberg 2023, S. 43.

<sup>526</sup> Ebenda.

<sup>527</sup> Kevin Schulte, Neue Handelsrouten am Nordpol. „In der Arktis sind praktisch alle Grenzkonflikte geklärt“, 15.03.2025, 13.02 Uhr, <https://www.ntv.de/wirtschaft/In-der-Arktis-sind-praktisch-alle-Grenzkonflikte-geklaert-article25625087.html> [23.03.2025]

Arktischen Ozean erleichtern.<sup>528</sup> China bezieht derzeit über die Straße von Malakka zwischen Malaysia und Sumatra rund 80 Prozent seiner Erdölimporte, diese Seestraße wäre jedoch in einem Konfliktfall durch die USA leicht zu blockieren und würde Chinas importabhängige Wirtschaft zum Erliegen bringen. Das chinesische Militär wäre somit in wenigen Tagen handlungsunfähig. China bezweckt deshalb eine Diversifizierung seiner Handelswege und Versorgungsrouten, in diesem Zusammenhang hat China im Jahr 2017 die *Neue Seidenstraße* (*Belt and Road Initiative – BRI*) um eine *arktische Seidenstraße* erweitert. In der Arktis betreibt China neben Klima- und Weltraumforschung insbesondere hydrographische Untersuchungen und ist bestrebt, weiterhin in größerem Ausmaß in den infrastrukturellen Ausbau einer nördlichen Seeroute zu investieren. China engagiert sich zusätzlich in den arktischen Institutionen wie etwa der UN-Schifffahrtsorganisation (*International Maritime Organization – IMO*) zur Schaffung von Regeln und Normen im arktischen Schiffsverkehr. Es konnte in der Folge die Regelungen des 2017 in Kraft getretenen *Polar Code*, der die Anforderungen an Schiffe für die arktischen Gewässer festlegt, mitgestalten.<sup>529</sup>

Seit 2013 investiert die Volksrepublik China in ihre Fähigkeiten, verflüssigtes Erdgas zu transportieren und ist inzwischen bei der Verfügbarkeit von Infrastruktur für die Erdgasbetankung führend. China engagiert sich ebenso in russischen Erdgasprojekten in der russischen arktischen Zone, wie zum Beispiel beim *Jamal-LNG-Projekt*.<sup>530</sup> Dabei hat die Annexion der Krim durch die Russische Föderation im Jahr 2014 die Ambitionen der Volksrepublik China massiv begünstigt, zumal westliche Sanktionen die Russische Föderation dazu gezwungen haben, auch ihre Haltung gegenüber chinesischen Investitionen in der Arktis zu überdenken. China gelang es dadurch, etwa 30

---

<sup>528</sup> Michel Engelhard, *Renaissance neorealistischer Perspektiven in der internationalen Politik? Eine Analyse am Beispiel des außen- und sicherheitspolitischen Handelns Russlands, Chinas und der USA im Arktisraum seit dem Ende des Kalten Krieges*, Master-Arbeit, Universität der Bundeswehr (München), Neubiberg 2023, S. 43.

<sup>529</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>530</sup> Ebenda, S. 44.

Prozent am weltweit größten Flüssiggasprojekt *Jamal-LNG* und etwa 20 Prozent am Nachfolgeprojekt *Arctic LNG-2* zu erwerben. China investiert parallel dazu massiv in Häfen und Eisenbahnlinien entlang der Nördlichen Seeroute<sup>531</sup> sowie in die Exploration neuer Rohstoffvorkommen in der Barentssee und in den Bau von *LNG*-Tankschiffen.<sup>532</sup>

Im Mai 2014 wurde der chinesisch-russische Pipelinevertrag abgeschlossen, der bis 2048 Erdgaslieferungen an die Volksrepublik im Wert von 400 Milliarden US-Dollar vorsieht. Der Beginn des Exports sollte im Jahr 2018 mit der Eröffnung der *Power of Siberia* erfolgen, die Pipeline selbst nahm 2019 ihren Betrieb auf. Russland ist zudem an der Realisierung der seit 2020 geplanten *Power of Siberia-2*-Pipeline sehr interessiert, die China über die Mongolei mit den großen arktischen Fördergebieten um die Halbinsel Jamal verbinden soll. Die *Power of Siberia-2* würde gemeinsam mit den höheren Transportkapazitäten der anderen beiden Pipelines den Anteil russischen Erdgases an den Gasimporten Chinas von fünf Prozent (2023) auf 20 Prozent (2030) erhöhen. Dies wird jedoch durchaus skeptisch gesehen, da die Volksrepublik China ebenso wie die Russische Föderation eine Diversifizierung der Gasimporte anstreben.<sup>533</sup> So hatte die Volksrepublik den Abschluss des von russischer und mongolischer Seite finalisierten Abkommens ausgesetzt und sich stattdessen Verhandlungen mit Turkmenistan über eine neue Pipeline zugewandt. China hat sich trotz großen Bedarfs zum Ziel gesetzt, in gaspolitischer Hinsicht unabhängiger von der Russischen Föderation zu agieren.<sup>534</sup>

---

<sup>531</sup> Ebenda.

<sup>532</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>533</sup> Ebenda.

<sup>534</sup> Ebenda.

Mit der *Xuelong-2* verfügt China über einen zweiten, mit finnischer Hilfe in China gebauten Eisbrecher, der im Jahr 2020 zu seiner ersten Forschungsreise in die Antarktis aufgebrochen war,<sup>535</sup> sowie mit der *Ji Di* und der *Zhong Chan Da Xue Ji Di* zwei weitere Eisbrecher.<sup>536</sup> Grönland spielt für China und seit dem zweiten Amtsantritt des Präsidenten Donald J. Trump auch für die USA eine zunehmend wichtigere Rolle. China betrachtet Grönland auch als einen zentralen Faktor im Rahmen seiner *Arktischen Seidenstraße*. 2016 versuchte China, in Grønnedal eine ehemalige amerikanische Marinebasis zu erwerben und 2018, sich einen Vertrag zur Erweiterung von zwei Flughäfen in Nuuk und Ilulissat zu sichern. Beide Projekte scheiterten nach Interventionen Dänemarks und der USA. Grönlands Vorkommen an seltenen Erden ist für die Volksrepublik China von besonderer Bedeutung, da China bestrebt ist, sein derzeitiges Monopol aufrechtzuerhalten. China hat bisher nur die Abbaulizenz für eine Eisenerzmine nahe der verlassenen Siedlung Isua an der grönländischen Südküste sowie eine geteilte Lizenz für eine Kupfermine auf der Wegener Halvø Halbinsel im Osten von Grönland erworben. Seit 2021 verschärft Grönland jedoch die Bestimmungen zur Prospektion, Exploration und Ausbeutung von Uran und des Umweltschutzes.<sup>537</sup> In Island unterhält China seit 2004 eine Forschungsstation in Ny-Ålesund auf Spitzbergen / Svalbard, 2018 eröffneten China und Island, wo die Volksrepublik „die größte aller Botschaften“ errichtet hatte, die gemeinsame Forschungsstation *China-Nordic Arctic Research Center* (CNARC) in Karhóll. Dort betreiben sie das *China-Iceland Arctic Science Observatory* (CIAO).<sup>538</sup> So erweist sich das aktuelle Investitionsniveau der Volksrepublik in der Arktis

---

<sup>535</sup> Ebenda.

<sup>536</sup> Michael Paul, Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. SWP-Aktuell, Nr. 68, Berlin, Dezember 2024, S. 1.

<sup>537</sup> Michel Engelhard, Renaissance neorealistischer Perspektiven in der internationalen Politik? Eine Analyse am Beispiel des außen- und sicherheitspolitischen Handelns Russlands, Chinas und der USA im Arktisraum seit dem Ende des Kalten Krieges, Master-Arbeit, Universität der Bundeswehr (München), Neubiberg 2023, S. 76.

<sup>538</sup> Michael Paul, Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. SWP-Aktuell, Nr. 68, Berlin, Dezember 2024, S. 3.

zwar als „wenig spektakulär“, dennoch titelte die staatliche russische Nachrichtenagentur RIA Novosti im Oktober 2022: „Die Arktis wird chinesisch.“<sup>539</sup> Das langfristige Ziel der Volksrepublik besteht darin, eine ständige Präsenz im Nordpolarmeer sicherzustellen, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen: ein Gürtel der *Neuen Seidenstraße* soll den eurasischen Kontinent umschließen, die polare Route bezweckt dabei die Erhöhung der chinesischen Versorgungssicherheit mit fossiler Energie aus der russischen Arktisregion, „da fast 80 Prozent der Ölimporte über die Straße von Malakka“, die im Konfliktfall von den USA blockiert werden könnte, in strategischer Hinsicht als kritisch bewertet werden müssen.<sup>540</sup>

### Russische Ambitionen in der Arktis

Auf norwegisches Betreiben hin hatten die Russische Föderation, die USA und Norwegen noch im Gründungsmoment des Arktischen Rates im September 1996 die *Arctic Military Environmental Cooperation* unterzeichnet und zwar mit dem Ziel, radioaktive Gefahren in dieser Region zu vermeiden. Im August 2007 platzierte – wie bereits erwähnt – die russische Marine am geografischen Nordpol eine russische Flagge und Moskau begann mit der Aufnahme intensivierter Flugbewegungen mit Langstreckenbomben über arktisches Gebiet. Mit der russischen Expedition zum Nordpol im Sommer 2007 galt es, „wissenschaftliche Beweise dafür zu sammeln, dass das Unterwassergebirge am Nordpol mit dem russischen Festland verbunden ist“, meinte Russlands Außenminister Sergej Lawrow.<sup>541</sup> Russland will somit Anspruch auf die dort

---

<sup>539</sup> Ebenda, S. 1.

<sup>540</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>541</sup> Martin Malek, Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009, S. 76.

vermuteten bzw. bekannten Lagerstätten an Bodenschätzen erheben und positionierte deshalb Anfang August 2007 eine aus Titan gefertigte russische Flagge auf dem Meeresboden unter dem Nordpol, d.h. in einer Tiefe von über 4200 Meter unter der Meeresoberfläche. Kanadas damaliger Außenminister Peter G. MacKay kommentierte dies: „*Look, this isn't the 15th century. You can't go around the world and just plant flags and say 'We're claiming this territory'*.”<sup>542</sup>

Seit 2008 führen russische Atom-U-Boote Patrouillen im arktischen Raum durch. Zahlreiche der in den 1990er Jahren geschlossenen Militärstützpunkte wurden durch die russischen Streitkräfte bereits wieder aktiviert und zum Teil erweitert und modernisiert. In den Jahren 2015 bis 2017 errichtete das russische Militär mindestens drei neue Stützpunkte an strategisch relevanten Standorten und in der Nähe verfallender Anlagen aus dem Kalten Krieg (wie die Uschakowskoje-Basis auf der ostsibirischen Wrangel-Insel oder den Luftwaffenstützpunkt Timo auf der Insel Kotelny sowie in Nagurskoje / Franz-Josefs-Land). In Nagurskoje verfügt Russland mit einer Staffel von *MiG-31BM*-Abfangjägern als einziges Land nördlich des 80. Breitengrades über Überschallflugzeuge. Seit einigen Jahren betreibt Russland zudem einen saisonalen Eisflugplatz auf Serwernaja Semlja, diese Basis soll zu einem dauerhaften Flughafen ausgebaut werden.<sup>543</sup> Seit 2015 errichtete Russland zusätzlich neue Radarstationen (wie Langstreckenradars), die Flugzeuge, Interkontinentalraketen und Hyperschallwaffen sowie Drohnen bis zu einer Entfernung von 1200 Kilometern und einer Höhe von bis zu 100 Kilometern erfassen können. Seit 2017 befinden sich die ersten beiden derartigen Anlagen auf der Halbinsel Kanin und Indiga, also zwischen Kola und Nowaja Semlja im Nenzen-Distrikt.<sup>544</sup> Ebenso wurde seit 2019 auch der Luftwaffenstützpunkt Rogatschewo auf Nowaja Semlja militärisch ausgebaut. Seit 2014 wurden in der arktischen Zone der Russischen Föderation

---

<sup>542</sup> Ebenda.

<sup>543</sup> Michel Engelhard, Michel: Renaissance neorealistischer Perspektiven in der internationalen Politik? Eine Analyse am Beispiel des außen- und sicherheitspolitischen Handelns Russlands, Chinas und der USA im Arktisraum seit dem Ende des Kalten Krieges, Master-Arbeit, Universität der Bundeswehr (München), Neubiberg 2023, S. 53.

<sup>544</sup> Ebenda, S. 54.

insgesamt zehn Seenotrettungsstationen, zehn Radarstationen, 14 Flugplätze, 16 Tiefseehäfen und 20 Grenzstationen entweder neu errichtet oder renoviert und modernisiert.<sup>545</sup>

Die russische Arktisregion bildet das Einsatzgebiet der Nordflotte, die über zwei Drittel aller seegestützten Nuklearsprengköpfe des Landes verfügt. Bereits im Jahr 2014 wurde das Kommando der Nordflotte in das Northern Fleet Joint Strategic Command (NFJSC) umgewandelt, es übernahm das Kommando über alle arktischen See-, Land- und Luftoperationen des Militärbezirks West in Sankt Petersburg. 2015 übernahm das neue Kommando auch die Befehlsgewalt über die Militärkommissariate der russischen Westarktis und wurde 2021 administrativ den vier Militärbezirken gleichgesetzt (neben den Militärbezirken Süd, Ost, West, Zentral) und befehligt ebenso auch arktische Einheiten im Militärbezirk Ost; Sitz des neuen Kommandos ist Seweromorsk.<sup>546</sup> Um Severomorsk befinden sich sechs weitere Häfen mit drei operativen Marineverbänden des NFJSC sowie:

- 16 Patrouillenboote, 8 Minenabwehrschiffe, 8 Landungsschiffe sowie die nördliche U-Boot-Flotte (8 strategische U-Boote mit ballistischen Raketen und 19 Jagd-U-Boote),
- die 61. Marineinfanteriebrigade, die 45. Luft- und Luftverteidigungsarmee, das 14. Armeekorps, die 76. Garde-Luftangriffsdivision und die 98. Garde-Luftlandedivision.<sup>547</sup>

---

<sup>545</sup> Ebenda.

<sup>546</sup> Ebenda, S. 55.

<sup>547</sup> Ebenda.

Die Russische Föderation verfolgt mit ihrer *Anti Access / Area Denial*-Strategie (A2/AD) den Zweck, feindlichen Schiffen den Zugang des von der Russischen Föderation beanspruchten Teils des Arktischen Ozeans zu verwehren. Zudem hat das russische Militär auf Franz-Josefs-Land, Severnaja Semlja, der Neusibirischen Insel, Nowaja Semlja und der Wrangel-Insel Langstreckenflugabwehrsysteme der Typen *S-300*, *S-350* und *S-400* stationiert sowie mehrere Batterien mobiler Antischiffsraketen (Typ *K-3008 Bastion P* – auf Franz-Josefs-Land und auf der Neusibirischen Insel) stationiert, zudem auch schiffsgestützte Hyperschall-Antischiffsraketen des Typs Zirkon, die Schiffe in einem Umkreis von 1000 Kilometer erfassen und bekämpfen können.<sup>548</sup> Im Jahr 2018 kündigte Russland an, an einer atomgetriebenen Unterwasserdrohne zu arbeiten, die mehrere Tausend Kilometer autonom zurück legen und mit Atomsprengköpfen von 100 Megatonnen bestückt werden kann. Sechs dieser 24 Meter langen Drohen sollen künftig im neuen Atom-U-Boot Belgorod eingesetzt werden, 2021 war dieses zur ersten Testfahrt im Weißen Meer ausgelaufen.<sup>549</sup> Seit 2013 finden im arktischen Raum regelmäßig durchgeführte und unangekündigte Großübungen statt, 2015 gab es eine kurzfristig angekündigte Alarmübung mit 45.000 Soldaten, 3400 Militärfahrzeugen, 41 Schiffen, 15 U-Booten, 110 Flugzeugen – fast die gesamte Nordflotte wurde in kürzester Zeit mobilisiert. 2017 wurde im Rahmen des Sapad-2017-Manövers die militärische Einnahme von Spitzbergen geübt, in den Jahren 2018 und 2019 führte die russische Luftwaffe mehrfach simulierte Luftangriffe auf norwegische Radaranlagen in Vardø durch und setzte zudem GPS-Störsender gegen Finnland ein. Im August 2019 fand das russische Manöver Ocean Shield statt, einem Manöver zur „*Bastionsverteidigung*“ durch die simulierte Blockade der „*Lücke*“ zwischen Grönland, Island und dem Vereinigten Königreich sowie des Ärmelkanals. Abschüsse von Marschflugkörpern und amphibische Landungsoperationen wurden in diesem Zusammenhang geübt.<sup>550</sup> Seit dem Beginn des Krieges zwischen der

---

<sup>548</sup> Ebenda, S. 56.

<sup>549</sup> Ebenda, S. 57.

<sup>550</sup> Ebenda, S. 57f.

Russischen Föderation und der Ukraine im Jahr 2014 war die Russische Föderation nicht mehr an den jährlich stattfindenden Treffen des Runden Tisches der arktischen Sicherheitskräfte (*Arctic Security Forces Roundtable*) beteiligt.<sup>551</sup> Jedoch vereinbarte der russische Grenzschutz und die chinesische Küstenwache in Murmansk im April 2023, eine gemeinsame Dachorganisation für den Schiffsverkehr auf der nördlichen Seeroute zu schaffen. Dieses Übereinkommen von Murmansk beinhaltet auch die gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus, illegale Migration sowie auch die Bekämpfung der illegalen Fischerei.<sup>552</sup> Die erste gemeinsame Seepatrouille auf der nördlichen Seeroute zwischen China und Russland fand im Oktober 2024 statt.<sup>553</sup>

### **Chinesische und russische Interessen am Westbalkan**

Sowohl die Russische Föderation als auch die Volksrepublik China sind äußerst selbstbewusste Akteure am Westbalkan geworden, die „verstärkte geostrategische und geopolitische Konkurrenz“ geht auch am Westbalkan „nicht spurlos vorbei“: So verwandelten die Interessen der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, der Türkei und einzelner arabischer Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate den Westbalkan wieder „in einen geopolitischen Marktplatz“<sup>554</sup> Gerade von russischer Seite besteht eine „enge und freundschaftliche Beziehung“ insbesondere

---

<sup>551</sup> Agne Cepinskyte und Michael Paul, Großmächte in der Arktis, SWP-Aktuell Nr. 50, hrsgg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, Juni 2020, S. 7.

<sup>552</sup> Michael Paul, Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. SWP-Aktuell, Nr. 68, Berlin, Dezember 2024, S. 3.

<sup>553</sup> Ebenda.

<sup>554</sup> Vedran Dzihic und Thomas Eder, China auf dem Westbalkan – Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse, OIIP Working Paper 112/ März 2022, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Wien, März 2022, S. 5.

zu Serbien und zur Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina. Vor allem positionierte sich die Russische Föderation „*immer stärker gegen die EU und die NATO und versuchte mit unterschiedlichen Mitteln, den Einfluss des Westens in der Region zu verringern.*“<sup>555</sup> Zudem existieren in den serbisch besiedelten Gebieten der Region nicht nur direkte politische, wirtschaftliche und auch nachrichtendienstliche Einflussnahmen Moskaus, sondern auch „*starke pro-russische Einstellungen in der Bevölkerung und in der Politik.*“<sup>556</sup> Die Bereitschaft und die Fähigkeit, die politische Instabilität am Westbalkan „*zu verschärfen*“, bleibt in der Folge „*intakt*“.<sup>557</sup>

Seit dem Militäreinsatz der NATO im Jahr 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aufgrund des Konfliktes um das Kosovo – damals zeigte sich die Russische Föderation militärisch schwach und die Volksrepublik China aufgrund des am 6. Mai 1999 durchgeführten „*irrtümlichen*“ Bombardements der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO<sup>558</sup> als äußert empört – hat sich die russische Staatsführung dazu entschlossen, vor allem über Serbien Einfluss auf den gesamten Westbalkan zu projizieren. Zudem zeigen sich Moskau und Peking seither fest entschlossen, auf politischer und wirtschaftlicher Ebene stärker zu kooperieren und sich auf dem Westbalkan abzustimmen, um westlichen Einflüssen in der Region entgegenzutreten – politisch, wirtschaftlich und militärisch seitens der Volksrepublik China im Jahr 2009 durch den Abschluss von sogenannten „*strategischen Partnerschaften*“ insbesondere mit Serbien. China und Russland nutzen auch ihre Positionen als Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, um durch Vetopolitik im Sicherheitsrat die serbischen Interessen am Westbalkan zu

---

<sup>555</sup> Vedran Dzihic und Rosa Hergan, Russland am Westbalkan: Gefährliches Agieren Moskaus im Vorhof der EU, Kurzanalyse 3 des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIP), Wien, Juni 2022, S. 2.

<sup>556</sup> Ebenda.

<sup>557</sup> Ebenda.

<sup>558</sup> Peter Rudolf, Konfrontationskurs. Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, Herder Verlag, Freiburg, Basel, Wien 2024, S. 84.

unterstützen und zu schützen, auch im Fall Srebrenica (Bosnien-Herzegowina), das als Genozid durch das UN-Kriegsverbrechertribunal im Jahr 2004 anerkannt wurde. So sollte ab 11. Juli 2025 im Rahmen der Vereinten Nationen an die Opfer des Völkermordes von Srebrenica erinnert werden. Deutschland (aufgrund des Holocaust) war gemeinsam mit Ruanda (aufgrund des Genozids von 1994) für die Ausarbeitung eines derartigen Textes verantwortlich gewesen, jedoch kam es bei der Abstimmung über den Text in der UNO zu folgendem Ergebnis: 19 Gegenstimmen (darunter Serbien, Russland, Belarus, China, Syrien, Nicaragua, Kuba und das EU- und NATO-Mitglied Ungarn) sowie 68 Enthaltungen, darunter die EU-Mitglieder Griechenland, Zypern und Spanien. Israel selbst nahm an der Abstimmung der nicht bindenden Resolution der UNO-Generalversammlung nicht teil. Mit der Resolution sollte der Gedenktag festgeschrieben werden, sie verurteilt „vorbehaltlos jede Leugnung des Völkermordes von Srebrenica als historisches Ereignis sowie Handlungen, die jene verherrlichen, die von internationalen Gerichten wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermords verurteilt wurden.“ Serbiens Präsident Aleksandar Vučić sagte in New York, er habe sich vor den Opfern von Srebrenica verneigt und dort Blumen niedergelegt, jedoch leugnet er und Milorad Dodik (Präsident der Republika Srpska) den Charakter des Völkermordes, der dort am 11. Juli 1995 begangen wurde. Urteile wie jenes des Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien sowie des Internationalen Gerichtshofes haben den Völkermord bei Srebrenica jedoch juristisch festgestellt. Dodik erklärte am 23. Mai 2024 in Srebrenica erneut seinen Wunsch nach Abspaltung von Bosnien-Herzegowina.<sup>559</sup> Zudem treffen Serbiens Präsident Vučić und Milorad Dodik wiederholt Russlands Präsidenten Putin und bezeichneten ihn als „wahren Freund der Serben“, Serbien sprach sich folglich im Oktober 2019 auch gegen eine UN-Resolution aus, in der Russland aufgerufen wurde, seine Truppen aus der Krim

---

<sup>559</sup> Salzburger Nachrichten, „Die Narben von Srebrenica“, in: Salzburger Nachrichten, 25.05.2024, S. 5.

abzuziehen, aus.<sup>560</sup> Serbien, Belarus und die Ukraine werden russischerseits als „Staaten der slawischen Bruderschaft“ gesehen, deshalb spricht sich Russland auch gegen NATO- und EU-Beitritte von Ländern des Westbalkans aus und betont auf religiöser Ebene die Rolle Russlands als „Verteidiger der christlichen Orthodoxie“.<sup>561</sup> Russland versucht deshalb auch, seinen ökonomischen Einfluss in Serbien – so beispielsweise über den Energiesektor – auszubauen.<sup>562</sup> Serbien und Russland haben mehrere Sicherheitsabkommen unterzeichnet. Seit 2008 verhindert die Nichtanerkennung der kosovarischen Staatlichkeit durch China und Russland eine Aufnahme des Kosovo in die internationalen Organisationen, China unterhält jedoch in Prishtina ein Verbindungsbüro. Im Jahr 2013 schlossen die Russische Föderation und Serbien eine strategische Partnerschaft in Richtung militärische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit sowie Koordination von Positionen in internationalen Gremien ab. Dem folgte ein Beobachterstatus Serbiens im russisch-geführten Militärbündnis Organisation für kollektive Sicherheit (OVKS).<sup>563</sup> Serbiens Verteidigungsstrategie zielt auf eine engere Zusammenarbeit mit der OVKS und ihren Mitgliedstaaten ab, jedoch versucht Serbien dies parallel mit der Kooperation innerhalb der NATO-Partnerschaft für den

---

<sup>560</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 1.

<sup>561</sup> 1774 unterzeichnete das russische Zarenreich den Vertrag von Küçük Kaynarca, das dem Russischen Reich das Recht garantierte, auch alle orthodoxen Gemeinschaften auf dem Balkan zu repräsentieren, einschließlich jene der Serben, Bulgaren und der Griechen. Die Ukraine hatte 2018 mit der Russisch-Orthodoxen Kirche gebrochen. Aus: Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 31.

<sup>562</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 5.

<sup>563</sup> Vedran Dzihic und Rosa Hergan, Russland am Westbalkan: Gefährliches Agieren Moskaus im Vorhof der EU, Kurzanalyse 3 des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), Wien, Juni 2022, S. 7.

Frieden (NATO Partnership for Peace) auszugleichen. Russland bildet serbische Soldaten aus und stattet diese mit Waffen aus. Im Jahr 2014 erhielt Russlands Präsident Wladimir Putin den höchsten Orden Serbiens. In den Jahren 2014 und 2020 hielten Russland und Serbien kleinere gemeinsame Übungen ab, in denen einige Hunderte Soldaten auch aus Weißrussland / Belarus teilnahmen. 2019 erhielt Serbien von Russland 30 T-72-Panzer sowie 30 bewaffnete Aufklärungsfahrzeuge und sechs MiG-29-Kampfflugzeuge.<sup>564</sup> Serbien und China unterzeichneten ein Übereinkommen über militärische Zusammenarbeit im Jahr 2008, das auch Militärausbildung im Bereich Katastrophenschutz miteinschließt. Zwischen 2008 und 2018 war China nach den USA der zweitgrößte militärische Ausrüster in Serbien, in Zahlen ausgedrückt: 5,2 Millionen US-Dollar (China) im Vergleich zu 9,8 Millionen US-Dollar.<sup>565</sup> Serbien kaufte von China im Oktober 2019 sowohl neun waffenfähige Chengdu Pterodactyl-1-Drohnen (sogenannte *Wing Loong-Drohnen*) als auch neun von den USA *Rainbow 92A*-Angriffsdrohnen (CH-9LC) und 18 FT-8D-Luft-Boden-Raketen.<sup>566</sup> Gemeinsam mit Weißrussland / Belarus unterzeichnete Serbien im Oktober 2019 ein Joint Statement für das Dritte UN-Komitee (UN Third Committee), in dem 55 Staaten Unterstützung für den Antiterrorkampf und für Maßnahmen zur Deradikalisierung seitens der chinesischen Regierung in Xinjiang ausdrückten.<sup>567</sup> Aleksandar Vučić bezeichnete die Beziehungen Serbiens zur Volksrepublik China „einer Bruderschaft gleich“ und als „*Freundschaft wie Stahl*“.<sup>568</sup> China rüstete im Rahmen des Safe-City-Projekts des Konzerns Huawei Serbien mit Gesichtserkennung- und Überwachungssystemen aus, dabei wurden 1000 Kameras in

---

<sup>564</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 15.

<sup>565</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>566</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>567</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>568</sup> Ebenda, S. 7.

Belgrad installiert.<sup>569</sup> Zudem finden gemeinsame Polizeipatrouillen zwischen der serbischen Polizei und einer kleineren Beteiligung chinesischer Polizisten in Belgrad, Novisad und Smederevo statt. Die erste gemeinsame serbisch-chinesische Polizeiübung wurde im November 2019 am Gelände des Stahlwerks in Smederevo durchgeführt: 180 Spezialpolizisten, drei Hubschrauber und 20 bewaffnete Fahrzeuge waren involviert, als Szenario war eine simulierte Antiterroroperation gewählt worden. Im Mai 2019 unterzeichneten Innenminister Nebojša Stefanović und Chinas Minister für öffentliche Sicherheit Zhao Kezhi ein Memorandum of Understanding (MoU) über gemeinsame Polizeipatrouillen.<sup>570</sup>

Im Oktober 2019 unterzeichnete *Rosatom* ein Übereinkommen mit Serbien, um ein Zentrum für nukleare Forschung in Serbien zu errichten, auch russische Staatsunternehmen expandieren seither am serbischen LNG-Markt.<sup>571</sup> Serbiens Präsident, die Nachrichtendienste Serbiens und die Streitkräfte waren laut Darstellung des damaligen kosovarischen Innenministers Xhelal Svella im September 2023 in eine Verschwörung involviert mit dem Ziel, die Kontrolle des Nordkosovo zu erlangen. Eine serbische paramilitärische Gruppe wurde von einer Polizeipatrouille gestellt, drei Serben starben bei der darauffolgenden Schießerei. Ein kosovarischer Polizist wurde durch eine ferngesteuerte Mine getötet, und ein großes Waffendepot sichergestellt, als sie serbische Gruppe floh. Das Ganze glich, so Svella, demnach einem russischen Drehbuch, ähnlich wie bei der Einnahme der Krim durch Russland 2014.<sup>572</sup>

Energiepolitisch bleibt der Westbalkan stark von der Russischen Föderation abhängig. So deckt auch in der bosnischen Republika Srpska die Russische Föderation den Gasbedarf zu 100 Prozent. *Gazprom* liefert 89 Prozent des serbischen Gasbedarfs. Russische Staatsunternehmen kauften im Jahr 2008

---

<sup>569</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>570</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>571</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>572</sup> The Economist, The old tinder box, in: The Economist, October 28<sup>th</sup>, 2023, S. 28.

eine Mehrheitsbeteiligung an der serbischen staatlichen Ölgesellschaft und kontrollieren seither die Öl- und Gasförderung in Serbien. Zudem betreiben russische Firmen Raffinerien und Vertriebsnetze in Serbien.<sup>573</sup>

Direkte Einmischungen Moskaus in die innenpolitischen Angelegenheiten der Westbalkanländer bestehen nach wie vor in umfassendem Ausmaß und wurden zum Beispiel im Jahr 2016 in Montenegro bei einem von russischen Offizieren des militärischen Nachrichtendienst mitorganisierten „*Putschversuchs*“<sup>574</sup> gegen den damaligen Präsident Milo Djukanović, bei den politischen pro-westlichen Veränderungen im heutigen Nord-Mazedonien im Jahr 2017 sowie bei der direkten Unterstützung der „*aggressiven nationalistischen Politik*“ des politischen Oberhauptes der Republika Srpska, Milorad Dodik, sichtbar.<sup>575</sup> Die Russische Föderation und die Volksrepublik China sehen Serbien weiterhin als „*zuverlässigen Partner in Europa*“, China ist bestrebt, in Serbien wirtschaftlich zu investieren und beurteilt es als „*Schlüsselland*“ am Westbalkan. Zudem sieht China Serbien, im welchem es umfassend in die Verkehrs-, Bergbau- und Technologieinfrastruktur (wie hier im Bereich Künstliche Intelligenz) investiert, als relevanten Sicherheitspartner und europäischen Kunden bei Investitionen in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.<sup>576</sup>

In Montenegro verfolgte die russische Regierung „*eine besonders aggressive Agenda*“, um den schleppenden Verhandlungsprozess des Landes mit der EU und vormals auch eine Aufnahme des Landes in die NATO zu verhindern.

---

<sup>573</sup> Ebenda.

<sup>574</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 5.

<sup>575</sup> Vedran Dzihic und Rosa Hergan, Russland am Westbalkan: Gefährliches Agieren Moskaus im Vorhof der EU, Kurzanalyse 3 des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIIP), Wien, Juni 2022, S. 4 und 10

<sup>576</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. V.

Seitens des Obersten Gerichts in Podgorica wurde der Kreml beschuldigt, an dem Putschversuch im Jahr 2016 gegen Präsident Milo Djukanović mitgewirkt zu haben. Zusammen mit Personen „aus der nationalistischen und prorussischen Szene und zwei Parteimitgliedern der Koalition der Demokratischen Front (DF) wurden zwei Agenten des russischen Militärangeheimes angeklagt“.<sup>577</sup> In Nordmazedonien vertieften sich die bilateralen Beziehungen ab 2011 und intensivierten sich im Laufe der Amtszeit des damaligen Premierministers Nikola Gruevski (2013-2016). Der NATO-Beitritt des Landes erfolgte jedoch dennoch im Jahr 2020.

Die Russische Föderation ist bestrebt, mittels Desinformationskampagnen Skepsis bis Ablehnung zu EU- und NATO-Beitritten zu verstärken und unterstützt in diesem Zusammenhang rechtsextreme Gruppen und autoritäre Politiker auf dem Westbalkan und darüber hinaus politisch, wirtschaftlich und auch nachrichtendienstlich. So befeuert Moskau die politische Polarisierung vor Ort, der Westbalkan wird wie einzelne Regierungen von Mitgliedstaaten (wie Viktor Orbán in Ungarn oder Robert Fico in der Slowakei) zur Machtaustragung der „Systemkonkurrenz zwischen autoritären Regimen wie China und Russland auf der einen und den USA [Anmerkung des Autors: der USA unter Präsident Joseph R. Biden] und den liberalen Demokratien“ auf der anderen Seite, genutzt.<sup>578</sup> So stellt Russlands Krieg gegen die Ukraine auch am Westbalkan „nicht nur eine Herausforderung für die politische Stabilität und institutionelle Gefüge“ von Staaten dar, „sondern hat durchaus das Potenzial, eine bereits polarisierte Bevölkerung weiter zu spalten.“<sup>579</sup> 2010 hatte Serbien die EU noch als Vermittlerin im Normalisierungsdialo g mit dem Kosovo gewählt. Im Januar 2017 fuhr ein von der Russischen Föderation gesponserter Zug aus Serbien

---

<sup>577</sup> Vedran Dzihic und Rosa Hergan, Russland am Westbalkan: Gefährliches Agieren Moskaus im Vorhof der EU, Kurzanalyse 3 des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), Wien, Juni 2022, S. 11.

<sup>578</sup> Ebenda, S. 2 und 11.

<sup>579</sup> Ebenda, S. 4 und 10

in den Norden des Kosovo, dieser trug ein orthodoxes Emblem sowie den Slogan „Kosovo gehört zu Serbien“.<sup>580</sup>

In den 2010er Jahren wurde die Volksrepublik China „zum bedeutendsten drittstaatlichen Akteur am Westbalkan.“ 2012 erfolgte die Gründung eines diplomatischen Forums, das Staaten der Region mit China als alleinigen drittstaatlichen Akteur zusammenbringen sollte, zunächst als 16+1-Mechanismus (11 EU-Mitgliedstaaten und 5 der 6 Westbalkanstaaten). Dieses 16+1-Format (heute 14+1-Format) ähnelt dem Format *Forum on China-Africa Co-operation* (FOCAC). Ähnlich wie in Afrika vergab China staatliche Kredite für große Infrastrukturprojekte, die Bauaufträge gingen folglich „automatisch an chinesische Unternehmen.“<sup>581</sup> Diese Infrastrukturprojekte sollten in Serbien, in Bosnien-Herzegowina, in Montenegro sowie in Nord-Mazedonien verwirklicht werden. In Albanien und im Kosovo gab es keine offiziell staatlichen chinesischen Kredite oder Bauaufträge. Zwischen Serbien und China gibt es die „engste Besuchsdiplomatie“, zudem liefert China Waffen nach Serbien, zudem sensible Technologien, etwa zur Gesichtserkennung. Serbien galt für China während der COVID-19-Krise als Vorzeigeland für die „Seidenstraße der Gesundheit“ mit der damals von Peking eingeleiteten Masken- und Impfstoffdiplomatie.<sup>582</sup> Im Zuge der Pandemie wandte sich Serbien China zu, „in einer grundlegenden geopolitischen Verschiebung zum direkten Konkurrenten der EU um politischen Einfluss.“<sup>583</sup> Im März 2020 erfolgte der Empfang der ersten Medizingüterlieferung Chinas am Flughafen Belgrad. Serbiens Präsident

---

<sup>580</sup> Ebenda, S. 6

<sup>581</sup> Vedran Dzihic und Thomas Eder, China auf dem Westbalkan – Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse, OIIP Working Paper 112/ März 2022, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Wien, März 2022, S. 9.

<sup>582</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>583</sup> Ebenda.

Vučić erklärte damals, dass nur China Serbien helfen könne und China Serbiens „*eiserner Freund und Bruder*“ sei.<sup>584</sup> China lieferte schneller medizinische Schutzausrüstung und Geräte und kam der EU somit zuvor. Im April 2020 begann die EU, mehrere Milliarden schwere EU-COVID-19-Hilfspakete für den Westbalkan zu beschließen. Serbien und China vereinbarten eine „strategische Partnerschaft“, im Kontext der „*Neuen Seidenstraße*“ (*Belt and Road Initiative – BRI*) vergab China regional die größten Kredite an Serbien – etwa 3,5 Milliarden US-Dollar.<sup>585</sup> Große Kredite der chinesischen *Exim Bank* flossen in die Verwirklichung der Bahnstrecke zwischen Belgrad und Budapest (es erfolgten keine offenen Ausschreibungen, die Aufträge gingen direkt an chinesische Staatsunternehmen), die Erweiterung des Kostolac-Kohlekraftwerkes und für Straßenbauprojekte zwischen Preljina und Požega in Richtung Montenegro. Die wichtigsten Investitionen für China sind der Kauf des Stahlwerks Smederevo und damit der Erhalt von Tausenden Arbeitsplätzen, der Kauf der Kupferunternehmens *RTB Bor* durch die chinesische *Zijin Mining Group* (63 Prozent Anteil), durch den mit einem 1,26 Milliarden US-Dollar Geschäfts- und Investitionsplan zugleich 5000 Arbeitsplätzen erhalten wurden,<sup>586</sup> sowie Investitionen im Umfang von einer Milliarde US-Dollar in eine Reifenfabrik in Zrenjanin. Das einzige serbische Stahlwerk *Železara Smederevo* entwickelte sich in weiterer Folge von einem verlustreichen Unternehmen zum führenden Exportunternehmen Serbiens, seit es im Jahr 2016 von der chinesischen *Hebei Iron & Steel* durch einen 46

---

<sup>584</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>585</sup> Ebenda, S. 13f.

<sup>586</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 27.

Millionen Euro-Deal übernommen wurde;<sup>587</sup> ähnlich dem griechischen Hafen von Piräus, der ab dem Jahr 2009 schrittweise von der chinesischen Firma COSCO gekauft wurde.<sup>588</sup>

Serbien entschied sich für *Huawei* als zentraler Partner für die Digitalisierung und die Sicherheit des Landes sowie für kostengünstige chinesische Überwachungstechnologie (einschließlich Gesichtserkennung) für sogenannte *Safe cities* (Belgrad, Novi Sad, Niš). In Belgrad unterhält *Huawei* das Innovationszentrum für Digitale Transformation, *Huawei* unterzeichnete mit Serbien auch ein *Memorandum of Understanding* (MoU) über die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz mit einer Anleihe der *Chinese International Development Cooperation Agency*.<sup>589</sup> *Huawei* stellt aus serbischer Sicht kein Sicherheitsrisiko dar, betonte Serbiens damaliger Minister für Telekommunikation Rasim Ljajić. Der Streit um Huawei, so Ljajić, betrifft „*beide Giganten*“: USA und China.<sup>590</sup>

Als erstes europäisches Land hat Serbien chinesische Drohnen erworben und übt mit chinesischen Sicherheitskräften (Polizei, Militär) den Kampf gegen Terroristen. Zudem erfolgen gemeinsame Polizeipatrouillen in serbischen Tourismuszentren.<sup>591</sup> Der Präsident der bosnischen Republika

---

<sup>587</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>588</sup> Anastas Vangeli, Belt and Road Initiative: The New Chessboard of International Politics?, Brief Analyses no 18, January 2022, EURICS (European Institute for Chinese Studies), Paris 2022, S. 1.

<sup>589</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 28f.

<sup>590</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>591</sup> Vedran Dzihic und Thomas Eder, China auf dem Westbalkan – Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse, OIIP Working Paper 112/ März 2022, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Wien, März 2022, S. 14.

Srpska, Milorad Dodik, kann sich zwar nicht auf chinesische Direktinvestitionen stützen, jedoch auf Kredite chinesischer Staatsbanken, oft im Ausmaß mehrerer Hundert Millionen US-Dollar für Infrastrukturprojekte (Kohlekraftwerke) im Zusammenhang mit der „Neuen Seidenstraße“, wie das bereits abgeschlossene Projekt in Stanari und die geplanten Projekte in Ugljevik und in Gacko sowie die Autobahnen rund um Banja Luka.<sup>592</sup> Bei Autobahnprojekten wurde oft Verdacht zu Korruption, Transparenzdefizite und Nepotismus geäußert, so bei Sektionen des Korridors 11 Serbien-Montenegro. Die CRBC (*China Road and Bridge Corporation*) baute den Abschnitt Surčin-Obrenovac der Autobahn E793, der in einen chinesischen-serbischen Industriepark führt, in dem 2018 bekannt wurde, dass die chinesische Firma *Shandong Linglong* über eine Milliarde US-Dollar in eine neue Reifenfabrik investiert. 2014 wurde das erste chinesische Infrastrukturprojekt in Europa realisiert – die 1500 Meter lange Zemun-Borča oder Pupin-Brücke, die, so der damalige chinesische Premier Li Keqiang, chinesische Technologie und europäische Standards aufweist. Diese Brücke dient dem chinesischen Landkorridor der „Neuen Seidenstraße“ der von Piräus Richtung Norden über Belgrad nach Budapest führt.<sup>593</sup>

Nach Montenegro spendete das chinesische Ministerium für Ökologie und Umwelt 5000 Masken und Sinopharm-Impfstoffe, Montenegro kaufte auch zwei Tonnen medizinische Güter aus der Volksrepublik China.<sup>594</sup> Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Montenegro bauen auf einem fast eine Milliarde US-Dollar-Kredit auf, den die *Exim Bank* für die *Bar-Boljave*-Autobahn gewährt hat. Den Bauauftrag bekam die staatliche *China Road and Bridge Corporation*. Die Europäischen Finanzinstitutionen hatten dieses

---

<sup>592</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>593</sup> Veerle Nouwens, Emily Ferris, Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020, S. 26.

<sup>594</sup> Vedran Dzihic und Thomas Eder, China auf dem Westbalkan – Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse, OIIP Working Paper 112/ März 2022, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Wien, März 2022, S. 16.

Projekt zuvor abgelehnt. China gab Montenegro die Möglichkeit, den Kredit im Ausmaß von etwa 20 Prozent des BIP und folglich 80 Prozent-BIP-Schuldenlimit der EU zu überschreiten. Fast die gesamte Dokumentation für das Autobahnprojekt wurde für geheim erklärt.<sup>595</sup> Derartige Projekte bergen das Risiko, im Fall eines Zahlungsausfalls verpflichtet zu werden, Eigentum an strategisch wichtigen Grundstücken an China zu übertragen. Ein derartiges Abhängigkeitsverhältnis könnte Chinas politischen Einfluss deutlich erhöhen.

In Nord-Mazedonien hatte sich der damalige Premierminister Zoran Zaev im Mai 2021 öffentlich mit dem Sinopharm-Impfstoff impfen lassen, Hunderttausende Impfdosen aus China eröffneten die Impfkampagne in dem Land. Durch Blockaden aus Frankreich und aus Bulgarien wurde die Versorgung mit Impfstoffen aus der EU nach Nordmazedonien verlangsamt.<sup>596</sup> In Nord-Mazedonien finanziert China die beiden Autobahnprojekte von Miladinovci nach Shtip sowie von Kicevo nach Ohrid. Die *Exim Bank* gewährte jeweils Kredite in dreistelliger Millionenhöhe (insgesamt 14 Prozent der Staatsschulden), der Staatskonzern Sinohydro erhielt den Bauauftrag direkt. Die erste Strecke wurde bis 2022 fertiggestellt, obwohl beide Strecken bis 2018 hätten finalisiert werden sollen.<sup>597</sup>

---

<sup>595</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>596</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>597</sup> Ebenda, S. 19.

## Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation sehen sich als strategische Partner. Primär zeigt sich diese Partnerschaft vor allem dadurch begründet, dass einerseits aus Sicht Pekings und Moskaus dem westlichen Einfluss auf globaler Ebene mit politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Mitteln entgegenzutreten ist – auch mit Hilfe von Staaten wie Iran, Nordkorea und Venezuela –, andererseits die Volksrepublik auf Technologie und Waffensysteme aus der Russischen Föderation angewiesen ist. China stellt zudem auch selbst mit russischer Unterstützung moderne Waffen(systeme) her – von amphibischen Kriegsschiffen bis hin zu mobilen Atomraketen. In der Russischen Föderation erwarb China vor allem Zerstörer, Marschflugkörper und das Boden-Luft-Raketensystem *S-400* sowie auch hochmoderne *Suchoj Su-35*-Kampffjets. Systeme wie die russischen Jäger *Suchoj Su-27SK* werden in China seit Jahren in Lizenz gefertigt. Russland bleibt nach wie vor der wichtigste Waffen- und Technologielieferant für China. Jedoch kritisiert Moskau sehr offen, dass die Volksrepublik ursprüngliche russische Technologie verstärkt selbst produziert und somit immer weniger Militärprodukte aus Russland importiert. Beispielsweise löste Chinas Nachbau der *Su-27* – die *chinesische Variante* der *Su-27SK* erhielt die Bezeichnung *J-11B* – Empörung in der russischen Staatsführung aus.<sup>598</sup> China und die Russische Föderation erzeugen ähnlich wie die USA auch Druck, wenn es um die Durchsetzung ihrer außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielsetzungen geht und versuchen, ihre Narrative für geopolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Um in Staaten der ehemaligen Sowjetunion – nun EU- und NATO-Staaten – Unsicherheit und Polarisierung zu verursachen, erzeugt die russische Staatsführung beispielsweise „*Druck auf Moldawien, Belarus, die Ukraine, Georgien, Kasachstan, Armenien und Aserbaidschan, aber auch auf die Baltischen Staaten, denen es ‚Unterdrückung‘ der Russen vorwirft*“<sup>599</sup>

---

<sup>598</sup> Brian G. Carlson, China-Russia Relations and Asian Security, in: Center for Security Studies (CSS), Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 11-41, hier S. 17.

<sup>599</sup> Friedrich W. Korkisch, Die amerikanisch-europäischen Beziehungen, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung. Vierteljahresschrift des Universitätszentrums für Friedensforschung (UZF), Nr. 173, September /3/2018, S. 40.

und versucht, auch im Fall der Ukraine 2014 sowie 2022, militärische Mittel *zum Schutz der russischen Bevölkerungsgruppen*, so das Narrativ in Moskau, einzusetzen.

Seit der Verschlechterung der russisch-amerikanischen Beziehungen ab 2007/2008 (Suspendierung des adaptierten Vertrags über konventionelle Streitkräfte durch Russland im Jahr 2007, Einmarsch russischer Streitkräfte in Georgien 2008) bauen die Volksrepublik China und die Russische Föderation verstärkt ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen aus. 2013 unterzeichnete zudem der russische Ölkonzern *Rosneft* mit der Volksrepublik China Lieferverträge für 25 Jahre im Ausmaß von 270 Milliarden US-Dollar, die Russische Föderation hatte im Jahr 2015 Saudi-Arabien als größter Öllieferant Chinas abgelöst.<sup>600</sup> Im Mai 2014, also kurz nach der Annexion der Krim durch die Russische Föderation, kündigte die russische Staatsführung nach zehnjähriger Verhandlung den Abschluss eines seit 2019 über 30 Jahre laufenden Vertrags im Umfang von 400 Milliarden US-Dollar über die Lieferung von 38 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr nach China an.<sup>601</sup> Zu diesem zwischen *Gazprom* und der *China National Petroleum Corporation* abgeschlossenen Vertrag gehört auch die Errichtung einer 4.000 Kilometer langen in die chinesische Provinz Heilongjiang führenden Gaspipeline.<sup>602</sup> *Gazprom* gab zudem im November 2014 bekannt, dass ein Rahmenabkommen über die jährliche Lieferung von zusätzlichen 30 Milliarden Kubikmetern Gas in die Provinz Xinjiang abgeschlossen wurde. Sollten diese *östliche* und *westliche* Pipeline fertiggestellt werden, ließen diese jährlich nach China gelieferten 68 Milliarden Kubikmeter Gas jene 40 Milliarden Kubikmeter verblassen, die Russland 2015 noch nach Deutschland –

---

<sup>600</sup> Eduard Steiner, *Wie Moskau und Peking flirten*, in: *Die Presse*, 10.07.2018, S. 13.

<sup>601</sup> Fu Ying, *How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 98.

<sup>602</sup> Aus: Joseph S. Nye, *Russland und China – geeint gegen den Westen?*, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27.

seinem damals größten Abnehmer – exportierte.<sup>603</sup> Diese neue Gaspipeline „Kraft Sibiriens“ wurde am 2. Dezember 2019 offiziell eröffnet. In den letzten zehn Jahren investierten zudem chinesische Wirtschaftstreibende im Osten Sibiriens und siedeln in diesem Raum Betriebe an.

Die chinesisch-russischen Beziehungen sind aus chinesischer Sicht als „*stabile strategische Partnerschaft*“ zu betrachten: „*Changes in international relations since the end of the Cold War have only brought the two countries closer together*“.<sup>604</sup> Jedoch besitzt China an einer *formalen Allianz* mit der Russischen Föderation kein Interesse.<sup>605</sup> China und Russland arbeiten in den Projekten „*Neue Seidenstraße*“ und BRICS eng zusammen, so auch über enge Bankenkooperationen wie die *Asian Infrastructure Investment Bank* und die *New Development Bank* (BRICS). Zudem wurde China Russlands wichtigster Waffenimporteur und Tausende Angehörige der chinesischen Streitkräfte hatten seit 1996 in Russland studiert bzw. Kurse besucht, weiters hatten russische Militäranghörige Ausbildungskurse an der Nationalen Verteidigungsuniversität in Peking absolviert.<sup>606</sup> Dennoch gibt es auch wechselseitige Missstimmungen und Differenzen zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation, und zwar in folgenden Bereichen:

- Die Rolle Chinas als „*asymmetrische Wirtschaftsmacht*“: China hat besonders seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts seine Stellung als globale Wirtschaftsmacht ausgebaut und gefestigt. So befürchtet die russische Staatsführung, dass in

---

<sup>603</sup> Ebenda, S. 27

<sup>604</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 96.

<sup>605</sup> Ebenda.

<sup>606</sup> Ebenda, S. 98

absehbarer Zeit der russische Einfluss in Zentralasien aufgrund einer wirtschaftlichen *Annexion* der zentralasiatischen Staaten durch China erheblich schwinden könnten. Gleichfalls ist die russische Regierung auch um den zunehmenden wirtschaftlichen chinesischen Einfluss im östlichen Teil ihres Landes besorgt.

- Die Rolle Chinas als Technologiebeschaffer: Aus Sicht Russlands „kopiert“ China russische High-Tech-Produkte mit dem Ziel, diese selbst weiterzuentwickeln und den chinesischen Bedürfnissen anzupassen. So ist es das Ziel der chinesischen Regierung, auch hier unabhängiger vom Ausland zu werden.
- Die Rolle Chinas in der Arktis: Obwohl sich China und Russland im Jahr 2019 darauf verständigt haben, auch in der Arktisregion enger in den Bereichen Wissenschaft und Forschung zu kooperieren, ist Russland nicht gewillt, der enormen Wirtschaftsmacht China bei der Ausbeutung von dringend benötigten Ressourcen das Feld zu überlassen.
- Russlands Rolle in Georgien und in der Ukraine: in beiden Fällen hat China das Vorgehen Russlands 2008 und 2014 nicht kritiklos hingenommen, da auch aus chinesischem Eigeninteresse heraus territoriale Souveränität nicht in Frage gestellt werden darf. Andererseits verweist China auf „*Provokationen des Westens*“, die derartige Situationen herbeigeführt haben.
- Chinas Rolle als globaler Akteur: Die Kommunistische Partei Chinas benötigt *Multipolarität*, eine Neuordnung der „*Global*

*governance*“ sowie in diesem Zusammenhang Ressourcen anderer Länder und Regionen, um selbst als Machtfaktor im Land überleben zu können und den „*Sozialismus chinesischer Prägung*“ für das 21. Jahrhundert zukunftsfit machen zu können, während Russland seinen Großmachtstatus verstärkt über seine Ressourcenexportpolitik definiert.

Auf ihrem Gipfel in Kazan (23. Oktober 2024) haben die BRICS-Staaten ihre „strategische Partnerschaft“ neu und umfassend aufgestellt (so die Deklaration der BRICS: BRICS 2024 Russia, XVI BRICS Summit Kazan Declaration „Strengthening Multilateralism For Just Global Development and Security“, Kazan, Russian Federation, 23 October 2024, Punkt 2). Diese „strategische Partnerschaft“ der BRICS stützt sich nun auf folgende drei Säulen: politische und Sicherheitspartnerschaft; wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft; kulturelle Partnerschaft mit verstärkter Zusammenarbeit zwischen Institutionen in den Bereichen Universitäten, Forschung und Entwicklung sowie Berufsausbildung („*People-to-people cooperation*“, aus: BRICS 2024, s.o., Punkt 3). Alle BRICS-Staaten streben nach einer aus ihrer Sicht „repräsentativere, gerechtere internationale Ordnung“, „ein neu belebtes und reformiertes multilaterales System“ mit „nachhaltiger Entwicklung“ und „Wachstum“ im Sinne der BRICS-Staaten. Zudem plant BRICS im Zuge des BRICS Plus Dialogue, Kooperationen mit Ländern Afrikas, Asiens, Europas und Lateinamerikas mit dem Schwerpunkt „Globaler Süden“ zu vertiefen. (BRICS 2024, s.o. Punkt 4) Im Kapitel Strengthening Multilateralism For A More Just and Democratic World Order werden die politischen Ziele der BRICS-Staaten für eine „*gerechtere, demokratischere und ausgeglichene multipolare Weltordnung*“ (BRICS 2024, s.o., Punkt 6) dargelegt. Die gegenwärtige „Architektur der internationalen Beziehungen“ soll an die „gegenwärtigen Realitäten“ angepasst werden. Die BRICS-Staaten wollen jedoch keineswegs die bestehenden internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO) abschaffen, auch nicht die Welthandelsorganisation (WTO) oder den Internationalen Währungsfonds (IMF), sondern fordern eine umfassende Reform der UNO und des UNO-Sicherheitsrates auf der Grundlage der Johannesburg II-Erklärung von 2023 mit dem Ziel, die UNO und den UNO-Sicherheitsrat „demokratischer, repräsentativer, effizienter *und effektiver*“ zu

gestalten und auch die Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika hier verstärkt zu berücksichtigen.<sup>607</sup>

Das russische Interesse an der vertieften Kooperation mit der Volksrepublik China liegt vor allem daran, mit China gemeinsam westlichen Einflüssen in Zentralasien entgegenzutreten und „Farbenrevolutionen“ (wie in Georgien und in der Ukraine, die einen Regimewechsel bewirkt hatten (im westlichen Sinne) – zu verhindern. Aus Sicht der Kommunistischen Partei Chinas werden ähnliche Ziele angestrebt, zudem legt China in diesem Zusammenhang enormen Wert auf die Bekämpfung der „*three evil forces*“ in der Region – Separatismus, Terrorismus und Extremismus. Bereits im Jahr 2021 – zum zwanzigjährigen Jubiläum der Unterzeichnung des chinesisch-russischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit (*Treaty of Goodneighbourliness and Friendly Cooperation*) aus dem Jahr 2001 – stellte Russlands Präsident Wladimir Putin fest, dass die chinesisch-russischen Beziehungen „*die besten*“ in der gemeinsamen Geschichte seien, in der Folge wäre es demnach wichtig, dass die Staatsschefs beider Länder enge Kontakte pflegen würden. In einem Telefongespräch zwischen Wladimir Putin und Yang Jiechi, Mitglied des aus 24 Mitgliedern<sup>608</sup> bestehenden Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und auch Direktor des Büros der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, beurteilten beide die chinesisch-russischen Beziehungen als „*umfassende strategische Partnerschaft der Koordination für eine neue Zeit*“. Beide Staaten, so Yang, unterstützen sich gegenseitig bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Kerninteressen und schaffen somit einen neuen

---

<sup>607</sup> Gunther Hauser, G7 und BRICS, in: ISS Lagebild Nr. 1/2025. Strategie & Sicherheitspolitik. ACTA – Konferenz 2024. Krise. Chaos. Katharsis. Globale & Regionale Strategiedimensionen, 18. bis 20. September, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie, Wien, Februar 2025, S. 20-37, hier S. 31.

<sup>608</sup> Edward White, Joe Leahy, The mystery of who will succeed Xi Jinping, in: Financial Times, 17 February 2025, S. 15.

Typus internationaler Beziehungen, „*featuring mutual respect, fairness and justice, and win-win cooperation, and have injected precious stability and positive energy.*“<sup>609</sup>

Zudem streben China und Russland nach mehr Unabhängigkeit vom US-Dollar in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen: 2014 kündigte Präsident Putin an, die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom US-Dollar zu reduzieren. Im Handel mit der Volksrepublik China und anderen Ländern soll künftig mit den jeweiligen nationalen Währungen bezahlt werden. Putin führte am 2. Oktober 2014 dazu weiter aus: „*Künftig wollen wir aktiv nationale Währungen im Handel mit Energievorräten nutzen.*“<sup>610</sup> Zur Lösung des Krieges der russischen Staatsführung gegen die Ukraine halten Moskau und Peking eine politische Einigung für eine geeignete Option: „*Beide Seiten sehen eine politische Einigung als den richtigen Weg*“, so Chinas Staatschef Xi Jinping beim Besuch von Russlands Präsidenten Mitte Mai 2024.<sup>611</sup> Während der Westen die Russische Föderation aufgrund ihres Krieges gegen die Ukraine wirtschaftlich zu isolieren versuchte, vertiefte China mit Russland unterdessen den bilateralen Handel. Zwischen 2022 und 2023 wuchs folglich der Handel zwischen China und der Russischen Föderation nach Berechnungen des *Center for Strategic and International Studies* in Washington D.C. auf mehr als 26 Prozent an und betrug 240 Milliarden US-Dollar. Peking hat jedoch vermieden, Waffen direkt in die Russische Föderation zu liefern, jedoch stellte China nach amerikanischen Angaben Mikrochips, kleinere elektronische Teile sowie Maschinenteile, optische Systeme für Drohnen und Komponenten für moderne Waffen, die Russland für die Herstellung von Waffen benötigte, zur Verfügung.<sup>612</sup>

---

<sup>609</sup> Xinhua, Putin says Russia ready to strengthen strategic coordination with China, May 26, 2021, [https://www.china.org.cn/world/2021-05/26/content\\_77526565.htm](https://www.china.org.cn/world/2021-05/26/content_77526565.htm) [18.06.2021]

<sup>610</sup> Die Presse, Russland soll nicht mehr in Dollar handeln, in: Die Presse, 3.10.2014, S. 10

<sup>611</sup> Salzburger Nachrichten, Xi und Putin für politische Einigung, in: Salzburger Nachrichten, 17.05.2024, S. 6.

<sup>612</sup> David E. Sanger, Alan Rappeport, Eduard Wong, Ana Swanson, U.S. widens effort to cut off Russia, in: The New York Times International Edition, June 14, 2024, S. 5.

Auf internationaler Ebene vernetzen China, Russland, Nordkorea und der Iran ihre Beziehungen immer stärker. Zwischen Russland und China entstand im Februar 2022 zudem offiziell eine „Partnerschaft ohne Grenzen“, zwischen China und dem Iran eine „strategische Partnerschaft“ 2021, zwischen Russland und Nordkorea wurde im Sommer 2024 ein Abkommen zur gegenseitigen militärischen Unterstützung beschlossen.<sup>613</sup> Aus Sicht der NATO ist China durch diese „Partnerschaft ohne Grenzen“ mit Russland und seine enorme Unterstützung der russischen wehrtechnischen Grundlage „zu einem entscheidenden Ermöglicher von Russlands Krieg gegen die Ukraine geworden“, so die NATO-Gipfeldeklaration von Washington vom 11. Juli 2024. China stelle der Russischen Föderation mikroelektronische Komponenten zur Verfügung, die auch militärisch genutzt werden können und „Russland befähigen, Raketen, Bomben, Flugzeuge, Waffen zu bauen, die verwendet werden, um die Ukraine zu attackieren“, betonte der damalige NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg.<sup>614</sup> Zudem zeigte sich Stoltenberg auch „tief besorgt“ über mögliche Lieferungen Russlands an das nordkoreanische Nuklearprogramm. Die Volksrepublik China begann vor allem Öl aus Russland in großem Stil und günstig einzukaufen. Im Dezember 2023 erreichten russischen Öllieferungen nach China den Umfang von 2,2 Millionen Fass/Tag (das entspricht 19 Prozent der chinesischen Gesamtimporte von Öl) im Vergleich zu 1,5 Millionen Fass/Tag im Jahr 2021. Die iranischen Ölexporte nach China erreichten durchschnittlich 1 Million Fass/Tag im Dezember 2023, das entspricht einen Anstieg von 150 Prozent im Vergleich zu 2021.<sup>615</sup> Zudem verkauft die iranische politische Führung seit dem Jahr 2022 Drohnen und Waffensysteme an die Russische Föderation, die diese wiederum verstärkt im Krieg gegen die Ukraine einsetzt. Erstmals schickte der Iran Anfang 2024 ein Tankschiff mit

---

<sup>613</sup> The Economist, China’s other TikToks. Banner or banned?, in: The Economist, March 23<sup>rd</sup>, 2024, S. 60-61, hier S. 60.

<sup>614</sup> Thomas Sendlhofer: Nato geht auf Konfrontation mit China, in: Salzburger Nachrichten, 12.07.2024, S. 5.

<sup>615</sup> The Economist, Oil and beyond. The anti-Western axis, in: The Economist, March 23<sup>rd</sup>, 2024, S. 63-65, hier S. 63.

einer Million Fass Rohöl nach Russland,<sup>616</sup> als weiteren Meilenstein der bilateralen Zusammenarbeit nahmen die Regierungen beider Länder ihre Verhandlungen über die Erweiterung des Internationalen Nord-Süd-Transport-Korridors (INSTC) wieder auf, einer 7200-Kilometer-Route, die die Russische Föderation mit dem Indischen Ozean über iranisches Territorium verbinden sollte, um auch dringend benötigte Getreidelieferungen sicherzustellen. Derzeit wird russisches Getreide für den Mittleren Osten noch durch den von der NATO kontrollierten Bosphorus transportiert. Der künftige INSTC soll den Bau von Straßen, Eisenbahnen und Häfen beinhalten und könnte den Iran zu einem äußerst wichtigen Exportland für russische Güter (auch nach Indien) aufwerten. Die Realisierung dieses Projekt würde auch die BRICS-Staaten aufwerten, deren Mitglieder Indien, der Iran und die Russische Föderation sind. Kern dieses INSTC soll eine Eisenbahn von 160 Kilometern Länge sein.<sup>617</sup> Bereits im Jahr 2023 hatte ein Zug aus Russland erstmals Güter in den Iran über einen Teil der INSTC transportiert.<sup>618</sup> Iranische Häfen wie Astara und Rascht am Persischen Golf bieten einfachen Zugang zu Großhäfen wie Mumbai, Indiens Handelshauptstadt. Russland hatte einem Kredit in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar an den Iran zur Verwirklichung derartiger Projekte bis zum Jahr 2028 zugestimmt.<sup>619</sup> Diese neue Route soll die Zeit für Gütertransporte zwischen Sankt Petersburg und Mumbai von 30 bis 45 Tagen auf 10 Tage verkürzen, erklärte Russlands Präsident Putin.<sup>620</sup> Von diesen iranischen Häfen aus erhält Russland auch leichteren Zugang zu Häfen in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Pakistan. Zudem hatte sich der bilaterale Handel zwischen China und Russland laut chinesischen Angaben zwischen den Jahren 2021

---

<sup>616</sup> Ebenda, hier S. 64.

<sup>617</sup> Ivan Nechepurenko, Russia looks south while forging new trade routes, in: The New York Times International Edition, March 15, 2024, S. 1 und 8, hier S. 1.

<sup>618</sup> The Economist, Oil and beyond. The anti-Western axis, in: The Economist, March 23<sup>rd</sup>, 2024, S. 63-65, hier S. 64.

<sup>619</sup> Ivan Nechepurenko, Russia looks south while forging new trade routes, in: The New York Times International Edition, March 15, 2024, S. 1 und 8, hier S. 8.

<sup>620</sup> Ebenda.

und 2023 um 63 Prozent erhöht – auf mehr als 240 Milliarden US-Dollar im Jahr 2023. Ebenso hat sich das Handelsvolumen in diesem Zeitraum zwischen Indien und Russland gesteigert – auf 65 Milliarden US-Dollar – mehr als viermal des Umfangs von 2021. Vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine umfasste das Handelsvolumen zwischen der EU und Russland im Vergleich dazu 282 Milliarden US-Dollar.<sup>621</sup>

Im Jahr 2014 begann die Volksrepublik China, Atolle im Südchinesischen Meer bautechnisch aufzufüllen, um ein halbes Dutzend Militärbasen zu errichten. China versucht auf diesem Weg, die Kontrolle über die internationalen Seewege auszuüben.<sup>622</sup> Die USA und die Anrainerstaaten Chinas sehen sich durch das zunehmend militärische Engagement Chinas bedroht. Seit 2014 besteht deshalb zwischen den USA und den Philippinen das *Enhanced Defense Cooperation Agreement* (EDCA), das nun erweitert wird, demnach können nun US-Streitkräfte vier weitere Stützpunkte nutzen, zusätzlich zu dem bisher gestatteten Zugang zu fünf Militärbasen auf den Philippinen.<sup>623</sup> Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 2. Februar 2023 bei einem Besuch des damaligen US-Verteidigungsminister Lloyd Austin getroffen. Ziel sei die Überwachung des Südchinesischen Meeres und Taiwans, zudem könnten US-Truppen 320 Kilometer südlich von Taiwan stationiert werden. Fast 30 Jahre, nachdem sich die USA von den Philippinen auf Druck der Regierung in Manila zurückziehen mussten, erhielten sie dadurch wieder umfassenderen militärischen Zugang zu diesem Land. Diese „*egoistische Agenda*“ der USA würde zu einer Eskalation der Spannungen führen, monierte die chinesische Regierung.<sup>624</sup> Das US-Militär weitet seine Präsenz auf

---

<sup>621</sup> Ebenda.

<sup>622</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10.-11, hier S. 11.

<sup>623</sup> Patrick Zoll, Die Philippinen stärken die Allianz mit Washington, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 3.02.2023, S.2.

<sup>624</sup> Salzburger Nachrichten, Ein unliebsamer Gast versetzt Amerika in Aufregung, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.02.2023, S.2.

den Philippinen mit dem Ziel aus, chinesische Streitkräfte bei ihren Versuchen, die geopolitische Region in und um Taiwan für sich zu beanspruchen, einzudämmen und seine Fähigkeiten, im Notfall Taiwan auch zu verteidigen, auszubauen, so der damalige US-Verteidigungsminister Austin in Manila am 2. Februar 2023.<sup>625</sup> Über der Straße von Taiwan drangen beispielsweise zuvor schon öfters chinesische Kampfflugzeuge in den taiwanesischen Luftraum ein, so auch Anfang Oktober 2021, danach umrundete ein chinesisch-russischer Flottenverband von zehn Kriegsschiffen gemeinsam die japanischen Inseln. Derartige Aktionen sollen seitens der chinesischen und der russischen Regierung die amerikanische Dominanz in diesen Gewässern in Frage stellen.<sup>626</sup> Zudem könnten US-Flugzeugträger in der Straße von Taiwan im Fall eines chinesischen Angriffs auf Taiwan von Antischiffsraketen DF-21D sowie von chinesischen Hyperschallraketen „*problemlos versenkt werden*“.<sup>627</sup> Ein Verlust von Taiwan würde die amerikanische Position im Westpazifik deutlich und entscheidend schwächen und zum Rückzug der USA auf die Pazifik-Mittellinie führen.<sup>628</sup>

Die Volksrepublik China versucht seit Jahrzehnten, offizielle diplomatische Beziehungen mit Taiwan auf internationaler Ebene zu torpedieren – auch mit militärischen Einschüchterungsoperationen gegenüber Taiwan. Dazu kam es, als der damalige Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, die Präsidentin von Taiwan, Tsai Ing-wen, am 5. April 2023 in der Ronald-Reagan-Präsidentenbibliothek in Simi Valley nordwestlich von Los Angeles getroffen hatte. Das Treffen fand im Rahmen eines Zwischenstopps Tsais auf dem Rückweg von ihrer Mittelamerikareise statt. McCarthy betonte, er sei optimistisch, dass die USA und Taiwan auch weiterhin Wege

---

<sup>625</sup> „*The U.S. military is expanding its presence in the Philippines; the U.S. is positioning itself to constrain China's armed forces and bolstering its ability to defend Taiwan.*“, aus: Edward Wong und Eric Schmitt, U.S. sends „deterrent message to China“, in: The New York Times International Edition, February 4-5, 2023, S. 3.

<sup>626</sup> Alfred W. McCoy, Russland, China und der Feind, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10.-11, hier S. 11.

<sup>627</sup> Ebenda.

<sup>628</sup> Ebenda.

finden würden, um zusammenzuarbeiten, um „*Freiheit, Demokratie, Frieden und Stabilität*“ zu fördern. Der damalige US-Außenminister Antony Blinken meinte, das Durchreisen von hochrangigen taiwanesischen Politikern sei nichts Neues: „*Sie sind privat, sie sind inoffiziell.*“<sup>629</sup> Das chinesische Außenministerium reagierte harsch: „*Wir sind entschieden gegen jede Form offizieller Interaktion zwischen der US-Seite und den taiwanesischen Behörden.*“ Knapp vor dem Treffen erschien eine Formation chinesischer Kriegsschiffe um den Flugzeugträger *Shandong* in den Gewässern südöstlich von Taiwan, so das Verteidigungsministerium in Taipeh. Im August 2022 kam es zu chinesischen Manövern um Taiwan, nachdem die damalige Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, Taipeh besucht hatte. Peking wertet derartige Besuche auf solch hoher politischer Ebene als Abkehr vom Prinzip der Ein-China-Politik. Die USA bleiben nach wie vor der wichtigste Verbündete von Taiwan.<sup>630</sup> Kurz nach der Vereidigung des taiwanesischen Präsidenten Lai Ching-te am 20. Mai 2024 begann eine großangelegte Militärübung der Volksrepublik China: „*Dies ist auch eine harte Strafe für die separatistischen Kräfte einer Unabhängigkeit Taiwans und eine ernsthafte Warnung gegen Einmischung und Provokation durch externe Kräfte*“, erklärte der Sprecher des Ostverbandes der Volksbefreiungsarmee, Li Xi, am 23. Mai 2024. China simuliere eine Blockade von Taiwan, so der Militärexperte Zhang Chi im chinesischen Staatsfernsehen. Die Volksbefreiungsarmee übe daher, Energieimporte „*als Lebensader*“ über die Taiwanstraße (engste Stelle: 130 Kilometer breit) nach Taiwan zu stoppen, Fluchtwege für taiwanesischen Politiker ins Ausland abzuschneiden und die Unterstützung von Verbündeten wie den USA zu verhindern.<sup>631</sup>

Die USA und Japan stimmen deshalb überein, dass von der Volksrepublik China eine Gefahr für den Raum Indo-Pazifik ausgeht: „*Peking übe politischen,*

---

<sup>629</sup> Salzburger Nachrichten, Taiwan traf USA trotz Drohungen aus China, in: Salzburger Nachrichten, 6.04.2023, S. 7.

<sup>630</sup> Ebenda

<sup>631</sup> Salzburger Nachrichten, China übt die Blockade Taiwans, in: Salzburger Nachrichten, 24.05.2024, S. 1.

*wirtschaftlichen und militärischen Druck auf andere Länder, Unternehmen und Zivilgesellschaften aus*“, hieß es in einer Erklärung der jeweiligen Außen- und Verteidigungsminister beider Länder: „*Solches Verhalten gibt Anlass zu ernster Besorgnis und stellt die größte strategische Herausforderung in der indopazifischen Region und darüber hinaus dar.*“<sup>632</sup> So kamen die USA und Japan überein, ihre militärischen Präsenzen auf den südwestlichen Inseln Japans auszubauen – von der Südspitze der Hauptinsel Kyushu über 1200 Kilometer bis fast nach Taiwan. Diese Inseln würden bei einem Konflikt um Taiwan eine entscheidende Rolle spielen, diese sind westlich der Insel Okinawa jedoch derzeit noch schwach verteidigt. Die USA unterstrichen, dass die von China beanspruchten Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer unter das Beistandsversprechen des amerikanisch-japanischen Bündnisvertrages von 1960 fallen. Zudem führt Nordkorea verstärkt sein Raketen- und Atomwaffenprogramm fort. Die jeweiligen Minister der USA und Japans verurteilten in ihren *Zwei-plus-Zwei-Treffen*, dass Nordkorea beim Aufbau eines ballistischen Raketennetzes mit Russland kooperiere und Russland derartige Raketen aus Nordkorea in der Ukraine einsetze. Handlungen Russlands und Nordkoreas hätten eine destabilisierende Wirkung auf die Sicherheit im Indo-Pazifik und weltweit. Die Kooperation zwischen Japan und Südkorea belastet noch die „*ungenügend aufgearbeitete Vergangenheit der japanischen Kolonialisierung Koreas.*“<sup>633</sup> Im Jahr 2023 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der USA, Japans und Südkoreas in Camp David, dass die trilaterale Zusammenarbeit auf Sicherheitsebene mit gegenseitigen politischen Konsultationen auf hoher Ebene, der Informationsaustausch und die Ebene trilateraler Militärübungen bzw. der Austausch zwischen den jeweiligen Streitkräften erneuert und gestärkt wird.<sup>634</sup> Inzwischen stellen jedoch im Umkreis um Präsident Donald J. Trump einflussreiche Personen die Frage, ob

---

<sup>632</sup> Patrick Zoll, Japan und die USA verstärken ihre Militärallianz, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.07.2024, S. 4.

<sup>633</sup> Ebenda.

<sup>634</sup> Japan stellt seit 2025 zudem seine Teilstreitkräfte unter ein gemeinsames Kommando (Japan Joint Operations Command – JJOC), es übernahm die Führung der Luft-, Boden- und Seestreitkräfte und gilt ebenso als Ansprechpartner des INDOPACOM (HQ: Hawaii – Zeitunterschied zu Japan: 19 Stunden, Datumsgrenze ist dazwischen) bzw. jenes neuen Kommandos, mit dem alle US-Truppen in Japan von einem General übernommen wurden;

es „wirklich sinnvoll“ sei, dass die USA Taiwan gegen die Volksrepublik China verteidigen oder aufgrund der angespannten geopolitischen Lage im Baltikum wegen des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine sogar einen Nuklearkrieg mit Wladimir Putin riskieren sollten.<sup>635</sup> So beharrte die damalige neue US-Regierung unter Donald J. Trump, anlässlich des dritten Jahrestages des Überfalls der Russischen Föderation auf die Ukraine am 24. Februar 2025 in einer gemeinsamen Erklärung der sieben größten Industrieländer (G7), die bisher seitens der G7 erfolgte Einstufung dieses Überfalls und darauffolgenden Angriffskrieges der Russischen Föderation als „russische Aggression“ zu vermeiden, während im letzten diesbezüglichen Statement aus dem Jahr 2024 die „russische Aggression“ fünfmal Erwähnung fand. So wurde die Bezeichnung „russische Aggression“, die von US-Präsident Joseph R. Biden in diesem Zusammenhang benützt wurde, seitens der US-Administration unter Donald J. Trump auf „ukrainischen Konflikt“ geändert, zuvor bezeichnete Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskiy als „Diktator ohne Wahlen“<sup>636</sup> und gab ihm die Schuld am Krieg. Zudem schlug Trump vor, die Russische Föderation wieder in die G7 einzuladen und in der Folge als G8 Koordinationstreffen abzuhalten.<sup>637</sup>

Zudem setzten das vom Westen sanktionierte Russland und auch die Volksrepublik China eine Schattenflotte auf den weltweiten Meeren und Ozeanen ein, um einerseits Sanktionen zu umgehen und Rohstoffe zu exportieren.

---

In Japan sind derzeit 54.000 US-Soldaten und Offiziere stationiert, die USAF betreibt in Kadena ihre größte Basis in der Region. Die 7. Flotte der US Navy ist mit einem Flugzeugträger in Yokohama stationiert, auf Okinawa trainieren US-Marineinfanteristen (*US Marines*) den Dschungelkampf. aus: Ebenda.

<sup>635</sup> Reinhard Heinisch, Die neue Weltordnung, in: Salzburger Nachrichten, 22.02.2025, S. 9.

<sup>636</sup> TIME, Trump Calls Zelensky a “Dictator” as Tensions Rise Over the Russia-Ukraine War, in: TIME, 19 February 2025, <https://time.com/7259420/trump-calls-zelensky-dictator-tensions-rise-over-russia-ukraine-war/> [19.02.2025]

<sup>637</sup> Christopher Miller, Henry Foy, Washington opposes phrase ‘Russian aggression’ in G7 Ukraine statement, in: Financial Times, 21 February 2025, S. 1.

Diese Schiffe werden auch dazu benutzt, um im westlichen Ausland Sabotage zu betreiben, wie etwa Ende 2024 an Unterseekabel in der Ostsee zwischen Estland und Finnland bzw. am 26. Januar 2025 zwischen Lettland und Schweden. Ebenso setzt die Volksrepublik China derartige Schiffe ein, um taiwanesisches Unterseekabel zu beschädigen – ein derartiger Vorfall ereignete sich im Januar 2025. Frachtschiffe der Schattenflotte laufen unter den Flaggen Kameruns, Tansanias, Togos, von Sierra Leone oder der Mongolei. Die Firmen der Frachtschiffe sind dagegen in der Volksrepublik China registriert, in Hongkong oder in Macau. Taiwan hatte bis Anfang 2025 insgesamt 15 Schiffe als Bedrohung für die Sicherheit Taiwans eingestuft, so auch den unter kamerunischer Flagge fahrenden Frachter *Shunxing 59*.<sup>638</sup> Über die Straße von Taiwan werden mehr als ein Fünftel des weltweiten Seehandels abgewickelt mit einem Gesamtwert von 245 Billionen US-Dollar im Jahr 2022. Die gehandelten Güter betreffen vor allem die Bereiche Energie, Elektronik und Mineralien. Die Welthandelsorganisation WTO sah „Signale“ von Brüchen im globalen Handel seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die Straße von Taiwan ist vor allem auch für Staaten wie die Demokratische Republik Kongo wirtschaftlich überlebenswichtig, 70 Prozent der Gesamtexporte des Landes – insbesondere Kupfer, Kobalt und andere Metalle – werden über die Straße von Taiwan in ihre Zielländer durchgeführt. Viele Länder des Mittleren Ostens exportierten mehr als 30 Prozent ihrer Güter – vor allem Energierohstoffe – über die Straße von Taiwan.<sup>639</sup>

Russlands wichtigster Partner in der Region Ost- und Südostasien bleibt Vietnam, dieses Faktum löste auch Irritationen in den chinesisch-russischen Beziehungen aus, da Vietnam eine äußerst China-kritische Position einnimmt und als Herausforderer gegenüber der Volksrepublik bezeichnet werden kann. China und Vietnam führten im Jahr 1979 Krieg gegeneinander, zudem bestehen territoriale Streitigkeiten im Südchinesischen Meer. 2014

---

<sup>638</sup> Kathrin Hille, Haohsiang Ko, Taiwan blacklists China-owned ‚Shadow fleet‘, in: Financial Times, 28 January 2025, S. 4.

<sup>639</sup> Ana Swanson, Taiwan Strait, a key trader route, in: New York Times International Edition, October 12-13, 2024, S. 8.

verschifft China eine Bohrinne durch Gewässer, die von China und Vietnam beansprucht werden. Zudem sprach sich China gegen gemeinsame russisch-vietnamesische Ölförderungen aus – in Gewässern, die ebenso von China beansprucht werden. Unter dem Druck Chinas gab schließlich das russische Ölonternehmen *Rosneft* Pläne auf, mit Vietnam gemeinsam in der Region Öl zu fördern. Zudem hatte Russland U-Boote und weitere Waffen an Vietnam geliefert, derartige Unterstützungsleistungen sorgten in Peking für Irritationen. Russland erhielt von der vietnamesischen Regierung freien Zugang zur Marinebasis Cam Ranh Bay in Vietnam für den Fall von Wartungsarbeiten. Vietnam sah auch bei Resolutionen des UN-Sicherheitsrates davon ab, die russische Invasion in die Ukraine ab 2022 zu verurteilen, Hanoi sprach lediglich von einer „*friedlichen Lösung*“, ohne jedoch Moskau für diesen Krieg zu kritisieren. Obwohl Russland keine chinesischen Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer anerkennt, unterstützte Moskau Peking bei der Ablehnung des Urteils des Internationalen Gerichtshofs in Hinblick auf die Klage der Philippinen im Jahr 2016. Zwei Monate nach der Verkündung des Urteils fanden im September 2016 gemeinsame chinesisch-russische Marinemanöver (diese beinhalteten auch die gemeinsame U-Boot-Abwehr) im Südchinesischen Meer statt. Ironischerweise beinhalteten U-Boot-Abwehrmaßnahmen auch Operationen gegen die vietnamesische Marine, an das Russland jedoch sechs Kilo-Klasse-U-Boote verkauft hat.<sup>640</sup>

Während der zehnten Moskauer Sicherheitskonferenz im Jahr 2022 betonte Russlands Präsident Putin, dass „*die Zeiten einer unipolaren Welt unter der Hegemonie der USA endgültig vorbei seien*“, um jedoch diese Änderung der „*Weltordnung*“ zu erreichen, habe Russland seine „*militärische Spezialoperation*“ gegen die Ukraine als Staat und Kulturnation begonnen.<sup>641</sup> Putin kritisierte

---

<sup>640</sup> Brian G. Carlson, China-Russia Relations and Asian Security, in: Center for Security Studies (CSS), Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 11-41, hier S. 29f.

<sup>641</sup> So der ehemalige Verteidigungsattaché der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation, Reiner Schwalb, in seinem Panelvortrag zum Thema „Russlands Weltordnung – ein antiwestlicher Bruch mit der Westfälischen Ordnung“, Konferenz für Strategie und

in diesem Zusammenhang, dass die USA und die NATO ihre politischen „Blockvorstellungen“ auch auf die asiatisch-pazifische Region zu übertragen versuchten und dies russischen Interessen zuwiderlaufe.<sup>642</sup> Der ehemalige slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda sprach von einem sich formierenden „Globalen Osten“ (repräsentiert von China und Russland), der einem „Globalen Westen“ (USA, EU) gegenübersteht.<sup>643</sup> China, Russland, Nordkorea und der Iran vernetzen ihre Beziehungen immer stärker und formen eine „Achse der Erhebung“ bzw. „Achse des Umbruchs“.<sup>644</sup> Zudem investieren China, Russland und Nordkorea verstärkt in ihre Verteidigung, im Fall Russlands rund 145 Milliarden US-Dollar (2025) oder 6,3 Prozent des Bruttonutzenprodukts, doppelt so viel wie im Jahr 2021 (66 Milliarden US-Dollar), ein Jahr vor dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine.<sup>645</sup> In den Jahren 2021 und 2024 produzierte die Volksrepublik China über 400 moderne Kampfflugzeuge, entwickelte neue *Tarnkappenbomber*, baute seine Hyperschallwaffenfähigkeiten aus und verdoppelte sein Raketenarsenal. Chinas Staatsführung betonte stets, der „Osten steigt auf, der Westen sinkt ab“.<sup>646</sup> Gemeinsame Rüstungsprojekte zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China beinhalten den Bau von konventionellen U-Booten, von taktischen Raketen sowie die Unterstützung Russlands bei der Herstellung von chinesischen Antischiffsraketen und bei der Errichtung

---

Sicherheitspolitik des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie (18.-20. September 2024), Landesverteidigungsakademie, 18. September 2024.

<sup>642</sup> Ebenda.

<sup>643</sup> So der ehemalige Ministerpräsident der Slowakei, Mikuláš Dzurinda, während seines Vortrages anlässlich des 27. Europaforums des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) in Kooperation mit der Diplomatischen Akademie, Wien, 10. November 2022.

<sup>644</sup> Andrea Kendall-Taylor und Michael Kofman, Putin’s Point of No Return, in: Foreign Affairs, January / February 2025, S. 72-87, hier S. 84.

<sup>645</sup> Ebenda, hier S. 76.

<sup>646</sup> Jude Blanchette und Ryan Hass, Know Your Rival, Know Yourself, in: Foreign Affairs, January / February 2025, S. 88-101, hier S. 89.

eines Frühwarnsystems für Raketenstarts.<sup>647</sup> Seit 2021 kreuzen Kriegsschiffe aus der Volksrepublik China vor der amerikanischen Alaska-Küste, im September 2022 operierten drei chinesische und fünf russische Kriegsschiffe etwa 160 Kilometer vor der Aleuten-Insel Kiska entfernt. Unter diesen Schiffen befand sich damals bereits der Lenkwaffenzerstörer des Typs *055 Nanchang*, „der mit bis zu 112 Marschflugkörpern oder hyperschallschnellen Angriffsraketen bewaffnet ist.“<sup>648</sup> Zudem patrouillierten im Juli 2024 chinesische und russische Langstreckenbomber nicht unweit von Alaska, zwei russische strategische Bomber des Typs Tu-95 sowie zwei chinesische Bomber des Typs Xian H-6 waren zu diesem Zweck vom Flughafen Anadyr in Tschukotka gestartet. Diese hatten damals Patrouillenflüge über der Tschuktschensee, der Beringsee und dem Nordpazifik unternommen.<sup>649</sup>

Der Machtkampf zur Interessensdurchsetzung wird sich zwischen den globalen Akteuren USA, China, Indien, Russland in politischer, wirtschaftlicher und verteidigungsspezifischer Hinsicht noch intensiver ausgestalten. Obwohl vermehrt seitens der russischen und der nordkoreanischen Führung Kriegs- und Eskalationsdrohungen gegen die USA ausgesprochen werden, ist das Szenario eines atomaren Vernichtungskrieges als äußerst gering einzustufen. Russland und Nordkorea würden sich dabei selbst zerstören und sich ihrer jeweiligen Lebensgrundlagen berauben. Russlands Präsident Putin gab zwar bekannt, seine Nukleardoktrin dahingehend zu ändern, dass auch gegen Länder, die über keine Atomwaffen verfügen, jedoch mit Hilfe einer Nuklearmacht Russland konventionell angreifen, Atomwaffen eingesetzt werden können. Ein derartiger Schritt ist eindeutig gegen die USA, Frankreich und Großbritannien gerichtet, sofern der Ukraine im Selbstverteidigungsrecht gegen Russland durch die Lieferung von hochmodernen Kurzstreckenraketen systemen doch noch Vorteile verschafft

---

<sup>647</sup> Michael Paul, Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. SWP-Aktuell, Nr. 68, Berlin, Dezember 2024, S. 4.

<sup>648</sup> Ebenda.

<sup>649</sup> Ebenda.

würden. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass die USA, Frankreich und Großbritannien selbst Atommächte sind und ein russischer und nordkoreanischer Nuklearschlag äußerst negative Folgen für Russland und Nordkorea hätte.<sup>650</sup>

Auf globaler Ebene stellen Chinas Aufstieg und Russlands Revanchismus für die USA in einer Welt intensiven strategischen Wettbewerbs mehr denn je geopolitische Herausforderungen dar, die die USA besitzen folglich keine „*unangefochtene Vorrangstellung*“ mehr, zudem mehrten sich für die Menschheit zusätzliche existenzielle Bedrohungen im Bereich Klimawandel.<sup>651</sup> In einem Bericht der US-Kommission für die nationale Verteidigungsstrategie (einem achtköpfigen Expertengremium bestehend aus Republikanern und Demokraten) geht hervor: „*Die Bedrohungen, mit denen die Vereinigten Staaten konfrontiert sind, sind die ernstesten und schwierigsten, die die Nation seit 1945 erlebt hat, und beinhalten das Potenzial für einen baldigen großen Krieg*“. Die USA seien demnach auf so einen Krieg nicht vorbereitet, während die Volksrepublik China militärisch massiv aufhole. Zudem hob der Bericht hervor:<sup>652</sup>

- Russland bleibt für die USA eine Bedrohung;
- Russland hat viel Erfahrung im Krieg gegen die Ukraine gewonnen;
- Russland verfügt über eine Vielzahl strategischer Ressourcen.  
So versuchen die USA, ihre Abhängigkeit von russischem

---

<sup>650</sup> Gunther Hauser: Geopolitische Veränderungen. Die Welt im Umbruch, in: ISS Lagebild Nr. 3/24. Strategie und Sicherheitspolitik. Akteure und Mächte. Jahresende 2024, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie, Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesminister für Landesverteidigung, Wien, Dezember 2024, S. 1-15, hier S. 12.

<sup>651</sup> William Burns, Spycraft and Statecraft. Transforming the CIA for an Age of Competition, Foreign Affairs, March/April 2024, S. 74-85, hier S. 75.

<sup>652</sup> Armin Arbeiter, „Auf so einen Krieg sind wir nicht vorbereitet“, in: Kurier, 26.10.2024, S. 9.

Uran bis 2028 völlig zu beenden. Etwa ein Viertel des angereicherten Urans in amerikanischen Nuklearreaktoren stammt noch aus Russland.<sup>653</sup>

- Russland verfügt über „*erstklassige Weltraum- und Cyberfähigkeiten*“;
- Russland und China würden in Kooperation mit dem Iran und Nordkorea darauf abzielen, die globale Führungsebene der USA zu unterminieren.<sup>654</sup>

Zudem bildet das Arsenal der Volksrepublik China an zielgenauen Raketen aus Sicht der US-Regierungen im Verlauf der letzten Jahre zunehmend „eine wachsende Bedrohung für die amerikanischen Luftwaffenstützpunkte“ in der Region Ost- und Südostasien: „*Die USA haben darauf mit der Verlagerung der amerikanischen Luftstreitkräfte weg von wenigen großen Stützpunkten hin zu einer größeren Zahl kleinerer Basen in der Region reagiert.*“<sup>655</sup> Im Unterschied zu Europa richtet sich die Sicherheitspolitik der USA in der Region Indo-Pazifik nicht auf ein multilaterales Bündnis wie die NATO aus, sondern auf eine Vielzahl von bilateralen politischen Beziehungen und militärischen sowie Sicherheitsverträgen. Ziel dabei ist es, die Interoperabilität von Streitkräften der Region mit jenen der USA zu verbessern. Denn die USA und die Volksrepublik China sehen sich als Gegner und geopolitische Rivalen, beide richten ihre

---

<sup>653</sup> Ivan Penn, Rebecca F. Elliott, U.S. ramps up the hunt for uranium, in: The New York Times International Edition, 30.09.2024, S. 9.

<sup>654</sup> Armin Arbeiter, „Auf so einen Krieg sind wir nicht vorbereitet“, in: Kurier, 26.10.2024, S. 9.

<sup>655</sup> Peter Rudolf, Konfrontationskurs. Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, Herder Verlag, Freiburg, Basel, Wien 2024, S. 100f.

militärischen Planungen dementsprechend aus.<sup>656</sup> Die Spannungen zwischen den USA einerseits sowie China und Russland andererseits werden in den nächsten Jahren zunehmen – politisch, wirtschaftlich und verteidigungspolitisch. Diesen „*Spannungen dieses neuen Kalten Krieges wohne nicht weniger als das Potenzial eines Dritten Weltkrieges inne*“, schlussfolgerte am 29. August 2024 die im Juli 2023 seitens des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport eingesetzte Studienkommission Sicherheitspolitik in ihrem Bericht: „*Europa droht, Opfer dieser globalen Fragmentierung zu werden*“. Die Studienkommission verortete damals einen möglichen „*Kulminationspunkt*“ in den Jahren 2028 bis 2033.<sup>657</sup>

---

<sup>656</sup> Ebenda, S. 92.

<sup>657</sup> Fritz Kälin, Mehr Gesamtverteidigung, weniger Neutralität, ASMZ. Sicherheit Schweiz. Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Nr. 10 – Oktober 2024, S. 4-6, hier S. 4.

## Literaturverzeichnis

Ankenbrand, Hendrik: Kontrolleur mit harter Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.01.2016, S. 20.

Arbeiter, Armin: „Auf so einen Krieg sind wir nicht vorbereitet“, in: Kurier, 26.10.2024, S. 9.

Aron, Leon: Putinology, in: The American Interest, September / October 2015, S. 40-44.

Ballin, André: Russland startet mit Luftangriffen in Syrien, in: Der Standard, 1.10.2015, S. 2.

Blanchette, Jude; Hass, Ryan: Know Your Rival, Know Yourself, in: Foreign Affairs, January / February 2025, S. 88-101.

Bradsher, Keith: Chinese Efforts in the Solar Energy Industry Ripple Around the Globe, in: The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung, May 5, 2017, S. 5.

Breinbauer, Andreas: Sechs Jahre chinesische Seidenstraßeninitiativen – Chancen, Risiken und Strategien für Europa, ÖGfE Policy Brief 20/2019, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, 19. September 2019.

Burns, William: Spycraft and Statecraft. Transforming the CIA for an Age of Competition, Foreign Affairs, March/April 2024, S. 74-85.

Busse, Nikolaus: Nukleares Säbelrasseln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.03.2022, S. 10.

Cataleta, Maria Stefania: The crime of aggression in the Ukrainian war, in: Europa ethnica 3/4 2022, .79. Jg., hrsgg. von Michael Geislinger, Peter Hilpold, Georg Kremnitz, Facultas Verlag, Wien 2022, S. 142-145.

Center for Strategic Studies, China-Russia Joint Military Activities in the Asia-Pacific, in: Center for Security Studies (CSS), Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs, CSS (ETH Zurich) 2022, S. 22.

Cepinskyte Agne; Paul, Michael: Großmächte in der Arktis, SWP-Aktuell Nr. 50, hrsgg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, Juni 2020.

Chavez, Leilani: South Korea to Increase Defense Spending Over Five Years, in: Defense News, January 2024, S. 5.

Center for Strategic Studies: China-Russia Joint Military Activities in the Asia-Pacific, in: Center for Security Studies (CSS), Strategic Trends 2022. Key Developments in Global Affairs, CSS (ETH Zurich) 2022.

China Daily.com.cn, China's Military Strategy, May 2015.

China Rundschau: Belt and Road Forum für internationale Kooperation fördert weitere Öffnung Chinas in: China Rundschau, Nr. 052, Juni 2019, S. 1.

China Rundschau: China stärkt Öffnung und Zusammenarbeit, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 1.

China Rundschau: Die langfristigen Auswirkungen von Scholz' China-Besuch, in: China Rundschau Nr. 098 KW46 / 2022, Frankfurt-Wien-Peking 2022, S. 1.

China Rundschau: China und Saudi-Arabien vertiefen Beziehungen, China Rundschau, KW50 2022, Nr. 099, S. 8.

Choe, Sung-Hun: Nuclear weapons not North Korea's only threat, in: The New York Times International Edition, October 28, 2024, S. 4.

Defense News: Sudan to host Russian military base, in: Defense News, December 2020, S. 6.

Dempsey, Judy: Doubletake: Does Russia divide Europe?, in: New Eastern Europe, September / October 2015, S. 19-24.

Die Presse: Neue Eiszeit zwischen Moskau und Tokio, in: Die Presse, 10.02.2011, S. 7.

Die Presse: Russland soll nicht mehr in Dollar handeln, in: Die Presse, 3.10.2014, S. 10.

Die Presse, Giftgas in Syrien und „Trollfabriken“, in: Die Presse, 5.06.2018, S. 3.

Dobbs, Michael: A new threat of nuclear annihilation, in: The New York Times International Edition, October 6, 2022, S. 1 und 10.

Dresen, Joseph: The Prospects for a Sino-Russian Strategic Partnership, Kennan Institute, Wilson Center, 11. April 2001, <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-prospects-for-sino-russian-strategic-partnership/> [18.06.2021]

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Russland will Deutschland destabilisieren, Interview mit Deutschlands Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, in: Internationale Politik, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, März / April 2019, S. 26-29.

Die Presse: Schwieriger Start für Seidenstraße, in: Die Presse, 15.05.2017, S. 5.

Dubien, Arnaud: Kampfgenossen und Bündnispartner. Eine kurze Geschichte der russisch-afrikanischen Freundschaft, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, Januar 2021, S. 14-15.

Dzihic, Vedran; Eder, Thomas Eder: China auf dem Westbalkan – Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse, OIIP Working Paper 112/ März 2022, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Wien, März 2022.

Dzihic, Vedran; Hergan, Rosa: Russland am Westbalkan: Gefährliches Agieren Moskaus im Vorhof der EU, Kurzanalyse 3 des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), Wien, Juni 2022.

Economy, Elizabeth: China's Alternative Order. And What America Should Learn From It, in: Foreign Affairs, May / June 2024, S. 8-24.

Eder, Marlies: Rückversicherung gegen Trump: Europa richtet sich nach Asien aus, in: Die Presse, 17.12.2019, S. 3.

Eisenmann, Dominik: Das verstärkte Engagement der Russischen Föderation in Afrika seit 2014 am Beispiel ausgewählter Länder, Master-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang International Relations, Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, 30. August 2021.

Embassy of the People's Republic of China (Vienna): Ride on the Trend of the Times and Enhance Solidarity and Cooperation to Embrace a Better Future Statement by H.E. Xi Jinping, President of the People's Republic of China At the 22<sup>nd</sup> Meeting of the Council of Heads of State of The Shanghai Cooperation Organization, Samarkand, 16 September 2022, China Message, no 2022-18, September 2022.

Embassy of the People's Republic of China (Vienna): The Global Security Initiative Concept Paper, China-Message Nr. 2023-01, February 2023.

Engelhard, Michel: Renaissance neorealistischer Perspektiven in der internationalen Politik? Eine Analyse am Beispiel des außen- und sicherheitspolitischen Handelns Russlands, Chinas und der USA im Arktisraum seit dem Ende des Kalten Krieges, Master-Arbeit, Universität der Bundeswehr (München), Neubiberg 2023.

Etheridge, Sam: A China-Russia Alliance is Likelier Than We Think, RUSI Commentary, Royal United Services Institute (RUSI), London, 4 May 2023.

European Commission (2019): Communication 'EU-China – A Strategic Outlook', 12 March 2019, <https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf> (accessed November 24th, 2020).

Fisher, Richard D.: CCP Hegemony Building and the United States Response, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 62-88.

Frye, Timothy: Russia's Weak Strongman. The Perilous Bargains That Keep Putin in Power, in: Foreign Affairs, May/June 2021, S. 116-127.

Fu Ying: How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 96-105.

Gareis, Sven Bernhard: Neuer Traum von alter Größe: Chinas Außenpolitik unter Xi Jinping, in: Michael Staack und David Groten (Hrsg.), China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2018, S. 11-27.

Giesen, Christoph: Präsident auf Lebenszeit, in: Süddeutsche Zeitung, 12.03.2018, S. 9.

Global Times (China): Highlights of Chinese-Russian Strategic Partnership, 2021 (Folie)

Gao, Lianjia: Belt and Road Initiative: a recipe for common development, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 49-56.

Gorenburg, Dmitry: An Emerging Strategic Partnership: Trends in Russia-China Military Cooperation, April 2020, Number 054, <https://www.marshallcenter.org/en/publications/security-insights/emerging-strategic-partnership-trends-in-russia-china-military-cooperation> [18.06.2021]

Gräfe, Frank: Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: Europäische Sicherheit 1/2005, S. 18-24.

Guha, Ramachandra: India's Feet of Clay. How Modi's Supremacy Will Hinder His Country's Rise, in: Foreign Affairs, March / April 2024, S. 58-73.

Hainzl, Gerald: Chinas Afrika-Ambitionen, in: Militär Aktuell 3/21, S. 12-15.

Hale, Thomas: China's top diplomat heads to Moscow as ties strengthen, in: Financial Times, 24 May 2021, S. 3.

Haller, Günther: Der lange Weg der Seidenkarawanen, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 46 und 47.

Hao, Hu: The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen

Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48.

Hauser, Gunther: China – A Hyper-state on the Rise, Hauser, Gunther, Kernic, Franz, China: The Rising Power, Peter Lang: Frankfurt am Main, pp. 11-37.

Hauser, Gunther: Chinas Aufstieg zur Globalmacht. Der Weg einer Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 1/2020, Wien, Mai 2020.

Hauser, Gunther: Chinese Geo-Economics and Strategic Interests in the Broader Mediterranean Region, in: Proceedings, No XXI, Estonian Academy of Security Sciences / Sisekaitseakadeemia, Tallinn 2022, pp. 63-98.

Hauser, Gunther: Geopolitische Veränderungen. Die Welt im Umbruch, in: ISS Lagebild Nr. 3/24. Strategie und Sicherheitspolitik. Akteure und Mächte. Jahresende 2024, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie, Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesminister für Landesverteidigung, Wien, Dezember 2024, S. 1-15.

Hauser, Gunther: G7 und BRICS, in: ISS Lagebild Nr. 1/2025. Strategie & Sicherheitspolitik. ACTA – Konferenz 2024. Krise. Chaos. Katharsis. Globale & Regionale Strategiedimensionen, 18. bis 20. September, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie, Wien, Februar 2025, S. 20-37.

Heinisch, Reinhard: Die neue Weltordnung, in: Salzburger Nachrichten, 22.02.2025, S. 9.

Hille, Kathrin: China warns Taiwan ‚separatists‘ face death, in: Financial Times Weekend, 22 June / 23 June 2024, S. 4.

Hille, Kathrin; Ko, Haohsiang: Taiwan blacklists China-owned ‚Shadow fleet‘, in: Financial Times, 28 January 2025, S. 4.

Hodge, Nathan: Putin revidiert seine Nukleardoktrin, aber haben sich seine roten Linien verschoben?, CNN, Friday, 27 September 2024. 11.04 hours EDT <https://edition.cnn.com/2024/09/27/world/putin-nuclear-doctrine-analysis-intl/index.html> [18.10.2024]

Holmes, Stephen; Krastev, Ivan: Russia's Aggressive Isolationism, in: The American Interest, January / February 2015, S. 13-18.

Information Office of the State Council of the People's Republic of China: White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012.

Ito, Asei: China's Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018.

Jahn, Egbert: Die Außenpolitik Russlands, in: Michael Staack (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik, Studienbuch, 5. Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2012, S. 269-305.

Jilch, Nikolaus: Bis es heißt: „Das macht dann 300 Yuan, bitte“, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 19.

Kälin, Fritz: Mehr Gesamtverteidigung, weniger Neutralität, ASMZ. Sicherheit Schweiz. Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Nr. 10 – Oktober 2024, S. 4-6.

Kaneda, Hideaki: The Xi Jinping Administration's Quest for Maritime Hegemony, AJISS Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 231, 13 July 2016, Tokyo 2016.

Kastenhofer, Marlies: Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: Die Presse am Sonntag, 07.02.2016, S. 18 und 19.

Kastenhofer, Marlies: Chinas asiatische Achse gegen Indien, in: Die Presse, 19.08.2016, S. 6.

Kastenhofer Marlies; Greber, Wolfgang: Chinas Traum von der Herrschaft der Meere, Die Presse, 29.07.2017, S. 4.

Kelberth, Mirco: Russland macht den Abflug, in: Salzburger Nachrichten, 23.12.2024, S. 8.

Kendall-Taylor, Andrea; Fontaine, Richard: The Axis of Upheaval. How America's Adversaries Are Uniting to Overturn the Global Order, in: Foreign Affairs, May / June 2024, S. 50-64.

Kendall-Taylor, Andrea; Kofman, Michael: Putin´s Point of No Return, in: Foreign Affairs, January / February 2025, S. 72-87.

Kestenholz, Daniel: Erst der Mond, dann der Nord- und Südpol, in: Salzburger Nachrichten, 05.01.2019, S. 4.

Khanna, Parag: The Future is Asian, Simon & Schuster Paperbacks, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2019.

Kirakossjan, Arman; Ibraimow, Ermek; Woronezkij, Walerij; Netschajew, Sergej; Serybay, Kairat: Vom Atlantik zum Pazifik: Zukunftsmarkt Eurasien, Gastkommentar, in: Die Presse, 14.07.2015, S. 26 und 27.

Köhler, Angela: Japans Premier über Gipfel mit Putin enttäuscht, in: Die Presse, 17.12.2016, S. 6.

Korkisch, Friedrich W.: Die amerikanisch-europäischen Beziehungen, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung. Vierteljahresschrift des Universitätszentrums für Friedensforschung (UZF), Nr. 173, September /3/2018.

Kramer, Andrew E.: Ukraine widens attack, pushing into the south, in: The New York Times International Edition, October 6, 2022, S. 4.

Kretschmer, Fabian: Chinas harter Kurs: Keine Gnade für die Uiguren, in: Die Presse, 18.11.2019, S. 2.

Kurtz, Gerrit: Schwer zu vermitteln. Der Krieg im Sudan steht für die Krise internationaler Konfliktbearbeitung. Aus Sicht Deutschlands, das diplomatische Ansätze stets unterstützt, sind das schlechte Nachrichten, in: Internationale Politik, Januar / Februar 2025, S. 88-93.

Kurier, Wie gefährlich sind die „taktischen“ Atomwaffen?, in: Kurier, 29.09.2022, S. 1.

Langenbach, Jürgen: China sucht alte Pracht, in: Die Presse, 14.05.2014, S. 24.

Laqueur, Walter: Putinismus. Wahn treibt Russland?, Verlag Propyläen, Berlin 2015.

Lee, Felix: Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: Die Presse, 05.03.2015, S. 6.

Lee, Felix: Chinas Billionen-Dollar-Projekt, in: Die Presse, 13.05.2017, S. 19.

Lee, Felix: Chinas roter Absolutismus, in: Die Presse, 12.03.2018, S. 1.

Leitl, Christoph: China am Ziel! Europa am Ende? , Ecowin Verlag bei Benevento Publishing Salzburg-München, Wals bei Salzburg 2020.

Li, Guoxue: China pulls itself to the top, in: China Daily European Weekly, April 3-9, 2015, S. 11.

Li, Xiaosi: Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19.

Liu, Qibao: Theoretical Characteristics of China's New Development Principles, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 31, April-June 2017, Vol 9 No 2, S. 30-37.

Lukyanov, Fyodor: Putin's Foreign Policy. The Quest to Restore Russia's Rightful Place, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 30-37.

Maçães, Bruno: The Dawn of Eurasia. On the Trail of the New World Order, Penguin Books, London 2019.

Malek, Martin: Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009, Wien 2009.

Mayer-Kuckuk, Finn: Ein Präsident auf Lebenszeit, in: Salzburger Nachrichten, 12.03.2018, S. 4.

McCoy, Alfred W.: Russland, China und der Feind, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April 2022, S. 10-11.

Meier, Oliver; Staack, Michael: Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2022.

Miller, Christopher; Foy, Henry: Washington opposes phrase 'Russian aggression' in G7 Ukraine statement, in: Financial Times, 21 February 2025, S. 1.

Miller, Tom: China's new Silk Road weaves its web, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 18.

Müller, Helmut L.: China wirbt mit Konfuzius, in: Salzburger Nachrichten, 20.07.2017, S. 6.

National Institute for Defense Studies: NIDS China Security Report 2019. China's Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019.

Nechepurenko, Ivan: Russia looks south while forging new trade routes, in: The New York Times International Edition, March 15, 2024, S. 1 und 8.

NIDS (National Institute for Defense Studies) (2019), NIDS China Security Report 2019. China's Strategy for reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2020.

Nissel, Heinz: Indien – China. Konkurrenten in der Neuen Weltordnung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 5/2020, S. 559-569.

Nouwens, Veerle: China's 21<sup>st</sup> Century Maritime Silk Road. Implications for the UK, Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI), London 2019.

Nouwens, Veerle; Ferris, Emily: Sino-Russian Interests in Serbia. Competitive, Coordinated or Complementary?, RUSI Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security (RUSI), London, August 2020.

Nuland, Victoria: Pinning Down Putin. How a Confident America Should Deal with Russia, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 93-106.

Nye, Joseph S.: Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: Die Presse, 30.03.2015, S. 26 und 27.

Paul, Michael: Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. SWP-Aktuell, Nr. 68, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Dezember 2024.

Peltier, Elian: As Russia makes inroads in Africa, its flags are hot in Niger, in: The New York Times International Edition, October 2, 2023, S. 4.

Penn, Ivan; Elliott, Rebecca F.: U.S. ramps up the hunt for uranium, in: The New York Times International Edition, September 30, 2024, S. 9.

Perlez, Jane: China tries to loosen its Belt and Road-plan, The New York Times International Edition, April 27-28, 2019, pp. 1 and 7.

Pierson, David; Choe, Sung-Hun, North Korea tests China with troops in Russia, in: The New York Times International Edition, October 25, 2024, S. 1 und 5.

Plokhyy, Serhii: The Russo-Ukrainian War, Allen Lane, an imprint of Penguin Books, London 2023.

Ren, Jianming & Others: The Good Fight. China's Recent Battle Against Corruption, Party Building Books Publishing House, Foreign Languages Press, Beijing 2015.

Robertson, Noah: "They've grown back". How Russia surprised the West and rebuilt its forces, in: Defense News, June 2024, S. 12-15.

Rudolf, Peter: Konfrontationskurs. Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, Herder Verlag, Freiburg, Basel, Wien 2024.

Russi, Bruno: „Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe par excellence“, Interview mit dem Staatssekretär für Sicherheitspolitik Markus Mäder, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 5-8.

Russi, Bruno: Drohung mit der russischen nuklearen Abschreckungspolitik, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 11-13.

Russian Mind: Vladimir Putin's End-of-Year Press Conference, in: Russian Mind. La pensée russe No 177/01 (1988), January 2020, S. 13.

Salzburger Nachrichten: Xi Jinping warnt vor Volksaufständen, in: Salzburger Nachrichten, 17.09.2022, S. 7.

Salzburger Nachrichten: Ein unliebsamer Gast versetzt Amerika in Aufregung, in: Salzburger Nachrichten, 4.02.2023, S.2.

Salzburger Nachrichten: Haftbefehl gegen Putin, in: Salzburger Nachrichten, 18.03.2023, S. 4.

Salzburger Nachrichten: Taiwan traf USA trotz Drohungen aus China, in: Salzburger Nachrichten, 6.04.2023, S. 7.

Salzburger Nachrichten: China wiegt Europa für Gazprom nicht auf, in: Salzburger Nachrichten, 14.05.2024, S. 11.

Salzburger Nachrichten: Xi und Putin für politische Einigung, in: Salzburger Nachrichten, 17.05.2024, S. 6.

Salzburger Nachrichten: China übt die Blockade Taiwans, in: Salzburger Nachrichten, 24.05.2024, S. 1.

Salzburger Nachrichten: „Die Narben von Srebrenica“, in: Salzburger Nachrichten, 25.05.2024, S. 5.

Sanger; David E.; Rappeport, Alan; Wong; Eduard; Swanson, Ana: U.S. widens effort to cut off Russia, in: The New York Times International Edition, June 14, 29024, S. 5.

Scholl, Stefan: „Sowjetpropaganda wärmte die Seelen“, Interview mit Andrej Subow, ehemaliger Professor am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen, in: Salzburger Nachrichten, 7.12.2016, S. 8.

Schulte, Kevin: Neue Handelsrouten am Nordpol: „In der Arktis sind praktisch alle Grenzkonflikte geklärt“, 15.03.2025, 13.02 Uhr, <https://www.n-tv.de/wirtschaft/In-der-Arktis-sind-praktisch-alle-Grenzkonflikte-geklaert-article25625087.html> [23.03.2025]

Sendlhofer, Thomas: Nato geht auf Konfrontation mit China, in: Salzburger Nachrichten, 12.07.2024, S. 5.

Sommerbauer, Jutta: Freundschaftsmanöver mit China, in: Die Presse, 12.09.2018, S. 5.

Sommerbauer, Jutta: „Nichts geht mehr ohne Russland“, Interview mit dem russischen Außenpolitik-Experten Fjodor Lukjanow, in: Die Presse am Sonntag, 3.11.2019, S. 4.

Song-Pehamberger, David: Strategische Autonomie in Zeiten der Energie- wende: Abhängigkeiten von China, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Ausgabe 02/2024, S. 130-137.

Staack, Michael: Chinas Selbstverständnis und die Sicherheitskonstellation in Ostasien. Gibt es (noch) eine Chance für kooperative Sicherheit?, WIFIS aktuell, Band 72, Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit (WIFIS) e.V., Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2023.

Staack, Michael; Groten, David (Hrsg.): China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, Verlag Barbara Budrich 2018.

Steiner, Eduard: Keine Sehnsucht nach „Gayropa“, in: Die Presse, Spectrum, 22.10.2016, S. III.

Steiner, Eduard: Wie Moskau und Peking flirteten, in: Die Presse, 10.07.2018, S. 13.

Sun, Jianguo (Admiral): A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8.

Swanson, Ana: Taiwan Strait, a key trader route, in: New York Times International Edition, October 12-13, 2024, S. 8.

Tani, Shotaro; Saleh, Heba: The illicit oil trade keeping Libya divided, in: Financial Times, 21 March 2025, S. 15.

The Economist, Central Asia: Stans undelivered, in: The Economist, July 2<sup>nd</sup> 2016, S. 48-49.

The Economist: Israel and China. Too open for business?, The Economist, October 13<sup>th</sup> 2018, S. 33-34.

The Economist: Exploring the Antarctic. Heading South, in: The Economist, November 30<sup>th</sup> 2019, S. 51.

The Economist: Chaguan. Wagnerian drama flops in China, in: The Economist, July 1<sup>st</sup> 2023, S. 47.

The Economist: The old tinder box, in: The Economist, October 28<sup>th</sup> 2023, S. 28.

The Economist: China's other TikToks. Banner or banned?, in: The Economist, March 23<sup>rd</sup> 2024, S. 60-61.

The Economist: Oil and beyond. The anti-Western axis, in: The Economist, March 23<sup>rd</sup> 2024, S. 63-65.

The Economist: China and the world: The challenge of Xi Jinping, in: The Economist, May 18<sup>th</sup> 2024, S. 11 und 12.

The Kremlin: Joint Statement of the Russian Federation and the People's Republic of China on the International Relations Entering a New Era and the Global Sustainable Development, February 4, 2022 (Beijing).

The Shanghai Cooperation Organization: The Shanghai Cooperation Organization, [http://eng.sectsc.org/about\\_sco/](http://eng.sectsc.org/about_sco/) [20.11.2019]

TIME: Trump Calls Zelensky a "Dictator" as Tensions Rise Over the Russia-Ukraine War, in: TIME, 19 February 2025, <https://time.com/7259420/trump-calls-zelensky-dictator-tensions-rise-over-russia-ukraine-war/> [19.02.2025]

Trenin, Dmitri: The Revival of the Russian Military. How Moscow Reloaded, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 23-29.

Trenin, Dmitri: What are Russia's Priorities for 2021?, in: Defense News, January 2021, S. 21.

Vangeli, Anastas: Belt and Road Initiative: The New Chessboard of International Politics?, Brief Analyses no 18, January 2022, EURICS (European Institute for Chinese Studies), Paris 2022.

Volkogonov, Dimitri: Autopsy for an Empire. The seven Leaders who built the Soviet regime, Simon & Schuster, New York 1999.

von Wendt, Christophe: Krieg gegen die Ukraine. Ist ein Frieden mit Russland möglich?, in: ASMZ Sicherheit Schweiz, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 191. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar / Februar 2025, S. 34-37.

Wagner, Marie Katharina: Ost-Erweiterung der Nato: Das große Rätsel um Genschers angebliches Versprechen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.04.2014 15:24 Uhr, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ost-erweiterung-der-nato-was-versprach-gensch-12902411.html> [22.04.2014]

Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124.

White, Edward: Beijing boots funding for mineral exploration, in: Financial Times, 21 March 2025, S. 3.

White, Edward; Leahy, Joe: The mystery of who will succeed Xi Jinping, in: Financial Times, 17 February 2025, S. 15.

Windisch, Elke: China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: Die Presse, 18.08.2005, S. 5.

Wörgetter, Sylvia; Stricker, Martin: Von Frieden war viel die Rede, in: Salzburger Nachrichten, 7.04.2023, S. 5.

Wong, Edward; Schmitt, Eric: U.S. sends „deterrent message to China“, in: The New York Times International Edition, February 4-5, 2023, S. 4-5.

Xi, Jinping: China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014.

Xi, Jinping: President Xi Jinping's Congratulatory Letter to the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, International Strategic Studies, Supplement 1, 2018, Volume 130, Beijing, p. 1.

Xi, Jinping: Bericht auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (18. Oktober 2017), Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Österreich, S. 1.

Xinhua News Agency: 10 Major Aspects of Xi Jinping Thought on Diplomacy, in: China Focus. A promotional feature produced by Beijing Review, veröffentlicht in: Newsweek, July 27<sup>th</sup> - August 3<sup>rd</sup>, 2018, S. 11.

Xinhua News Agency: Joint statement of the people's Republic of China and the Russian Federation on the development of a comprehensive strategic partnership for collaboration in the new era, Moscow, 5 June 2019 (signed by President Vladimir Putin and President Xi Jinping), Xinhua, 6 June 2019, <https://www.bilaterals.org/?joint-statement-of-the-people-s&lang=en> [18.06.2021]

Xinhua News Agency: , Xiplomacy: Xi promotes SCO's role in pursuing better shared future for mankind, China Daily.com.cn, Updated 2021-06-15 13:08, <http://www.china-daily.com.cn/a/202106/15/WS60c835daa31024ad0bac6d49.html> [28.06.2021]

Xinhua News Agency: Putin says Russia ready to strengthen strategic coordination with China, May 26, 2021, [https://www.china.org.cn/world/2021-05/26/content\\_77526565.htm](https://www.china.org.cn/world/2021-05/26/content_77526565.htm) [18.06.2021]

Yamaguchi, Takaya; Takemoto, Yoshifumi: Japan to increase defence budget by \$ 7.3 bln in fiscal 2023 – Spources, REUTERS, December 9, 2022 11:00 AM GMT+1, <https://www.reuters.com/markets/asia/japan-increase-defence-budget-by-73-bln-fiscal-2023-sources-2022-12-09/> [12.12.2022]

Zhang, Junshe: Troop cut a concrete step for peace, in: China Daily, September 5-6, 2015, S. 5.

Zhang, Xiaobai: Der chinesische Weg zum Frieden, in: China Rundschau, Nr. 053, Juli 2019, S. 2.

Zhanshu, Li: Speech Delivered by Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress Li Zhanshu at the Opening Dinner of the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, October 24, 2018, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, International Strategic Studies, Supplement 1, 2018, Volume 130, Beijing, S. 2-6.

Zölch, Franz Theodor: Wirtschaftshilfe – Chinas stärkste Waffe, in: Salzburger Nachrichten, 26.06.1972, S. 3.

Zoll, Patrick: Die Philippinen stärken die Allianz mit Washington, in: Neue Zürcher Zeitung, 3.02.2023, S.2.

Zoll, Patrick: Japan und die USA verstärken ihre Militärallianz, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.07.2024, S.

Die *Weltordnung* nach dem Zusammenbruch der Sowjetsysteme in Europa bzw. in Eurasien ist spätestens mit der Annexion der Krim durch die Russische Föderation im Jahr 2014, dem acht Jahre später folgenden Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine und dem ökonomisch-militärischem Erstarben der Volksrepublik China *Geschichte*. Spätestens seit 2014 fordern die Russische Föderation und die Volksrepublik China die westliche Welt – bisher angeführt von den USA – geostrategisch, geoökonomisch und militärisch zunehmend heraus. Das gilt nun auch für jene europäischen Länder, die bisher an dem Konzept der militärischen Neutralität, jedoch nicht an der politischen Neutralität, strikt festhielten. Ziel der beiden politischen Führungen in Moskau und Peking ist es, einerseits durch umfassende Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte den Wirtschaftsraum Eurasien stärker als bisher zu vernetzen, andererseits ihre Interessen auch militärisch durchzusetzen – sei es durch den Ausbau von politischen und wirtschaftlichen Einflusszonen, sei es zum Teil durch mit militärischen Mitteln erreichte Gebietserweiterungen ihrer Territorien. Der Autor untersucht in dieser Studie die außen-, wirtschafts-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielsetzungen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation – ausgehend von ihrem jeweiligen politischen Verständnis und ihrer strategischen Kultur bis zu geopolitischen und geostrategischen Interessen – und bietet eine aktuelle Analyse systematischer chinesischer und russischer Transformationsprozesse im eurasischen Raum.

Hofrat Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie und Ehrenprofessor an der Universität für Weiterbildung Krems.

**ISBN: 978-3-903548-14-5**

